

ZIVILCOURAGE **SPORT** **MEDIEN**
GESUNDHEIT
SENIOREN **KINDERGARTEN**
ELTERNTRAINING **STÄDTEBAU**
ERZIEHUNG **NACHBARSCHAFT**
MIGRATION **SCHULE**
GEWALTSCHUTZGESETZ
INTERNET

6. und 7. Juni 2005
Convention Center der Messe Hannover

Gewaltprävention im sozialen Nahraum

Offenes Forum

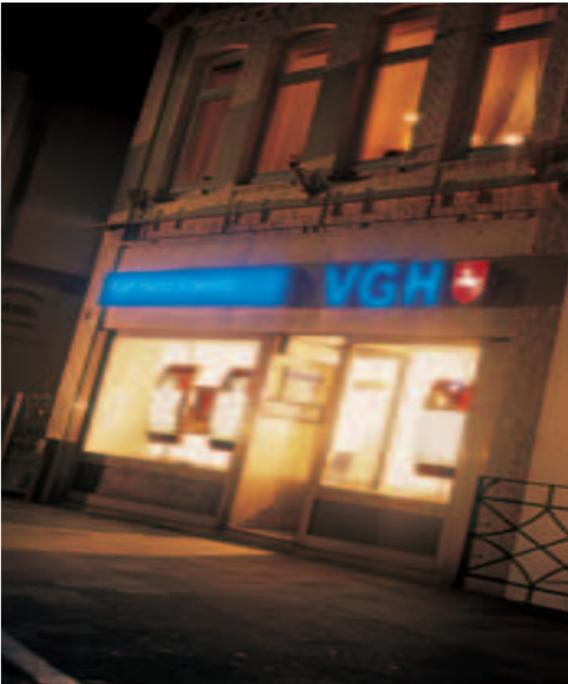
Ausstellung

Eventbühne

Filmforum

Kinderuniversität

KONGRESSKATALOG



VGH
Versicherungen

Wir schenken Ihnen das Wertvollste, was wir haben: *Zeit.*

Es ist ein gutes Gefühl, wenn Sie in einer unserer rund 700 Vertretungen, in einer Sparkasse, bei der LBS oder zu Hause Ihre Unterschrift unter einen VGH Vertrag setzen. Ein Grund dafür ist die Art unserer Beratung. Sie bezieht sich in erster Linie auf den Menschen. Wir hören Ihnen aufmerksam zu, stellen Fragen und versuchen die Dinge aus Ihrer Perspektive zu betrachten, bevor wir eine Lösung vorschlagen. Das gibt Ihnen die Sicherheit, dass Sie sich richtig entscheiden. Wie Millionen Kunden vor Ihnen, deren Vertrauen uns zur führenden Versicherung in Niedersachsen gemacht hat. Nehmen auch Sie sich die Zeit und prüfen Sie uns.

www.vgh.de

... fair versichert



 Finanzgruppe



10. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

6. und 7. Juni 2005

Convention Center der Messe Hannover

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 10€

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon 0511-235 49 49
Fax 0511-235 49 50
E-Mail dpt@praeventionstag.de
Internet www.praeventionstag.de

Redaktion und Layout

Erich Marks & Karla Schmitz

Druck und Herstellung

poppdruck, Langenhagen

Hannover, Mai 2005

Übersicht

Grußworte Seite 5–23

DPT & Partner Seite 25–32

Programm Seite 33–60

**Abstracts der Vorträge
zum Schwerpunktthema** Seite 63–113

**Abstracts der Vorträge
im Offenen Forum** Seite 115–165

Ausstellung Seite 167–330

Infostände Seite 168–302

Eventbühne Seite 303–313

Infomobile Seite 315–320

Sonderausstellungen Seite 321–330

Filmforum Seite 333–343

Kinderuniversität Seite 345–355

Grußworte

Christian Wulff

Niedersächsischer Ministerpräsident
und Schirmherr des 10. Deutschen
Präventionstages

Seite 6

Dr. h. c. Herbert Schmalstieg

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Hannover

Seite 8

Professor Dr. Hans-Dieter Schwind

Präsident des Stiftungsrates der
Deutschen Stiftung für Verbrechens-
verhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Seite 10

Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner

Präsident der DBH – Fachverband
für soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik

Seite 12

Erwin Hetger

Landespolizeipräsident
Baden-Württemberg und
Vorsitzender der Projektleitung der
Polizeilichen Kriminalprävention der
Länder und des Bundes (ProPK)

Seite 14

Brigitte Zypries

Bundesministerin der Justiz und
Präsidentin des Kuratoriums der
Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)

Seite 16

Dr. Wolf Weber

Bundesvorsitzender des
WEISSEN RINGS e.V.

Seite 18

Freddy Thielemans

Oberbürgermeister der Stadt Brüssel und
Vorsitzender Forum Européen pour la
Sécurité Urbaine (EFUS)

Seite 20

Raymonde Dury

President of the Board of the International
Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Seite 22



Als Schirmherr des 10. Deutschen Präventionstages begrüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Kongresses sehr herzlich in Hannover. In den vergangenen 10 Jahren hat sich der Deutsche Präventionstag zum zentralen Kongressforum für Wissenschaft und Praxis im Bereich der nationalen Präventionsarbeit und sogar europaweit zum größten Kongress seiner Art entwickelt. Zu diesem Jubiläum beglückwünsche ich die Veranstalter und Organisatoren und würde mich freuen, Sie auch in den kommenden Jahren wieder in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover begrüßen zu können.

Kriminalprävention ist eine bedeutende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen engagierte Menschen, um gesellschaftlichen Fehlentwicklungen gegenzusteuern. So kann Prävention im Zusammenwirken mit Kommunen, Vereinen und anderen Einrichtungen einen wesentlichen Beitrag leisten z.B. zu: der Einhaltung unserer Rechtsordnung – auch durch Migranten mit anderem kulturellen Hintergrund, der Beachtung von Spielregeln vor allem durch Jugendliche, einer sinnvollen Freizeitgestaltung und zu einer verbesserten Integration und Integrationsbereitschaft von Zugewanderten und Zuwanderern. Gleichwohl kann Präventionsarbeit keine Wunder bewirken. Nachträgliche Korrekturen mildern gravierende Fehlentwicklungen höchstens ab. Deren Ursachen sind äußerst komplex, unter anderem fehlende emotionale Bindungen, mangelnde Ansprache und Fürsorge sowie übersteigerter Medienkonsum. Hier müssen wir frühzeitig bei Kindern und Jugendlichen ansetzen, um soziale Kompetenz zu fördern. Familien- und Hirnforscher bestätigen alte Weisheiten: Die Grundlagen für die weitere Entwicklung des Menschen werden im frühkindlichen Alter gelegt, d.h. frühkindliche Erziehung und Elternkompetenz sind zu stärken. Medien, Politik und Gesellschaft müssen sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst sein.

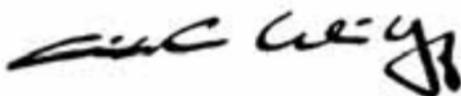
Jede kleine Maßnahme im Rahmen der Kriminalprävention ist ein wichtiger Baustein. Die Arbeit aller, die sich hier engagieren, ist von unschätzbarem Wert. Sie geben verunsicher-

ten Menschen in unserer Gesellschaft oftmals Halt, wenn es ihnen an persönlichen emotionalen Bindungen fehlt.

Besondere Erwähnung verdient der weit verbreitete ehrenamtliche Einsatz. Ohne freiwilliges Mitwirken vieler Menschen in unserem Land wäre eine wirkungsvolle und erfolgreiche Präventionsarbeit undenkbar. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit steht auf zwei zentralen Säulen: einerseits den jeweiligen Fachlichkeiten der Professionellen aller beteiligten Institutionen und andererseits dem Engagement und den Ideen ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb ist das Thema Ehrenamt in Niedersachsen für die Landesregierung auch von höchster Priorität. So haben wir einen Ehrenamtspreis ins Leben gerufen, damit das Ehrenamt eine noch bessere gesellschaftliche Anerkennung findet. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche, indem wir z.B. einen Versicherungsschutz für Ehrenamtliche geschaffen haben. Die Zahl der Menschen, die sich in Niedersachsen ehrenamtlich engagieren, steigt erfreulicherweise weiter.

Ich bedauere es sehr, dass ich wegen einer Auslandsreise in diesem Jahr nicht persönlich den Kongress eröffnen kann und wünsche Ihnen deshalb auf diesem Wege auf dem 10. Deutschen Präventionstag interessante Gespräche sowie neue Kontakte und Impulse für Ihre wertvolle Arbeit im Dienste des Gemeinwohls.



Christian Wulff
Niedersächsischer Ministerpräsident



Das Convention Center der Messe Hannover ist am 6. und 7. Juni 2005 Schauplatz des 10. Deutschen Präventionstages.

Dazu begrüße ich alle Gäste sehr herzlich in der Landeshauptstadt Niedersachsens.

Ich freue mich, dass diese wichtige Tagung erneut in Hannover stattfindet und dass anlässlich des kleinen Jubiläums hier eine Rückschau auf die bisherige Arbeit genommen werden kann.

Kriminalprävention ist für uns ein vertrautes Thema.

Hannover war im Herbst 1995 die erste Großstadt, die einen Kriminalpräventionsrat eingerichtet hat.

In den zehn Jahren der Arbeit dieses Gremiums ist es gelungen, durch regelmäßige Tagungen eine enge Kommunikation zu den polizeilichen Stellen und der Staatsanwaltschaft, aber auch zu den Helfer- und Präventionssystemen im Bereich von Sozialarbeit, Jugendhilfe und Schule herzustellen.

Weitere Instrumente der Kriminalprävention sind Arbeitsgruppen und Runde Tische, Stadtteilrunden und Präventionsräte auf Stadtbezirksebene, sowie die gemeinsam von Stadt und Polizei betriebene Innenstadtstelle für Sicherheit, die unter dem Namen „Rat und Sicherheit“ steht.

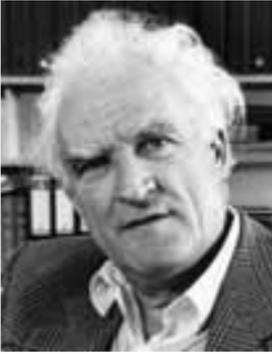
Wir haben Erfahrungen, die auch in die einzelnen Veranstaltungen des 10. DPT einfließen werden.

Ich freue mich besonders, dass sich die Tagung über die Fachvorträge hinaus einer interessierten Öffentlichkeit präsentiert und mit einer Eventbühne, Ausstellungen, dem Filmforum, der Kinder-Uni und dem Offenen Forum Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird.

Ich wünsche der Gesamtveranstaltung viel Erfolg und die gewünschten Ergebnisse. Allen Gästen wünsche ich einen angenehmen Aufenthalt in Hannover.



Dr. h. c. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover



Wenn sich alljährlich zwischen 1 000 und 1 800 Menschen aus allen Teilen Deutschlands versammeln, die sich um die Sicherheit unseres Landes sorgen, dann ist das ein bemerkenswertes Ereignis.

Dass auch auf dem 10. Deutschen Präventionstag (DPT) wiederum vor allem die Polizei stark vertreten ist, kommt nicht überraschend, weil die Gewährleistung von Sicherheit zu ihren Aufgaben zählt. Auffällig ist jedoch das starke Engagement unserer Polizei in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. Die Besonderheit der Deutschen Präventionstage macht aber nicht zuletzt aus, dass viele haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter aus den Bereichen der institutionalisierten kommunalen Kriminalprävention sowie den folgenden Präventionsbereichen anwesend sind: Behörden, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Schule, Verbände, Politik und Wissenschaft.

Insider wissen, dass die Wiege der ressortübergreifenden Kommunalen Kriminalprävention am Tagungsort stand. In Hannover wurde schon 1978 auf Landesebene der erste deutsche interministerielle Arbeitskreis „Präventive Kriminalpolitik“ ins Leben gerufen. Inzwischen gibt es in Deutschland fast 2 000 Präventionsgremien. 75 % aller deutschen Städte mit über 50 000 Einwohnern engagieren sich in Kriminalpräventiven Räten, Präventionsvereinen, Runden Tischen und ähnlichen Institutionen.

Der projektübergreifende Austausch erfolgt auf den Präventionstagen. Was macht diese Veranstaltungen so attraktiv? Es sind die Kontakte, die immer wieder aufgefrischt oder neu geknüpft werden und es sind die Anregungen für die eigene Arbeit, die von diesen jährlichen Veranstaltungen ausgehen. Die Präventionstage – auch solche auf Landesebene – sind „Ideenbörsen“. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden!

Die „Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe“ (DVS) war von Anfang an mit dabei. Ihre Sat-

zung deckt sich weitgehend mit der vorrangigen Aufgabenstellung des Deutschen Präventionstages: Beide wollen dazu beitragen, dass weniger Straftaten begangen werden, weniger Menschen Opfer werden und das Sicherheitsgefühl gestärkt wird. Kriminalprävention soll in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen dargestellt und gestärkt werden. So verstanden, dient innere Sicherheit damit der Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger.

Die DVS hat den Deutschen Präventionstag zusammen mit engagierten Menschen und Institutionen initiiert und betreibt ihn über ihre 100%ige Tochtergesellschaft „DPT – Deutscher Präventionstag – gemeinnützige GmbH. Die ständigen Veranstaltungspartner DBH, DFK, ProPK und WEISSER RING sowie die wechselnden Veranstaltungs- und weitere Kooperationspartner haben den Deutschen Präventionstag inzwischen auf eine breite Basis gestellt.

Vorbeugen ist besser als heilen! Die alte Volksweisheit stimmt noch immer. Deshalb appelliert die DVS an die Politik darüber nachzudenken, ob sich Streichungen in den Bereichen der Kriminalprävention unter dem Strich letztlich lohnen. Am Ende wird es teurer!



Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
Präsident des Stiftungsrates der
Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung
und Straffälligenhilfe (DVS)

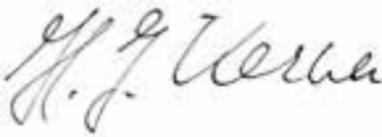


Kriminalprävention muss umfassend gedacht und praktiziert werden, wenn sie auf lange Frist in der Gesellschaft und im Alltagsleben der Menschen wirken soll. Dies setzt eine differenzierte Konzeption und die praktische Vernetzung von im Feld beteiligten Personen sowie Institutionen voraus. Viele denken beim Stichwort Prävention hauptsächlich an die Prophylaxe, also an die ganz früh ansetzende allgemeine Vorbeugung bei speziell jungen Menschen, um sie vor Gefahren der Delinquenz zu bewahren. Dieser Bereich, den man der primären Prävention zuordnet, ist gewiss wichtig. Andere denken beim Stichwort Prävention in erster Linie an den Umgang mit delinquenzgefährdeten Personen, speziell Kindern und Jugendlichen mit den typischen familiären und sonstigen biographischen oder Verhaltensstörungen. Auch dieser Bereich, den man der sekundären Prävention zuordnet, ist ganz wichtig.

Gern vergessen wird aber in der allgemeinen und sogar in der Fachöffentlichkeit der Bereich der tertiären Prävention. Er ist gekennzeichnet durch den Umgang mit solchen Personen, die meist sinnbildhaft, manchmal aber fast buchstäblich, schon „in den Brunnen gefallen“ sind: kindliche Delinquenten, jugendliche Straftäter und straffällige Erwachsene. Individualpräventive Erfolge im Umgang mit diesen Menschen haben ganz reale und bedeutsame Folgen für das Umfeld und die Gesellschaft als Ganzes. Dazu gehören: Integration in Partnerschaft, Familie und Beruf anstatt Des-

integration; Leistungen zum Nutzen statt Kosten für Gesellschaft, Staat und das soziale (Ver-)Sicherheitssystem; weniger oder gar keine neuen Opfer und damit Verminderung von Schaden und Leid; Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich; Rückwirkungen auf sekundäre und primäre Prävention; und schließlich: nachhaltige Erhöhung der Inneren Sicherheit in positiver Weise.

Der DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik hat sich von Anfang an aktiv bei den Deutschen Präventionstagen beteiligt und wird seine Konzepte und Möglichkeiten auch künftig nach besten Kräften einbringen.



Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner

Präsident der DBH – Fachverband für soziale Arbeit,
Strafrecht und Kriminalpolitik



Ansteigende Kriminalität und zunehmende Verbrechen-
furcht führten Anfang der 90er Jahre in Deutschland zu
einem Kurswechsel in der Kriminalpolitik. Wurde früher fast
ausschließlich die Polizei in der Verantwortung für Kriminal-
prävention gesehen, so setzte sich verstärkt die Erkenntnis
durch, dass nur ein gesamtgesellschaftliches und fachüber-
greifendes Zusammenwirken aller Verantwortungsträger
unseres Gemeinwesens zum Erfolg führen kann.

Viele kriminalitätsfördernde Faktoren weisen einen deutlichen
Lokalbezug auf. Dies macht es erforderlich, dass wirksame
Kriminalprävention vor Ort in den Städten und Gemeinden
ansetzen muss. Dort, wo die Probleme auftreten, liegt zu-
meist auch der Schlüssel für deren Lösung. Seither sind in
sehr vielen Städten, Landkreisen und Gemeinden kriminal-
präventive Netzwerke und tragfähige Strukturen entstanden.

Schon die Initiatoren des 1. Deutschen Präventionstages
(DPT) 1995 in Lübeck ließen sich von der Idee leiten, dass
die ursachenorientierte Bekämpfung von Kriminalität das
Zusammenwirken und die Bündelung aller gesellschaftlichen
Kräfte vor Ort erfordert. Dabei kommt dem gezielten Infor-
mations- und Erfahrungsaustausch zentrale Bedeutung zu.
Fachtagungen und Kongresse bilden hier eine wichtige Platt-
form und tragen wesentlich dazu bei, dass das Rad nicht
ständig neu erfunden werden muss, sondern weitergedreht
wird und durch den kontinuierlichen Austausch von Exper-
ten aus Wissenschaft und Praxis Synergieeffekte optimal
genutzt werden können.

Heute, zehn Jahre später, hat sich der Deutsche Präventi-
onstag als „Marktführer“ fest im Veranstaltungskalender der
Präventionsakteure aus den unterschiedlichsten Profession-
en etabliert. Mit einem stets überzeugenden Programm,
aktuellen Themen und einer beeindruckenden Vielfalt an
Fachvorträgen, Ausstellungen und Events bietet der Kon-
gress eine Fülle von Informationen weit über den Tag hinaus.

Vor allem neue Präventionsansätze und -projekte werden
vorgestellt und mit Experten sowie interessierten Bürger-

innen und Bürgern diskutiert. Viele innovative Ideen und Erfahrungen fließen so in die Präventionsarbeit der Länder, Kreise und Kommunen, aber auch des Auslands ein. So überrascht es nicht, dass der Deutsche Präventionstag von Jahr zu Jahr mehr Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Bereichen wie beispielsweise Schule, Sozialarbeit, Kommune, Kirche und Polizei anzieht.

Präventionsarbeit ist langfristig nur erfolgreich, wenn es gelingt die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Die Signale, die hierzu vom 10. Deutschen Präventionstag in Hannover ausgehen, bei dem die Ausstellung erstmals auch für ein breites Publikum geöffnet wird, sind wichtig, um die notwendige Beteiligungskultur mit Leben zu erfüllen und Prävention noch stärker in unserer Gesellschaft zu verankern.

Der 10. Deutsche Präventionstag in Hannover findet zu dem wichtigen Schwerpunktthema „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“ statt. Somit steht auch der „Jubiläums-Präventionstag“ in der erfolgreichen Tradition seiner Vorgänger und greift erneut ein sehr aktuelles gesellschaftliches Thema auf.

Gerne nehme ich dieses Jubiläum zum Anlass, den Initiatoren und Verantwortlichen des 10. Deutschen Präventionstages meinen herzlichen Glückwunsch zu diesen „runden Geburtstag“ auszusprechen. Ich wünsche dem Präventionstag und seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen interessanten und erfolgreichen Verlauf und bin überzeugt davon, dass wir alle wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung der Prävention erhalten.



Erwin Hetger

Landespolizeipräsident Baden-Württemberg und
Vorsitzender der Projektleitung der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

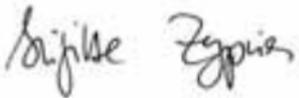


Der 10. Deutsche Präventionstag greift mit seinem Leitthema „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“ wieder ein wichtiges und aktuelles Anliegen der Kriminalprävention auf. Er folgt damit seiner langjährigen Tradition, drängende Fragen der wirksamen und nachhaltigen Eindämmung von Kriminalität mit Wissenschaft und Praxis zu diskutieren und Impulse für die Arbeit vor Ort zu geben. Insbesondere die Behandlung der unterschiedlichen Facetten der Gewaltprävention zieht sich wie ein roter Faden durch die bisherigen Präventionstage. Auf diese Weise konnten wertvolle Beiträge zur Intensivierung der Präventionsarbeit geleistet werden. Der Deutsche Präventionstag schlägt immer wieder Brücken zwischen den vielen Präventionsakteuren. Er hat sich über die Jahre als zentrale Präventionsveranstaltung etabliert und zwischenzeitlich auch bei unseren europäischen Nachbarn anerkennende Beachtung gefunden. Ich beglückwünsche die Verantwortlichen und die sie unterstützenden Institutionen deshalb anlässlich des 10-jährigen Jubiläums in Hannover ausdrücklich zu diesem Erfolg.

Dass mit dem diesjährigen Schwerpunktthema auch eines der Hauptanliegen des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK) aufgegriffen wird, freut mich als Präsidentin des Kuratoriums der Stiftung besonders. Das DFK befasst sich in mehreren Projekten mit Fragen der Gewaltprävention. Ganz wesentliche Bedeutung kommt dabei dem Programm zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule zu, das vom DFK koordinierend begleitet und dessen Umsetzung von ihm konsequent gefördert wird. Nicht ohne Grund liegt dabei ein Schwerpunkt bei den Ansätzen zur Gewaltprävention bereits im frühen Kindesalter. Es ist auch deutlich geworden, dass Eltern und andere Erziehungsverantwortliche in die Präventionsarbeit eng eingebunden werden müssen.

Denn gerade zur Förderung einer nachhaltigen Kriminalprävention müssen Ansätze und Maßnahmen gestärkt werden, die wirkungsvolle Beiträge zur Eindämmung von Kriminalität bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt und lange vor auffälligen abweichenden Verhaltensweisen leisten können. Förderliche Impulse für eine Weiterentwicklung der Kriminalprävention in diesem Sinne erwarte ich mir auch vom 10. Deutschen Präventionstag. Mehrere nach dem Programm vorgesehene Vorträge und Fachforen bestärken mich in dieser Erwartung. Ich bin sicher, dass diese Veranstaltung ebenso wie die vorangegangenen aufs Neue die Präventionsinstitutionen und -akteure in ihrem Engagement motiviert und bestärkt.

Anlässlich des 5. Deutschen Präventionstages im November 1999 in Hoyerswerda wurde eine These formuliert: „Kriminalprävention gut gestalten heißt, die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und ihre alltägliche Freiheit zu erhalten“. Dieser Leitsatz hat auch heute noch Gültigkeit. Wir sollten ihn als Verpflichtung für bürgerorientierte Kriminalprävention annehmen und in Erinnerung behalten. Dem 10. Deutschen Präventionstag wünsche ich einen guten und ertragreichen Verlauf.



Brigitte Zypries

Bundesministerin der Justiz und
Präsidentin des Kuratoriums des
Deutschen Forums für Kriminalprävention



Meine sehr verehrten Teilnehmer und Teilnehmerinnen, Organisatoren und Helfer des 10. Deutschen Präventionstages.

Ich möchte Ihnen meinen Dank und meine Freude zum Ausdruck bringen, dass Sie durch Ihre Teilnahme und Ihr Engagement die Idee des Deutschen Präventionstages mittragen und seit vielen Jahren vorantreiben. Aus einem ersten mutigen Ansatz heraus hat sich der Deutsche Präventionstag in den letzten zehn Jahren zu dem wichtigsten Treffen des Personenkreises entwickelt, der sich ehrenamtlich wie hauptberuflich mit dem Thema Kriminalprävention beschäftigt.

Die Öffnung des Deutschen Präventionstages für die Bevölkerung, die Initialisierung der Kinderuni, die Eventbühne und nicht zuletzt das Filmforum zeigen, dass sich der Präventionstag stetig weiterentwickelt hat. So wird kriminalpräventive Arbeit einer weiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und somit auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für dieses wichtige gesellschaftliche Anliegen stetig erhöht.

Der WEISSE RING ist jetzt seit vier Jahren Veranstaltungspartner des Deutschen Präventionstages und auch im Programmbeirat vertreten. Da der WEISSE RING neben seinem Schwerpunkt der Opferhilfe auch dem Vorbeugungsgedanken seit jeher aufs engste verbunden war und bleiben wird, ist es für mich als Bundesvorsitzender einer Opferschutzorganisation ein ganz besonderes Anliegen, dieses so wichtige bundesweite Treffen von Experten der Kriminalprävention zu unterstützen und eigene Ideen mit einfließen zu lassen.

Auf dem Deutschen Präventionstag sehen wir die von uns geforderten Thesen und Ziele der Prävention und der Opferhilfe angemessen behandelt und finden uns in der

Struktur und den verschiedenen Schwerpunktthemen der letzten Jahre wieder.

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren mannigfaltige Bedeutung nicht hoch genug angesehen werden kann. Immer wieder wird bei präventiven Projekten auf die fehlenden finanziellen Mittel zur Durchsetzung hingewiesen. Wenn auch die Kosten der Strafverurteilung wesentlich geringer sind als die Kosten für die Strafverfolgung, so steckt hinter jedem präventiven Ansatz und in jedem präventiven Projekt nicht nur der Leitgedanke, Opfersituationen und die daraus entstehenden Belastungen zu verhindern, sondern zugleich auch die Intention, die durch und nach einer Straftat entstehenden Kosten zu senken.

Darum, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam für eine friedliche und gewaltfreie Zukunft eintreten. Nutzen wir diesen 10. Deutschen Präventionstag auch um uns auszutauschen, Ideen zu entwickeln und zu vernetzen, um dadurch den Menschen in Deutschland, aber auch grenzübergreifend zu helfen.

Ich wünsche diesem Präventionstag ein erfolgreiches Arbeiten für unser gemeinsames Ziel, Kriminalität und Gewalt zu verhindern und freue mich schon heute darauf, Sie auch im nächsten Jahr auf dem 11. Deutschen Präventionstag in Nürnberg begrüßen zu können.



Dr. Wolf Weber

Bundesvorsitzender des WEISSEN RINGS e.V.



Based on the belief that knowledge is created through exchange and confrontation of ideas, the European Forum for Urban Safety has, for the last fifteen years, been running programmes aimed at promoting co-operation among local and regional authorities. These have brought to light a wide range of accomplishments, and real opportunities to better local policies through sharing of know-how and confrontation to other European cities' practices.

We remain united around the founding principles that lay Democracy and Human Rights at the heart of urban safety policies. We have been working for Safety to be recognized, by cities, Member States, European and international institutions, as a common good of European citizens.

On a daily basis, our member cities aim to carry out a multidisciplinary-based approach of policy, founded on the partnership of all actors and implemented in proximity with citizens. The implementation of safety policies requires the cohabitation of services that are not used to work together: being partner or leader, the mayor plays the part of coordinator and mediator among various city agencies, Police, Justice, charity organisations, private safety partners, and inhabitants.

The present ruling principles of good governance would like to have us base our policies on diagnosis established with methodology and reliability criterions. However, this remains difficult to do in the fields of crime prevention and safety policies, because of lack of appropriate tools. The manipulation of partial data, or information being examined out of their context turns out to be as dangerous as the

absence of such data. The EFUS is actively contributing to the creation of new unifying tools, enabling to establish a link between local, national and international levels.

The experience of the European Forum has evidenced the richness of exchanges between cities, as well as that of multidisciplinary works, that gather actors from different professional and geographical backgrounds.

The added-value of this variety of actors is increasingly visible every year in the German Crime Prevention days: this is why we are particularly proud and happy to have been and to continue to be associated to what has become in ten years the meeting point for the actors of prevention in Germany. Let us multiply these initiatives throughout Europe and strengthen our local policies by thinking globally. May we devote our next ten years to ensuring our development policies are based on local needs and resources, and integrate an inclusive and caring approach of crime prevention.



Freddy Thielemans

Oberbürgermeister der Stadt Brüssel
Vorsitzender Forum Européen pour la
Sécurité Urbaine (EFUS)



The International Centre for the Prevention of Crime is a unique international forum to advance effective and just prevention of urban crime and insecurity, and reduce their social and economic costs. Created in 1994 by the governments of Canada, France and the province of Quebec with the support of the Montreal Urban Community, ICPC currently has 12 member governments forming its Advisory and Policy Committee, and some 18 organizations from around the world composing its Board. ICPC is also an institute affiliated to the United Nations Commission on Crime Prevention and Criminal Justice. ICPC monitors trends and emerging issues, conducts comparative analyses on specific topics, disseminates up-to-date information through its annual colloquium and electronic communication tools (including the monthly International Observer), offers training and strategic seminars, and supports experimentation and pilot projects.

Some of the ongoing key areas of work include:

- an international city exchange programme. Although recognized as key actors in the production of community safety, cities rarely have the tools and know-how to implement effective and sustainable responses to delinquency and insecurity issues. ICPC brings cities together to learn from one another and develop practical tools to conduct community safety audits and evaluation of community safety programs.
- an international training institute. ICPC's international training institute on crime prevention and community safety will provide high level practitioners and policy makers a unique opportunity to develop practical problem-solving skills in the area of crime prevention, as well as foster international networking.

– developing evaluation tools. Evaluation is a must, but evaluating integrated, community-based crime prevention remains a daunting task. ICPC has produced two background papers on evaluating city-based crime prevention and is currently testing a rigorous and practical methodology in five pilot sites in Quebec.

– comparative analyses have recently been completed on such issues as women's safety, prevention for aboriginal populations, and social harms related to drugs and alcohol. Analyses currently in progress include burglary prevention, community safety officers, community safety indicators and preventive policing.

In April, ICPC successfully organized one of the six workshops as part of the 11th United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice in Bangkok. At this occasion, ICPC published a compendium of practices from around the world, available on our internet site (www.crime-prevention-intl.org).

ICPC is grateful to the German Crime Prevention Congress for its invitation to participate in this important forum. We are pleased that DPT has asked to become a member organization of ICPC and look forward to strengthening our cooperation in fostering democratic, open, tolerant and sustainable governance of safety in communities and nations around the world.



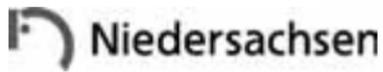
Raymonde Dury

President of the Board of International
Centre for the Prevention of Crime (ICPC)



Partner des Deutschen Präventionstages

Gastgebende Veranstaltungspartner



Ständige Veranstaltungspartner



gefördert durch



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Weitere

Kooperationspartner



DEUTSCHER FAMILIENGERICHTSTAG



Deutsche Messe AG
Hannover



Internationale Kooperationspartner



ICPC –
Centre international
pour la prévention
de la criminalité
Montreal

Medienpartner



Sponsoren



Deutsche Post World Net

MAIL EXPRESS LOGISTICS FINANCE



Wir danken der Sparkasse Hannover für ihre Spende

DPT & Partner

| | | |
|---|-------|----|
| Leitbild | Seite | 26 |
| Bisherige Kongresse | Seite | 27 |
| Trägergesellschaft | Seite | 28 |
| Nachruf Professor Rebmann | Seite | 29 |
| Organisation | Seite | 30 |
| Programmbeirat | Seite | 31 |
| www.praeventionstag.de | Seite | 32 |

Leitbild

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG will die Kriminalprävention in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darstellen und stärken. Er will dazu beitragen, dass weniger Straftaten begangen werden, weniger Menschen Opfer werden und das Sicherheitsgefühl gestärkt wird. So verstanden, dient innere Sicherheit damit der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der Kriminalprävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Kriminalprävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG richtet sich an alle Verantwortungsträger der Kriminalprävention:

- Behörden
- Gemeinden, Städte und Kreise
- Gesundheitswesen
- Jugendhilfe
- Justiz
- Kirchen
- Medien
- Politik
- Polizei
- Präventionsgremien
- Projekte
- Schulen
- Vereinigungen und Verbände
- Wissenschaft
- etc.

Bisherige Kongresse

1. Deutscher Präventionstag, 1995 in Lübeck
2. Deutscher Präventionstag, 1996 in Münster
3. Deutscher Präventionstag, 1997 in Bonn
4. Deutscher Präventionstag, 1998 in Bonn
5. Deutscher Präventionstag, 1999 in Hoyerswerda
6. Deutscher Präventionstag, 2000 in Düsseldorf
7. Deutscher Präventionstag, 2001 in Düsseldorf
8. Deutscher Präventionstag, 2003 in Hannover
9. Deutscher Präventionstag, 2004 in Stuttgart

Trägersgesellschaft

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.



Wir trauern um Professor Dr. Kurt Rebmann

* 30.05.1924 † 21.04.2005

Herr Professor Rebmann gehört zu den Gründungsvätern der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS). Er gab der Stiftung ihren Namen. Als langjähriger Präsident des DVS-Stiftungsrates ist Herr Professor Rebmann in vielfältiger Weise initiativ gewesen. Er war ein wichtiger Motor für die Stärkung aller Bereiche der modernen Kriminalprävention. Er wirkte durchgehend an den jährlichen Deutschen Präventionstagen (DPT) mit. Er war und blieb aber stets auch ein umsichtiger Förderer der tertiären Prävention im Feld der klassischen Bewährungs- und Straffälligenhilfe. Professor Rebmanns stets freundschaftlicher und äußerst sachkundiger Rat werden uns sehr fehlen.

Für die DVS- Stiftungsgremien:

Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner
Vorsitzender des Vorstandes

AG-Dir. i. R. Jürgen Mutz
Vorsitzender des Kuratoriums

Professor Dr. Hans-Dieter Schwind
Präsident des Stiftungsrates

Erich Marks
Geschäftsführer von DVS und DPT

Organisation

Geschäftsführung

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Erich Marks

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität
Tübingen und Vorsitzender der DVS

Kongressmanagement

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Universität Bielefeld

Renate Engels
Leiterin des DBH-Bildungswerks

Erich Marks
Geschäftsführer des Landespräventionsrates Niedersachsen
und Geschäftsführer der DVS

Karla Schmitz
Leiterin der DPT-Geschäftsstelle

Dr. Wiebke Steffen
Dezernatsleiterin Forschung, Statistik und Prävention im
Bayerischen Landeskriminalamt

Programmbeirat des 10. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind.

Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 10. DEUTSCHEN PRÄVENTIONSTAGES sind:

Prof. Dr. Britta Bannenber
Renate Engels
Reinhold Hepp
Sven Hieronymus
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Erich Marks
Jürgen Mutz
Norbert Seitz
Karla Schmitz
Dr. Wiebke Steffen
Bernd Strauch
Norbert Wolf

www.praeventionstag.de

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen sowie im Downloadbereich die Schriftfassungen von Vorträgen vergangener Kongresse.

Auch können Sie auf der Homepage einen Newsletter abonnieren, der sie in unregelmäßigen Abständen mit neuen Informationen versorgt.

Programm

| | | |
|--------------------------------------|-------|-------|
| Eröffnungsplenum | Seite | 35 |
| Vorträge zum Schwerpunktthema | | |
| 1. Kongresstag | Seite | 36–39 |
| 2. Kongresstag | Seite | 40–47 |
| Vorträge im Offenen Forum | | |
| 1. Kongresstag | Seite | 48–49 |
| 2. Kongresstag | Seite | 50–53 |
| Liste aller Vortragenden | Seite | 54–60 |

Eröffnungsplenum

Montag, 6. Juni

11.00 – 12.30 Uhr



Begrüßung

Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner
Kongresspräsident



Grußwort

Dr. h. c. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Hannover



10 Jahre Deutscher Präventionstag – Gedanken zum ersten runden Geburtstag

Jürgen Mutz
Vorsitzender des Kuratoriums der
Deutschen Stiftung für Verbrechensver-
hütung und Straffälligenhilfe



Einführende Bemerkungen zum 10. Deutschen Präventionstag

Erich Marks
Geschäftsführer des
Deutschen Präventionstages



Festvortrag

Dr. Ursula von der Leyen
Niedersächsische Ministerin für Soziales,
Frauen, Familie und Gesundheit
in Vertretung des Schirmherrn,
Herrn Ministerpräsident Christian Wulff



Verleihung

der „Anerkennungsmedaille in Gold der
Polizeilichen Kriminalprävention der Länder
und des Bundes“ für besondere Verdienste
der Kriminalprävention

Laudatio: Erwin Hetger

Landespolizeipräsident Baden-Württemberg

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Gewaltfreie Erziehung

Montag, 6. Juni

Moderation Dr. Harald Preusker

Abteilungsleiter im Justizministerium des Freistaates Sachsen und Vorstandsmitglied der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

15.00 – 16.00 Uhr

Saal 3 a

Erziehung gegen Gewalt, Sucht, Krankheit und Angst

Seite 66

Prof. Dr. Peter Struck
Universität Hamburg

16.30 – 17.30 Uhr

Saal 3 a

Eltern und Kinder stark machen –
gegen Gewalt

Seite 68

Prof. Dr. Manfred Cierpka,
Dr. Andreas Schick
Uniklinikum Heidelberg

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Schule

Montag, 6. Juni

Moderation Jürgen Mutz

Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für
Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

15.00 – 16.00 Uhr

Saal 3 b

Gewaltprävention im schulischen
Kontext – empirische und theoretische
Grundlagen

Seite 70

Prof. Dr. Thomas Bliesener

Universität Kiel

16.30 – 17.30 Uhr

Saal 3 b

Konflikt-KULTUR – Soziale Kompetenz
und Gewaltprävention an Schulen

Seite 72

Thomas Grüner

AGJ – Fachverband Prävention
und Rehabilitation, Freiburg

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Gesundheit

Montag, 6. Juni

Moderation Sigrid Maier-Knapp-Herbst

Vorsitzende des Landespräventionsrates Niedersachsen

15.00 – 16.00 Uhr

Saal 13/14

Perspektiven eines Disziplin übergreifenden
Präventionsansatzes

Seite 74

Thomas Altgeld

Landesvereinigung für Gesundheit
Niedersachsen e.V., Hannover

16.30 – 17.30 Uhr

Saal 13/14

Gesundheit in Schule neu denken und
gestalten – Chance für morgen

Seite 76

Rüdiger Bockhorst

Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Gewaltschutzgesetz

Montag, 6. Juni

Moderation Dr. Renate Augstein

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

15.00 – 16.00 Uhr

Saal 15/16

Schutzmaßnahmen bei häuslicher Gewalt –
staatliche Verantwortung oder Mittel
zum Zweck

Seite 78

Prof. Dr. Carol Hagemann-White

Universität Osnabrück

16.30 – 17.30 Uhr

Saal 15/16

Neue Unterstützungsangebote bei häuslicher
Gewalt – Schutz und Prävention für neue
Zielgruppen

Seite 80

Prof. Dr. Barbara Kavemann

Sozialwissenschaftliches Frauen
Forschungs-Institut, Berlin

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Kindergarten

Dienstag, 7. Juni

Moderation Annette Schlipphak

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

09.00 – 10.00 Uhr

Saal 3 a

Prävention in Kindergarten und Vorschule

Seite 82

Jacqueline Kempfer

Philipps-Universität Marburg

10.30 – 11.30 Uhr

Saal 3 a

Konflikte unter Kindern –
ein Kinderspiel für Erwachsene?

Seite 84

Gisela Dittrich

Deutsches Jugendinstitut (DJI), München

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Migrationsfamilien

Dienstag, 7. Juni

Moderation Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechens-
verhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

09.00 – 10.00 Uhr

Saal 3 b

Migration und innerfamiliäre Gewalt –
aktuelle Forschungsbefunde und
Perspektiven der Prävention

Seite 86

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V., Hannover

10.30 – 11.30 Uhr

Saal 3 b

Häusliche Gewalt in Migrantenfamilien.
Was hat die „Ehre“ damit zu tun?

Seite 88

Seyran Ates

Rechtsanwältin, Berlin

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Alte Menschen

Dienstag, 7. Juni

Moderation Prof. Dr. Rudolf Egg

Direktor der Kriminologischen Zentralstelle (Wiesbaden) und
Vorsitzender der Stiftung Deutsches Forum für Kriminal-
prävention (DFK)

09.00 – 10.00 Uhr

Saal 13/14

Nahraumgewalt gegen ältere und
pflegebedürftige Menschen

Seite 90

Dr. Thomas Görgen

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V., Hannover

10.30 – 11.30 Uhr

Saal 13/14

Prävention statt Gewalt – Überforderung von
Angehörigen verringern

Seite 92

Prof. Dr. Dr. Rolf Dieter Hirsch

HsM-Bonner Initiative gegen Gewalt
im Alter e.V., Bonn

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Partnertötungen

Dienstag, 7. Juni

Moderation Sarah Vennhaus

Universität Bielefeld

09.00 – 10.00 Uhr

Saal 15/16

Tödlich verlaufende Partnerschaftskonflikte

Seite 94

Prof. Dr. Peter Steck

Universität Konstanz

10.30 – 11.30 Uhr

Saal 15/16

Sind Partnertötungen präventabel?

Seite 96

Uwe Stürmer

Innenministerium Baden-Württemberg,
Stuttgart

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Stalking

Dienstag, 7. Juni

Moderation Andrea Buskotte

Landespräventionsrat Niedersachsen

14.00 – 15.00 Uhr

Saal 3 a

Stalking, Fallmanagement, Intervention
und Prävention

Seite 98

Prof. Dr. Hans-Georg Voss

Technische Universität Darmstadt

15.30 – 16.30 Uhr

Saal 3 a

Stalking – Polizeiliche Intervention
am Beispiel der Polizei Bremen

Seite 100

Rolf Oehmke, Stephan Rusch

Landeskriminalamt Bremen

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Sexuelle Gewalt

Dienstag, 7. Juni

Moderation Barbara Ammer

Bündnis für Kinder – gegen Gewalt

14.00 – 15.00 Uhr

Saal 3 b

Aktionsplan der Bundesregierung zum
Schutz von Kindern und Jugendlichen
vor sexueller Gewalt und Ausbeutung

Seite 102

Kai Sachs

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend, Berlin

15.30 – 16.30 Uhr

Saal 3 b

Verbotene Pornographie in Datennetzen

Seite 104

Albert Bischeltsrieder

Bayerisches Landeskriminalamt, München

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Medien

Dienstag, 7. Juni

Moderation Dr. Rüdiger Wulf

Referatsleiter im Justizministerium des Landes Baden-Württemberg und Mitglied des Vorstandes der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

14.00 – 15.00 Uhr

Saal 13/14

Förderung oder Gefährdung –
die Rolle der Medien im Jugendalter

Seite 106

Dr. Ekkehard Sander

Deutsches Jugendinstitut (DJI), München

15.30 – 16.30 Uhr

Saal 13/14

Wie wirkt Mediengewalt – ein Überblick
über den aktuellen Forschungsstand

Seite 108

Dr. Maya Götz

Internationales Zentralinstitut für das
Jugend- und Bildungsfernsehen, München

Vorträge zum Schwerpunktthema

Themenbereich: Justiz und Gewaltschutzgesetz

Dienstag, 7. Juni

Moderation Norbert Wolf

Generalstaatsanwalt Braunschweig

14.00 – 15.00 Uhr

Saal 15/16

Möglichkeiten und Grenzen des präventiven Wirkens bei der zivil und strafrechtlichen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes aus justitieller Sicht

Seite 110

Dagmar Freudenberg

Staatsanwaltschaft Göttingen

15.30 – 16.30 Uhr

Saal 15/16

Podiumsdiskussion:

Gewaltschutzgesetz und Justiz – Erfolge und Verbesserungswünsche.

Was könnte in ein Handbuch

„Best practice“ aufgenommen werden?

Seite 112

Moderation: **Norbert Wolf**

Vorträge im Offenen Forum

Parallelveranstaltungen

Montag, 6. Juni

15.00 – 16.00 Uhr

Saal 11

FREUNDE – Präventionsprojekt für Kinder
gegen Sucht und Gewalt

Seite 118

Dr. Alfred Jung

Förderverein Stiftung FREUNDE e.V.,
München

Saal 12

„Stark im MiteinanderN“ – Bausteine für
mehr Sicherheit an Schulen

Seite 120

Klaus Ross

Westfälische Provinzial Versicherungen,
Münster

Saal 17

Korruptionsbekämpfung und Prävention

Seite 122

Dr. Rainer Gundlach

Staatsanwaltschaft Hannover

Saal 18

Unterlassene Hilfeleistung in verschiedenen
öffentlichen Bereichen: Straßen, Plätzen,
auf dem Schulweg und Schulhof

Seite 124

Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind

WEISSER Ring e.V., Mainz

Vorträge im Offenen Forum Parallelveranstaltungen

Montag, 6. Juni

16.30 – 17.30 Uhr

Saal 11

Zappelphilipp – Frühintervention bei
hyperaktiv-antisozialen Verhaltensstörungen

Seite 126

Dr. Gerhard Ristow

Zentralinstitut für seelische Gesundheit,
Mannheim

Claus Himburg

Polizeipräsidium Mannheim

Saal 12

Gesundheit und Prävention an Schulen

Seite 128

Dr. Michael Hamschmidt

Gesundheitsamt Lübeck

Saal 17

Aufkommen und Prävention von
rechtsextremen Einstellungen und
Handlungen

Seite 130

Prof. Dr. Manfred Bornewasser

Universität Greifswald

Saal 18

Präventives Sozialraummanagement:
Soziales Frühwarnsystem und städtebauliche
Prävention im Wohnquartier

Seite 132

Sandra Biewers

Sabine Kaldun

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Fachhochschule Köln

Vorträge im Offenen Forum Parallelveranstaltungen

Dienstag, 7. Juni

09.00 – 10.00 Uhr

Saal 11

Das Opfer vor Gericht –
Zeugenbegleitung in Stuttgart

Seite 134

Tina Neubauer

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Saal 12

Aktiv gegen Angsträume von Jugendlichen.
Opferorientierte Gewaltprävention im
ländlichen Raum

Seite 136

Christine Böckmann

Mirko Wolff

Miteinander e.V., Magdeburg

Saal 17

Prävention und Management

Seite 138

Erich Marks

Landespräventionsrat Niedersachsen

Saal 18

Neue Wege zur Verkehrsunfallprävention am
Beispiel der Ausrichtung auf junge Erwachsene

Seite 140

Achim Donner

Harry Gabernowitz

Polizeipräsidium Berlin

Vorträge im Offenen Forum Parallelveranstaltungen

Dienstag, 7. Juni

10.30 – 11.30

Saal 11

Sind Elterntrainings zur Prävention kindlicher
Verhaltensauffälligkeiten langfristig wirksam? Seite 142

Dr. Annett Kuschel
Technische Universität Braunschweig

Saal 12

Konfliktbearbeitung und Sozialraum als
Bezugspunkte der Jugendkriminalitätsprävention Seite 144

Sylvia Lustig
Deutsches Jugendinstitut (DJI), München

Saal 17

Prävention im Bereich von Nahrungsmittel-
produktion Seite 146

Dr. Norbert Hirschauer
Humboldt-Universität, Berlin
Sebastian Scheerer
Universität Hamburg

Saal 18

Kooperation Polizei – Jugendhilfe – soziale
Dienste – Schule – ein wichtiger Beitrag zur
Gewaltprävention Seite 148

Gerhard Lenkner
Yvonne Pötzingner
Grete Sentner

Vorträge im Offenen Forum

Parallelveranstaltungen

Dienstag, 7. Juni

14.00 – 15.00 Uhr

Saal 11

Prävention von sexuellem Missbrauch
mit strafrechtlichen Mitteln Seite 150

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier
Bernadette Stolte
Universität Hannover

Saal 12

Neue Bedrohungen aus dem Internet Seite 152

Werner Sitzer
Siemens Business Services GmbH & Co. OHG,
Paderborn

Saal 17

Sport und Prävention Seite 154

Ingo Weiss
Deutsche Sportjugend, Frankfurt

Alwin Schiddel
Lüsumer Turnverein von 1898 e.V.

Saal 18

Kommunale Gewaltprävention durch
gemeinsame Weiterbildung von Schule,
Sozialarbeit und Polizei Seite 156

Kerstin Lück
Fachhochschule Potsdam

Vorträge im Offenen Forum Parallelveranstaltungen

Dienstag, 7. Juni

15.30 – 16.30 Uhr

Saal 11

Interaktives Theater als Werkzeug
von Gewaltprävention

Seite 158

Dr. Michael Wrentschur
Universität Graz

Saal 12

Naikan im Justizvollzug – durch Meditation
zu mehr Selbstverantwortung

Seite 160

Dr. Monica Steinhilper
Niedersächsisches Justizministerium,
Hannover

Saal 17

P 5 – Primärprävention in
Public Private Partnership

Seite 162

Bettina Marschall
Wolfsburg AG | HealthProject, Wolfsburg

Saal 18

Präventive Ansatzpunkte bei Jugendlichen
in „problematischen“ Cliques

Seite 164

Dr. Kerstin Reich
Universität Tübingen

Liste aller Vortragenden

Thomas **Altgeld**, Landesvereinigung für Gesundheit
Niedersachsen e.V., 30165 Hannover, Fenskeweg 2

Barbara **Ammer**, Stiftung „Bündnis für Kinder –
gegen Gewalt“, 80797 München, Winzererstraße 9

Seyran **Ates**, 10178 Berlin, Dircksenstraße 47

Dr. Renate **Augstein**, Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, Jägerstraße 8/9

Prof. Dr. Britta **Bannenberg**, Universität Bielefeld,
33615 Bielefeld, Universitätsstraße 25

Sandra **Biewers**, Fachhochschule Köln, IMOS Sozial I
Raum I Management, 50678 Köln, Mainzer Str. 5

Albert **Bischeltsrieder**, Bayerisches Landeskriminalamt,
80636 München, Maillingerstraße 15

Prof. Dr. Thomas **Bliesener**, Universität Kiel, Institut
für Psychologie, Pädagogische Psychologie und
Entwicklungspsychologie, 24098 Kiel, Olshausenstr. 40

Rüdiger **Bockhorst**, Bertelsmann-Stiftung, 33311 Gütersloh,
Carl-Bertelsmann-Stiftung

Christine **Böckmann**, Miteinander e.V., Netzwerk für
Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt,
39104 Magdeburg, Erich-Weinert-Str. 30

Prof. Dr. Manfred **Bornewasser**, Institut für Psychologie
der Universität Greifswald, 17487 Greifswald,
Franz-Mehring-Str. 47

Andrea **Buskotte**, Landespräventionsrat Niedersachsen,
30169 Hannover, Am Waterlooplatz 5 A

Prof. Dr. Manfred **Cierpka**, Uniklinikum Heidelberg,
69115 Heidelberg, Gergheimer Straße 54

Gisela **Dittrich**, Deutsches Jugendinstitut (DJI),
81541 München, Nockherstr. 2

Achim **Donner**, Der Polizeipräsident in Berlin,
Dir 6 ZA Vkd22, 10243 Berlin, Wedekindstr. 10

Liste aller Vortragenden

Prof. Dr. Rudolf **Egg**, Kriminologische Zentralstelle e.V.,
65189 Wiesbaden, Viktoriastraße 35

Kathrin **Ehbrecht**, Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft,
37073 Göttingen, Waageplatz 7

Dagmar **Freudenberg**, Staatsanwaltschaft Göttingen,
37073 Göttingen, Waageplatz 7

Claus **Fussek**, VfV e.V. München, 80469 München,
Klenzestraße 57 c, 2. Hof

Harry **Gabernowitz**, Der Polizeipräsident in Berlin,
Dir 6 ZA Vkd22, 10243 Berlin, Wedekindstr. 10

Dr. Thomas **Görgen**, Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V., 30161 Hannover,
Lützeroder Str. 9

Dr. Maya **Götz**, Internationales Zentralinstitut für das
Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI), 80335 München,
Rundfunkplatz. 1

Prof. Dr. Werner **Grewe**, Universität Hildesheim, Institut für
Psychologie, 31141 Hildesheim, Marienburger Platz 22

Thomas **Grüner**, Institut für Konflikt-Kultur, 79102 Freiburg,
Reichsgrafenstr. 2

Dr. Rainer **Gundlach**, Staatsanwaltschaft Hannover,
Zentralstelle für Korruptionsbekämpfung, 30175 Hannover,
Volgersweg 67

Prof. Dr. Carol **Hagemann-White**, Universität Osnabrück,
Fachbereich 3 – Erziehungs- und Kulturwissenschaften,
49069 Osnabrück, Heger-Tor-Wall 9

Juliane **Hahn**, Staatsanwaltschaft Braunschweig,
38100 Braunschweig, Turnierstr. 1

Dr. Michael **Hamschmidt**, Gesundheitsamt Lübeck,
23560 Lübeck, Sophienstraße 2–8

Elisabeth **Heister-Neumann**, Niedersächsische
Justizministerin, 30169 Hannover, Am Waterlooplatz 1

Liste aller Vortragenden

Reinhold **Hepp**, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle, 70372 Stuttgart, Taubenheimstraße 85

Imke **Herlyn**, Opferhilfebüro Göttingen, 30719 Göttingen, Postfach 2922

Rudolf **Herweck**, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 10178 Berlin, Alexanderplatz 6

Erwin **Hetger**, Innenministerium Baden-Württemberg, 70173 Stuttgart, Dorotheenstr. 6

Claus **Himburg**, Polizeipräsidium Mannheim, 68161 Mannheim, L 6,1

Prof. Dr. Dr. Rolf Dieter **Hirsch**, HsM-Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter e.V., 53225 Bonn, Goetheallee 51

Dr. Norbert **Hirschauer**, Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftliche-Gärtnerische Fakultät, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus, 10099 Berlin, Luisenstraße 56

Rupert **Hutegger**, Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 5010 Salzburg, Hellbrunnerstr. 5

Dr. Alfred **Jung**, Förderverein Stiftung FREUNDE e.V., 80538 München, Seitzstr. 8/IV

Sabine **Kaldun**, Fachhochschule Köln, IMOS, 50823 Köln, Mainzer Straße 5

Prof. Dr. Barbara **Kavemann**, Sozialwissenschaftliches Frauenforschungsinstitut der Kontaktstelle praxisorientierte Forschung e.V., Büro Berlin, 10967 Berlin, Kottbusser Damm 79

Jacqueline **Kempfer**, Philipps-Universität Marburg, Institut für Kriminalwissenschaften, Fachbereich Rechtswissenschaften, 35032 Marburg, Universitätsstr. 6

Prof. Dr. Hans-Jürgen **Kerner**, Institut für Kriminologie der Universität Tübingen, 72076 Tübingen, Sand 7

Liste aller Vortragenden

Prof. Dr. Thomas **Klie**, Evangelische Fachhochschule
Freiburg, 79114 Freiburg, Bugginger Straße 38

Annegret **Kortleben**, Polizei Göttingen, 37081 Göttingen,
Groner Landstraße 51

Dr. Annett **Kuschel**, Technische Universität Braunschweig,
Institut für Psychologie, 38106 Braunschweig,
Spielmannstr. 12a

Gerhard **Lenkner**, Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule,
90443 Nürnberg, Herschelplatz 1

Kerstin **Lück**, Fachhochschule Potsdam, FB Sozialwesen,
14467 Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 4

Sylvia **Lustig**, Deutsches Jugendinstitut – DJI,
81541 München, Nockherstr. 2

Sigrid **Maier-Knapp-Herbst**, Landespräventionsrat
Niedersachsen, 30169 Hannover, Am Waterlooplatz 5 a

Erich **Marks**, Landespräventionsrat Niedersachsen,
30169 Hannover, Am Waterlooplatz 5 A

Bettina **Marschall**, Wolfsburg AG I HealthProject,
38442 Wolfsburg, Major-Hirst-Straße 11

Prof. Dr. Bernd-Dieter **Meier**, Universität Hannover,
Juristische Fakultät, Lehrstuhl Strafrecht, Strafprozessrecht
und Kriminologie, 30167 Hannover, Königsworther Platz 1

Jürgen **Mutz**, 88212 Ravensburg, Berliner Straße 5

Tina **Neubauer**, Bewährungshilfe Stuttgart e.V.,
70182 Stuttgart, Uhlandstr. 16

Dieter **Nolte**, Amtsgericht Hannover, 30175 Hannover,
Volgersweg 1

Rolf **Oehmke**, Landeskriminalamt Bremen, K 11 – Polizei
Bremen, 28329 Bremen, In der Vahr 76

Prof. Dr. Christian **Pfeiffer**, Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen (KFN) e.V., 30161 Hannover,
Lützerodestr. 9

Liste aller Vortragenden

Ursula **Pöhler**, Sozialverband Deutschland e.V., Kreisverband Hannover Stadt, 30519 Hannover, Helenenstr. 12

Yvonne **Pötzinger**, Polizeidirektion Nürnberg, 90402 Nürnberg, Jakobsplatz 5

Dr. Harald **Preusker**, Sächsisches Staatsministerium der Justiz, 01097 Dresden, Hospitalstr. 7

Kornelie **Rahnema**, Städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege München, Direktorium Rathaus, Zimmer 283, 80331 München, Marienplatz 8

Dr. Kerstin **Reich**, Universität Tübingen, Institut für Kriminologie, 72076 Tübingen, Sand 7

Dr. Gerhard **Ristow**, Zentralinstitut für seelische Gesundheit, 68159 Mannheim, I 5.

Klaus **Ross**, Westfälische Provinzial Versicherungen, 48159 Münster, Provinzial Allee 1

Prof. Dr. Dieter **Rössner**, Philipp-Universität Marburg – Fachbereich Rechtswissenschaften, Institut für Kriminalwissenschaften, Savignyhaus, 35032 Marburg, Universitätsstr. 6

Stephan **Rusch**, Landeskriminalamt Bremen, K 11 – Polizei Bremen, 28329 Bremen, In der Vahr 76

Kai **Sachs**, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ref. 504 Kinder- und Jugendschutz, Schutz vor Gewalt, 11018 Berlin

Dr. Ekkehard **Sander**, Deutsches Jugendinstitut (DJI), 81541 München, Nockherstr. 2

Dr. Andreas **Schick**, Heidelberger Präventionszentrum, 69120 Heidelberg, Keplerstr. 1

Alwin **Schiddel**, Lüssumer Turnverein e.V.,

Annette **Schlipphak**, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, 53113 Bonn, Dahlmannstr. 5–7

Dr.h.c. Herbert **Schmalstieg**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, 30159 Hannover, Trammplatz 2

Liste aller Vortragenden

Christine **Schröder**, Frauenberatungsstelle Verden/Aller,
27283 Verden, Grüne Straße 31

Prof. Dr. Dr. Herbert **Schubert**, Fachhochschule Köln, IMOS
Sozial I Raum I Management, 50678 Köln, Mainzer Str. 5

Udo **Schulz**, 58636 Iserlohn, Zollernstr. 4

Uwe **Schünemann**, Niedersächsischer Minister für Inneres
und Sport, 30169 Hannover, Lavesallee 6

Prof. Dr. Hans-Dieter **Schwind**, 49076 Osnabrück,
Bismarckstraße 19

Birgit-Ellen **Seel**, Staatsanwaltschaft Braunschweig,
38100 Braunschweig, Turnierstr. 1

Grete **Sentner**, Stadt Nürnberg, Allgemeiner Sozialdienst,
90317 Nürnberg, Dietzstraße 4

Werner **Sitzer**, Siemens Business Services GmbH & Co. OHG,
SF HQ Management, 33106 Paderborn, Heinz Nixdorf Ring 1

Prof. Dr. Peter **Steck**, Universität Konstanz, Psychologische
Diagnostik, 78464 Konstanz, Universitätsstraße 10

Dr. Wiebke **Steffen**, Bayerisches Landeskriminalamt,
Sachgebiet 513, 80636 München, Maillingerstraße 15

Dr. Monica **Steinhilper**, Niedersächsisches Justizminis-
terium, 30169 Hannover, Am Waterlooplatz 5 a

Bernadette **Stolte**, Universität Hannover, Lehrstuhl Straf-
recht, Strafprozesrecht und Kriminologie, 30167 Hannover,
Königsworther Platz 1

Lutz **Stratmann**, Niedersächsischer Minister für Wissen-
schaft und Kultur, 30169 Hannover, Leibnizufer 9

Prof. Dr. Peter **Struck**, Universität Hamburg, Fachbereich
Erziehungswissenschaften, Institut 4, 20146 Hamburg,
Joseph-Carlebach-Platz 1/Binderstr. 34

Uwe **Stürmer**, Innenministerium Baden-Württemberg, Zen-
trale Koordinierungsstelle „Kommunale Kriminalprävention“,
70173 Stuttgart, Dorotheenstraße 6

Liste aller Vortragenden

Gabriele **Tammen-Parr**, „Pflege in Not“, 10961 Berlin,
Zossener Straße 24

Sarah **Vennhaus**, Universität Bielefeld, Fakultät für Rechts-
wissenschaft, Kriminologie und Strafrecht, 33501 Bielefeld,
Postfach 10 01 31

Dr. Ursula **von der Leyen**, Niedersächsisches Ministerium für
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, 30001 Hannover,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2

Prof. Dr. Hans-Georg **Voss**, Technische Universität Darm-
stadt, Institut für Psychologie, Arbeitsstelle für Forensische
Psychologie, 64283 Darmstadt, Alexanderstraße 10

Prof. Dr. Michael **Walter**, Universität zu Köln, Lehrstuhl für
Kriminologie und Strafrecht, Institut für Kriminologie,
50923 Köln, Albertus-Magnus-Platz 1

Ingo **Weiss**, Deutsche Sportjugend im Deutschen
Sportbund e.V., 60528 Frankfurt am Main,
Otto-Fleck-Schneise 12

Prof. Dr. Peter **Wetzels**, Universität Hamburg, FB Rechts-
wissenschaft, Institut für Kriminologie, 20146 Hamburg,
Schüterstr. 28

Norbert **Wolf**, Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig,
38100 Braunschweig, Domplatz 1

Mirco **Wolff**, Miteinander e.V., Netzwerk für Demokratie
und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt, 39104 Magdeburg,
Erich-Weinert-Str. 30

Dr. Michael **Wrentschur**, Universität Graz, 8020 Graz,
Merangasse 70/II

Dr. Rüdiger **Wulf**, Justizministerium Baden Württemberg,
70173 Stuttgart, Schillerplatz 4



Britta Bannenberg
Marc Coester
Erich Marks (Hrsg.)

Kommunale Kriminalprävention.
Ausgewählte Beiträge des
9. Deutschen Präventionstages,
17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart.

ISBN 3-936999-12-0
15,00 Euro

Erhältlich im Buchhandel und bei www.amazon.de

Forum Verlag Godesberg GmbH

Abstracts der Vorträge zum Schwerpunktthema

| | Seite |
|--|----------|
| Alphabetische Übersicht der Referentinnen und Referenten im Bereich des Schwerpunktthemas | 65 |
| Abstracts der Vorträge zum Schwerpunktthema mit Kurzinformationen zu den Referentinnen und Referenten | 66 – 113 |

Alphabetische Übersicht der Referentinnen und Referenten im Bereich des Schwerpunktthemas

| | Seite |
|----------------------------------|-------|
| Thomas Altgeld | 74 |
| Seyran Ates | 88 |
| Albert Bischeltsrieder | 104 |
| Prof. Dr. Thomas Bliesener | 70 |
| Rüdiger Bockhorst | 76 |
| Gisela Dittrich | 84 |
| Dagmar Freudenberg | 110 |
| Dr. Thomas Görgen | 90 |
| Dr. Maya Götz | 108 |
| Thomas Grüner | 72 |
| Prof. Dr. Carol Hagemann-White | 78 |
| Prof. Dr. Dr. Rolf Dieter Hirsch | 92 |
| Prof. Dr. Barbara Kavemann | 80 |
| Jacqueline Kempfer | 82 |
| Rolf Oehmke | 100 |
| Stephan Rusch | 100 |
| Prof. Dr. Christian Pfeiffer | 86 |
| Kai Sachs | 102 |
| Dr. Ekkehard Sander | 106 |
| Dr. Andreas Schick | 68 |
| Prof. Dr. Peter Steck | 94 |
| Prof. Dr. Peter Struck | 66 |
| Uwe Stürmer | 96 |
| Prof. Dr. Hans-Georg Voss | 98 |
| Norbert Wolf | 112 |



Prof. Dr. Peter Struck
Universität Hamburg

Prof. Dr. Peter Struck, geb. 1942, war zehn Jahre Volks- und Realschullehrer und danach vier Jahre lang Schulgestalter in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung in Hamburg. Seit 1979 hat er eine Professur für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sozial- und Schulpädagogik, Bildungspolitik, Jugendforschung, Familienerziehung und Medienpädagogik. Seine wichtigsten Bücher: „Die Hauptschule“ (1979), „Projektunterricht“ (1980), „Pädagogik des Klassenlehrers“ (1981), „Erziehung gegen Gewalt“ (1994), „Neue Lehrer braucht das Land“ (1994), „Schulreport“ (1995), „Die Kunst der Erziehung“ (1996), „Die Schule der Zukunft“ (1996), „Erziehung von gestern, Schüler von heute, Schule von morgen“ (1997), „Netzwerk Schule, Wie Kinder mit dem Computer das Lernen lernen“ (1998), „Vom Pauker zum Coach – Die Lehrer der Zukunft“ (1999), „Erziehung für das Leben“ (2000) und „Wie schütze ich mein Kind vor Gewalt in der Schule?“ (2001), „Lernlust statt Erziehungsfrust“ (2001), „Gebrauchsanweisung für die Schule“ (2001), „Wie viel Marke braucht mein Kind“ (2002), „Schule macht Spaß“ (2003), „Die 15 Gebote des Lernens – Schule nach PISA“ (2004) und „Das Erziehungsbuch“ (2005).

Seit 1980 forscht er vor allem mit einem Lehrer-Schüler-Betreuungsprojekt an der Gelenkstelle von Familie und Schule. Bei der Zeitschrift Familie & Co sitzt er als Experte seit zwölf Jahren am Schulsorgentelefon.

Erziehung gegen Gewalt, Sucht, Krankheit und Angst

Peter Struck, Die Quadratur der Werteerziehung – Kinder zwischen Familie, Schule, Medien und Jugendkult.

Kinder und Jugendliche sind ganz besonders stark von Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft betroffen. Die Zunahme von Gewalt, Orientierungslosigkeit, Armut und der Zerfall der traditionellen Familienform äußern sich bei Kindern und Jugendlichen u.a. in mangelnder Konfliktfähigkeit, Gewaltbereitschaft, Alkohol- und Drogenkonsum, autoaggressiven Störungen und chronischen Krankheiten. Jugendkulturen mit eigenen Binnennormen wie etwa Hooligans, Skinheads, Neonazis oder auch die Friedhofskultur dienen den Jugendlichen und Heranwachsenden zum Ausleben ihrer Bedürfnisse nach Anerkennung und Stärkung ihres Selbstwertgefühls, die von der Erwachsenengesellschaft nur unzureichend befriedigt werden. Die Vermittlung bzw. das Erlernen von Konfliktfähigkeit erweist sich als eine der wichtigsten präventiven Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt, Krankheiten, und Sucht.

Montag, 6. Juni



Dr. Andreas Schick
Uniklinikum Heidelberg

Dr. phil. Andreas Schick (Dipl.-Psych., Familientherapeut, NLP-Practitioner, geboren am 27.10.65 in Leutkirch im Allgäu) studierte Psychologie an der Universität Trier, und war dort von 1994 bis 1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Klinische Psychologie. Im Anschluss daran promovierte er an der Arbeitseinheit Klinische Psychologie und Psychotherapie der Universität Heidelberg im Rahmen eines Stipendiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Seit 1999 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Psychosomatische Kooperationsforschung und Familientherapie des Universitätsklinikums Heidelberg. Hier war er hauptverantwortlich für die Adaptation und Evaluation des Gewaltpräventions-Curriculums Faustlos. Seit Ende 2000 ist er Geschäftsführer des Heidelberger Präventionszentrums.

Eltern und Kinder stark machen – gegen Gewalt

Frühe psychosoziale Präventionsmaßnahmen verbessern das Kompetenzerleben, das Wohlbefinden und auch den Gesundheitsstatus im Erwachsenenalter bei allen Kindern und besonders auch bei Risikokindern. Die Forschung zeigt, dass Maßnahmen um so erfolgreicher sind, je früher sie einsetzen. Auch ein "immer wieder" ist erforderlich. Präventive Konzeptionen sollten somit die Möglichkeit bieten, Entwicklung auch in späteren Lebensphasen erneut anzustoßen. Um in der Breite wirksam werden zu können, müssen diese Konzepte basale seelische und psychosoziale Entwicklungen bei Kindern anstoßen. An der Förderung der emotionalen Intelligenz setzt Faustlos an, ein für die Grundschule und den Kindergarten entwickeltes Curriculum, das impulsives und aggressives Verhalten von Kindern vermindert und ihre soziale Kompetenz erhöht.



Prof. Dr. Thomas Bliesener
Universität Kiel

Thomas Bliesener, geb. 1958 in Gütersloh, Studium der Psychologie, Mathematik und Soziologie an der Universität Bielefeld, 1985 Diplom in Psychologie, 1988 promoviert zum Dr. phil. 1985–1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bielefelder Sonderforschungsbereich 227 „Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter“. 1989 Wechsel an das Institut für Psychologie der Universität Erlangen-Nürnberg. 1994 Habilitation in Erlangen. Seit 2000 Professor für Pädagogische Psychologie und Entwicklungspsychologie am Institut für Psychologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Forschungsthemen und -schwerpunkte:

- die Entwicklung von abweichendem Sozialverhalten, Aggression, Gewalt und Kriminalität;
- die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unter widrigen Lebensumständen (so genannte Resilienz);
- Prävention und Intervention von Störungen des Sozialverhaltens in Familie, Kindergarten, Schule sowie Einrichtungen der Jugendpflege und der Resozialisierung;
- Evaluation pädagogisch-psychologischer Maßnahmen in verschiedenen Kontexten (z.B. Familie, Schule, Erwachsenenbildung, Strafvollzug).

Derzeit u.a. Sprecher der Fachgruppe Rechtspsychologie in der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Mitglied des Executive Committee der European Association of Psychology and Law.

Gewaltprävention im schulischen Kontext – empirische und theoretische Grundlagen

Die jüngere Forschung zur Entwicklung dissozialen Verhaltens legt nahe, dass erfolgversprechende Präventionsprogramme für Gewalt unter Schülern Risikofaktoren der Entwicklung ausräumen oder minimieren und protektive Faktoren aufbauen oder stärken sollen. Im Beitrag werden aktuelle Befunde der Forschung zu Gewalt und Aggression unter Jugendlichen vor dem Hintergrund eines Koaktionsmodells von Risiko- und Schutzfaktoren vorgestellt. Einige der daraus ableitbaren Ansatzpunkte finden sich bereits in unterschiedlichen bisher praktizierten Präventionsprogrammen. So wird bspw. in schulischen Trainingsprogrammen kompetentes Sozialverhalten vermittelt und gefestigt, in umfassenden Schulprogrammen werden Konzepte für die Reaktion auf Problemverhalten entwickelt und implementiert, Lehrer werden in positiven Instruktionstechniken und in ihrer kommunikativen Kompetenz trainiert, Streitschlichter ausgebildet; akademische Förderprogramme bekämpfen Schulversagen als Ursache für Frustration und Ausgrenzung, extracurriculare Angebote festigen die Bindung an die Schule und unterstützen die Wertevermittlung. Bei einigen anderen Programmen ist der Bezug zu aggressionsbegünstigenden Faktoren jedoch kaum erkennbar. Umgekehrt werden einige andere Risikofaktoren jedoch bisher kaum aufgegriffen.

Der Vortrag gibt einen systematischen Überblick über vorhandene Präventionsprogramme, macht aber auch deutlich, dass die derzeitigen Maßnahmen der schulischen Gewaltprävention in Deutschland noch wenig evaluiert sind und eine Bestandsaufnahme einschlägiger Programme sowie ein systematischer Vergleich der Wirksamkeit, Implementierbarkeit in den Schulalltag und Effizienz (auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten) noch fehlt.



Thomas Grüner

AGJ – Fachverband Prävention
und Rehabilitation, Freiburg

Thomas Grüner, Dipl.-Psychologe, Psychotherapeut (HPG) und Ausbilder für Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich. Mehrjährige Tätigkeit im Kinder- und Jugendschutz. Gründer und Leiter des Instituts für Konflikt-Kultur in Freiburg. Seit 1997 ist Thomas Grüner in der Organisations- und Schulentwicklung tätig und bildet bundesweit Fachkräfte in den Methoden von Konflikt-KULTUR® aus. Er arbeitet mit Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen und leitet Supervisionsgruppen und Seminare zu Erziehungsfragen.

Buchveröffentlichungen

Grüner, Th. (2005). Was Kinder stark und glücklich macht. Die kleine Elternschule. Freiburg: Herder.

Grüner, Th. & Hilt, F. (2004). „Bei STOPP ist Schluss!“ Werte und Regeln vermitteln. Lichtenau: AOL.

Durach, B., Grüner, Th. & Napast, N. (2002). „Das mach ich wieder gut!“ Mediation · Täter-Opfer-Ausgleich · Regeln lernen. Soziale Kompetenz und Gewaltprävention an Grundschulen. Lichtenau: AOL.

Fachartikel (Auswahl)

Grüner, Th. (2003). Konflikt-KULTUR®. Soziale Kompetenz und Prävention. forum kriminalprävention, 1, 18–21.

Glattacker, M., Engel, E.-M., Hilt, F., Grüner, Th. & Käßler, Ch. (2002). Ist Gewaltprävention an Schulen wirksam? – Eine erste Bilanz über das Präventionsprogramm „Konflikt-KULTUR“. Psychologie in Erziehung und Unterricht, 49, 132–144.

Glattacker, M., Engel, E.-M., Grüner, Th., Hilt, F. & Käßler, C. (2002). „In ihrem Herzen hassen sie alle ...!“ Gewaltursachen aus Schülersicht. In C.-J. Reinbold (Hrsg.), Konflikt-KULTUR. Soziale Kompetenz und Prävention (S. 199–215). Freiburg: AGJ.

Konflikt-KULTUR – Soziale Kompetenz und Gewaltprävention an Schulen

Es wird ein umfassendes, praxiserprobtes und wissenschaftlich erforschtes Fortbildungsprogramm vorgestellt, das seit 1997 bundesweit an 136 Schulen umgesetzt wird. Von der Grundschule bis zur Berufsschule sind alle Schultypen vertreten, da die entsprechenden Methoden partizipativ und flexibel an die unterschiedlichen Altersgruppen angepasst werden.

Ziel ist es, den Schülern im Umgang mit den ganz realen und alltäglichen Konflikten an Schulen, soziale und emotionale Kompetenzen zu vermitteln und Gewalt zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, sind unterschiedliche Methoden für unterschiedliche Konfliktbereiche notwendig:

1. Wenn es um Unterrichtsstörungen oder um fehlende Unterrichtsvoraussetzungen wie Pünktlichkeit und Arbeitsmaterial geht, sind einheitliche Regeln des Zusammen-Arbeitens gefragt.
2. Wenn es darum geht, ein gewaltfreies Miteinander in der Klassengemeinschaft zu fördern, benötigt eine Schulklasse verbindliche Regeln des Zusammen-Lebens.
3. Konflikte zwischen einzelnen Schülern lassen sich am besten mit Hilfe eines Vermittlers in der Mediation bzw. Streitschlichtung klären.
4. Bei einseitiger Gewalt hat sich der schulische Täter-Opfer-Ausgleich bewährt. Hier steht die Konfrontation mit der Opferperspektive, der Umgang mit Rechtfertigungsstrategien und die persönliche Wiedergutmachung im Vordergrund.

Die einzelnen Methoden beinhalten nicht nur Maßnahmen auf der individuellen Ebene der Konfliktbeteiligten, sondern auch auf der Schul- und Klassenebene. Konflikt-KULTUR ist ein Mehr-Ebenen-Programm, das auf Schulentwicklung zielt. Alle am Schulleben Beteiligten sind in die Maßnahmen mit einbezogen. Kontinuierlich stattfindende Teamsitzungen und Praxisbegleitung sorgen dafür, dass die entsprechenden Methoden nachhaltig im Alltag und in der Struktur einer Einrichtung verankert und zum integralen Bestandteil des jeweiligen pädagogischen Konzepts bzw. Schulprofils werden.



Thomas Altgeld

Landesvereinigung für Gesundheit
Niedersachsen e.V., Hannover

Geboren 1963, Diplom Psychologe

Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.; vorherige Berufstätigkeiten in der Psychiatrienachsorge und der Aidsprävention

Jetzige Arbeitsschwerpunkte: Systemische Organisationsentwicklung und -beratung, Aufbau landesweiter Netzwerke, Qualitätsmanagement in der Gesundheitsförderung, Gesundheitsmanagement in öffentlichen Verwaltungen, Männergesundheit.

Weitere Funktionen: Herausgeber des Newsletters zur Gesundheitsförderung „impulse“, Vorstandmitglied der Bundesvereinigung für Gesundheit und der Bundesarbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder“ e.V., Leiter der Arbeitsgruppe 7 „Gesundheit hat Zukunft“ von gesundheitsziele.de

Ausgewählte Publikationen:

Altgeld, T., Laser, I., Walter, U. (Hrsg.) (1997): Wie kann Gesundheit verwirklicht werden? Gesundheitsfördernde Handlungskonzepte und gesellschaftliche Hemmnisse, Juventa Verlag, Weinheim

Altgeld, T., Hofrichter, P. (Hrsg.) (2000): Reiches Land – Kranke Kinder? Gesundheitliche Folgen sozialer Benachteiligung bei Kindern und Jugendlichen, Mabuseverlag, Frankfurt

Altgeld, T. (Hrsg.) (2004): Männergesundheit – Neue Herausforderungen für Gesundheitsförderung und Prävention, Juventa Verlag Weinheim und München

Richter, A., Holz, G., Altgeld, T. (Hrsg.) (2004): Gesund in allen Lebenslagen – Förderung von Gesundheitspotenzialen bei sozial benachteiligten Kindern im Elementarbereich.

Perspektiven eines Disziplin übergreifenden Präventionsansatzes

Im Gesundheitswesen setzt sich zur Zeit eine neue Wertschätzung der Prävention und Gesundheitsförderung durch. Die rein kurative Ausrichtung der Gesundheitsversorgung stößt finanziell und leistungsmäßig an ihre Grenzen, deshalb sollen Prävention und Gesundheitsförderung besser ausgestattet und als „vierte Säule“ (neben der Kuration, Rehabilitation und Pflege) verankert werden. Mit dem im April 2005 vom Bundestag verabschiedeten Präventionsgesetz werden 250 Millionen jährlich für diese Bereiche neu organisiert.

Das Gesetz sieht vor, dass Prävention und Gesundheitsförderung zum Abbau sozial bedingter und geschlechterbezogener Ungleichheit von Gesundheitschancen beitragen. Gesundheitsförderung muss insbesondere für schwer erreichbare Gruppen besser und effektiver organisiert werden. Wesentliche Bedeutung kommt dem frühzeitigen Erkennen von Entwicklungs- und Chancendefiziten zu. Der Settingansatz stellt eine Schlüsselstrategie zu Umsetzung von Gesundheitsförderung in verschiedenen sozialen Kontexten (z.B. Stadt, Schule, Betrieb, Gefängnis oder Krankenhaus) dar. Programme sollten bei klar definierten, ausdifferenzierten Zielgruppen ansetzen und diese früh einbeziehen. Gerade die Mitwirkung der Betroffenen zeichnet die Arbeit in gesundheitsfördernden Settings aus. Programme, die von außen an bestimmte Settings herangetragen werden, erreichen meist nur die leicht Erreichbaren (Mittelschichtorientierung) und nicht diejenigen Zielgruppen mit den größten Bedarfen.

Die zur Zeit noch eher koexistierenden Bereiche der Gesundheitsförderung in Settings, Stadtentwicklung und die Kriminalprävention könnten zukünftig wechselseitig mehr voneinander profitieren. Gesundheitsfördernde Settings (insbesondere Kindergärten und Schulen) können in sozial benachteiligten Stadtteilen im Zuge der Öffnung ins kommunale Umfeld eine gesundheitsfördernde und kriminalpräventive Breitenwirkung in den Stadtteil hinein entfalten.



Rüdiger Bockhorst
Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh

Rüdiger Bockhorst, Hochschulausbildung: 01.10.80–14.10.87: Biologie und Sport für das Lehramt an Schulen für die Sekundarstufen I und II an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster – Abschluss 1. Staatsexamen für Biologie und Sport für die Sekundarstufen I und II

Berufl. Werdegang: Konzipierung und Organisation einer Ringvorlesung an der Universität zur Gesundheitserziehung. 1975–2000 Ehrenamtliche Tätigkeiten im Vereinssport: Übungsleiter im Kleinkindalter, Trainer (Kunstturnen), Vorstands- und Gremienarbeit in Landes- und Bundesausschüssen u.a. Jugendarbeit im Sport, Gesundheitssport/Gesundheitsförderung im Sport.

Referendariat: 15.06.88–15.6.90 : Studienreferendar des Landes NRW; Studienseminar Münster: Abschluss: 15.06.90; 2. Staatsexamen (Sport und Biologie).

Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe: ab 01.08.92 Referent für Sicherheits- und Gesundheitsförderung mit den Aufgabengebieten: Fortbildung von Lehrkräften, Schulleitungen und Vertreter der Schulaufsicht/Entwicklung von Materialien zur Prävention/Leitung von Arbeitskreisen und Mitarbeit in Gremien, Referententätigkeit auf landes- und bundesweiten Kongressen und Fachtagungen. 1993–1999 Projektverantwortlich für das Projekt „Gesundheitsförderung in und mit Schulen“ dem bundesweit ersten Projekt zur Koordination lokaler Kooperationspartner zur Unterstützung von Gesundheitsförderung in Schulen in Bielefeld. 1999 Beförderung zum stellvertretenden Abteilungsleiter mit der Verantwortlichkeit für sämtliche Schulungsmaßnahmen des GUVV im schulischen Bereich und folgender Projekte: Bewegungsfreudige Schule Primarstufe (landesteilweit), Kompensatorischer Schulsport (landesweit), Sicherheitsförderung im Schulsport (landesweit), Bewegungsfreudige Schule Sekundarstufe I (landesweit), Entwicklung gesundheitsförderlicher, fachübergreifender Unterrichtsinhalte für die Sekundarstufe II, Elternmitarbeit in der Bewegungsfreudigen Schule (landesweit). Seit 2004 Projektmanager von Anshub.de in der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Gesundheit in Schule neu denken und gestalten – Chance für morgen!

Seit fast zwei Jahrzehnten werden in Schulen und Kindertagesstätten Maßnahmen zur Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung durchgeführt. Bilanziert man die Maßnahmen und Projekte, so muss man feststellen, dass das Thema Gesundheit sich nicht flächendeckend in den Bildungseinrichtungen etabliert hat. In diesem Zusammenhang werden seit geraumer Zeit die Fragen nach Wirksamkeit und Nachhaltigkeit immer wieder aufgeworfen. Um sich diesen Perspektiven zu nähern, muss man analysieren, unter welchen Bedingungen präventive Ansätze gelingen und welche Projekte und Maßnahmen diese widerspiegeln.

Als problematische Rahmenbedingung kommt hinzu, dass die Bildungseinrichtungen nach PISA im Allgemeinen dazu neigen, sich stärker auf Fächer zu konzentrieren. Damit läuft das Thema Gesundheit Gefahr, vergessen oder verdrängt zu werden. Die Folgen dieser Entwicklung wären für die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten und Schulen kaum abzuschätzen.

Anschub.de ist ein Projekt an dessen Konzeption verdeutlicht werden soll, wie unter Beachtung der o.g. Kritik das Thema Gesundheit in Schule bereits jetzt neu angegangen wird.

In dem Vortrag werden daher sowohl die identifizierbaren Gründe des Scheiterns als auch die Erfolgsfaktoren für das Gelingen des Themas Gesundheit mit bearbeitet.

Montag, 6. Juni



**Prof. Dr. Carol
Hagemann-White**
Universität Osnabrück

Carol Hagemann-White, B.A. (Harvard 1964) Dr. phil. (Freie Universität Berlin 1970), dort habilitiert in Soziologie, seit 1988 Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik/Frauenforschung an der Universität Osnabrück. Zahlreiche empirische Untersuchungen und Evaluationsforschungen zur Intervention und Prävention bei Gewalt im Geschlechterverhältnis. Projektleitung der Wissenschaftlichen Begleitung zu Interventionsprojekten gegen häusliche Gewalt (WiBIG) 1998–2004. Koordinatorin des Netzwerkes im 6. Rahmenprogramm der EU „Coordination Action on Human Rights Violations (CAHRV)“ seit 2004. Weitere Forschungsschwerpunkte: geschlechtsspezifische Sozialisation, Frauengesundheitsförderung, Gleichberechtigungspolitik. Wissenschaftliche Leiterin des „Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft“ Hannover 1992–1997. Deutsch-schwedischer Humboldtpreis für Forschung 1998. Verschiedene Fachbeiräte, Kuratorium Müttergenesungswerk, Gründungsvorstand „Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.“. Tätig als Expertin für den Europarat und für andere europäische Organisationen.

Schutzmaßnahmen bei häuslicher Gewalt – staatliche Verantwortung oder Mittel zum Zweck?

Das erste europäische Gesetz zur Entfernung des Täters häuslicher Gewalt aus der Wohnung trat in Österreich 1997 in Kraft. Es umfasste die polizeiliche Befugnis zur Wegweisung, die Einrichtung von „Interventionsstellen“ für die proaktive Beratung der Opfer, sowie gerichtliche Schutzanordnungen auf Antrag des Opfers. Die drei Maßnahmen waren in einem Gesetz gebündelt.

Die Gesetzgebung in Deutschland verlief aufgrund der Zuständigkeiten anders. Von den drei Elementen des österreichischen Modells enthält das GewSchG nur das Dritte, die Erleichterung der rechtlichen Anordnungen. Erst in der Folge wurden die Polizeigesetze der Länder verändert. Interventionsstellen zur Beratung der Betroffene verblieben im Status einer nachgeordneten, flankierenden Maßnahme. Dadurch entstand die Wahrnehmung, dass der polizeiliche Platzverweis Frauen Gelegenheit geben soll, die im Bundesgesetz ermöglichten gerichtlichen Schritte zum eigenen Schutz zu unternehmen. Tun sie dies nicht, wird oft der Sinn des Platzverweises in Frage gestellt.

Der Platzverweis sollte dem Opfer eine Zeit der Sicherheit vor weiterer Gewalt geben. Während es in Österreich als ein Gebot der Gefahrenabwehr gilt, den Platzverweis konsequent durchzusetzen, wird hierzulande oft angenommen, es sei keine Gefahr mehr vorhanden, sofern die Frau den Mann wieder in die Wohnung lässt. Die kontroversen Sichtweisen werden im Vortrag diskutieren.



Prof. Dr. Barbara Kavemann
Sozialwissenschaftliches Frauen-
Forschungs-Institut, Berlin

Prof. Dr. Barbara Kavemann, Dipl. Soziologin, arbeitet seit 1978 zu Fragen der Gewalt im Geschlechterverhältnis und der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, vorwiegend in der Praxisevaluation und der Fortbildung. Mitarbeit u.a. in der wissenschaftlichen Begleitung des ersten Berliner Frauenhauses, Wildwasser Berlin e.V. und PETZE – schulische Prävention von sexuellem Missbrauch, Kiel. Aktuelle Themenschwerpunkte: Interinstitutionelle Kooperation gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis, Situation der Kinder bei häuslicher Gewalt gegen die Mutter. Seit 1998 arbeitete sie im Auftrag des BMFSFJ an der Universität Osnabrück in der wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt, seit 2004 am Frauenforschungsinstitut der Evangelischen Fachhochschule Freiburg an der Evaluation des Prostitutionsgesetzes. Honorarprofessur an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin. Mitarbeit bei CAHRV – Co-ordination Action on Human Rights Violations und im European Network on Gender, Conflict and Violence.

Informationen: www.wibig.uni-osnabrueck.de und www.Auswirkungen-Prostitutionsgesetz.de

Neue Unterstützungsangebote bei häuslicher Gewalt – Schutz und Prävention für neue Zielgruppen

Im Kontext von Interventionsprojekten gegen häusliche Gewalt wurden in mehreren Bundesländern neuartige Unterstützungsangebote eingerichtet, erprobt und evaluiert. Der Vortrag stellt Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung aus 6 Jahren vor. Hier sind vor allem Angebote zugehender Beratung zu nennen, die die bisherige Komm-Struktur im Beratungssektor ergänzen: Das Konzept der Interventionsstellen, die pro-aktiv Erstberatung nach polizeilicher Intervention anbieten, war heftig umstritten. Inzwischen liegen positive Erfahrungen vor. Die Mobile Intervention – ein bislang einmaliges Modell in Berlin – zeigt die Hochschwelligkeit bestehender Unterstützungsangebote und sorgt häufig im Kontext von Polizeieinsätzen für Entlastung und Sicherheit. Wie differenziert der Beratungsbedarf zu sehen ist, belegen sehr interessant die Ergebnisse einer neuen Untersuchung aus Baden-Württemberg. Die Bedeutung niedrigschwelliger Unterstützung für bestimmte Zielgruppen wie Migrantinnen und für die staatliche Intervention wird diskutiert.



Jacqueline Kempfer
Philipps-Universität Marburg

Jacqueline Kempfer (geb. 1978) studierte an der Philipps-Universität Marburg Rechtswissenschaften mit den Schwerpunktfächern Jugendstrafrecht und Kriminologie sowie Kirchen- und Staatskirchenrecht. Die Praktika im Rahmen der juristischen Ausbildung absolvierte sie am Amtsgericht Bernau im Dezernat für Jugendstrafsachen, im Bundesministerium der Justiz in Berlin im Referat für Jugendstrafrecht und Täter-Opfer-Ausgleich, in der Justizvollzugsanstalt Butzbach sowie im Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg in der Abteilung für Staatskirchenrecht.

Seit April 2001 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Institut für Kriminalwissenschaften am Lehrstuhl Prof. Dr. Dieter Rössner. Hier ist sie mit kriminologischen Forschungsaufgaben, insbesondere in den Bereichen Kriminalprävention und Täter-Opfer-Ausgleich befasst.

Als Referentin war sie mehrfach am Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW tätig und wirkte u.a. auf der 1. Sächsischen Präventionstagung in Chemnitz, dem Thüringer Präventionstag in Erfurt und dem 10. Forum für Täter-Opfer-Ausgleich in Lutherstadt Wittenberg mit.

Derzeit arbeitet sie an ihrer Promotion zum Thema „Das Fallpotential des Täter-Opfer-Ausgleichs“. Hierbei handelt es sich um eine empirische Vergleichsuntersuchung zur Zuweisungspraxis von Staatsanwaltschaften.

Prävention in Kindergarten und Vorschule

Aggressivität und Gewalt junger Menschen im Bereich der Schule werden bereits seit längerer Zeit als erhebliches Problem wahrgenommen. Die Forschungslage stellt sich hier als gut dar, ebenso existieren erfolgreiche Gegenstrategien. Daneben wird jedoch immer lauter gefordert, mit diesen Präventionsbemühungen in einem noch früheren Alter der Kinder, d. h. im Bereich der Vorschule und des Kindergartens, anzusetzen.

Auch hier gibt es inzwischen einige gut evaluierte Projekte, die sich zum einen speziell die „Gewaltprävention im Kindergarten“ zum Ziel gesetzt haben. Zum anderen existieren aber auch Programme zur Förderung sozialer Kompetenz oder zur Prävention von häuslicher Gewalt.

Derartige Programme aus dem In- und Ausland, darunter „Klassiker“ wie die Perry-Preschool-Studie mit ihren neuesten Ergebnissen ebenso wie jüngere Projekte, sollen mit ihrem Ansatz und ihrer Funktionsweise vorgestellt werden. Dabei wird auf die zum Teil sehr beachtlichen Ergebnisse ebenso eingegangen wie auf die vielfältigen Problemlagen, die mit derartigen Präventionsbemühungen im Primärbereich verbunden sind.



Gisela Dittrich

**Deutsches Jugendinstitut (DJI),
München**

Gisela Dittrich, Pädagogik MA

Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut
seit 1980,

Mitarbeit in den Projekten:

Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen (1980–
1990)

Orte für Kinder (1990–1994)

Konfliktverhalten von Kindern in Kindertagesstätten (1995–
1999)

Aufarbeitung der Ergebnisse des Konflikteprojekts zu Materia-
lien für ErzieherInnen (2000–2001)

Entwicklung einer Datenbank, in der wiss. Projekte zu den
Themen Kindertagesstätte und Tagespflege dargestellt wer-
den, ProKiTa www.dji.de/prokita (aktuell)

Konflikte unter Kindern – ein Kinderspiel für Erwachsene?

Interessensgegensätze sind der Kern von Konflikten, auch unter Kindern. Um mit Konflikten umzugehen, bedarf es bei Kindern unter sechs Jahren das Verständnis eigener Interessen wie die ihres Gegenübers. Ein solches Verständnis wächst bei Kindern im Laufe ihrer sozialen Entwicklung und kann in den ersten drei Jahren nicht vorausgesetzt werden.

Berichtet wird vom Verlauf eines Projekts, das sich zum Ziel gesetzt hatte herauszufinden, was Kinder in Kindertagesstätten in unterschiedlichem Alter (1,5–6 Jahren) tun, wenn sie in ihren Interaktionen auf Interessensgegensätze stoßen, welche Strategien sie in ihren Konflikten verwenden, welche Themen sie aufgreifen oder welche Konflikte sie wann überfordern.

Das Material wurde durch Videobeobachtungen und deren Auswertung gewonnen und an ErzieherInnen von Kindertagesstätten herangetragen. Deutlich wurde dabei ein Widerspruch zwischen den Kindern und ihrem Verständnis ihrer Konflikte und den Erwartungen der ErzieherInnen an das Verhalten der Kinder. Im überwiegend weiblichen Erzieherinnenberuf werden Konflikte eher als Störung oder pädagogisches Scheitern empfunden. ErzieherInnen müssen erst wieder lernen, Konflikte unter Kindern wahrzunehmen. Dies trifft nicht nur auf ErzieherInnen zu, denn Erwachsene haben meist gelernt, dort Konflikte (und damit die in ihnen wohnenden Interessen) als solche dann zu negieren, wenn sie ihre eigenen Interessen gefährden könnten.

Die Ergebnisse zeigen, dass es nicht ausreicht, Kindern „richtiges“ Konfliktverhalten zu lehren. Die Erwachsenen selbst müssen eigenes Konfliktverständnis reflektieren, um das der Kinder verstehen zu können.



Prof. Dr. Christian Pfeiffer
Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen (KFN) e.V.,
Hannover

Geboren 1944 in Frankfurt/Oder; nach Schule und Bundeswehr (Leutn. d. Res.) Studium der Rechtswissenschaften und Kriminologie an der Universität München und der London School of Economics and Political Science, Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes; Wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Schüler-Springorum (Universität München), während dieser Zeit Gründer und 1. Vorsitzender des Vereins BRÜCKE e.V. München, dessen Modellversuch zur Erprobung ambulanter Maßnahmen nach dem JGG bundesweit große Ausstrahlungswirkung entfaltet; Heisenberg Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1988 Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.; 1987 bis 2000 Universitätsprofessor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover; 1986 bis 1997 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.; 1997 bis 2000 Gründer und 1. Vorsitzender der Bürgerstiftung Hannover, nach deren Vorbild inzwischen bundesweit mehr als 80 weitere Bürgerstiftungen gegründet wurden; Dezember 2000 bis März 2003 niedersächsischer Justizminister; seitdem wieder Direktor des KFN.

Migration und innerfamiliäre Gewalt – aktuelle Forschungsbefunde und Perspektiven der Prävention

Migration und innerfamiliäre Gewalt

Zwei vom KFN durchgeführte Repräsentativbefragungen hatten für die Jahre 1998 und 2000 aufgezeigt, dass 14- bis 16-jährige Migranten weit häufiger innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt sind als einheimische deutsche Jugendliche und dass dieser Belastungsfaktor wesentlich zu ihrer erhöhten Gewalttrate beigetragen hat. Zudem war deutlich geworden, dass mit wachsender Aufenthaltsdauer die Gewalt in Migrantenfamilien zunimmt. Offenbar steigen die Konflikte, wenn Frauen und Kinder im Laufe der Jahre immer weniger bereit sind, sich den Dominanzansprüchen des Ehemannes/Vaters zu fügen. Anfang 2005 hat das KFN diese Schülerbefragung in verschiedenen Städten zum dritten Mal wiederholt. In dem Vortrag sollen erste Ergebnisse dieser Untersuchung dargestellt werden sowie die sich aus den Befunden ableitenden Präventionsstrategien.



Seyran Ates
Rechtsanwältin, Berlin

Seyran Ates, geboren am 20.04.1963 in Istanbul, lebt seit 1969 in Berlin. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin und arbeitet seit 1997 als selbständige Rechtsanwältin. Ihre Interessenschwerpunkte sind das Familienrecht und Strafrecht. Sie ist Mitautorin des 1983 erschienenen Buches „Wo gehören wir hin? Zwei türkische Mädchen erzählen“. Mit 21 Jahren wird sie Opfer eines politischen Anschlags und überlebt nur ganz knapp. Der Anschlag galt allem Anschein nach dem „Frauenladen“, in dem sie arbeitete. Spuren zu den „Grauen Wölfen“ bestätigten dies. Am 21.03.2003 ist ihre zweite Autobiographie beim Rowohlt Berlin Verlag erschienen.

Sie engagiert sich seit 1983 in unterschiedlichster Form für Frauenrechte. So hat sie Frauenprojekte mitgegründet, in Frauenprojekten gearbeitet bzw. Vorstandsposten übernommen.

Für Ihren Einsatz insbesondere für Migrantinnen hat Seyran Ates am 08.03.2004 den Berliner Frauenpreis für das Jahr 2004, der von dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen vergeben wird, erhalten.

Sie kämpft für die Einrichtung eines eigenständigen Straftatbestandes als Verbrechenstatbestand bei Zwangsverheiratung.

Häusliche Gewalt in Migrantenfamilien. Was hat die „Ehre“ damit zu tun?

Häusliche Gewalt ist kein Phänomen, was nur in Migrantenfamilien in Deutschland zu beklagen ist. Auch wenn dieses Thema zeitweilig einem politischen Missbrauch zum Opfer fällt, um aufzuzeigen, dass diese „Barbaren“ einfach nicht integrierbar sind. Weltweit ist häusliche Gewalt anzutreffen. Und zwar in allen vorstellbaren Facetten. Angefangen von unregelmäßiger subtiler psychischer Gewalt bis zu täglichen körperlichen Gewaltanwendungen. Betroffen sind meist Kinder und Frauen. Die Migrantensituation scheint aber dennoch eine nicht zu unterschätzende Rolle zu spielen, wenn wir anhand von Untersuchungen feststellen, dass die Gewaltbereitschaft in der Migration zunimmt und mit den zunehmenden Jahren in der Migration die Gewaltanwendung steigt. Darüber hinaus spielt der Begriff „Ehre“ eine wichtige, nahezu „unheimliche“ Rolle in Migrantenfamilien, die einem ganz besonderen Ehrbegriff unterliegen und aus einem ganz bestimmten Kulturkreis kommen. Nämlich einem Ehrbegriff, der sich aus einem kollektiven Ehrbegriff ergibt und sich auf die Sexualität der weiblichen Mitglieder einer bestimmten Gemeinschaft stützt. Nicht das Individuum, die Frau selbst, sondern alle männlichen Mitglieder einer Gemeinschaft sind Träger der Ehre. Unter anderem zum Schutz dieser „Ehre“ wird nicht selten Gewalt als legitimes Mittel eingesetzt.



Dr. Thomas Görgen

**Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen (KFN) e.V.,
Hannover**

Dr. Thomas Görgen, Diplom-Psychologe, seit Ende 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Hannover, davor am Institut für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Seit 1998 Forschungsschwerpunkte im Bereich der Viktimisierung älterer Menschen; u. a. Begleitforschung zum Modellprojekt „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“ (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), „Gewalt gegen alte Menschen in stationärer Pflege“ (gefördert durch die Volkswagen-Stiftung), „Ältere Opfer sexueller Gewalt – eine bislang vernachlässigte Opfergruppe?“ (gefördert durch das Niedersächsische Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben) und „Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen“ (gefördert durch das BMFSFJ).

Nahraumgewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen

Der Vortrag resümiert zunächst den Erkenntnisstand zur Opferwerdung älterer Menschen und wendet sich dann der gewaltförmigen Viktimisierung durch Personen aus dem sozialen Nahraum der älteren Opfer und der besonderen Problematik der Opferwerdung Pflegebedürftiger zu. Es wird deutlich, dass die noch relativ neuen Ansätze zu einer Altersviktimologie in großer Übereinstimmung zeigen, dass die Bedrohung durch Gewalt im höheren Alter insgesamt geringer ist als bei jüngeren Erwachsenen. Zugleich beschränkt sich die bisherige Forschung weitgehend auf eine „Viktimologie des dritten Lebensalters“, während das durch mannigfaltige Einschränkungen und Verluste sowie eine stark ansteigende Wahrscheinlichkeit von Multimorbidität, Pflegebedürftigkeit und Demenzerkrankungen gekennzeichnete „vierte Lebensalter“ die empirische Forschung vor große methodische Probleme stellt.

„Nahraumgewalt im Alter“ ist kein in sich homogenes Phänomen. Vor allem die Problembereiche der Gewalt in Ehen und Partnerschaften älterer Menschen einerseits und der Misshandlung und Vernachlässigung Pflegebedürftiger auf der anderen Seite bedürfen gesonderter Betrachtung und jeweils spezifischer Maßnahmen der Prävention und Intervention. Der Vortrag zeigt Handlungsansätze auf, die sich aus vorliegenden Erkenntnissen ergeben. Soweit Hilfeangebote sich direkt an von Gewalt bedrohte und betroffene ältere Menschen richten, kommt der Niedrigschwelligkeit der angebotenen Hilfen besondere Bedeutung zu. Perspektiven einer stärkeren Integration strafrechtlicher und psychosozialer Ansätze im Handlungsfeld „Nahraumgewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen“ werden erörtert.



**Prof. Dr. Dr. Rolf Dieter
Hirsch**

**HsM-Bonner Initiative gegen
Gewalt im Alter e.V., Bonn**

Hirsch Rolf D., Prof. Dr. phil. Dr. med. Dipl.-Psych., Jahrgang 1946, verheiratet, 2 Kinder.

Studium der Humanmedizin und der Psychologie in München, Facharztweiterbildung in Psychiatrie und Neurologie in Göttingen, Weiterbildung in Psychoanalyse (DGPPPT) und Psychotherapie, Tätigkeit in der Psychiatrie und Psychotherapie in Stuttgart, dann überwiegend in der Gerontopsychiatrie in Heidelberg und Erlangen tätig. Seit 1991 Chefarzt der Gerontopsychiatrie in den Rheinischen Kliniken Bonn mit Aufbau eines gerontopsychiatrischen Zentrums. Seit 1988 Lehrbeauftragter an der Universität Erlangen-Nürnberg, seit 1995 an der Gesamthochschule-Universität Kassel. 1997 Honorarprofessor für Psychogerontologie an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Koordinator der Arbeitstagen für Psychotherapie im Alter (ab 1989), Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie 1992–2003, Vorsitzender von „Handeln statt Mißhandeln – Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter e.V.“ (seit 1997) mit Aufbau einer Notruf- und Kriseninterventionsstelle; Vorstandsmitglied des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (seit 1999), Mitherausgeber der Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie und der Bonner Schriftenreihe „Gewalt im Alter“.

Derzeitige wissenschaftliche Schwerpunkte: gerontopsychiatrische Versorgungsforschung, Alterspsychotherapie, Aggression und Gewalt im Alter, ethische Fragestellungen in der Gerontopsychiatrie und -psychotherapie, Heiterkeit und Humor im Alter.

Prävention statt Gewalt – Überforderung von Angehörigen verringern

Pflegeabhängigkeit und Pflegebelastung sind Faktoren, die häufig zu Gewalthandlungen in Familien führen können, aber nicht per se müssen. Meist sind sie pathologische Zeichen von Überforderung von Angehörigen, die mit ihren Belastungen allein gelassen werden oder hilflos und voller Schuldgefühle sich Pflegebedürftigen ausgeliefert fühlen. Die Belastungen – „24-Stunden-Tag“ – werden immer höher, bis ein Familienmitglied nur noch gewalttätig sein kann, flieht (auch in eine Krankheit) oder zum Austritt (z.B. Klinik, Heimübersiedlung, Tod) gezwungen wird.

Präventive Maßnahmen beginnen bei der Aufklärung und Beratung über Art sowie Verlauf einer Erkrankung (z.B. Demenz) und Informationen über vorhandene regionale professionelle Hilfen (z.B. ambulanter Pflegedienst, Tagespflege, Haushaltshilfe). Neben sozialer Unterstützung sind Angebote von Selbsthilfegruppen wichtig, um Isolation, Resignation aber auch Verrohung vorzubeugen. Zudem führen aufgezeigte Strategien, wie problematische Situationen bewältigt werden können, und Entlastungsangebote für Angehörige zur Verringerung von Konflikten.

Die öffentliche Diskussion beeinflusst nachhaltig den „Wert“ des Pflegebedürftigen und des pflegenden Angehörigen. Die oft diskriminierende und ohne Einbeziehung ethischer Aspekte geführte Diskussion z.B. über die „Unbezahlbarkeit der Pflege“ fördert eher eine weitere Überforderung der Angehörigen und verringert Chancen, die rechtzeitig genutzt, Leid und Elend der Betroffenen verringern. Primäre Prävention muss hier ansetzen.



Prof. Dr. Peter Steck
Universität Konstanz

Geboren 1941

Studium der Psychologie an der Universität Würzburg, Abschluss mit Diplom 1969.

Promotion zum Dr. phil. 1974 mit einer Dissertation über die Beziehung zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und politischen Einstellungen.

Habilitation durch die Medizinische Fakultät der Universität Würzburg 1983 mit einer Habilitationsschrift über die dimensionale Struktur depressiver Syndrome.

Beruflicher Werdegang

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der Universität Würzburg von 1969–1974.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universitätsnervenklinik Würzburg 1974–1983. Seit 1983 Professor für psychologische Diagnostik an der Universität Konstanz, seit 1993 auch Vertretung des Faches Rechtspsychologie.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen zur politischen Psychologie, zur Psychopathologie, zur psychologischen Diagnostik und zur Kriminalpsychologie.

Seit 1977 Tätigkeit als forensisch-psychologischer Gutachter.

Tödlich verlaufende Partnerschaftskonflikte

Es werden die Ergebnisse zweier Studien über Partnertötung vorgestellt, die eine mit Männern, die andere mit Frauen als Täter.

Das Datenmaterial wurde über Interviews mit Tätern und Täterinnen erhoben und ergänzt um Informationen aus dem gerichtlichen Urteil über die Indextat. In beiden Untersuchungen wurden die tödlich endenden Konfliktverläufe mit Trennungskonflikten ohne tödlichen Ausgang verglichen.

Hierzu wurden sowohl strafrechtlich auffällige als auch strafrechtlich unauffällige Vergleichspersonen über einen Partnerkonflikt mit schließlicher Trennung befragt. Die Ergebnisse beider Studien wurden unter der Fragestellung geschlechtstypischer Verlaufsformen kontrastiert.

Die Prüfstatistik belegte Eigentümlichkeiten der tödlich endenden Konflikte sowohl bei Vergleichen innerhalb als auch zwischen den Geschlechtern. Die Einzelbefunde der Studie werden diskutiert im Hinblick auf geschlechtstypische Indikatoren einer homizidalen Tatbereitschaft. Es wird ein diagnostisches Modell vorgestellt, das als Hilfsmittel für die Krisenintervention in homizidalen Gefährdungssituationen genutzt werden kann.



Uwe Stürmer

**Innenministerium
Baden-Württemberg, Stuttgart**

Uwe Stürmer. 43 Jahre. Kriminaloberrat. Seit 1979 im Polizeidienst, überwiegend beim Polizeipräsidium Stuttgart. Langjährige Ermittlungspraxis im Bereich Gewaltdelikte/Kapitalverbrechen. 1992 Abschluss des Studiums an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei. 1998 Abschluss des Studiums an der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup. Anschließend Leiter der Stuttgarter Mordkommission. Seit 2001 Referent für Kriminalprävention, Jugend-, Rauschgift und Gewaltkriminalität im Innenministerium Baden-Württemberg, Landespolizeipräsidium. Mitarbeit in verschiedenen Interministeriellen Arbeitsgruppen zum Thema Gewalt. 2004/2005 Leiter der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Verhinderung von Gewalteskalationen in Paarbeziehungen bis hin zu Tötungsdelikten“ des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder.

Sind Partnertötungen präventabel?

Tötungsdelikte sind überwiegend Beziehungstaten. Statistisch gefährlichster Mensch ist hierbei eindeutig der eigene Partner. Insbesondere in der Trennungsphase steigt das Tötungsrisiko signifikant an. Zahlreiche tödliche Gewalteskalationen in Paarbeziehungen ereignen sich nicht plötzlich und unerwartet, sondern bilden den Schlusspunkt heftiger, teilweise langjähriger gewalttätiger Auseinandersetzungen. Rund 90 Prozent aller Tötungsdelikte nach Beziehungskonflikten werden innerhalb von 48 Stunden nach einem konflikt- oder selbstwertbelastenden Ereignis verübt. Insofern kommt einer zeitnahen Intervention nach entsprechenden Ereignissen zentrale Bedeutung zu. Eine Auswertung des von insgesamt 52 versuchten und vollendeten Partnertötungen in Baden-Württemberg im Jahr 2004 ergab, dass die spätere Tat in 16 Fällen gegenüber dem Opfer angekündigt wurde. In 8 Fällen wurden entsprechende Drohungen gegenüber dem Umfeld des Opfers und in 5 Fällen gegenüber dem Umfeld des Täters ausgesprochen. Werden entsprechende (Mord-)Drohungen auch der Polizei bekannt, hat sie realistische Chancen, die Ausführung schwerster Straftaten zu verhüten. Die Erfahrungen zeigen, dass Gefährderansprachen hierfür ein probates Mittel sind. In etlichen Fällen geben mögliche Täter ihren Plan auf, wenn sie merken, dass die Polizei schnell und konsequent einschreitet. Deshalb wurden die Polizeidienststellen des Landes Baden-Württemberg im Frühjahr 2004 angewiesen, Erkenntnissen über Bedrohungen, speziell in Paarbeziehungen, besonders sensibel, differenziert und mit grundsätzlich niedriger Einschreitschwelle nachzugehen, die Vorgeschichte zu erheben sowie darauf basierend eine Gefahrenprognose zu erstellen. Ferner soll zeitnah mit dem Gefährder bzw. seinem Umfeld Kontakt aufgenommen werden, um ihm die Folgen weiterer Gewalt eindrücklich aufzuzeigen sowie dem potenziellen Opfer konkrete Sicherheits- und Verhaltenshinweise zu geben.

Dienstag, 7. Juni



Prof. Dr. Hans-Georg Voss
Technische Universität Darmstadt

Hans-Georg W. Voß, geb. Am 04.04.1944 in Güstrow.

Studium der Psychologie in Mainz, Diplom in Psychologie 1968.

Promotion zum Dr. rer. nat. Universität Mainz 1972.

Universitätsprofessor für Psychologie an der Technischen Universität Darmstadt ab 1978.

Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre: Differentielle Psychologie und Persönlichkeitspsychologie, Entwicklungspsychologie, Familienpsychologie, Forensische Psychologie mit Schwerpunkt Kinder, Jugendliche, Familie, Gerichtspsychologischer Sachverständiger.

Kontakt und Information im Internet unter
<http://www.tu-darmstadt.de/fb/fb3/psy/diffpsy/index.htm>.

Stalking, Fallmanagement, Intervention und Prävention

„Stalking“ bezeichnet das unerwünschte Verfolgen und Belästigen einer Person, das Eindringen in die Privatsphäre, mit dem Ergebnis, dass die betreffende Person verunsichert, verängstigt oder sonst wie in ihrer psychischen und körperlichen Integrität beeinträchtigt wird. Aufgrund einer breitgefächerten Phänomenologie und den verschiedenen Motivlagen, die zu solchen Angriffen führen, ist es erforderlich, dem einzelnen Fall mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als dies in bisherigen Ansätzen üblich war. Kernstück der Fallanalyse sind die Besonderheiten des Handlungsgeschehens und die dahinter anzunehmenden Motivlagen von Tätern, die eine Klassifikation von Stalking-Fällen ermöglichen und somit eine theoretisch fundierte Anwendung in der Praxis nahe legen. Es werden einige Fälle von Stalking unter den Aspekten Risikoanalyse, Interventions- und Präventionsmöglichkeiten exemplarisch dargestellt.



**Rolf Oehmke,
Stephan Rusch**
Landeskriminalamt
Bremen

Rolf Oehmke (linkes Bild)

Jahrgang 1957

Kriminalhauptkommissar beim Landeskriminalamt Bremen.

Von 1984 bis 1987 Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Bremen mit dem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt (FH).

Seit Oktober 2002 stellvertretender Leiter der Präventionsdienststelle im LKA und seit Januar 2004 Leiter des Sachgebiets „Zentrale LKA-Aufgaben“.

Stephan Rusch (rechtes Bild)

Jahrgang 1962,

Kriminalhauptkommissar beim Landeskriminalamt Bremen.

Nach Schulbesuch in Bremerhaven und Berufsausbildung bei der Polizei Bremen, Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung. Seit 1992 Dipl.-Verwaltungswirt.

1996 bis 1998 Mitglied der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) in Berlin zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts (Mordauftragstaten des Ministeriums für Staatssicherheit und DDR-Staatsdoping).

1999 Verantwortlicher für die Einführung der DNA-Analyse-Datei beim Landeskriminalamt Bremen.

2000 Verantwortlicher für die Einführung des „Opfernotrufes der Polizei Bremen“.

2003 Verantwortlicher für die Präventionsaktion „Waffenfreies Bremen – Ein Zeichen gegen Gewalt“.

Bis April 2004 stellvertretender Kommissariatsleiter für Raub- und Waffendelikte.

Seit Mai 2004 Leiter der Präventionsdienststelle des Landeskriminalamtes Bremen und Opferschutzbeauftragter der Polizei Bremen.

Stalking – Polizeiliche Intervention am Beispiel der Polizei Bremen

2001 wurde durch die Polizei Bremen bundesweit erstmalig ein Stalking-Projekt initiiert, nachdem es zuvor zu einem versuchten Tötungsdelikt in der Hansestadt gekommen war.

Die für die Prävention zuständige Stelle des LKA Bremen formulierte daraufhin die nachstehenden kriminalpolizeilichen Präventionsziele:

- Auf- und Ausbau des Kenntnisstandes zum Phänomen „Stalking“,
- Frühzeitiges Erkennen und Einschreiten bei „Stalking-Fällen“,
- Sensibilisierung der Polizeibeamtinnen und -beamten für das Phänomen „Stalking“,
- Gefahreinschätzungen für das Opfer und Gefährdungsanalyse für den Täter,
- Steigerung der Anzeigenbereitschaft bei Opfer und Polizei.

Das Projekt sieht im wesentlichen die folgenden organisatorischen und methodischen Verfahren vor:

- Stalking-Beauftragte in den Polizeiinspektionen als feste Ansprechpartner für die Opfer,
- Gefährderansprache an den Stalker, um diesem zu verdeutlichen, dass sein Handeln in keiner Weise toleriert wird,
- Der Wohnort des Opfers wird zum Tatort erklärt,
- Unbedingte Berichtspflicht, auch in Fällen, bei denen noch kein Straftatbestand erfüllt wurde,
- Erfassung aller Stalking-Vorgänge im Bremischen Anzeigesystem, um alle Stalking-Vorfälle registrieren und recherchieren zu können,
- Sonderzuständigkeit bei der Staatsanwaltschaft Bremen,
- Handlungshinweise für polizeiliche Maßnahmen in Fällen von Stalking mit einem entsprechenden Konfliktmanagement, das u.a. eine Gefährdungsanalyse zum Inhalt hat.

Neben der Vorstellung des Bremer Stalking-Modells werden erste Ergebnisse aus diesem Projekt, sowie eine Fortschreibung des Modells präsentiert.

Dienstag, 7. Juni



Kai Sachs

**Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend,
Berlin**

Servicestelle beim Ref. 504 „Kinder- und Jugendschutz,
Schutz vor Gewalt“ BMFSFJ

NGO-Vertreter in der Regierungsdelegation des 2. Weltkongresses gegen kommerzielle, sexuelle Ausbeutung von Kindern in Yokohama 2001

Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. DGgKV

Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung

Umsetzung des „Aktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“ der Bundesregierung – Bilanz seit Januar 2003

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung ist ein vorrangiges Anliegen der Bundesregierung. Mit dem „Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“, der am 29. Januar 2003 vom Kabinett verabschiedet wurde, hat die Bundesregierung in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung für Deutschland erstmals eine umfassende Gesamtstrategie festgelegt, um Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt und Ausbeutung wirkungsvoll zu schützen.

Der Aktionsplan führt die zahlreichen Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen ergriffen wurden, fort und setzt neue Akzente. Er ist prozesshaft angelegt und stellt damit die Grundlage für eine ständige Weiterentwicklung seiner Problemstellungen dar. Dies setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen auf der einen sowie der Nichtregierungsorganisationen und der Wissenschaft auf der anderen Seite voraus. Deshalb sieht der Aktionsplan die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe vor, die die Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans steuert und koordiniert.

Ziel des Aktionsplans ist es, den strafrechtlichen Schutz von Kindern und Jugendlichen weiter zu entwickeln, die Prävention und den Opferschutz zu stärken sowie die Vernetzung der Hilfs- und Beratungsangebote und die internationale Zusammenarbeit zu fördern. Seit Vorliegen des Aktionsplans wurden zahlreiche konkrete Maßnahmen in den genannten Zielbereichen umgesetzt:



Albert Bischeltsrieder
Bayerisches Landeskriminalamt

Albert Bischeltsrieder, 54 Jahre, verheiratet, Kriminaldirektor, Leiter der Fahndung im Bayerischen Landeskriminalamt

Nach Berufsausbildung als Kaufmann im Groß- und Außenhandel Eintritt in die Bayerische Bereitschaftspolizei und Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst. Nach verschiedenen Stationen im uniformierten Polizeidienst Wechsel zur Kriminalpolizei und dort mehrjährige Tätigkeit als Sachbearbeiter für Wirtschafts- und Konkursdelikte sowie Delikte der Computerkriminalität.

Nach Abschluss der Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst Leiter verschiedener Dienststellen der Kriminalpolizei, in den letzten Jahren Leiter des Fahndungsdezernates im Bayerischen Landeskriminalamt in München. Dort unter anderem für den Aufbau und die Führung einer Spezialdienststelle zur anlassunabhängigen Fahndung im Internet und den Online-Diensten zuständig.

Verbotene Pornographie in Datennetzen

Die Nutzung von Datennetzen durch Straftäter hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Zentraler Bereich der illegalen Tätigkeiten ist dabei die Verbreitung verbotener Pornographie in Form von Kinder- und Gewaltpornographie sowie Sodomie.

Eine Spezialdienststelle des Bayerischen Landeskriminalamtes fahndet seit 10 Jahren im Internet und den Online-Angeboten verschiedener Provider nach strafbaren Sachverhalten, wobei Sexualstraftaten den Schwerpunkt der Tätigkeit bilden.

Insbesondere bei Kinderpornographie steht die Fahndung nach den Herstellern (Sexueller Missbrauch von Kindern) im Vordergrund polizeilicher Aktivitäten. Wesentlich sind aber auch Aspekte des Jugendschutzes, da die neuen Medien in besonderem Maße von Kindern und Jugendlichen genutzt werden.

Das Referat soll einen Überblick über die aktuelle Situation geben, polizeiliche Bekämpfungsansätze aufzeigen und die Notwendigkeit polizeilicher Präsenz in den Datennetzen verdeutlichen.



Dr. Ekkehard Sander
Deutsches Jugendinstitut

Dr. phil. Ekkehard Sander ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts in München, in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe. Mein Arbeitsschwerpunkt ist die Jugendforschung mit besonderer Berücksichtigung von Medien in ihrer Bedeutung für die 12- bis 18-Jährigen. Zusammen mit Dr. Jürgen Barthelmes habe ich eine Längsschnittuntersuchung zum Thema „Medien in Familie und Peer-group“ durchgeführt. Die Ergebnisse sind in einer Reihe von Publikationen veröffentlicht worden. In der Arbeit für die „Kommission 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung“ standen die Themen: Familie, Medien und Kultur sowie Fragen des Jugendmedienschutzes im Mittelpunkt.

Ich bin verheiratet und habe zwei heranwachsende Kinder.

Förderung oder Gefährdung – die Rolle der Medien im Jugendalter

Die aktuelle Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger für das Jahr 2004 Jugend, Information, (Multi-) Media (JIM 2004) sagt: 90% der Jugendlichen besitzen ein eigenes Handy; 64% ein eigenes Fernsehgerät, 53% einen Computer; 28% einen eigenen Internet-Zugang. Ist Jugendzeit nur noch Medienzeit, wie oftmals behauptet wird? Was suchen die Jugendlichen in den Medien und welche Rolle spielen dabei ihre Eltern? Wann fördern Medien die Entwicklung von Jugendlichen, wann gefährden sie diese? Zu diesen Fragen haben Jürgen Barthelmes und Ekkehard Sander die Längsschnittuntersuchung: „Medienerfahrungen von Jugendlichen in Familie und Peer-group“ am Deutschen Jugendinstitut in München durchgeführt. Das Interesse richtete sich auf die Art und Weise, wie der Alltag der Eltern und der ihrer heranwachsender Söhne und Töchter konkret aussieht und wie die Medien in diesem Alltag eingebettet sind. An erster Stelle stehen für uns Eltern und Kinder als handelnde Personen, die im Umgang mit den Medien individuell – unterschiedliche Erfahrungen machen. Damit ist ein Perspektivenwechsel in der Betrachtung von Medien verbunden: Dem Begriff der Medien-Wirkung haben wir den Begriff der „Erfahrung“ entgegengesetzt; die Medienerfahrungen von Jugendlichen werden im Zusammenhang mit ihrem Alltag in ihrer Familie und mit ihren Freundschaften zu Gleichaltrigen untersucht. Zu diesen Themen werden empirische Befunde aus der Jugendmedienforschung vorgestellt.



Dr. Maya Götz

**Internationales Zentralinstitut
für das Jugend- und Bildungs-
fernsehen, München**

Dr. phil. Maya Götz, Jg. 1967, Leiterin des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI), München.

Studium an der PH Kiel, Lehramt an Grund- und Hauptschulen und der Magistra der Pädagogik. Promotion 1998 an der Gesamthochschule Kassel mit dem Dissertationstitel: „Fernsehen im Alltag von Mädchen: Facetten der Medienaneignung in der weiblichen Adoleszenz“ (Buchtitel: „Mädchen und Fernsehen“).

Ihr Hauptarbeitsfeld ist die Forschung im Bereich „Kinder/ Jugendliche und Fernsehen“. Daneben arbeitet und veröffentlicht sie im Themenbereich geschlechterspezifischer Rezeptionsforschung. Empirische Studien unter anderem „Mädchenbild im Kinderfernsehen“ (1999), „Teletubbies im Alltag von Kindern“ (1999), „Die Bedeutung von Daily Soaps für Kinder und Jugendliche“ (2000/2001) und „Kinderfantasie und Fernsehen“ (2001/2002), „Journalismus mit Jugendlichen für Jugendliche“ (2002–2004), „Fernsehfiguren und ihre Bedeutung im Rahmen der Lebensbewältigung von Kindern und Jugendlichen“ (2003–2005).

Wie wirkt Mediengewalt – Ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand

Tote, Autounfälle, Explosionen und ständig brutal kämpfende Zeichentrickfiguren legen vermutlich bei jedem pädagogisch verantwortungsbewusst Handelnden die Frage nahe: Wie wirkt die viele Mediengewalt auf Kinder und Jugendliche? Alltagspsychologisch liegen einfache Imitationsmodelle nahe: Die gezeigte Gewalt wird von Heranwachsenden „genauso wie im Fernsehen“ in die Tat umgesetzt. Eine These, die auch von den Medien selbst gern vertreten wird. Aus einer empirisch-wissenschaftlichen Perspektive stellt sich der Zusammenhang jedoch sehr viel komplexer und weit weniger eindeutig dar. Trotz tausender Studien zur Wirkung von Mediengewalt konnte diese monokausale, unidirektionale Wirkung auf Jugendliche oder Kinder im Allgemeinen nicht nachgewiesen werden. Was sich in diversen Studien bestätigt, ist eine Korrelation bei einigen Jugendlichen zwischen Gewaltbereitschaft und TV-Konsum allgemein sowie der Bevorzugung gewalthaltiger Filme. Je nach Studie lassen sich hierbei typische Risikofaktoren wie Schulbildung, Gewaltbereitschaft und hoher TV-Konsum der Eltern oder z.B. auch materialistische Wertorientierung herausarbeiten.

Komplexer angelegte Studien zeigen, dass es vor allem auf die individuellen Lesarten ankommt. So gehen die Rezipienten z.B. nicht automatisch in die Täterperspektive, vielmehr zeigen eine Reihe von Studien, dass mindestens genauso häufig die Opferperspektive eingenommen wird. Geschlechterspezifische und medienpädagogische Forschung kann hier wichtige Beiträge leisten, um die individuelle Wahrnehmung und Verarbeitung gewalthaltiger Inhalte zu verstehen und daraus praxisrelevante Konsequenzen für Jugendschutz, pädagogische Förderung, aber auch Fortbildung von Medienschaffenden zu entwickeln.



Dagmar Freudenberg
Staatsanwaltschaft Göttingen

- Verheiratet, zwei Kinder, Staatsanwältin seit 1980,
- seit 1981 Bearbeitung von Jugendstrafsachen
- von 1985 bis 1995 Lehrauftrag „Jugendrecht“ am Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der Universität Göttingen
- seit 1993 Bearbeitung des Sonderdezernats „Sexualstraftaten“,
- seit 2003 auch Bearbeitung des Sonderdezernats „Häusliche Gewalt“ bei der Staatsanwaltschaft Göttingen.
- seit 1994 Mitglied der Strafrechtskommission des djb,
- seit Ende 2001 Vorsitzende der Kommission „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ des djb
- seit 1997 Mitglied der International Association of Prosecutors (IAP)
- seit 2001 für den djb Mitglied der Bund-Länder AG „Häusliche Gewalt“ des BMFSFJ und dort in der UAG Fortbildung und danach in der UAG Aktionsplan tätig
- seit 2002 Mitarbeit in der Stiftung Opferhilfe im Vorstand des Regionalen Opferhilfefonds Göttingen
- seit 2003 Mitglied der Bund-Länder AG „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung“ des BMFSFJ

Möglichkeiten und Grenzen des präventiven Wirkens bei der zivil- und strafrechtlichen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes aus justitieller Sicht

Mit dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes zum 01.01.2002 ist auch die Justiz in neuer Weise in die Pflicht genommen, Gewalt in der Gesellschaft zu ächten und zu ahnden.

Zwar war auch vor der Geltung des Gewaltschutzgesetzes nach den §§ 823, 1004 BGB eine einstweilige Verfügung mit Unterlassungsanspruch gegen den Täter zur Abwehr von häuslicher Gewalt und Stalking möglich. Das Gewaltschutzgesetz hat jedoch als Schlusspunkt der rechtspolitisch gewollten Bekämpfung der Gewalt in der Gesellschaft in allen ihren Ausprägungen den Paradigmenwechsel weg von der Einstufung der Gewalt in Beziehungen als Privatangelegenheit hin zur Ächtung der häuslichen Gewalt in der Gesellschaft und zu ihrer Verfolgung von Staats wegen verdeutlicht.

Ahndung und Ächtung der und Prävention vor häuslicher Gewalt gehören dabei zusammen. Die nachhaltige Verfolgung wirkt zugleich präventiv im Einzelfall wie auch generalpräventiv gegenüber Dritten. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die in Zusammenhang mit der interdisziplinären Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes zwischen Polizei, Opferschutzeinrichtungen, Staatsanwaltschaft und Gericht erarbeiteten Interventionsketten beachtet werden. Dies gelingt auch in der Justiz zunehmend besser und verspricht bei Intensivierung der Zusammenarbeit und der Fortbildung ein deutlich höheres Maß an Schutz für die Opfer häuslicher Gewalt als gegenwärtig schon zu konstatieren ist. Sowohl die Zivilgerichte auf der einen Seite, als auch die Staatsanwaltschaften und Strafgerichte auf der anderen Seite werden die Aufgaben mit zunehmender Erfahrung noch besser erfüllen. Dabei werden einige Reformen des Gewaltschutzgesetzes und einige Problemlösungen in der Umsetzung hilfreich sein.



Podiumsdiskussion
Moderation **Norbert Wolf**
**Generalstaatsanwaltschaft
Braunschweig**

Generalstaatsanwalt Norbert Bernhard Wolf

- Geboren am 13. April 1953 im Kreis Holzminden
- Abitur 1971 in Hameln
- Soldat auf Zeit 1971 bis 1973, Leutnant der Reserve
- Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen 1973 bis 1978
- Referendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Celle 1978 bis 1981
- Richter auf Probe in Hannover, Bückeburg und Hameln 1981 bis 1983
- Staatsanwalt in Hannover 1983 bis 1991
- Referent für internationales Strafrecht im Bundesministerium der Justiz 1991 bis 1993
- Seit 1993 Referatsleiter im Niedersächsischen Justizministerium, Ministerialrat
- Seit 2001 Leiter der Referatsgruppe Strafrecht im Niedersächsischen Justizministerium (Strafrecht, Strafprozessrecht, Soziale Dienste in der Strafrechtspflege, Opferhilfe, Kriminalprävention), Leitender Ministerialrat
- Seit 26. August 2004 Generalstaatsanwalt in Braunschweig
- Verheiratet, zwei erwachsene Kinder

Gewaltschutzgesetz und Justiz – Erfolge und Verbesserungswünsche. Was könnte in ein Handbuch „Best practice“ aufgenommen werden?

Besserer zivilrechtlicher Schutz vor Gewalt und konsequente Bestrafung des Täters bei Verstoß gegen Schutzanordnungen sind Ziele des seit zweieinhalb Jahren geltenden Gewaltschutzgesetzes. Das Gesetz stellt mit seiner Kombination präventiver Maßnahmen Gericht, Staatsanwaltschaft, soziale Dienste und Opferhilfe der Justiz vor neue Herausforderungen, die alle Beteiligten im Interesse der Opfer optimal bewältigen wollen. Aber die Justiz kann das Problem nicht durch bloßen Gesetzesvollzug lösen. Die gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse der Polizei nach Landesrecht sind ebenso einzubeziehen wie die sozialarbeiterische Kompetenz der Opferhilfe sowie der Bestärkungs- und Interventionsstellen. Schließlich kommt es entscheidend auf die Fähigkeit der öffentlichen und privaten Institutionen an, ihre Zusammenarbeit verfahrensübergreifend zu organisieren.

In einem Podiumsgespräch wollen Richter, Staatsanwältinnen, eine Opferhelferin, eine Gerichtshelferin und eine Polizeibeamtin die Erfahrungen mit dem Gesetz im Rahmen des ganzheitlichen Ansatzes in Niedersachsen (Niedersächsischer Aktionsplans gegen häusliche Gewalt) austauschen und dem Publikum Gelegenheit zur Mitwirkung geben. Das Beste wollen wir festhalten, um es in der Zukunft zu sichern und auszubauen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

Gerichtshelferin **Kathrin Ehbrecht**

StA'in **Birgit Eller-Seel**

StA'in **Dagmar Freudenberg**

AA'in **Juliane Hahn**

Opferhelferin **Imke Herlyn**

KHK'in **Annegret Kortleben**

RiAG **Dieter Nolte**

Abstracts der Vorträge im Offenen Forum

| | Seite |
|---|-----------|
| Alphabetische Übersicht der Referentinnen und Referenten im Bereich des Offenen Forums | 116 – 117 |
| Abstracts der Vorträge zum Offenen Forum mit Kurzinformationen zu den Referentinnen und Referenten | 118 – 165 |

Alphabetische Übersicht der Referentinnen und Referenten im Bereich des Offenen Forums

| | Seite |
|-------------------------------|-------|
| Sandra Biewers | 132 |
| Christine Böckmann | 136 |
| Prof. Dr. Manfred Bornewasser | 130 |
| Achmim Donner | 140 |
| Harry Gabernowitz | 140 |
| Dr. Rainer Gundlach | 122 |
| Dr. Michael Hamschmidt | 128 |
| Claus Himburg | 126 |
| Dr. Norbert Hirschauer | 146 |
| Dr. Alfred Jung | 118 |
| Sabine Kaldun | 132 |
| Dr. Annett Kuschel | 142 |
| Gerhard Lenkner | 148 |
| Kerstin Lück | 156 |
| Sylvia Lustig | 144 |
| Erich Marks | 138 |
| Bettina Marschall | 162 |
| Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier | 150 |
| Tina Neubauer | 134 |
| Yvonne Pötzing | 148 |
| Dr. Kerstin Reich | 164 |
| Dr. Gerhard Ristow | 126 |
| Klaus Ross | 120 |
| Sebastian Scheerer | 146 |
| Alwin Schiddel | 154 |

Alphabetische Übersicht der Referentinnen und Referenten im Bereich des Offenen Forums

| | Seite |
|--------------------------------|-------|
| Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert | 132 |
| Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind | 124 |
| Grete Sentner | 148 |
| Werner Sitzer | 152 |
| Dr. Monica Steinhilper | 160 |
| Bernadette Stolte | 150 |
| Ingo Weiss | 154 |
| Mirko Wolff | 136 |
| Dr. Michael Wrentschur | 158 |

Montag, 6. Juni



Dr. Alfred Jung
Förderverein Stiftung FREUNDE e.V.

Name: Dr. med. Alfred Jung
Geburtstag: 13.08.1939
Geburtsort: Groß-Gerau
Studium: Humanmedizin in Frankfurt a. Main und Lyon
Beruf: Arzt
Familie: Verheiratet, 2 Kinder, 2 Enkel

Präventionstätigkeit:

Projekt FREUNDE – Präventionsprojekt für Kinder gegen Sucht und Gewalt (Primärprävention)

Mitbegründer und Koordinator (2000–2003) des 1998 von Rotary initiierten Projektes mit bundesweitem Ansatz

Mitglied des Fachbeirates des rotarischen Distrikts 1840 (Südbayern) für das Projekt FREUNDE.

Hobbys: Wandern, Bergsteigen, Skifahren, Lesen, Reisen und Enkel.

FREUNDE – Präventionsprojekt für Kinder gegen Sucht und Gewalt

FREUNDE will Sucht- und Gewaltentstehung bereits bei Kindern im Elementarbereich vorbeugend begegnen. Dieses von Rotary initiierte und getragene Projekt wird seit 1998 in zahlreichen Regionen Bayerns erfolgreich durchgeführt. Laufend schließen sich weitere Rotary Clubs in anderen Teilen Deutschlands dieser Initiative an.

Das Projekt stärkt mit seinen Angeboten und gezielten pädagogischen Vorhaben die Lebenskompetenzen und das Selbstbewusstsein der Kinder bereits im frühen Alter – dazu gehören Selbstwahrnehmung, Einfühlungsvermögen, Kommunikationsfähigkeit, Problemlösefähigkeit in Gruppen, Umgang mit Stress und Emotionen sowie kreatives und kritisches Denken.

FREUNDE setzt im Kindergartenalter an, weil die Erfahrungen von Kindern in ihrem Elternhaus und auch in Kindertagesstätten von wesentlicher Bedeutung beim Erwerb dieser Kompetenzen und für die Sozialisation der Kinder sind. Hier werden bereits Verhaltensmuster geprägt, die später Schutz gegen Sucht und Gewalt sein können.

FREUNDE orientiert sich an den derzeit gültigen Standards präventiver Arbeit mit Kindern, Eltern und Multiplikatoren; diese unterliegen einer laufenden Qualitätssicherung.

FREUNDE beginnt frühzeitig

FREUNDE fördert Lebenskompetenzen

FREUNDE knüpft an vorhandenen Ressourcen an

FREUNDE verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis

FREUNDE berücksichtigt die Lebenswelten der Kinder und wirkt in den Sozialraum hinein

FREUNDE bezieht Eltern mit ein

FREUNDE ist langfristig angelegt und wirkt nachhaltig



Klaus Ross

Westfälische Provinzial
Versicherungen

Klaus Ross, Jahrgang 1956, ist Hauptabteilungsleiter für den Bereich Schadenverhütung bei der Westfälischen Provinzial in Münster. Nach dem Studium der Physik war er fünf Jahre in der Industrie tätig. Seit 18 Jahren widmet er sich den vielseitigen Aufgaben der Schadenverhütung in der Provinzial.

Klaus Ross baute die Abteilung zu einem klassischen Dienstleister auf. Zum Dienstleistungsangebot zählen heute praxisorientierte Schadenverhütungslösungen und Beratungsangebote u.a. für die Bereiche Brand-, Blitz-, Überspannungs-, Korrosions- und Einbruch-/Diebstahlschutz. Darüber hinaus ist es ihm ein besonderes Anliegen, durch gezielte Projekte – beispielsweise zur Gewaltprävention und zur Brandschutz-erziehung – eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung herbeizuführen. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnern sieht Ross als Erfolgsgaranten.

Klaus Ross ist in Verbänden der Feuerwehren und der Versicherungswirtschaft tätig. U.a. ist er Sprecher der Arbeitsgruppe Elektrotechnik und Blitzschutz und Mitglied der Technischen Kommission des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) sowie der Schadenverhütungs-Kommission des Verbandes der öffentlichen Versicherer (VöV).

„Stark im MiteinanderN“ – Bausteine für mehr Sicherheit an Schulen

Schule anders erleben ist der Anspruch des Projekts „Stark im MiteinanderN“. In einer nur auf den ersten Blick ungewöhnlichen Partnerschaft haben die Westfälische Provinzial, das Jugendrotkreuz Westfalen-Lippe (JRK), der Arbeitskreis soziale Bildung und Beratung (ASB) und die Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt Münster das gemeinsame Projekt „Stark im MiteinanderN“ entwickelt. Es bietet mit verschiedenen Bausteinen Lösungsansätze zur Förderung einer konstruktiven Konfliktkultur für mehr Sicherheit an westfälischen Schulen.

Pädagogische Leitfäden zur Durchführung von Gesprächskreisen, ein ideenreicher Erlebnisparkours, theaterpädagogische Methoden und viele Tipps und Anregungen für eigene Projekte und den Unterricht gehören zu dem Angebot für Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 16 Jahren.

Für Kinder von fünf bis dreizehn Jahren wurde der Magic Circle entwickelt. Regelmäßige Gesprächskreise in einer von Akzeptanz geprägten Atmosphäre fördern systematisch die eigene Wahrnehmung und Empfindung zur Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenz. Kinder und Jugendliche von zehn bis sechzehn Jahren spricht das Fair Mobil an. Das mobile Einsatzfahrzeug enthält verschiedene Parcoursstationen voller Ideen, Themen und Aktionen, die Foren schaffen, um die eigenen Sinne zu erleben und Gemeinsamkeit zu erfahren. In Form von Fortbildungen und Schul-Projekttagen stellt Spotlight mit dem Thema „Mobbing unter Schülern“ ein oft verschwiegenes Problem ins Rampenlicht und erarbeitet mit den Schülern Lösungsansätze, die weiter führen. Der jüngste Baustein Cool at School widmet sich dem Begreifen und der Gestaltung der Schule als eigener Lern- und Lebensraum zum Hauptthema Vandalismus und rundet das Gemeinschaftsprojekt vorläufig ab. Im Vortrag werden die einzelnen Bausteine sowie die Ziele des Gemeinschaftsprojekts vorgestellt.



Dr. Rainer Gundlach
Staatsanwaltschaft Hannover

Dr. Rainer Gundlach, geb. 1952 in Großalmerode/Nordhessen, Studium der Rechtswissenschaften von 1974–1979 in Göttingen, Staatsexamina 1979 und 1983, Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft und Promotion im Strafprozessrecht von 1976–1983 bei Prof. Dr. Hans-Ludwig Schreiber, Mitautor beim AK-StPO, seit 1986 bei der Staatsanwaltschaft Hannover als Dezernent in der Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen und ab 2000 als Abteilungsleiter im Bereich Gewinnabschöpfung/Geldwäsche/Korruption tätig, zwischenzeitlich Abordnungen an das Niedersächsische Justizministerium als Referent für das 1. jur. Staatsexamen im Justizprüfungsamt (1987/1988) und an das Justizministerium Sachsen-Anhalt als Referatsleiter (1991/1992). Seit Anfang 2004 Leiter der Zentralstelle für Korruptionsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hannover.

Korruptionsbekämpfung und Prävention

Strafrecht und Prävention sind keine Begriffe, die sich ausschließen, im Gegenteil: Seit der Abkehr von der bloßen Vergeltung als Zweck der Strafe gilt als deren Hauptziel die Prävention. Wir finden sie in der Form der Generalprävention, gemeint als Abschreckung des Täters vor der Wiederholung und der Allgemeinheit vor der Nachahmung, und der Spezialprävention, im Kern gerichtet auf die Besserung des Täters. Im Unterschied zu „klassischen“ Straftaten sieht sich die Korruptionsbekämpfung vor der Problematik, dass in weiten Kreisen korruptive Verhaltensweisen entweder nicht als solche empfunden oder gleichwohl als üblich akzeptiert werden. Deshalb muss Korruptionsbekämpfung im Bereich des Strafrechts zur allgemeinen Verdeutlichung nachdrücklich geschehen. Sie muss auch darauf bedacht sein, Tätern durch „Gewinnabschöpfung“ die erlangten Vorteile wieder wegzunehmen und Unternehmen, deren Organe korruptiv handeln, mit empfindlichen Geldbußen zu belegen – wirkungsvolle Prävention vor allem gegenüber Geldgierigen. Die Zentralstelle für Korruptionsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hannover, bisher die einzige ihrer Art in Niedersachsen, sieht über die bloße Strafverfolgung hinaus einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nicht nur in der Gewinnabschöpfung, sondern vor allem in der Zusammenarbeit mit Behörden, bevor Korruptionsfälle auftreten. Sie besteht in Gesprächen, Vorträgen und Schulungsveranstaltungen. Durch Aufklärung und Schärfung des Problembewusstseins sollen Korruptionshandlungen vermieden werden.

Montag, 6. Juni



Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind

Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind lehrt die Fächer Kriminologie und Strafvollzug an der Universität Osnabrück. 1978–1982 war er Landesjustizminister in Hannover, 1984 bis 1989 Präsident der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft und 1987–1990 Vorsitzenden der (Anti-)Gewaltkommission der Bundesregierung. Seit 1996 ist der Referent Präsident des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) und seit 2002 Vorstandsmitglied des WEISSEN RINGES. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter z.B. (zusammen mit anderen): Alle gaffen ... keiner hilft, Heidelberg 1998; Gewaltprävention in der Schule (hrsg. zusammen mit Melzer), WEISSER RING, Baden-Baden 2004; Kriminologie, 15. Aufl., Heidelberg 2005.

Unterlassene Hilfeleistung in verschiedenen öffentlichen Bereichen: Straßen, Plätzen, auf dem Schulweg und Schulhof

Immer häufiger berichten auch in Deutschland die Medien darüber, dass Menschen anderen Menschen bei Unglücksfällen oder Straftaten nicht mehr helfen. Empathieverluste bei den Menschen (vor allem) der Großstädte? Auch aus den Schulen häufen sich Meldungen über den sogenannten Non-helping-Bystander-Effekt. Darunter ist das Phänomen zu verstehen, dass die Anwesenheit anderer Personen („bystander“) am Tatort die individuelle Hilfsbereitschaft nicht erhöht, sondern hemmt. Die Aufgabe des Referates soll nun darin bestehen, an Hand von zahlreichen Beispielen aus verschiedenen öffentlichen Bereichen die Einflussfaktoren zu überprüfen, die das Phänomen der unterlassenen Hilfeleistung erklären: situative Einflussfaktoren (wie das Ausmaß der Gefahr für den Helfer) und personenspezifische Einflussfaktoren (wie das Nicht-Einmischen-Wollen). Prüfen Sie, ob Sie selbst helfen würden. Erfahrungsgemäß hilft man eher, wenn man vorher überlegt hat, was man in Notsituation tun würde: weitergehen, gaffen oder helfen? Sie interessieren sich nicht für dieses Problem? Dann denken Sie daran, dass Sie selbst Opfer werden können.



Dr. Gerhard Ristow
Zentralinstitut für seelische
Gesundheit

Gerhard Ristow,

- Assistenzarzt im Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim,
- geb. 06.05.1971 in Gießen,
- 1991–1993 Ausbildung zum medizinisch technischen Assistenten
- 1994–2000 Studium der Humanmedizin an der Julius Maximilians Universität Würzburg
- seit 2001 Arzt im Zentralinstitut, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, davon zwei Jahre Stationsarzt einer offenen Station für Jugendliche.
- Aktueller Tätigkeitsschwerpunkt: Betreuung einer Jugendhilfeeinrichtung,
- Forschungsarbeiten im Bereich: schizophrener Patienten, Essstörungen und hyperkinetischen Kindern.
- Nebentätigkeiten im Bereich der Lehre und des Krankenhausinformationssystems.

Claus Himburg, Polizeihauptkommissar, geb. 18.7.1954 in Freiburg, nach der Schule Banklehre, Bundeswehr, 1978 Eintritt in die Polizei Baden-Württemberg, seit Herbst 1979 in Mannheim. Streifendienst Prev Waldhof (sozialer Brennpunkt). Nach Beendigung der Ausbildung zum gehobenen Dienst Sachbearbeiter beim Teilsachgebiet „Einsatz“. Ab 1998 Aufbau der Stabsstelle Kommunale Kriminalprävention. Seit 01.09.2003 Leiter der Kriminalprävention und Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle (KBSt).

Zappelphilipp – Frühintervention bei hyperaktiv-antisozialen Verhaltensstörungen

Antisoziales Verhalten ist bereits früh im Kindes und Jugendalter zu beobachten, Aggressivität ist immer öfter ein Problem in Kindergärten und Schulen. Gewaltbereitschaft und Delinquenz können die Symptome einer hyperaktiv-antisozialen Störung sein. Die hyperaktive Störung ist durch ein Aufmerksamkeitsdefizit, motorische Unruhe und eine ausgeprägte Impulsivität gekennzeichnet. Daneben zeigt sich ein hoher Anteil oppositionell-verweigerndes Verhalten bis hin zur Delinquenz. Hyperaktive Kinder haben eine starke Tendenz dazu, aufregende Situationen, also im weitesten Sinne Nervenkitzel zu suchen. Dies kann in Zusammenhang mit der Impulsivität zu antisozialen Verhaltensweisen führen, z.B. Diebstahl als Mutprobe. In früheren Untersuchungen konnte gezeigt werden, dass eine aus mehreren Modulen bestehende individuelle Behandlung diesen Kindern hilft sich besser in das soziale Gefüge einzufinden. Dabei zeigte eine gezielte Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz im häuslichen Rahmen vielversprechende Ergebnisse.



Dr. Michael Hamschmidt
Gesundheitsamt Lübeck

Dr. med. Michael Hamschmidt, geb. 1954 in Gütersloh, verheiratet, 2 Kinder. Nach dem Abitur am Evangelisch-Stiftischen-Gymnasium Gütersloh im Jahre 1973 Zivildienst. Von 1975 bis 1981 Medizin- und Psychologie-Studium an der Universität Münster. Zwischenzeitlich 1 Jahr Studium aufgrund eines Stipendiums an der Université Claude-Bernard in Lyon (Frankreich). Im Jahre 1982 Promotion und Beginn der ärztlichen Arbeit zunächst als Assistenzarzt in der Chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Stormarn in Bad Oldesloe, danach in der Pädiatrischen Abteilung des Evangelischen Krankenhauses in Lippstadt und danach Assistenzarzt im Herz-Kreislauf-Zentrum in Bad Waldliesborn (Innere Medizin mit Rheumatologie und Gefäßkrankheiten). Seit 1986 zunächst Stadtarzt im Gesundheitsamt Lübeck, 1987 Erwerb der Zusatzbezeichnung Sozialmedizin, 1988 3-monatige Hospitation in der psychiatrischen Klinik der Medizinischen Universität zu Lübeck, seit 1989 Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen. Seit 1994 Leiter des Gesundheitsamtes der Hansestadt Lübeck, gleichzeitig seit 1996 Vorstandsvorsitzender des Instituts für Krebsepidemiologie, das die Aufgaben der Registerstelle nach dem Gesetz zur Ausführung des Krebsregistergesetzes des Landes Schleswig-Holstein durchführt und Forschung auf dem Gebiet der Krebsepidemiologie betreibt.

Gesundheit und Prävention an Schulen

Ein INTERREG III A – Projekt der EU zwischen der Hansestadt Lübeck und Storstrøms Amt (Dänemark)

Bei dem gemeinsam vom Gesundheitsamt der Hansestadt Lübeck und der entsprechenden Stelle in Storstrøms Amt (Dänemark) durchgeführten 3-jährigen Projekt wird durch Austausch- und Entwicklungsmaßnahmen erreicht, Kurs-systeme zur Gesundheits- und Gewaltprävention in Hauptschulen einzuführen und grenzüberschreitend aufeinander abzustimmen.

Es werden Kurse mit den Schwerpunkten Ernährung/Bewegung/ Entspannung durchgeführt. Ziel ist es, ein verbessertes Gesundheitsbewusstsein zu erreichen und zum Beispiel Übergewicht und Haltungsschäden zu vermeiden bzw. zu verringern. Die Lebensführung soll geändert und durch eine Ich-Stärkung die Stressbewältigungsmöglichkeiten verbessert sowie Aggressivität und Gewaltpotential verringert werden.

Begleitend hierzu erfolgt ein grenzüberschreitender Fachkräfteaustausch, Schüleraustausch und Wissenstransfer auf wissenschaftlicher Ebene (Evaluation).

Es wird ein Best-practice-Modell entwickelt mit dem Ziel, die Ergebnisse dieses Modells in den jeweiligen Lehrplänen der Länder festzuschreiben.

Das Projekt ist vernetzt, wird in einem Healthy-Setting-Ansatz durchgeführt und erreicht ohne Stigmatisierung eine Optimierung der Primär- und Sekundärprävention besonders bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Das Projekt schafft und erhält Arbeitsplätze, erspart Krankheitsfolgekosten und setzt neue Maßstäbe für eine fortlaufende grenzüberschreitende Zusammenarbeit zweier europäischer Nachbarregionen.

Das Projekt wurde im Jahre 2004 mit dem „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention“ ausgezeichnet.

Montag, 6. Juni



**Prof. Dr. Manfred
Bornewasser**

**Institut für Psychologie der
Universität Greifswald**

- Manfred Bornewasser
- geb. 11.01.1949
- Studium der Psychologie und Soziologie in Hamburg, Düsseldorf, Bielefeld
- Assistenzzeit in Bielefeld und Münster
- Professor für Sozialpsychologie/Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität Greifswald seit 1996
- Arbeitsschwerpunkte: Aggression, Identität, Sozialkontrolle und Prävention, Organisationsentwicklung und Evaluation

Aufkommen und Prävention von rechts-extremen Einstellungen und Handlungen

An zwei Stichproben von Schülern und Auszubildenden aus zwei vergleichbaren Regionen im Land Brandenburg werden Einstellungen zu Gewaltakzeptanz und zur Fremdenfeindlichkeit sowie subjektive Befunde zur Gewalttätigkeit und Delinquenz erhoben. Dabei wurde zunächst der Frage nachgegangen, wie ausgeprägt unter beiden Gruppierungen a) rechtsextremistische Orientierungen, b) Gewaltakzeptanz und c) Gewaltausübung sind. Deskriptive Analysen von etwa 2 500 Fragebögen zeigen, dass etwa 10 % aller Jugendlichen rechtsextreme und 47 % ambivalente Einstellungen aufweisen, wobei Gesamtschüler und Auszubildende deutlich höhere Ausprägungen aufweisen.

In einem zweiten Schritt wurde der Frage nach dem Zusammenhang von Rechtsextremismus, Gewaltakzeptanz und Gewaltausübung nachgegangen. Hier zeigt sich, dass – unabhängig vom Bildungsniveau – ein starker Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Gewaltakzeptanz besteht, allerdings fällt die korrelative Assoziation zwischen Rechtsextremismus und Gewaltausübung in sich zusammen, wenn die Gewaltakzeptanz kontrolliert wird. Hinsichtlich der Gewaltausübung ist festzustellen, dass es eine starke Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Körperverletzung gibt, nicht aber z. B. zwischen Rechtsextremismus und Erpressung oder dem Einsatz von Waffen. Diese Befunde werden kritisch diskutiert.

Über diese Befragungsebene hinaus werden Befunde zur objektiven Lage des Rechtsextremismus in den Befragungsregionen dargestellt sowie polizeiliche Präventions- und Repressionsmaßnahmen erörtert. Anhand dieser Darstellung wird auf die dynamischen Entwicklungen und jugendspezifische Erscheinungsformen der politisch motivierten Szene eingegangen.



Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert
Fachhochschule Köln

Herbert Schubert, Dr. phil. Dr. rer. hort. habil., Sozial- und Raumwissenschaftler, Professor für Soziologie und Sozialmanagement an der Fachhochschule Köln, Leitung des Forschungsschwerpunkts Sozial • Raum • Management, Apl. Prof. an der Fakultät Architektur und Landschaft der Universität Hannover, in den 90er Jahren Leitung der Koordinationsstelle Sozialplanung der Stadt Hannover und von Forschungsbereichen im Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung in Hannover; herbert.schubert@dvz.fh-koeln.de



Sabine Kaldun, Dipl.-Geographin, Studium der Geographie an der Ruhruniversität Bochum; wissenschaftliche und lehrende Tätigkeiten im Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH in Bochum, Führungsakademie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. und Lehrstuhl für Kultur- und Siedlungsgeographie der Ruhr-Universität Bochum; Zusammenarbeit mit der Universität Osaka/Japan; selbstständige Planerin, Beraterin und Moderatorin, barrio novo, Gelsenkirchen; seit 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Sozial • Raum • Management; sabine.kaldun@dvz.fh-koeln.de



Sandra Biewers, Dipl. Sozialpädagogin, Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten in der Stadt Konz; Studium der Sozialpädagogik an der Fachhochschule Köln; Masterstudium Sozialmanagement an der Universität in Bonn; Fachberatung Jugendhilfeplanung, Landesjugendamt Rheinland, AWO – Bundesverband, Bonn; seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management; sandra.biewers@dvz.fh-koeln.de

Präventives Sozialraummanagement: Soziales Frühwarnsystem und städte- bauliche Prävention im Wohnquartier

Initialprojekt: „Präsenz, Prävention und Vernetzung im Zuständigkeitsbereich eines Kreisjugendamtes“

Ziel des hier vorgestellten Projekts ist der Aufbau eines „sozialen Frühwarnsystems“ in der kreisangehörigen Stadt Hückeswagen, zur Schaffung besserer Vernetzungsstrukturen und mehr Transparenz sozialer Hilfesysteme. Pädagogische Angebote u.a. im Bereich der Erziehung und Bildung und zur gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung sollen als Bausteine für eine präventive Förderung ineinander greifen. Zudem werden Indikatoren als Maßstab zur frühzeitigen Intervention erarbeitet. Der Forschungsschwerpunkt Sozial · Raum · Management übernimmt die wissenschaftliche und fachliche Beratung der Jugendhilfeplanung im Planungsprozess und die Unterstützung bei der Implementierung des Projekts vor Ort.

Projekt: „Verbesserung der Wohnqualität durch städte- bauliche Prävention im Nahraum“

Am Beispiel des Projekts „Kriminalprävention in städtischen Siedlungen“ in Leverkusen, wird der Vortrag Ergebnisse über aktuelle Verfahren und Methoden des städtebaulichen Sicherheitsaudits im Nahraum vorstellen. Am Praxisbeispiel einer Großsiedlung der 60er und 70er Jahre, sollen erste kriminalgeographische Erkenntnisse, das Instrument der Bewohnerbefragung und der Aufbau und Ablauf eines standardisierten Sicherheitsaudits vorgestellt werden. Auch die Bedeutung der Netzwerkarbeit mit der Stadtverwaltung, Wohnungswirtschaft, Polizei, Stadtteilakteuren und Bewohnern werden besprochen. Der Forschungsschwerpunkt Sozial · Raum · Management übernimmt die wissenschaftliche und fachliche Beratung im Projekt.



Tina Neubauer

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Tina Neubauer, Dipl. Päd.,

Bewährungshilfe Stuttgart e.V., Koordinatorin Zeugenbegleitung

Jahrgang 1972,

seit 2002: Koordinatorin der Zeugenbegleitung im Landgerichtsbezirk Stuttgart

2000–2002: Ehrenamtliche Mitarbeit beim Zeugenbegleitprojekt Stuttgart

seit 2005 geprüfte wissenschaftliche Hilfskraft in einem Forschungsprojekt am Institut für Kriminologie Tübingen als Nebentätigkeit

2002: Weiterbildung zur Verfahrenspflegerin

2001–2002: pädagogische Mitarbeiterin in einer Einrichtung der stationären Jugendhilfe bei der Karlshöhe Ludwigsburg

1999: Diplomarbeit zum Thema Prozessbegleitung von Kindern als Zeugen in Strafprozessen bei sexuellem Missbrauch

1995/1996: Hauptpraktikum beim Jugendamt Stuttgart mit dem Schwerpunkt Gewalt gegen Kinder, sexueller Missbrauch

seit 1993 ehrenamtlich beim Stadtjugendring Esslingen e.v. in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, seit 4 Jahren als 1. Vorsitzende Veröffentlichung: Karamempel & Co. Spielstadtprojekte für Kinder. Dokumentation und Organisationshilfe. (2000)

Schwerpunktthemen: Kooperation zwischen Pädagogik und Justiz, geschlechtsreflektierende Kinder- und Jugendarbeit, jugendpolitische Interessenvertretung und Gremienarbeit, internationaler Jugendaustausch, Kinderspielstadt und Spielmobilarbeit

Kontakt: Tina-Neubauer@gmx.de

Das Opfer vor Gericht – Zeugenbegleitung in Stuttgart

Ein Strafverfahren ist für Opferzeugen häufig sehr belastend, insbesondere in Verfahren wegen sexueller oder häuslicher Gewalt oder wenn Kinder und Jugendliche als Zeugen aussagen müssen. Deshalb richtet sich das Angebot der Zeugenbegleitung bei der Bewährungshilfe Stuttgart e.V. vor allem an diese Zeugen und ihre Bezugspersonen.

In dem Referat wird auf die praktischen Erfahrungen und Standards der Zeugenbegleitung im Landgerichtsbezirk Stuttgart eingegangen, ergänzt um Erfahrungen anderer Zeugenbegleitprojekte in Deutschland. Hierbei steht hauptsächlich die Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz, sowie die Anwendung der Opfer- und Zeugenschutzgesetze im Mittelpunkt.

Zeugen reagieren in der Regel auf die anstehende Vernehmung mit Verunsicherungen und Ängsten. Als Belastungsfaktoren werden am häufigsten die Begegnung mit dem Angeklagten und fehlendes Wissen oder falsche Vorstellungen über den Ablauf vor Gericht genannt. Ziel von Zeugenbegleitung ist es Zeugen auf Wunsch eine kostenlose Betreuung vor, während und nach der Hauptverhandlung anzubieten. Ängste sollen verringert werden, indem auf altersgerechte Weise Hintergrundinformationen zum Strafverfahren vermittelt werden und die Zeugen praktische Unterstützung zur Bewältigung der Situation erhalten. Außerdem kann Zeugenbegleitung auf vorhandene Opferschutzmaßnahmen hinweisen und sich bei den Gerichten für deren sinnvolle Umsetzung einsetzen. Durchgeführt wird die Zeugenbegleitung in Stuttgart von geschulten und gerichtserfahrenen Ehrenamtlichen.

Dienstag, 7. Juni



**Christine
Böckmann**
Mirko Wolff
Miteinander e.V.

Christine Böckmann – Jahrgang 1969, Dipl.-Theologin, Studium an der Julius-Maxilians-Universität Würzburg und der Hebrew University of Jerusalem. Berufstätigkeit als Betriebswirtschaftliche Geschäftsführerin einer Friedensorganisation und in der Personalführung eines interkulturellen Teams im Servicebereich. Weiterbildungen in Themenzentrierter Interaktion, Theaterpädagogik, Gewaltfreier Kommunikation, Management in Sozialen Organisationen. Berufsbegleitende Fortbildung beim Oekumenischen Dienst im Konziliaren Prozess/Schalomdiakoniat in gewaltfreier ziviler Konfliktbearbeitung nach den Standards der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur Qualifizierung von Friedensfachkräften. Langjähriges Engagement in der Friedensbewegung und friedenspolitischen Bildungsarbeit. Seit 2002 tätig als Bildungsreferentin bei Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Mirko Wolff – Seit 2001 freier Mitarbeiter bei Miteinander Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., tätig in der Organisation, Durchführung sowie Begleitung von Jugendprojekten. Ab 2003 hauptamtlicher Mitarbeiter und Projektleiter des Projektes „Kommunales Handlungskonzept für Demokratie und Weltoffenheit in Salzwedel und Umgebung 2003“, in Trägerschaft von Miteinander Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.; Schwerpunkte lagen im erstellen einer kommunalen Lageanalyse zum Thema Rechtsextremismus für die Region sowie dem Erarbeiten von Lösungsangeboten und -empfehlungen. Ab 2004 beschäftigt im Projekt „NO PLACE FOR FEAR – Handlungsperspektiven einer opferorientierten Gewaltprävention“, ein Projekt zu Angsträumen Jugendlicher in Sachsen-Anhalt, in Trägerschaft von Miteinander Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.; hier betraut mit der Durchführung der Untersuchung zu Angsträumen Jugendlicher in Sachsen-Anhalt, der Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungsansätze und der Evaluation des Projektes.

Aktiv gegen Angsträume von Jugendlichen. Opferorientierte Gewaltprävention im ländlichen Raum

Das Unwort der „National befreiten Zonen“ ist weitgehend aus den Nachrichten verschwunden. Die Tatsachen aber sind geblieben. Denn befragt man Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Angsträume, berichten sie von Plätzen und Orten in ihrer Stadt, an denen sie Angst haben, sich zu bestimmten Zeiten aufzuhalten. Sie haben dort Angst vor körperlichen Übergriffen, vor Beleidigungen, Drohungen oder vor einem Überfall.

Doch ein Problem ist: Angst ist subjektiv. Was für den einen ein mit Angst besetzter Ort ist, ist für den anderen nicht sichtbar, nicht spürbar, nicht erkennbar. Das macht es schwer, sich mit dem Phänomen der Angsträume auseinander zu setzen, sie überhaupt wahrzunehmen.

Grund genug für Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., sich dem Phänomen der Angsträume zu widmen. Bestätigen sich die Aussagen oder hören wir „das Gras wachsen“? Gibt es diese Angsträume? Woher kommt die Angst und woran macht sie sich fest? Wie reagieren die Jugendlichen auf solche Orte? Und was kann man dagegen tun?

Dazu führt Miteinander e.V. das Projekt NO PLACE FOR FEAR im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts durch und sammelt Erfahrungen zwischen Gewaltprävention, Stadtentwicklung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Der Vortrag berichtet von diesen Erfahrungen und fragt nach der Übertragbarkeit in andere Regionen.



Erich Marks

**Landespräventionsrat
Niedersachsen (LPR)**

Erich Marks, geboren am 22. Juni 1954. Studium der Pädagogik, Psychologie und Philosophie an der Universität Bielefeld.

Mitbegründer und Geschäftsführer des Jugendhilfevereins „Brücke Köln“ von 1979 bis 1983.

Von 1983 bis 2001 Bundesgeschäftsführer des Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH).

Seit 1993 Mitinitiator und Geschäftsführer der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) sowie des 1995 begründeten Deutschen Präventionstages (DPT).

2001–2002 Gründungsgeschäftsführer der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK).

Seit 2002 Geschäftsführer des Landespräventionsrates Niedersachsen.

Prävention und Management

Planung, Realisierung und Auswertung von Programmen und Projekten berühren auch im Arbeitsfeld der Prävention vielfältige Managementbereiche. Häufig genannte Stichworte sind beispielsweise: Projektmanagement, Qualitätsmanagement, Evaluation, Zielmanagement, Quartiersmanagement, Selbstmanagement, Public Relations, Fundraising, Sponsoring, Public Private Partnership, Wissensmanagement oder Benchmarking.

Die Anwendung von konkretem Managementwissen und entsprechenden Managementfähigkeiten werden inzwischen von allen handelnden Personen(gruppen) ganz selbstverständlich ebenso erwartet wie auch praktiziert. Wo stehen wir aktuell in der stetig zunehmenden Professionalisierung der Präventionsarbeit? Benötigen wir inzwischen ein spezifisches Präventionsmanagement?

Der Vortrag gibt einen Überblick über zentrale Schwerpunkte und aktuelle Entwicklungen im Schnittpunkt von Prävention und Management.

Dienstag, 7. Juni



Achim Donner
Harry
Gabernowitz
Polizeipräsidium
Berlin

Achim Donner (links)

46 Jahre alt

Diplom Staatswissenschaftler

Polizeihauptkommissar der Berliner Polizei

erlernte Berufe: Landmaschinen- und Traktorenschlosser,
Berufskraftfahrer/Busfahrer

seit 1980 bei der Polizei: Basisdienst bei der Verkehrspolizei,
Fachschulstudium, Hochschulstudium, seit 1998 Verkehrs-
sicherheitsberatung, zur Zeit in der Polizeidirektion 6

Harry Gabernowitz (rechts)

57 Jahre alt

Staatswissenschaftler

Polizeiangehörter der Berliner Polizei

erlernter Beruf: Baumaschinist, Kranführer

seit 1974 bei der Polizei: Basisdienst bei der Verkehrspolizei,
Gruppenführer/Zugführer, Fachschulstudium, seit 1992 Ver-
kehrssicherheitsberater, zur Zeit in der Polizeidirektion 6

Neue Wege zur Verkehrsunfallprävention am Beispiel der Ausrichtung auf junge Erwachsene

Unter der Überschrift „Neue Wege zur Verkehrsunfallprävention am Beispiel der Ausrichtung auf junge Erwachsene“ wird die Dir 6 ZA/VkD 22 das Theaterstück „Voll das Leben – die Roadshow“ vorgestellt. Hierbei handelt es sich um ein Theaterstück der AG „Darstellendes Spiel“ des Wilhelm-von-Siemens Gymnasiums in Marzahn-Hellersdorf, das am 5. November uraufgeführt wurde.

Die Dir 6 ZA/VkD hat dieses Projekt von Anfang an begleitet, beraten und unterstützt. Dieses Stück wurde fünfzehnmal vor insgesamt 3000 Jugendlichen aufgeführt und hat überzeugt, eine geeignete Methode zu sein, junge Menschen altersadäquat und glaubwürdig für die Problematik des Alkohol- und Drogenmissbrauchs zu interessieren und vor allem zu einer Verhaltensbeeinflussung zu bewegen.

Inhalt des Stückes

Es wird eine Fernsehshow für Jugendliche dargestellt. In dieser Fernsehsendung wird u.a. die Geschichte von Tom erzählt, der, nach einem Diskobesuch und dortigen Drogenkonsum, einen folgenschweren Verkehrsunfall verursacht. Zur Darstellung werden verschiedene Szenen gespielt und es werden Videosequenzen eingeblendet. In einer moderierten Talkrunde treten dann Betroffene, wie Eltern Freunde und Mitschüler, sowie ein Unfallarzt, ein Polizist, ein Feuerwehrmann und ein Rechtsanwalt auf, die über das Geschehene aus der jeweiligen Sicht diskutieren.

Art der Vorstellung

In Form eines Vortrages von zwei Mitarbeitern der Dir 6 ZA/VkD 22 werden wir über die Historie und den Werdegang des Theaterstückes berichten. Unterstützt wird der Vortrag durch das Einblenden von Videosequenzen aus der Uraufführung mittels Videobeamer.

Dienstag, 7. Juni



Dr. Annett Kuschel
Technische Universität
Braunschweig

Dr. Annett Kuschel, 36 Jahre alt; verheiratet, 3 Jahre berufstätig als Kinderkrankenschwester auf einer allgemeinen Kinderstation, 1992–1997 Studium der Psychologie an der TU Braunschweig; danach wissenschaftliche Mitarbeiterin in zwei Forschungsprojekten in den Bereichen „Kinder & Gewalt“ und „Integration von hoch begabten Kindern“ und Promotion zum Thema Verbreitung von psychischen Auffälligkeiten bei Kindergartenkindern. Seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Psychologie der TU Braunschweig im DFG-Projekt „Zukunft Familie“, lizenzierte Triple P-Trainerin.

Sind Elterntrainings zur Prävention kindlicher Verhaltensauffälligkeiten langfristig wirksam?

Das Thema Prävention von kindlichen Verhaltensstörungen gewann in den letzten Jahren nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Öffentlichkeit immer mehr an Bedeutung. Gerade im Zusammenhang mit Berichten über die Zunahme von Gewalt sowie aggressiven oder hyperkinetischen Verhaltensproblemen wird über dieses Thema diskutiert. Nach nationalen und internationalen Studien leiden ca. 20 % der Kinder unter bedeutsamen Verhaltensauffälligkeiten wie Aggressionen, Trotzverhalten oder Ängste. Trotz der hohen Verbreitung suchen aber nur ca. 10 % der betroffenen Eltern professionelle Hilfe auf. Eine Alternative dazu kann in der Einführung universeller präventiver Maßnahmen liegen.

Triple P (Positive Parenting Program) ist ein erfolgreiches Beispiel für neue präventive Wege im Bereich der nationalen Gesundheitsfürsorge. Es ist ein mehrstufiges präventives Programm zu positiver Erziehung und bietet Eltern praktische Erziehungshilfen. Im Rahmen des Vortrages wird zunächst Triple P als Programm mit verschiedenen Interventionsebenen und Materialien dargestellt. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Vorstellung des Projekts „Zukunft Familie“ – eine Entwicklungs- und Präventionsstudie in Braunschweiger Kindertagesstätten sein. In der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Studie wird seit 2001 die Wirksamkeit von Triple P an 280 Familien mit Vorschulkindern untersucht. Ergebnisse zur langfristigen Wirksamkeit des Elterntrainings werden präsentiert und Implikationen für die Verbreitung diskutiert.



Dipl. Soz. Sylvia Lustig
Deutsches Jugendinstitut – DJI

Ausbildung: 1991–1996 Studium der Soziologie, Psychologie und Kriminologie an der Ludwig-Maximilian-Universität München. Abschluss als Diplom-Soziologin mit einer Diplomarbeit zur bayerischen Sicherheitswacht;

1994–1996 Stipendium der Studienstiftung des Deutschen Volkes; in diesem Rahmen Forschungsaufenthalt am Centre of Criminology an der University of Toronto, Kanada;

1994–1996 studentische Hilfskraft am Institut für Soziologie, LMU München (Prof. Dr. Ulrich Beck);

1994–1996 Mitarbeit an einer Begleitforschung zur bayerischen Sicherheitswacht (Prof. Dr. Ronald Hitzler).

Lehraufträge: 1997 bis 2002 Lehrbeauftragte an der Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit, St.Gallen/Schweiz;

Seit 1996 Lehrbeauftragte zum Themenschwerpunkt Kommunale Kriminalprävention an der Berufsakademie Heidenheim, Fachrichtung Sozialwesen.

Forschung und Beratung: 1997–1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachgruppe Soziologie, Universität Konstanz (Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner);

Frühjahr 1999 Forschungsaufenthalt im Community Peace Program, University of the Western Cape in Kapstadt, Südafrika;

Seit 1999 freiberufliche Auftragsforschung, wissenschaftliche Begleitung und Evaluation kriminalpräventiver Projekte (www.buerokriminalpraevention.de);

Seit März 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Jugendinstitut e.V. München (www.dji.de):

– 03/2003–11/2004 wissenschaftliche Referentin in der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention

– seit 12/2004 wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms des BMFSFJ „Wir kümmern uns selbst. Ein Programm zur Entwicklung lokaler Potentiale als frühzeitige Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter“

Konfliktbearbeitung und Sozialraum als Bezugspunkte der Jugendkriminalitätsprävention

Der Beitrag stellt einen Ansatz zur Jugendkriminalitätsprävention in Deutschland vor, der Nachbarschaft, lokale Akteure und kommunale Strukturen als Ressourcen einbezieht. Während in vielen angelsächsischen Ländern die Nutzung von Community-Ressourcen bereits fester Bestandteil der Kriminalitätsprävention ist, bestimmt hierzulande oftmals noch der Streit um behördliche Zuständigkeiten die Diskussion. Als theoretische Bezugspunkte werden zum einen der Begriff des Sozialraums als Handlungs- und Deutungsrahmen und zum anderen die Lebensweltdebatte herangezogen.

Zugleich bietet der Ansatz Anknüpfungspunkte an verschiedene Handlungsfelder und Erfahrungen der Praxis. So werden kriminalpräventive Netzwerke, Runde Tische und Projekte der Kommunalen Kriminalprävention als Basis für die gemeinschaftliche Problembearbeitung genutzt; die Erfahrungen sozialraumorientierter Kinder- und Jugendhilfe werden auf die Kriminalitätsprävention übertragen und Methoden der Konfliktbearbeitung, Mediation und Streitschlichtung stellen einen Teil des Pools möglicher Verfahren dar.

Dr. Norbert Hirschauer
Humboldt-Universität zu Berlin

Sebastian Scheerer
Universität Hamburg

Dr. Norbert Hirschauer konzentrierte sich in seiner bisherigen Forschungstätigkeit auf die unternehmerische Entscheidungsunterstützung bei Unsicherheit (Frühwarnung, Controlling, Investition etc.).

Sein aktueller Forschungsschwerpunkt liegt auf der Untersuchung verhaltensinduzierter Nahrungsmittelrisiken mit Hilfe der Spieltheorie (vgl. „A Model-Based Approach to Moral Hazard in Food Chains“, 2004). Seit April 2005 leitet er den ökonomischen Teil eines interdisziplinären Forschungsprojektes (in Zusammenarbeit mit Sebastian Scheerer), das verhaltensinduzierte Risiken in der Geflügelindustrie untersucht. Ziel des Projektes ist es, die Ursachen und Bedingungen des Entscheidungsverhaltens maßgeblicher Akteure der Geflügelindustrie zu analysieren und konsistente Präventionsempfehlungen abzuleiten.

Prof. Sebastian Scheerer konzentrierte sich in seiner bisherigen Forschungstätigkeit auf die Entwicklung einer Allgemeinen Kriminalitätstheorie und eines Verlaufsmodells politisch motivierter Gewalt sowie auf Fragen der Drogenbekämpfung. Zu seinen Veröffentlichungen zählen „Kriminalsoziologie. Eine Einführung in Theorien und Themen“ (mit D.K. Pfeiffer, 1979), „Angriff auf das Herz des Staates“ (mit H. Hess u.a., 1988), „Drogen und Drogenpolitik“ (mit I. Vogt, 1989), „Sucht“ (1995) und „Theorie der Kriminalität“ (mit H. Hess, 2004).

Gegenwärtig arbeitet er über die Geschichte der Kriminologie im Dritten Reich und forscht zusammen mit Norbert Hirschauer über Normbrüche und -befolgung in der Nahrungsmittelproduktion. Dabei spielen kontrolltheoretische Ansätze und die Suche nach protektiven Faktoren, die trotz fehl gerichteter ökonomischer Anreize Normbefolgung ermöglichen, eine wichtige Rolle.

Prävention im Bereich von Nahrungsmittelproduktion

Produkteigenschaften, die vom Käufer nur unter prohibitiv hohen Kosten überprüft werden können, werden in der Informationsökonomik als Vertrauenseigenschaften bezeichnet. Hierunter fällt sowohl die Einhaltung freiwilliger Vereinbarungen (z.B. ökologische Produktion) als auch gesetzlicher Vorschriften.

Die Gefahr, dass wirtschaftliche Akteure bei der Produktion und dem Verkauf von Waren Informationsasymmetrien ausnutzen und Normen brechen, ist umso größer, je mehr Kostensenkungen bzw. Erlössteigerungen sich dadurch erzielen lassen und je geringer die Wahrscheinlichkeit ist, dass Fehlverhalten aufgedeckt und sanktioniert wird. Ist Normverstoß profitabler als Normeinhaltung, so kommt es zu einer in der Spieltheorie als moral hazard bezeichneten Gefahr opportunistischen Verhaltens der besser informierten Akteure. Je nach deren Präferenzstruktur sind damit tatsächlich Normverstöße zu erwarten. Aufgrund von unterschiedlichen Wertvorstellungen und sozialen Kontrollmechanismen werden bei den Akteuren allerdings in unterschiedlichem Maß außerökonomische protektive Faktoren wirksam, die diese gegen ökonomische Versuchungen immunisieren.

Der vorgestellte Forschungsansatz zeigt, wie die Ursachen und Bedingungen des Entscheidungsverhaltens wirtschaftlicher Akteure bei unvollkommener Information analysiert werden können. Die Komplexität der betrachteten Situation macht einen interdisziplinären Ansatz erforderlich, der die ökonomische durch eine kriminologische Analyse ergänzt. Bei der Ableitung konsistenter Präventionsmaßnahmen werden damit sowohl die Möglichkeiten und Kosten zur Reduzierung fehl gerichteter ökonomischer Anreize als auch zur Stärkung protektiver Faktoren berücksichtigt.



Yvonne Pötzing
Polizeidirektion Nürnberg

Yvonne Pötzing, geb. 23.04.1975, Polizeihauptmeisterin

Nach Abschluss der Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst mehrjährige Verwendung als Streifenbeamtin bei einer Großraumdienststelle der Nürnberg Polizei mit Nebenfunktion als örtliche Ansprechpartnerin der Polizei für Frauen und Kinder. Ab Juli 2003 bis heute Beauftragte für die Kooperation Polizei – Jugendhilfe – soziale Dienste – Schule.



Grete Sentner, geb. 27. 06. 1957, Dipl. Sozialpädagogin/FH

Nach dem Studium der Sozialpädagogik mehrjährige Berufserfahrung als Bezirkssozialpädagogin beim Allgemeinen Sozialdienst der Stadt Nürnberg. Von 1998–2003 Mitarbeiterin des Modellprojektes PJS mit dem Aufgabenbereich der Kooperation des Allgemeinen Sozialdienstes mit der Polizei und der Schule. Nach Ablauf des Modellprojektes bis heute Beauftragte des Allgemeinen Sozialdienstes für die Kooperation mit der Polizei und der Schule.



Gerhard Lenkner, geb. 19.03.1947, Hauptschullehrer, Staatlicher Schulpsychologe, Beratungsrektor

Nach dem Studium des Lehramts an Hauptschulen und der Psychologie mit Schulpsychologischem Schwerpunkt tätig als Staatlicher Schulpsychologe und Klassenlehrer in den Jahrgangsstufen 7 bis 9. Von 2001–2003 Mitarbeiter am Modellprojekt PJS mit dem Aufgabenbereich der Kooperation der Volksschulen des Schulamtsbezirks Nürnberg mit dem Allgemeinen Sozialdienst und der Polizei. Nach Ablauf des Projekts bis heute Beauftragter des Schulamtes Nürnberg für die Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Allgemeinen Sozialdienst der Stadt Nürnberg.

Kooperation Polizei – Jugendhilfe – soziale Dienste – Schule – ein wichtiger Beitrag zur Gewaltprävention

1994 begann in Nürnberg eine systematisch geplante Kooperation zwischen dem Jugendamt und der Polizeidirektion Nürnberg. Vorausgegangen waren intensive fachliche Auseinandersetzungen zwischen den beiden Dienststellen. Unstimmigkeiten und Missverständnisse waren in erster Linie durch mangelnden Kenntnisstand über Aufgaben der jeweils anderen Seite und daraus resultierende Fehlannahmen über Handlungsmöglichkeiten von Jugendhilfe und Polizei begründet. Daraufhin entwickelten die Polizei zusammen mit den städtischen sozialen Diensten neben anderen Aktivitäten das gemeinsame „Modellprojekt PJS“, das im März 1998 die Arbeit aufnahm und eine Laufzeit von 5 Jahren hatte. Im Jahr 2001 kam zu den bisherigen Kooperationspartnern die Schule hinzu.

Im Rahmen des Modellprojektes PJS wurden Standards und Verfahren entwickelt, welche eine dauerhafte, personenunabhängige Kooperation zwischen der Polizei, dem Allgemeinen Sozialdienst, dem Jugendamt und den Schulen, sowie teilweise der Justiz gewährleisten. Dazu wurden organisatorische und kommunikative Strukturen aufgebaut, Veränderungen in den Verfahrensabläufen vorgenommen, sowie Standards der Kooperation entwickelt. Damit wurde die Kooperation in die tägliche Arbeit der beteiligten Dienststellen verankert.

Zu Sicherung und Weiterentwicklung der erzielten Kooperationsergebnisse wurden von allen beteiligten Diensten im Anschluss an das Projekt Beauftragte für die Kooperation benannt.

Dienstag, 7. Juni



**Prof. Dr. Bernd-
Dieter Meier**
Bernadette Stolte
Universität Hannover

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier

Jahrgang 1955. Studium in Göttingen; erstes Staatsexamen 1979, zweites Staatsexamen 1985. Promotion 1983 mit einer empirisch-kriminologischen Arbeit über die Strafzumessung bei Rückfalltätern. 1991 Habilitation mit einer empirischen Arbeit über die Kostenlast im Strafprozess. Seit dem Wintersemester 1992/93 Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Juristischen Fakultät der Universität Hannover. Wichtige Veröffentlichungen: „Strafrechtliche Sanktionen“ (2001), „Kriminologie“ (2003, 2. Aufl. 2005).

Bernadette Stolte

Jahrgang 1977. 1998–2001 Studium der Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät der Universität Hannover. 2001–2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie, Universität Hannover. Seit 2004 Referendarin im Bezirk des Oberlandesgerichts Celle. und Kriminologie an der Juristischen Fakultät der Universität Hannover. Wichtige Veröffentlichungen: „Strafrechtliche Sanktionen“ (2001), „Kriminologie“ (2003, 2. Aufl. 2005).

Prävention von sexuellem Missbrauch mit strafrechtlichen Mitteln?

Der Gesetzgeber hat seit 1998 die Strafdrohung für den sexuellen Missbrauch von Kindern verschiedentlich verschärft, zuletzt durch ein Gesetz vom 27.12.2003, das am 1.4.2004 in Kraft getreten ist. Hinter den gesetzgeberischen Aktivitäten steht die Vorstellung, dass sich Kinder mit dem Mittel der Strafe wirksam vor sexuellen Übergriffen schützen lassen. Wenn es zu einer Verurteilung kommt und die Gerichte die vom Gesetzgeber vorgesehenen Strafraumen ausschöpfen, ist das sicherlich der Fall. Wie aber sieht die Realität aus? Spielen die mehrfach erhöhten Strafraumen in der Praxis der Strafverfolgung überhaupt eine Rolle? Werden nicht die meisten Sexualdelikte an Kindern gar nicht zur Anklage gebracht? Gibt es zwischen den Taten, die zur Aburteilung gebracht werden, und den Taten, die ungeahndet bleiben, Unterschiede? Wie wirken sich die Verurteilung und die Bestrafung auf das Legalverhalten der Täter aus? Diesen und anderen Fragen wurde in einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt nachgegangen, das seit 2003 an der Universität Hannover durchgeführt wurde. In dem Vortrag sollen die wesentlichen Ergebnisse vorgestellt und Überlegungen zur weiteren Verbesserung der Prävention angestellt werden.



Werner Sitzer
Siemens Business Services
GmbH & Co. OHG

Werner Sitzer, Jahrgang 1960, hat nach einer Ausbildung zum Statiker und einer kurzen Berufstätigkeit als Statiker 1984 den Berufszweig verlassen und ist zur Nixdorf Computer AG gewechselt. Im Laufe der Zeit hat Werner Sitzer in den verschiedensten technischen Abteilungen bei Nixdorf, Siemens Nixdorf und schließlich bei der Siemens Business Services (SBS) gearbeitet.

Ende 1999 ist er in den IT-Service gewechselt und hat sich schon von Anfang an der IT-Security gewidmet. Das lag natürlich unter anderem auch daran, dass er schon zu Jugendzeiten an Commodore Rechnern gehackt hat und er sich beim Chaos Computer Club (CCC) engagiert. Nach dem er Ende 2000 eine Reihe von Prüfungen abgelegt hat und dadurch als „Siemens Certified Security Engineer“ ist er bei der SBS hauptamtlich als Data Protection and Information Security Officer für den Datenschutz und der Informationssicherheit zuständig. Darüber hinaus untersucht er auch im Auftrag die Systeme von externen Firmen und Behörden. Neben dem CCC engagiert er sich auch in der Gesellschaft für Informatik und im IT-Security Arbeitskreis „Industrie trifft Informatik“ der Universität Paderborn.

Neue Bedrohungen aus dem Internet

Immer mehr Geschäftsprozesse und Transaktionen werden in der Industrie über IT Systeme abgewickelt. Neben der generellen Verfügbarkeit und Funktionstüchtigkeit dieser Systeme, wird ihre Absicherung gegen Angreifer immer wichtiger. Leider ist es aber so, dass es immer mehr Viren und Würmer auftauchen und selbst Jugendliche und Laien in Computersystemen einbrechen können. Auch spielen Geheimdienste eine große Rolle in diesen Szenarien und betreiben aktiv Wirtschaftsspionage.

Der Vortrag zeigt auf, wo die aktuellen Bedrohungen herkommen, was alles passieren kann und wie man präventiv eingreifen kann.



Ingo Weiss
Deutsche Sportjugend

Ingo Weiss, geb.: 12.10.63/Münster/Westf

Familienstand: verh.

Schulabschluss: Fachhochschulreife; Höhere Handelsschule, Münster

Praktika 1982–1983 – Praktikum Steuerberatung M. Sommer, Münster

Studium: 1983–1993 – Studium Betriebswirtschaft FH Münster

Berufl. Werdegang: seit 1993 Angestellter an der Westf. Wilhelms-Universität Münster, Hochschulsport

Fremdsprachen: Englisch (Wort u. Schrift); Französisch und Griechisch (Schulkenntnisse)

Sportl. Werdegang (Auszug) ab 1978 Aktives Mitglied Universitäts-Basketball-Club Münster, (Kreisliga–Bundesliga), Jugendwart, Pressewart, 2. Vorsitzender, Trainer Jugend-, Oberliga-, und Regionalligamannschaften; 1987–1994 Fachwart für Jugend- und Schulsport des Westdt. Basketball-Verbandes; ab 1994 Vizepräsident des Dt. Basketball Bundes für Jugend- und Schulsport; 1996–1998 Vorsitzender des Organisationskomitees der Damen-Basketball-WM, Vorrunde Münster; 1998–2002 Sprecher der Ständigen Konferenz der Spitzenverbände d. Dt. Sportjugend; ab 2000 Mitglied im Verwaltungsrat des Universitäts-Basketball-Clubs; ab 2002 Vorsitzender Dt. Sportjugend Vorsitzender Präsidialkommission Schulsport des DSB, und Präsidiumsmitglied; ab 2002 Mitglied der Welt- und Europakommission Jugend des Welt-Basketballverbandes (FIBA); ab 2002 Mitglied im Programmbeirat RTL 2 für den Deutschen Sportbund; ab 05/03 Kuratoriums- und Vorstandsmitglied Dt. Schulsportstiftung

ab 09/04 Stellv. Vorsitzender Plattform Ernährung und Bewegung; ab 01/05 Mitglied Kuratorium Kriminalprävention; ab 02/05 Vorstandsmitglied des Dt. Sport- u. Olympiamuseums

Sport und Prävention

Im gesamtgesellschaftlichen Gefüge ist der Sport keine Gegenwelt, der Sportverein kein gesellschaftsfreier Raum, sondern vielmehr Teil einer zunehmend gewaltbereiten Gesellschaft mit Aggressionen, Konflikten, Spannungen und Interessengegensätzen. Insofern weder eine „Insel der Seligen, noch generalpräventive Wunderwaffe oder gar Schutzimpfung gegen Gewalt“.

Tatsächlich sind Sportvereine jedoch Orte, an denen soziales Lernen, interkulturelle Öffnungen und informelle Bildungs- und Erfahrungsprozesse ablaufen, die auch elementare Funktionen der Gewaltprävention enthalten.

Nach einem Vortrag des Vorsitzenden der Deutschen Sportjugend werden am Beispiel des Lüssumer Turnvereins von 1898 e.V. die im Sport liegenden Möglichkeiten zur Prävention und die in jahrelanger Praxis mit gewaltbereiten und straffälligen Jugendlichen gemachten Erfahrungen präsentiert und zur Diskussion gestellt.



Kerstin Lück
Fachhochschule Potsdam

Kerstin Lück, geb. 1963 Religionswissenschaftlerin M.A., Mediatorin seit 1995, Konfliktcoach, Konfliktmoderation, AAT/CT®-Trainerin, Weiterbildnerin für Konfliktmanagement und Mediation an der FH Potsdam, Fachbereich Sozialwesen

1983–1991 Studium der Germanistik, Psychologie und Religionswissenschaften

seit 1995 als Mediatorin, Konfliktmoderatorin und Deeskalationstrainerin tätig

seit 1998 beschäftigt an Drittmittelprojekten der FH Potsdam

Arbeitsschwerpunkte:

- Konfliktmanagement für Sozialarbeit, pädagogische Berufe und die Polizei. Gewaltprävention in der Kommune.
- Mediation und Konfliktmoderation bei innergesellschaftlichen Konflikten: interkulturellen, interreligiösen, intergenerativen und Genderkonflikten.
- Leitung von drei Weiterbildungsprojekten in Brandenburger Landkreisen.
- Mitarbeit am Bürgerbeteiligungsverfahren zum Stadtschloss Potsdam.

Veröffentlichungen:

- (1997) „Migrationsbewältigung am Beispiel eines Konflikttrainings mit Jugendlichen aus Migrantenfamilien und Einheimischen“, in: Dokumentation der Fachtagung „Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft FH für Sozialwesen, Reutlingen
- (1999), (Hg.) „Mischt euch da nicht ein“, Handbuch zu Konfliktlotsenmodellen für Berlin und Brandenburg, Berlin (2004)
- Coolnesstraining in der Jugendarrestanstalt, in: Schanzenbäcker, Stefan, (hrsg.) „Gewalt ohne Ende“ Neue Perspektiven durch AAT/CT und konfrontative Pädagogik in Brandenburg, Freiburg im Breisgau, Lambertus-Verlag
- (2004), Dokumentation der Weiterbildung Konfliktmanagement in der Uckermark, FH Potsdam

Kommunale Gewaltprävention durch gemeinsame Weiterbildung von Schule, Sozialarbeit und Polizei

Die gestiegenen Anforderungen an die Berufsgruppen Lehrer, Sozialarbeiter und Polizisten erfordern eine zielgenaue Weiterbildung. So können Konflikte, die sich in diesen Berufsfeldern ergeben, besser bewältigt werden. Die Weiterbildung „Konfliktmanagement in der Modellregion Uckermark/Brandenburg“ hat 37 Teilnehmende zu Konfliktmanager/innen und 15 zu Mediator/innen ausgebildet. Im Verlauf wurde die gegenseitige Akzeptanz und Auseinandersetzung der drei teilnehmenden Berufsgruppen gefördert, die in unterschiedlicher Weise mit demselben Klientel, benachteiligten und gewaltbereiten Jugendlichen, und seinen Konfliktfeldern konfrontiert sind. Die Weiterbildung hat die Grundlage für eine nachhaltige Zusammenarbeit gelegt, für Vernetzung und die fachübergreifende Herangehensweise in der Bearbeitung von Konflikten und im Umgang mit Gewalt. Durch Netzwerke der drei Berufsgruppen sind kurze Wege und ein abgestimmtes Vorgehen sowie gemeinsame Projekte für Jugendliche möglich geworden.

Welche Ziele die Netzwerke haben und wie sich die Zusammenarbeit während der Weiterbildung und danach gestalten, sind Themen der Präsentation und Diskussion.

Die Weiterbildung wird zur Zeit für den Süden von Brandenburg durchgeführt und durch den Landespräventionsrat Brandenburg und den Landkreis Oberspreewald-Lausitz finanziert. Auch der Osten und der Nordwesten von Brandenburg wollen die Weiterbildung in ihre Landreise holen.



Dr. Michael Wrentschur
Universität Graz

Mag. Dr. Michael Wrentschur, geb. 1966, Soziologe und Theaterpädagoge, Studium der Soziologie, Pädagogik und Volkswirtschaft in Graz und Berlin; Ausbildungen in Theaterarbeit/-pädagogik, Stimme-Körperarbeit sowie in systemischer Aufstellungsarbeit.

Seit 1990 als Assistent an der Abteilung für Sozialpädagogik am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Graz angestellt mit den Schwerpunkten Theaterpädagogik/Theaterarbeit in sozialen Feldern; Soziokulturelle Arbeit, Öffentlicher Raum und Stadtentwicklung.

Zahlreiche Publikationen zu diesen Themen, u.a. Autor von „Theaterpädagogische Wege in den öffentlichen Raum. Zwischen struktureller Gewalt und lebendiger Beteiligung“ (ibidem 2004) und Mitherausgeber von „Theaterarbeit in sozialen Feldern“ (Brandes&Apsel 2004).

Seit 1999 künstlerischer Leiter von „InterACT – Werkstatt für Theater und Soziokultur“ in Graz; Forumtheaterprojekte u.a. mit wohnungslosen Menschen, jugendlichen Flüchtlingen, Gefängnisinsassen sowie zu Gewalt in der Familie, Rassismus, Beteiligung und Konflikten im öffentlichen Raum.

Langjährige Tätigkeit als freiberuflicher Theaterpädagoge mit zahlreichen theater(pädagogischen) Workshops und (Forum)Theaterprojekten in Österreich, Deutschland, Italien und Bosnien.

Co-Leiter des ersten österreichischen Universitätslehrganges für Theaterpädagogik in Graz (2002–2004).

Interaktives Theater als Werkzeug von Gewaltprävention

Anhand zweier Forumtheaterprojekte von InterACT, der Werkstatt für Theater und Soziokultur aus Graz wird aufgezeigt, wie interaktive Theaterarbeit zu einem kreativen Werkzeug der Gewaltprävention werden kann.

Das erste Beispiel – „Alles Liebe, Dein Dieter“ – ist ein Forumtheaterprojekt gegen häusliche Gewalt, das in enger Kooperation mit Gewaltschutzeinrichtungen entwickelt wurde und mittlerweile eine Vielzahl an Aufführungen erlebt hat. Es macht Gewaltdynamiken am Beispiel einer Familie bewusst und stellt die Frage, was Betroffene und ihr Umfeld tun können, um aus einer Spirale der Gewalt auszusteigen.

Beim Projekt „Li(e)benswertes Glacis“ wurde interaktives Theater als Medium der sozialräumlichen Gewaltprävention in einem spannungs- und konfliktreichen Park angewendet mit dem Ziel, die Kommunikation und Interaktion zwischen den verschiedenen Park-Benutzer/innen zu aktivieren sowie zum Abbau von Vorurteilen und zur „Entspannung“ zwischen älteren und jüngeren Parkbenutzer/innen beizutragen. Ziel war es außerdem, die jeweiligen Interessen und Bedürfnisse der Parkbenutzer/innen kennen zu lernen, bewusst zu machen und zur aktiven Beteiligung am Geschehen im Park anzuregen.

Mein Vortrag wird sich neben der Darstellung der Methodik vor allem der Frage widmen, welche Prozesse und Rahmenbedingungen für interaktive Theaterarbeit förderlich sind und auf welche Weise diese zu Gewaltprävention beitragen kann.



Dr. Monica Steinhilper

**Niedersächsisches
Justizministerium**

Dr. Monica Steinhilper (1952) ist Diplom-Psychologin und seit 2001 Leiterin der Abteilung „Justizvollzug“ im Niedersächsischen Justizministerium. Sie hat insbesondere zu aktuellen Themen des Justizvollzugs veröffentlicht, u.a. zum Frauenvollzug, zum Untersuchungshaftvollzug an jungen Gefangenen, zur Personal- und Organisationsentwicklung und zu neuen Steuerungsinstrumenten. Sie ist Mitautorin des von Schwind/Böhm herausgegebenen Strafvollzugskommentars.

Von 1988 bis 1990 war sie Mitglied der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ (Gewaltkommission) und hat ferner ressortübergreifende Präventionsprojekte geleitet und zu deren Ergebnissen veröffentlicht.

Naikan im Justizvollzug – durch Meditation zu mehr Selbstverantwortung

Naikan kommt aus Japan und bedeutet „Innenschau“ („Nai“ = Inneres, „kan“ = beobachten). Der Naikan-Übende beschäftigt sich hauptsächlich mit drei Fragen, die in frühere Lebensabschnitte zurückführen: Was haben meine Mutter, mein Vater oder andere Bezugspersonen für mich getan? Was habe ich für diese Personen getan? Welche Schwierigkeiten habe ich diesen Personen gemacht? Die Reise nach innen dauert sieben Tage und ist ein stiller Weg der Selbsterkenntnis. Naikan hilft, Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen, die Schuld für Probleme nicht bei Anderen oder in den Umständen zu sehen, die Opferrolle zu verlassen und Zutrauen zu entwickeln, das Veränderung möglich ist.

Seit 2003 wird Naikan im Justizvollzug mit Niedersachsen erprobt. Die Referentin, die selbst Erfahrungen mit Naikan hat und von dessen präventiver und resozialisierender Wirkung überzeugt ist, berichtet über ihre Gespräche mit Gefangenen nach Naikan, über deren Einstellungs- und Verhaltensänderungen und begründet, warum Niedersachsen ein Naikanzentrum im Justizvollzug einrichten will. Zur weiteren Information über Naikan siehe auch www.naikan.de.



Bettina Marschall

Wolfsburg AG | HealthProject

Bettina Marschall

Fachwirtin für Gesundheit und Soziales

Staatlich anerkannte Physiotherapeutin

- 1963 in Braunschweig geboren
- 1983 Abitur
- 1987 Berufserlaubnis staatlich anerkannte Physiotherapeutin
- Tätigkeiten in verschiedenen medizinischen Einrichtungen – auch in leitenden Funktionen.
- 1992 Lehrauftrag Schule für Physiotherapie
- 1993 leitende Lehrkraft
- 1994 Schulleiterin
- 2000 Standortleiterin Bildungszentrum
- 2002–2004 Weiterbildung zur Fachwirtin für Gesundheit und Soziales
- 2002 Wolfsburg AG/Mitarbeit Pilotprojekt – Gründung Geschäftsfeld HealthProject
- 2003 Wolfsburg AG/HealthProject: Projektleitung careyoung
- Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche

Außerdem freiberuflich:

Referentin in Kindertagesstätten mit Studientagen und Seminaren, Lehraufträge

P⁵ – Primärprävention in Public Private Partnership

Ausgangslage:

Die Wolfsburg AG wurde als Public Private Partnership gegründet, um ein Konzept zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit umzusetzen.

Die Ausgangssituation in Wolfsburg Mitte der 90 iger war von hoher Arbeitslosigkeit und Monostruktur geprägt.

Eine Projektgruppe mit Vertretern der Stadt und VW entwickelten gemeinsam das Konzept Autovision zur langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes.

Zur Umsetzung dieses Konzeptes wurde die Wolfsburg AG mit den zwei Gesellschaftern Stadt Wolfsburg und VW gegründet.

Das erfolgreiche Konzept beinhaltet die kontinuierliche Entwicklung von Clustern mit Kompetenzen im Bereich Gesundheit, Mobilität, IT und Tourismus.

Fokus Gesundheit:

In der Wolfsburg AG wurde der Geschäftsbereich HealthProject gegründet, um die Kompetenzen im Bereich Gesundheit voranzutreiben.

Careyoung hat als Teilbereich von HealthProject die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen übernommen. Mit der gesundheitlichen Primärprävention in Kindertagesstätten und Schulen soll dem sich permanent verschlechternden Gesundheitszustand von Kindern begegnet werden.

Hierzu sind Kooperationen und Partnerschaften auf regionaler und überregionaler Ebene geschlossen worden.

Gesundheitliche Primärprävention als gemeinschaftliches Ziel und gemeinsame Aufgabe vom Kommune und Wirtschaft.



Dr. Kerstin Reich
Universität Tübingen

Geburtsdatum: 12.06.1961, Geburtsort: Würzburg
Familienstand: Verheiratet, zwei Kinder
Ausbildungshintergrund: Diplompsychologin

Ausbildung und Berufstätigkeit:

1981 Abitur in Augsburg

1982–1985 Ausbildung, Staatsexamen als Krankenschwester

1985–1987 Tätigkeit als Instrumentierschwester in der Chirurgischen Universitätsklinik Tübingen

1987–1993 Studium der Psychologie an der Eberhards-Karls-Universität Tübingen

1993–1996 Dozentin im Fach Psychologie an der Fachschule für Ergotherapie in Stuttgart-Weilimdorf

Wissenschaftlicher Werdegang:

1994–1996 Mitarbeit als geprüfte wissenschaftliche Hilfskraft in einem Forschungsprojekt in der HNO-Universitätsklinik Tübingen: Sprachperzeption und -produktion bei hörgeschädigten Kindern.

Seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen.

2004 Promotion mit dem Thema: Integrations- und Desintegrationsprozesse junger männlicher Aussiedler aus der GUS.

→ Reich, K. Integrations- und Desintegrationsprozesse junger männlicher Aussiedler aus der GUS. Eine Bedingungsanalyse auf sozial-lerntheoretischer Basis. Kriminalwissenschaftliche Schriften, Band 5, 393 S. Münster: Lit Verlag 2005

Forschungsinteressen und Arbeitsschwerpunkte:

Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Entwicklung von Kriminalitätsvorstellungen bei Kindern.

In Planung: ein Kindersachbuch, das die Themen Kriminalität und Kriminologie basierend auf den Forschungsergebnissen auf das kindliche Verständnis abstimmt und für den Unterricht sowie als Informationsgrundlage für zu Hause geeignet ist.

Jugendkulturen, Jugendcliquen und problematische Jugendgruppen.

Kriminologisch-Kriminalprognostische Begutachtung.

Kommunikation in schwierigen Situationen (z.B. Prüfung, im Vollzug).

Präventive Ansatzpunkte bei Jugendlichen in „problematischen“ Cliques

In biographischer Perspektive gewinnt die Gruppe der Gleichaltrigen im Jugendalter zunehmend an Bedeutung und wirkt sich in einer Phase der Neuorientierung stabilisierend auf das Verhalten der Jugendlichen aus.

Aus der kriminologischen Literatur ist bekannt, dass ein hoher Anteil der Delikte Jugendlicher und Heranwachsender gemeinsam mit anderen, also im Zusammenhang mit Gruppen, begangen wird. Wenig bekannt ist, wieviele Jugendliche sich Gruppen anschließen, in denen delinquentes Verhalten ein wesentliches Merkmal der Gruppenidentität ist.

Um die Existenz und Struktur solcher problematischer Jugendgruppen zu untersuchen, wurden insgesamt 530 Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen in Hauptschulen der Klassenstufen 7–9 mittels Fragebogen zum Thema Freundeskreis und Freizeitverhalten befragt.

Der Fragebogen hierzu wurde im Rahmen des „Eurogang Program of Research“ entwickelt. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Forschern aus Europa und den USA, die unter der Federführung des Gang-Forschers M. Klein eine multinationale Zusammenarbeit etablierten, um Gangs bzw. problematische Jugendgruppen von wissenschaftlicher Seite vergleichend zu untersuchen.

Unsere Beteiligung an diesem Projekt hat folgende Ziele: Zunächst soll ein erster Überblick – der bisher auf einer kleinen, hoch selektierten Stichprobe basiert – zur Situation in Deutschland ermöglicht und in diesem Zusammenhang in Erfahrung gebracht werden, wie viele und welche Jugendliche sich problematischen Jugendgruppen anschließen.

Durch die Untersuchung von Unterschieden zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern dieser problematischen/delinquenten Gruppen erwarten wir uns darüber hinaus wichtige Erkenntnisse, aus denen handlungspraktische Konsequenzen für die Kriminalprävention gezogen werden können.

Ausstellung



Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Uwe Schönemann, wird die Ausstellung am 6. Juni 2005 um 13.00 Uhr auf der Eventbühne und mit einem anschließenden Rundgang eröffnen.

Infostände

Ausstellerliste

| Ausstellende Institutionen | Seite |
|--|--------------|
| Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband OWL e.V. | 174 |
| Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) | 175 |
| Armatix GmbH – SimonsVoss Group | 176 |
| Aussteigerhilfe Rechts | 177 |
| Baf e.V. – Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich e.V. | 178 |
| Beratungsforum Oelemann, Männer gegen Männer-Gewalt | 179 |
| Berufsbildende Schule 6 der Region Hannover | 180 |
| beta Institut gGmbH | 181 |
| Bewährungshilfe Stuttgart e.V. | 182 |
| BOGESTRA Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG | 183 |
| buch online oHG | 184 |
| Buddy e.V. | 185 |
| Bund für Soziale Verteidigung e.V. | 186 |
| Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich e.V. | 187 |
| Bundesgrenzschutz - Polizei des Bundes | 188 |
| Bundeskonferenz der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt | 189 |
| Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Medien BPJM | 190 |
| Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. | 191 |
| Bündnis für Kinder – gegen Gewalt | 192 |
| Careyoung/Wolfsburg AG | 193 |
| Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. | 194 |
| Cormoran Fundraising | 195 |
| Cottbuser Jugendrechtshaus e.V. | 196 |

Infostände

Ausstellerliste

| Ausstellende Institutionen | Seite |
|--|--------------|
| DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik | 197 |
| Deutsche Bahn AG | 198 |
| Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV) e.V. | 199 |
| Deutsche Polizeigewerkschaft | 200 |
| Deutsche Sportjugend im Deutschen Sportbund e.V. | 201 |
| Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen | 202 |
| Deutsches Jugendinstitut (DJI) – Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung | 203 |
| DGBM e.V. – Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage | 204 |
| Diakonisches Werk Rotenburg – Jugendmigrationsdienst | 205 |
| DONNA VITA – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel | 206 |
| ECPAT Deutschland e.V. | 207 |
| EuLINE | 208 |
| EFUS – Europäisches Forum für Urbane Sicherheit | 209 |
| Eylarduswerk Bad Bentheim | 210 |
| Fachhochschule Köln – IMOS – Sozial-Raum-Management | 211 |
| Frauenhaus Hannover – Frauen helfen Frauen e.V. | 212 |
| Fraueninformationszentrum Mannheim | 213 |
| Frauen-Treffpunkt e.V. | 214 |
| Freiburger Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – (FRIG) | 215 |
| Gesundheitsamt Lübeck | 216 |
| Glen Mills Academie Deutschland e.V. | 217 |
| Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. | 218 |

Infostände

Ausstellerliste

| Ausstellende Institutionen | Seite |
|--|--------------|
| Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) | 219 |
| Jugendamt der Stadt Dortmund | 220 |
| Jugendhilfe Göttingen e.V. | 221 |
| Justizvollzugsanstalt Braunschweig | 222 |
| JVA Rosdorf – Offener Jugendvollzug Göttingen | 223 |
| kargah e.V. / suana – Beratungsstelle für von Männergewalt betroffene Migrantinnen | 224 |
| KEV-BW für die Aktion GIB ACHT IM VERKEHR | 225 |
| Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover | 226 |
| Kommunaler Präventionsrat Elze | 227 |
| Konfliktschlichtung e.V. – Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation in Oldenburg | 228 |
| Kontakt e.V. – Verein für Konfliktschlichtung und -beratung | 229 |
| Kreispolizeibehörde Unna | 230 |
| Kreispolizeibehörde Lippe | 231 |
| Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der autonomen Frauenhäuser | 232 |
| Landesarbeitsgemeinschaft Nds. für Ambulante Sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V. | 233 |
| Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. | 234 |
| Landeshauptstadt Hannover – Geschäftsstelle des Migrationsausschusses | 235 |
| Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ | 236 |
| Landeskriminalamt Baden-Württemberg | 237 |
| Landeskriminalamt Bremen | 238 |
| Landeskriminalamt Niedersachsen – Projekt „Businesskeeper“ und „Schulhof“ | 239 |

Infostände

Ausstellerliste

| Ausstellende Institutionen | Seite |
|---|-------|
| Landeskriminalamt Niedersachsen – „PaC – Prävention als Chance – Schulbezogene Gewaltprävention im Verbund“ | 240 |
| Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz | 241 |
| Landespräventionsrat Niedersachsen | 242 |
| Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen | 243 |
| Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg | 244 |
| Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein | 245 |
| Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein/IQSH des Landes Schleswig-Holstein | 246 |
| Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern | 247 |
| LandesSportBund Niedersachsen e.V. – Sportjugend Niedersachsen | 248 |
| Landkreis Osnabrück | 249 |
| Malteser Hilfsdienst | 250 |
| N.I.N.A. – Bundesverein zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V. | 251 |
| Netzwerk gegen Gewalt | 252 |
| Nicht bei mir – Initiative für aktiven Einbruchschutz | 253 |
| Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen | 254 |
| Niedersächsisches Kultusministerium – Projekt „Schule.konfliktfähig“ | 255 |
| Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit | 256 |
| pad e.V. – Eltern und Jugendliche gegen Drogenmissbrauch | 257 |
| Polizeidirektion Braunschweig | 258 |
| Polizeidirektion Fürth | 259 |
| Polizeidirektion Hannover | 260 |

Infostände

Ausstellerliste

| Ausstellende Institutionen | Seite |
|--|--------------|
| Polizeidirektion Lüneburg | 261 |
| Polizeidirektion Nürnberg | 262 |
| Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes | 263 |
| Polizeipräsidium Bielefeld | 264 |
| Polizeipräsidium Bonn | 265 |
| Polizeipräsidium Osthessen | 266 |
| Polizeipräsidium Potsdam Schutzbereich Teltow-Fläming | 267 |
| Präventionsrat Bremerhaven | 268 |
| Präventionsrat der Stadt Burgdorf | 269 |
| Präventionsrat der Stadt Göttingen | 270 |
| Präventionsrat Hildesheim | 271 |
| Präventionsrat Linden-Limmer | 272 |
| Präventionsrat Oldenburg – (PRO) | 273 |
| Präventionsverein Komm.pakt e.V. | 274 |
| PrävIS – Das Informationssystem der Prävention im Netz | 275 |
| Ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ (Niedersachsen) – Koordinationsprojekt beim Landespräventionsrat | 276 |
| Seilgarten Hannover | 277 |
| Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konflikt-schlichtung | 278 |
| Siemens Business Services GmbH & Co. OHG | 279 |
| Sign-Projekt/agentur prevent | 280 |
| sputnike <-jungeKultur-> im CJD Nienburg | 281 |
| Staatliches Schulamt Weilburg: Koordinierungs-stelle Gewaltprävention | 282 |
| Staatsanwaltschaft Gera | 283 |

Infostände

Ausstellerliste

| Ausstellende Institutionen | Seite |
|--|--------------|
| Stadt Ludwigshafen am Rhein – Rat für Kriminalitätsverhütung | 284 |
| Stadt Schleswig – Kriminalpräventiver Rat | 285 |
| Stadt Sulingen | 286 |
| Stark ohne Gewalt | 287 |
| STEP 21 gGmbH – Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung | 288 |
| Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) | 289 |
| Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DKF) – Arbeitskreis Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit | 290 |
| Stiftung „Eine Chance für Kinder“ | 291 |
| Stiftung Opferhilfe Niedersachsen | 292 |
| STOP – Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt | 293 |
| theaterpädagogische werkstatt Lagerhalle gGmbH | 294 |
| Triple P Deutschland – PAG Institut für Psychologie AG | 295 |
| Universität Lüneburg – Präventionsprojekt NetzwerG | 296 |
| Verein für Straffälligenhilfe Görlitz e.V. | 297 |
| Verein Programm Klasse2000 e.V. | 298 |
| Verein zu Förderung der Sozialarbeit an Schulen in Brandenburg e.V. | 299 |
| WAAGE-Hannover e.V. – Verein für Konflikt- schlichtung und Wiedergutmachung | 300 |
| WEISSER RING e.V. | 301 |
| Westfälische Provinzial | 302 |

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband OWL e.V.

Das Projekt MuM – MigrantInnen unterstützen MigrantInnen besteht aus zwei „Bausteinen“:

- dem IntegrationshelferInnen-Netzwerk

Hier informieren, beraten, unterstützen und begleiten Frauen und Männer mit Migrationshintergrund, deren Integration bereits erfolgreich verlaufen ist, andere Menschen mit Migrationshintergrund bei Fragen und Hilfebedürfnissen hinsichtlich des Übergangs Schule-Beruf, der Arbeitssuche, Arzt- und Krankenhausbesuchen, Terminen mit Ämtern und anderen Einrichtungen, Aus- und Weiterbildungsangeboten (Sprachkursen), Fragen zur Erziehung und Schule der Kinder und vieles mehr.

- dem Patinnen-Netzwerk

Hier informieren, unterstützen und begleiten Patinnen, selbst »beruflich erfolgreiche« Frauen mit Migrationshintergrund, Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund beim Übergang von der Schule in den Beruf. Sie unterstützen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen und informieren hinsichtlich Weiterqualifizierungsmöglichkeiten.

Das Projekt MuM – MigrantInnen unterstützen MigrantInnen wird durch ESF-Mittel, das Land NRW und die beteiligten Kommunen gefördert. **Dauer:** Juli 2004 bis Juli 2005; **Durchführungsorte:** Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh und Herford; **Träger:** Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband OWL e.V., Internationales Beratungs- und Bildungszentrum im Kreis Herford; **Kooperationspartner:** AWO Kreisverbände Bielefeld und Gütersloh e.V., MOZAIK gGmbH Bielefeld

Die Fortführung des Projektes MuM wird angestrebt.

Kontakt:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband OWL e.V.

Internation. Beratungs- und Bildungszentrum im Kreis Herford
Fröbelstraße 6, 32584 Löhne

Fon 05 7 32-94 95 51; Fax 05 7 32-94 95 52

ibz-loehne@awo-owl.de

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)

Die **Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)** aus Braunschweig ist seit Jahren präventiv in beiden Feldern tätig. Der Stand gibt einen Gesamtüberblick über deren bundesweite Aktivitäten. Herausragend auf dem DPT 2005 ist die Darstellung des „Braunschweiger Modells zur Gewaltprävention an Schulen“, das mehrfach ausgezeichnet und als bundesweit vorbildlich eingestuft wurde. Auf den ersten Blick bedeutet es zunächst die Kooperation verschiedener Präventionsprojekte in einem Gesamtpaket, welches als externes Angebot für Schulen und Kindergärten vorgehalten wird.

Mit dem Modell ist es gelungen, zunächst sieben verschiedene Träger mit neun Projekten in einer konzertierten Aktion zu bündeln, die Inhalte und Durchführung der Projekte aufeinander abzustimmen, gemeinsame Anforderungen an die Schulen zu definieren, Spenden zu akquirieren und finanzielle Förderung zu gewährleisten.

Zielsetzung ist die Durchführung externer Angebote über die Dauer eines gesamten Schuljahres. Dies ist eine bewusste Festlegung, da es erfahrungsgemäß in der schulischen Praxis immer wieder gilt, nicht den Verführungen von Projekttagen zu erliegen.

Alle Projekte finden im Klassenverband, möglichst einer kompletten Jahrgangsstufe statt und beruhen nicht auf dem Freiwilligkeitsprinzip. Dementsprechend ist ein Konsens der Gesamtkonferenz, die Selbstverpflichtung zu Eigenaktivitäten, ein Infoabend für Eltern, zwei schulinterne Fortbildungen sowie die Qualifizierung von MultiplikatorInnen integraler Bestandteil des Paketes.

Kontakt:

**Arbeitsstelle Rechtsextremismus
und Gewalt Braunschweig**

Bohlweg 55, 38100 Braunschweig

Fon 05 31-1 23 36 42; Fax 05 31-1 23 36 55

info@arug.de

www.arug.de <http://www.arug.de>

Armatix GmbH

Armatix GmbH mit Sitz in Unterföhring bei München ist ein High-Tech-Unternehmen, das auf die Entwicklung und Vermarktung von digitalen Sicherungssystemen, gegen den Missbrauch von Schusswaffen spezialisiert ist. Das Unternehmen wurde im April 2004 als Tochtergesellschaft der SimonsVoss Technologies AG gegründet.

Bei den Lösungen von **Armatix** handelt es sich um innovative Sicherungssysteme mit Biometrie, bei denen durch eine elektronische Vorrichtung die Waffe gezielt freigeschaltet oder deaktiviert wird, um einen Missbrauch der Waffe durch Unberechtigte zu verhindern. Das Produkt Armatix Quicklock ist eine nachrüstbare Lösung zur Sicherung von Jagd- und Sportwaffen. Insbesondere wird der Transport und die vorübergehende Aufbewahrung ausserhalb des Waffenschrankes gesichert. Der Missbrauchs- und Unfallgefahr z.B. unter Beteiligung von Kindern, wird dadurch wirkungsvoll begegnet.

Armatix hat, basierend auf der Technologie der Muttergesellschaft SimonsVoss, Konzepte für nachrüstbare und integrierte Sicherungssysteme für Schusswaffen entwickelt und zum Patent angemeldet. Nach Experteneinschätzung sind diese Lösungen ein technologischer Durchbruch.

Die Marktreife der Produkte ist für 2006 vorhergesehen.

Erste Demonstrationsmuster werden zum 10. Deutschen Präventionstag vorgestellt.

Kontakt:

Armatix GmbH

SimonVoss Group

FeringasträÙe 4, 85774 Unterföhring München

Fon 089-99 22 81 05; Fax 089-99 22 82 28

info@armatix.de

www.armatix.de

AussteigerhilfeRechts

Die zentrale Kontaktstelle des niedersächsischen Justizministeriums „**AussteigerhilfeRechts**“ dient durch Rückfallprävention dem Schutz der Gesellschaft vor rechtsextremen Straftätern. Das Projekt wendet sich primär an junge Menschen, die der rechten Szene angehören und wegen rechts-extremistischer oder allgemeiner Straftaten in Erscheinung getreten sind, unabhängig davon, ob sie zu Freiheitsstrafe oder zu Geldstrafe verurteilt oder ob die Verfahren nach §§ 153, 153a StPO, §§ 45, 47 JGG eingestellt wurden. Ziel ist es, diese Personen aus der rechten Szene zu lösen und ihnen eine Rückkehr in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Das Konzept der AussteigerhilfeRechts zur Begleitung von Ausstiegssprozessen lautet:

- klassische Sozialarbeit
- Maßnahmen je nach individuellen Notwendigkeiten
- ideologische Auseinandersetzung
- Hilfe zur Selbsthilfe
- keine (finanziellen) Vorteile für Probanden
 - = keine Verwendung vor Gericht
 - = keine finanzielle Unterstützung

Weitere Informationen sind abrufbar über die Internetseite:
www.aussteigerhilferechts.niedersachsen.de

Kontakt:

Niedersächsisches Justizministerium

Oberstaatsanwältin Karin Ballnus

Telefon: +49 (05 11) 1 20 51 27,

e-mail: katrin.ballnus@mj.niedersachsen.de

BAF – Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich e.V., Hannover

Der **Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich**, kurz BAF e.V., ist seit mehr als 20 Jahren in der Landeshauptstadt und der Region Hannover in der ambulanten Jugendhilfe tätig.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind :

- Weisungen, Auflagen, Soziale Trainingskurse
(§ 23 Abs.1, § 10 Abs.1 Nr.6, § 45/47 JGG)
 - Wochenendseminar (WES)
 - Werkstattkurs (WSK)
 - Sozialer Trainingskurs (ST)
- Kompetenz- Training
 - Ziele: Gewaltprävention, Aggressionsregulation
 - Methode: sozial-kognitive Gruppenarbeit
 - Adressaten – direkte: Jugendliche und Heranwachsende
 - Adressaten – indirekte: Schulen, Jugendzentren, etc.
- Unterstützende Angebote für junge Menschen und Familien
 - Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 KJHG)
 - Ambulante Betreuung (§§ 31/41 KJHG)

Kontakt:

BAF e.V.

Volgersweg 4, 30175 Hannover

Fon 05 11-34 86 90; Fax 05 11-3 48 69 22

Baf-verein@baf-verein.de

www.baf-verein.de

Beratungsforum Oelemann, Hamburg

Das „**Beratungsforum Oelemann**“ ist ein Fortbildungsinstitut. Unsere Trainer führen seit Beginn der 90er Jahre Fortbildungen für Führungskräfte, Mitarbeitende, Teams und Inhouse-Seminare für Institutionen in Deutschland und dem angrenzenden Ausland durch. Unsere Kernkompetenzen entstanden durch Konzentration auf wenige Themenbereiche: Gewalt und Gewaltentstehung, Deeskalation von Gewaltsituationen, Konfliktentwicklung und Konfliktklärungen. So haben wir den Arbeitsansatz der Gewaltberatung und Gewaltpädagogik nach dem Hamburger Modell (GHM)[®] entwickelt und in Deutschland in vielen psychosozialen Einrichtungen implementiert. Nach diesem Modell werden heute viele gewalttätige Männer, heranwachsende Männer und Jungen in ambulanten und stationären Institutionen erfolgreich beraten, denn Täterarbeit ist schließlich der beste Opferschutz. Gemeinsam mit erfahrenen Täterberatern von MÄNNER GEGEN MÄNNER-GEWALT[®] informieren wir Sie gern über unser Hamburger Modell, unsere Fortbildungsgänge, unsere bedarfs- und institutionsgerechten Seminare oder die Möglichkeiten der Supervision/Organisationsentwicklung durch uns. Als Buchautoren und Filmmitwirkende sind wir ebenfalls seit Jahren aktiv, so dass Sie sich an unserem Stand mit viel Informationsmaterial versorgen können. Unser Film „Das Problem ist meine Frau“ wird am Montag, den 06.06.2005 in der Zeit von 14.00 bis 16.00 Uhr in Raum Dresden gezeigt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kontakt:

Beratungsforum Oelemann

Männer gegen Männer-Gewalt, Wolfsburg

Bruchloh 12, 22589 Hamburg

Fon 0 40-55 26 09 93; Fax 0 40-55 26 09 92

mail@oelemann.de

www.oelemann.de

Berufsbildende Schule 6 der Region Hannover

Berufsbildende Schule 6 – Hannover Berufsbildende Schulen Burgdorf-Lehrte

Beide Schulen haben ein Sozialtraining in ihren Schulalltag eingebunden.

Fit for Life und Keep Cool

sind Trainingsprogramme mit verschiedenen Modulen zur Förderung der Sozialkompetenz, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.

Keep Cool und Fit for Life sollen dazu beitragen, dass die Jugendlichen ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten kennen lernen und ausbauen. Sie lernen sich selbst realistisch einzuschätzen und ihr Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen zu stärken. Inzwischen sind die Projekte fester Bestandteil im Berufsvorbereitungsjahr.

Die Inhalte des Trainings werden von Teams (Theorie-, Fachpraxislehrer und Sozialpädagogen) durchgeführt. Beide Trainingsprogramme werden immer wieder ergänzt und weiterentwickelt.

Schwerpunktmäßig beschäftigen sich die Module mit unterschiedlichen Themen, wie zum Beispiel: Teamfähigkeit, Eigen- und Fremdwahrnehmung Kommunikation, Konfliktfähigkeit, Umgang mit Gewalt / Konfliktschlichtung.

Kontakt:

BBS 6

Goetheplatz 7, 30169 Hannover

Fon 05 11/1 68-3 98 43; Fax 05 11/1 68-4 20 90

Hstrassmann@bbs6-hannover.de

www.bbs6-hannover.de

beta Institut gGmbH

PAPILIO ist ein pädagogisch-psychologisches Programm in Kindergärten zur Primärprävention von Verhaltensproblemen und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz.

Ziel ist, die psychosoziale Gesundheit der Kinder zu fördern, damit sie später den Risiken, die zu Sucht- und Gewaltverhalten führen können, selbstbewusst begegnen können.

PAPILIO wird nicht von externen Kräften, sondern von Erzieherinnen, die eine entsprechende Fortbildung durchlaufen haben, in den Kindergartenalltag integriert. Das entwicklungsorientierte Programm umfasst Maßnahmen zur Verminderung bzw. Prävention von Verhaltensproblemen (aggressives Verhalten, soziales Rückzugsverhalten), zur Förderung prosozialen Verhaltens und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz.

PAPILIO erreicht Kinder, Eltern und ErzieherInnen gleichermaßen. Die ErzieherInnen achten insbesondere auf ihr Verhalten im Umgang mit Kind und Gruppe; ein zertifizierter PAPILIO-Trainer begleitet sie dabei. Die Drei spielerischen Maßnahmen unterstützen die Kinder in der Bewältigung altersspezifischer Entwicklungsaufgaben. Elternabende informieren die Eltern über PAPILIO und sensibilisieren sie für die Sucht- und Gewaltprävention.

Das beta Institut Augsburg hat mit einer großen Studie mit 700 Kindern, deren Eltern und Erzieherinnen die Wirksamkeit und Machbarkeit des Programms im Kindergarten überprüft. Erste Ergebnisse zeigen eine signifikante Zunahme prosozialen Verhaltens sowie einen deutlichen Rückgang von Problemverhaltensweisen.

Kontakt:

beta Institut gGmbH

Kobelweg 95, 86156 Augsburg

Fon 08 21-45 05 41 52; Fax 08 21-45 05 49 52

heidrun.mayer@beta-Institut.de

www.papilio.de

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Verein Bewährungshilfe Stuttgart e.V. 1951 bis 2005

1951 Gründung am 29. November 1951.

1978 Erste Wohngruppe mit fünf Plätzen. Entwicklung der Konzeption von kleinen Wohngruppen, die in die Nachbarschaft eingebunden sind. Es folgten weitere Einrichtungen mit insgesamt 40 Plätzen. Zusätzlich bietet der Verein für 29 Probandinnen und Probanden die Betreuung im Individualwohnraum.

1989 Unterstützung der Täter-Opfer-Ausgleichsstellen im Bereich der Staatsanwaltschaft Stuttgart und Einrichtung eines Opfer-Fonds.

1996 Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstelle zur Haftvermeidung durch Tilgungsberatung und freie Arbeit – Schwitzen statt Sitzen – mit drei pädagogisch betreuten Arbeitsgruppen.

1998 Beginn der Behandlung von Sexualstraftätern in der Psychotherapeutischen Ambulanz.

2000 Zeugenbegleitung im Amts- und Landgerichtsbezirk Stuttgart; seit April 2002, gefördert von der Landesstiftung Opferschutz.

2003 Durchführung der Betreuungsweisungen nach § 10 JGG im Rems-Murr-Kreis.

2004 Beteiligung an der zentralen Schuldnerberatung, ein gerade für das Justizklientel besonders wichtiger Resozialisierungsdienst, das Präventionsprojekt BICO – statt Schulausschluss wegen gewalttätigen Verhaltens soziales Kompetenztraining – für 13 bis 16 Jährige Schülerinnen und Schüler im Rems-Murr-Kreis

2005 Fallmanagement für Straftentlassene – Bereich Waiblingen

Kontakt:

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Uhlandstraße 16, 70182 Stuttgart

Fon 07 11-23 98 83; Fax 07 11-2 39 88 50

info@sd-stgt.de

www.bewaehrungshilfeverein.de

BOGESTRA Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG

Projekte im Rahmen von Ordnungspartnerschaften: Zivilcourage „Schüler als Fahrzeugbegleiter im ÖPNV“

Über 1000 SchülerInnen im Alter von 14–15 Jahren werden bei der BOGESTRA seit 1998 darin geschult, Streite zu schlichten, Vandalismus zu verhindern und als Ansprechpartner für Kinder und jugendliche Fahrgäste zur Verfügung zu stehen.

Erfolge: Rückgang der Vandalismusschäden, gestiegene Beförderungsqualität im Schülerverkehr, starker Rückgang der Beschwerden, deutliche Förderung der Zivilcourage bei den Aktiven. Unterstützt wird das Projekt durch die Bezirksregierungen in Münster und Arnsberg sowie durch das Innenministerium NRW, ausgezeichnet durch den erstmals verliehenen Landespreis für Innere Sicherheit 2003.

Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr „Tim und Lisa“: In Kooperation mit anderen Partnern wurden verschiedene Aktionen durchgeführt: z.B. Namenswettbewerb für die Symbolfiguren des Projektes. Der Öffentlichkeit wurde ein Bus und eine Straßenbahn vorgestellt, deren Außen- und Innenflächen mit sicherheitsrelevanten Motiven versehen und dadurch auf die Unfallgefahren der Kinder im Straßenverkehr hinweisen.

Weitere Aktionen zum jeweiligen Schulstart: z.B. Heckaufkleber „aufGEpasst“ auf allen Bussen der BOGESTRA und den Streifenwagen der Polizei Bochum und Gelsenkirchen. 1,2 Mio. Brötchentüten und 7 Spannbänder mit den Symbolfiguren fordern auf zu mehr Aufmerksamkeit gegenüber den schwächsten Verkehrsteilnehmern, den Kindern.

Ausgezeichnet mit dem Landespreis 2004.

Kontakt

Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG (BOGESTRA)

Universitätsstraße 58, 44789 Bochum

Fon 02 34-3 03-24 22; Fax 02 34-3 03-34 22

ernst.nieland@bogestra.de

www.bogestra.de

buch online oHG

buch online- Verlagsservice

vertritt Fachverlage, zB.: Juventa; Ziel; Kohlhammer; isko-press; Bundesanzeiger; Lambertus; Edition Humanistische Psychologie (EHP); VGL u.a., auf Fachtagungen, Kongressen und Messen.

Darüber hinaus bietet buch online in seinem spezialisierten Internetshop Fachliteratur aus den Bereichen Soziale Arbeit/ Sozialpädagogik / Pädagogik an.

Kontakt:

buch online oHG

Ahlmannshof 50 a, 45889 Gelsenkirchen

Fon 02 09-8 18 23 18; Fax 02 09-8 18 22 74

info@buchonline.de

www.buchonline.de

Buddy e.V., Düsseldorf

Vorstellung und Beratung zum Gewaltpräventionsprogramm
„Buddy-Projekt“

Kontakt:

Buddy e.V.

Benzenbergstraße 2, 40219 Düsseldorf

Fon 02 11-3 01 30 73; Fax 02 11-3 01 30 74

winfried.kneip@buddy-projekt.de

www.buddy-projekt.de

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Der **Bund für Soziale Verteidigung** entwickelt, fördert und verbreitet konstruktive und gewaltfreie Konzepte ziviler Konfliktbearbeitung.

Schwerpunkt der Bildungsarbeit in Deutschland ist die Entwicklung und Realisierung von Konzeptionen und Initiativen zur Förderung einer zivilen Konfliktkultur. Hierzu gehört beispielsweise das Projekt „Konstruktive Konfliktaustragung im kommunalen Zusammenhang“ in NRW, dass der BSV mit weiteren Kooperationspartnern mit Förderung des Landes NRW seit 1998 durchgehend realisiert. Ein weiteres Beispiel sind die in 2003 und 2004 durchgeführten bundesweiten Streitschlichtungskongresse, die im ersten Jahr durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurden. Der Kongress 2005 wird derzeit unter Hochdruck geplant.

Die Bildungsarbeit im Bereich Konstruktiver Konfliktbearbeitung umfasst Workshops und Fortbildungen zu den Themen Zivilcourage, Abbau von Vorurteilen, Mediation, Streitschlichterausbildungen für SchülerInnen, Konstruktive Konfliktaustragung für Eltern, Fortbildungen zu konstruktiven Konfliktlösungen im beruflichen Alltag als Weiterbildung für MultiplikatorInnen in pädagogischen und sozialen Berufsfeldern mit integrierten Praxisprojekten, Gewaltprävention und kreative Konfliktbearbeitung in kommunalen Netzwerkstrukturen.

Kontakt:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Fon 05 71-2 94 56; Fax 05 71-2 30 19

soziale_verteidigung@t-online.de

www.soziale-verteidigung.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich e.V.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich**, gegründet im März 2001, fördert Erfahrungsaustausch und Information der in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden Täter-Opfer-Ausgleichs-Einrichtungen.

Mit der Vergabe des Gütesiegels „TOA – Q – Bundesweit geprüfte Qualität“ stärkt sie die Absicherung der für die Einrichtungen im Täter-Opfer-Ausgleich geltenden, bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards.

Sie unterstützt die Kooperation und Kommunikation dieser Einrichtungen in Bezug auf rechts- und sozial-politische Sachfragen.

Fachspezifische Themen werden mit anderen Einrichtungen und Personen aus den Feldern Wissenschaft, Justiz, Politik . Praxis und anderen Mediationsverbänden kommuniziert.

Die Zusammenarbeit mit dem Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich gehört im Rahmen der genannten Aufgaben ebenfalls zu den Zielen der Bundesarbeitsgemeinschaft.

Kontakt:

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Täter-Opfer-Ausgleich e.V.**
Aachener Str. 1064, 50858 Köln
Bag-TOA@web.de

Bundesgrenzschutz Hannover – Polizei des Bundes

Der Bundesgrenzschutz (BGS) ist eine Polizei des Bundes, die dem Bundesminister des Innern untersteht. Im Sicherheitssystem der Bundesrepublik Deutschland nimmt der BGS polizeiliche Aufgaben wahr, die im Gesetz über den Bundesgrenzschutz (BGSG) und anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. im Zuwanderungsgesetz und im Luftverkehrsgesetz geregelt sind. Der BGS arbeitet auf der Grundlage von Sicherheitskooperationen eng mit den Polizeien und anderen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sowie mit vielen ausländischen Grenzbehörden zusammen.

Mit rund 40 000 Beschäftigten ist der Bundesgrenzschutz eine bundesweit verfügbare Polizei von hohem Einsatzwert, die einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa leistet.

Der BGS gliedert sich in fünf regional zuständige Bundesmittelbehörden: das Grenzschutzpräsidium Nord mit Sitz in Bad Bramstedt, das Grenzschutzpräsidium Ost mit Sitz in Berlin, das Grenzschutzpräsidium Mitte mit Sitz in Fulda, das Grenzschutzpräsidium Süd mit Sitz in München, das Grenzschutzpräsidium West mit Sitz in Sankt Augustin, und als Behörden mit zentralen Aufgaben die Grenzschutzdirektion mit Sitz in Koblenz, die Grenzschutzschule mit Sitz in Lübeck.

Der Bundesgrenzschutz wird vier Präventionsvorhaben vorstellen:

1. Pilotmodell Graffiti aus dem Bereich Münster (BGSI Münster)
2. Gewaltprävention im Nahraum (BGSA Blumberg)
3. Projekt „Fußballfan-Betreuung“ (BGSI Hannover)
4. Verkehrssicherheit der Bahn-Fit und mobil mit der Bahn (BGSAMT Rostock)

Kontakt:

Bundesgrenzschutz Hannover

Möckernstr. 30, 30163 Hannover

Fon 05 11-67 67 53 19; Fax 05 11-67 67 53 47

bgsikrimb.hannover@bgs.bund.de

www.Bundesgrenzschutz.de

Bundeskonzferenz der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt

KOORDINIERT; KOOPERATIV; INTERDISZIPLINÄR:

Interventionsbündnisse gegen häusliche Gewalt.

Um häusliche Gewalt erfolgreich zu bekämpfen, bedarf es eines aufeinander abgestimmten Vorgehens aller zuständigen Institutionen wie Polizei, Justiz, Frauenhäuser, Beratungsstellen, Ärzteschaft, Jugendämter... Diese koordinierte Intervention in die Wege zu leiten bzw. zu fördern, ist eine der Kernaufgaben von 7 deutschen Interventionsbündnissen gegen häusliche Gewalt. Übergeordnete Ziele sind dabei: wirksamer und nachhaltiger Opferschutz, konsequente Inverantwortungnahme der Täter und Prävention im engeren und weiteren Sinn inklusive der gesellschaftlichen Ächtung der Gewalt. Neben der Förderung der Kooperation gehört zu den (Kern-) Aufgaben: auf Innovationen im Handeln einzelner Institutionen hinzuwirken, Schulungsmaßnahmen bei allen zuständigen Institutionen sowie Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. Die folgenden Interventionsbündnisse gehören der Bundeskonferenz der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt an: BIG-Interventionszentrale, Berlin; Freiburger Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt; KIK Schleswig-Holstein, Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie; Koordinationsprojekt „Häusliche Gewalt“, Landespräventionsrat Niedersachsen; Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt, Saarländisches Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales; Landeskoordinierungsstelle des Interventionsprojektes CORA, Rostock; HAIP, Hannover

Kontakt:

Bundeskonzferenz der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt

c/o Koordinationsprojekt „Häusliche Gewalt“,
Landespräventionsrat Niedersachsen,

Am Waterlooplatz 5A, 30169 Hannover, 05 11-1 20 52 53

c/o Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt; Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, Zähringer Str. 12, 66119 Saarbrücken, 06 81-5 01 54 25

info@lpr.niedersachsen.de;

haeusliche-gewalt@justiz-soziales.saarland.de

Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Medien BPJM

Der Auftrag der **Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Medien** (kurz: BPJM) umfasst den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Medieninhalten, die geeignet sind, deren Entwicklung oder Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden.

Ein komplementärer Aufgabenschwerpunkt liegt in der Förderung der wertorientierten Medienerziehung sowie der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.

Am Ausstellungsstand der BPJM sind unter anderem Informationen erhältlich

- zur erheblich erleichterten Möglichkeit, durch Anregung auf die Einleitung eines Indizierungsverfahrens hinzuwirken;
- zu aktuellen Optionen der Ausfilterung jugendgefährdender Internetinhalte;
- zum neuen BPJM-Service: „Förderung wertorientierter Medienerziehung“ und „Sensibilisierung und Beratung der Öffentlichkeit in Bereichen des Jugendmedienschutz“

Kontakt:

Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Medien BPJM

Rochusstr. 10, 53123 Bonn

Fon 02 28-96 21 03-0; Fax 02 28-37 90 14

info@bpjm.bund.de

www.bundespruefstelle.de

Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.

Der **Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland** koordiniert die Arbeit der einzelnen Jugendrechtshäuser. Er vertritt die Jugendrechtshaus-Interessen einheitlich gegenüber Behörden und sonstigen Institutionen, nutzt Synergieeffekte und macht die Idee der **Jugendrechtshäuser** und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit bekannt. Der Bundesverband, in dem interdisziplinär gearbeitet wird, fördert die wissenschaftliche Forschung um das Thema Recht, Rechtsbewusstsein und Rechtsverhalten von jungen Menschen. Er bietet Tagungen, Seminare und Fortbildungsveranstaltungen für Referenten, Lehrer, Mitarbeiter von JRH, Erzieher, sonstige Multiplikatoren und Eltern an. Die Jugendrechtshäuser verstehen sich als Demokratieschulen und Orientierungsstätten in der inter-kulturellen europäischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts – mit dem Ziel, junge Menschen zu Verantwortung, Toleranz, Empathie und Achtung des Anderen zu erziehen. Dabei werden durch Fachkräfte Rechts- und Demokratiebewusstsein sowie Rechtskenntnisse im Präventionsnetzwerk Kindergarten, Schule, Ausbildungsbetrieb und Jugendclub vermittelt. In den Jugendrechtshäusern wird Kindern und Jugendlichen in Not kostenlos Rechtsrat durch Rechtsanwälte erteilt. Als Partner im Jugendstrafverfahren bieten sie auch Aussteigerhilfe an sowie den Crash-Kurs vor der Hauptverhandlung und inter-kulturellen Täter-Opfer-Ausgleich.

Kontakt:

Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.

Chausseestraße 29, 10115 Berlin-Mitte

Fon: 0 30/28 01 74-0; Fax: 0 30-28 01 74-48

bundesverband@jugendrechtshaus.de

www.jugendrechtshaus.de

Bündnis für Kinder – gegen Gewalt

Tagtäglich werden Kinder in Deutschland Opfer von Gewalt. Das Bündnis für Kinder will einen wesentlichen Beitrag zum gewaltfreien Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft leisten. Dabei versteht sich Bündnis für Kinder als Plattform, die alle gesellschaftlichen Kräfte zu einem gemeinsamen Eintreten gegen Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung zusammenführen will.

Das Bündnis für Kinder unterstützt gewaltpräventive Projekte, wie beispielsweise das sozial-emotionale Curriculum Faustlos, das Kindern gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien vermittelt. Bislang steht Faustlos als Gewaltpräventionsprojekt lediglich für Kindergärten und Grundschulen zur Verfügung. Bündnis für Kinder ermöglicht nunmehr die Weiterentwicklung des Faustlos-Projekts für Sekundarstufe (Hauptschulen). Mit dem Start des Projekts im Leipziger Raum wird Faustlos auch in Sachsen an Kindergärten und Grundschulen eingeführt.

Damit ist das Bündnis für Kinder dem Ziel, das Projekt möglichst flächendeckend einzuführen, einen Schritt näher gekommen.

Kontakt:

„Bündnis für Kinder – gegen Gewalt“

Winzererstraße 9, 80797 München

Fon 089-12 61 13 08; Fax 089-12 61 16 25

info@buendnis-fuer-kinder.de

www.buendnis-fuer-kinder.de

careyoung/Wolfsburg AG

Aktive Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche **Careyoung** möchte mit einem ganzheitlichen Ansatz die Gesundheitskompetenzen und die Übernahme von Eigenverantwortung für gesundheitsbewusstes Handeln von Kinder und Jugendlichen fördern.

Erreicht werden soll dies durch die frühestmögliche Implementierung von gesundheitsbezogenen Lernsequenzen in Kindertagesstätten und Schulen. Mit einbezogen werden dabei die Kinder, Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen, sowie Kindertagesstätten und Schulen als Institution.

Das Konzept entsteht durch die Kooperation der im pädagogischen und gesundheitlichen Bereich aktiven Gruppen, Organisationen und Institutionen.

Ziel dabei ist die Vernetzung der Gesundheitsvorsorge mit einem umfassenden und aufeinander aufbauenden Themenkatalog über mehrere Jahre.

Mit dem ersten Baustein des Konzeptes wurde im Januar '05 in einem Pilotkindergarten in Wolfsburg begonnen. „Ernährung“, „Motorik“ und Suchtprävention sind die Themen der 3 Module, die in einem Zeitraum über 2 Jahre implementiert werden.

Kontakt:

Careyoung

Wolfsburg AG

Major-Hirst-Straße 11, 38442 Wolfsburg

Fon 053 61-8 97 45 51; Fax 053 61-8 97 32 23

bettina.marschall@wolfsburg-ag.com

www.wolfsburg-ag.com

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.

Die Jugendhilfe trifft die Justiz – die Projekte „Chance“ und „Heim statt Haft“ des CJD in Baden-Württemberg und Sachsen

Seit einigen Jahren verfolgt das **Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD)** besorgt die immer höher werdenden Zahlen inhaftierter Jugendlicher. Der Jugendhilfe ist es klar, dass sich trotz aller Bemühungen der dort tätigen Mitarbeitenden Subkulturen bilden, die der Persönlichkeitsentwicklung vieler Jugendlicher nicht dienlich sind. Auch gibt es viele Jugendliche als Ersttäter, für die aufgrund ihres Alters der Strafvollzug keine angemessene pädagogische Lösung bietet. Wir haben daher vom CJD nach Alternativen gesucht und Angebote der Jugendhilfe in der Schnittstelle zur Justiz entwickelt. So erhalten in Creglingen (Baden-Württemberg) und in Tettau (Sachsen) Jugendliche eine Chance, ohne Mauer und Stacheldraht, aber mit einer besonderen Pädagogik, sich eine neue Zukunft zu erarbeiten. Wir haben bei diesem Projekt einen gemeinschaftspädagogischen Schwerpunkt und setzen auf die Selbsthilfekräfte dieser Jugendlichen. In einer Gruppe mit einem strengen Regelwerk lernen sie, dass eigene Mühe belohnt wird und Ausdauer letztlich für sie erfolgreich ist. Wir haben bis heute gezeigt, dass unsere Pädagogik greift. Insoweit sind in Baden-Württemberg und in Sachsen von der Jugendhilfe Modelle entwickelt worden, die in Partnerschaft mit der Justiz beispielhaft sind.

Kontakt:

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.

Teckstr. 23, 73065 Ebersbach

Fon 071 63-93 01 74; Fax 071 63-93 02 81

klaus.stiller@cjd.de

www.cjd.de

Cormoran Fundraising

Dem Frauenhaus droht wegen Finanzmangels die Schließung, die Beratungsstelle kürzt wegen Personalmangels die Öffnungszeiten und in der Kinderbetreuungseinrichtung fehlt das Geld für dringend benötigtes Spiel- und Bastelmaterial – kennen Sie diese Szenarien?

Fundraising – das systematische und strategische Vorgehen bei der Beschaffung von Spenden, Sponsorengeldern und Stiftungsmitteln kann in solchen Situationen helfen.

Cormoran Fundraising berät und unterstützt Ihr Projekt, Ihre Institution bei der Akquise von Spenden, Sponsorengeldern und Stiftungsmitteln.

- Wir erarbeiten mit Ihnen das erforderliche Konzept,
- schulen das Personal in Workshops,
- wir helfen bei der Öffentlichkeitsarbeit,
- recherchieren Stiftungen, die Ihre Einrichtung unterstützen können,
- wir begleiten die Einrichtung während des gesamten Fundraisingprozesses,
- und, wenn Sie keine Zeit oder kein Personal haben, selbst Finanzmittel zusammen zu bringen, dann helfen wir Ihnen auch bei der Akquise.

Besuchen Sie uns auf dem
10. DEUTSCHEN PRÄVENTIONSTAG
in Halle 15/16 am Stand 47.
Wir freuen uns auf Sie !

Kontakt:

Cormoran Fundraising

Ring 1, 27777 Ganderkesee

Fon 0 42 22-94 66 28; Fax 0 42 22-94 66 29

fundraising@cornelia-moritz.de

www.cornelia-moritz.de

Cottbuser Jugendrechtshaus e.V.

Cottbuser Jugendrechtshaus e.V.

Rechtspädagogische Demokratieschule und Orientierungsstätte für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie für ihre Eltern, Betreuer, Erzieher und Lehrkräfte

1. Anlauf-, Vermittlungs- und Beratungsstelle:

- Lebensvorbereitung und Prävention auf ganzheitlicher Basis
- Erstberatung für Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, deren Eltern, Erzieher, Pädagogen
- Kontaktstelle zu anderen Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen, Behörden, Ämtern

2. Projektarbeit

„Gewalt- Mit mir nicht!“

„Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte gehen in Schulen“

„Erziehung zum Recht beginnt im Kindergarten“

Haftvermeidung durch soziale Integration „Auf der Suche nach Identität“

Der „Crash-Kurs“ vor der Hauptverhandlung

Täterorientierte Konfrontationskurse in der JVA zur Entlassungsvorbereitung und Nachbetreuung

Kontakt:

Cottbuser Jugendrechtshaus e.V.

Gerichtsstrasse 1, 03046 Cottbus

Fon: 03 55-4 30 23 82 Anlauf- und Beratungsstelle

Fax: 03 55-4 30 23 83

Fon: 03 55-4 94 85 65 Projekt Crash-Kurs

Fax: 03 55-4 94 85 66

www.jugendrechtshaus.de

E-mail: cottbuser-jugendrechtshaus@t-online.de

E-mail: JRH.CRASH@t-online.de

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

DBH trägt mit seinen Projekten und Mitgliedsorganisationen zur **Kriminalprävention** bei: Die Straffälligenhilfe versteht sich auch als tertiäre Prävention zur Betreuung von Straftätern und der Rückfalleindämmung. Sie umfasst den Strafvollzug, die Entlassenenhilfe und die Bewährungshilfe ebenso, wie den Täter-Opfer-Ausgleich und die Diversion. Mit der gleichen Zielsetzung wird die Bildungsarbeit für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Straffälligenhilfe betrieben, denn diese erhöht die Qualität der Betreuung und wird effektivere Methoden fördern, wie z.B. die Entwicklung von Trainings zur Stärkung der Sozialen Kompetenz oder der Aggressionsminderung. Dabei wird das bürgerschaftliche Engagement als eine wichtige Brückenfunktion zwischen den straffällig gewordenen Menschen und der sozialen Umwelt angesehen. Ehrenamtliche können dazu beitragen, dass neben der Ablehnung von delinquenten Verhalten auch an Veränderungen von Lebenslagen mitgewirkt wird, um Straffälligkeit zu reduzieren. Der Ausgleich zwischen Täter und Opfer kann zu mehr Sicherheit und aktiver Beteiligung der Betroffenen führen. Den Bedürfnissen der Opfer von Straftaten kann dadurch größere Bedeutung beigemessen werden. DBH ist ein national und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen.

Kooperationspartner auf dem 10. DPT: Bewährungshilfe Stuttgart e.V.; Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe, Bonn; Pfälzischer Verein für Straffälligenhilfe, Zweibrücken; Freie Hilfe Berlin; Förderung der Bewährungshilfe in Hessen, Frankfurt; **DBH – Projekte:** LOTSE, Ehrenamtliche Straffälligenhilfe; Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich; Förderung der Bewährungshilfe in Hessen, Frankfurt DBH-Bildungswerk

Kontakt:

**DBH-Fachverband für Soziale Arbeit,
Strafrecht und Kriminalpolitik**

Aachener Str. 1064, 50858 Köln

Fon 02 21-94 86 51 20; Fax 02 21-94 86 51 21

kontakt@dbh-online.de; www.dbh-online.de

Deutsche Bahn AG

Bahn-Azubis engagieren sich aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt

Die Deutsche Bahn befördert

- täglich 4 Millionen Kunden aus allen Teilen der Erde mit
 - 4000 ausländische Beschäftigte aus 70 Nationen
- und steht damit in einer besonderen sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung in der aktiven Förderung der Zivilcourage ihrer Mitarbeiter und Nachwuchskräfte als eine „bunte“ Bahn, von Menschen für Menschen.

Unsere Bahn-Azubis: engagiert und kreativ!

Alle Bahn-Azubis im ersten Ausbildungsjahr nehmen am Wettbewerb „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ teil und entwickeln Projekte, die sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Diskriminierung richten. Jedes Jahr werden die besten Projekte auf einer Großveranstaltung ausgezeichnet und präsentiert.

Zahlen

- Jährlicher Wettbewerb seit 2000
- bisher über 6000 am Wettbewerb teilnehmende Auszubildende
- Insgesamt 450 eingereichte Projekte

Kontakt

Deutsche Bahn AG

Herr Hans-Joachim Borck
Potsdamer Platz 2, 10785 Berlin
Hans-Joachim.Borck@bahn.de
www.bahn.de

Deutsche Gesellschaft gegen Kindes- misshandlung und -vernachlässigung (DGgKV) e.V., Kiel

Die DGgKV informiert über ihre Aktivitäten als Interessenvertretung der Berufsgruppen und Facheinrichtungen, die mit allen Formen von Vernachlässigung, körperliche und sexuelle Misshandlung von Kindern befasst sind.

Es wird über die Ziele, die Fortbildungsangebote und Publikationen der DGgKV Materialien bereit gehalten und auf die bevorstehende X. ISPCAN Europäische Regionalkonferenz über Kindesmisshandlung und -vernachlässigung vom 11. bis 14. Sept. in Berlin hingewiesen und zu dieser Konferenz eingeladen. Am Stand stehen Vorstandsmitglieder als Ansprechpartner bereit.

Kontakt:

**Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung
und -vernachlässigung (DGgKV) e.V.**

Königsweg 9, 24103 Kiel

Fon 04 31-67 12 84; Fax 04 31-67 49 43

dggkv@t-online.de

www.dggkv.de

Deutsche Polizeigewerkschaft

Die DPoIG Bundesfrauenvertretung

Die frauenspezifischen Angelegenheiten in der Polizei nimmt in der DPoIG die „Frauenvertretung“ wahr, denn Frauen müssen und sollen ihre besonderen Interessen einbringen und das maskulin dominierte Berufsbild fortschrittlich gestalten.

Gesetze und Vorschriften im öffentlichen Dienst lassen keinen Zweifel daran, dass für Beamte und Arbeitnehmer unabhängig vom Geschlecht Chancengleichheit bestehen muss. In der Praxis jedoch bringt die Doppelrolle der Frau in Beruf und Familie häufig berufliche Nachteile mit sich, die zu gezielten Initiativen herausfordern.

Das Engagement der Frauenvertretung reicht von Frauenförderung in der Polizei, im öffentlichen Dienst und stärkerer Mitsprache der Frauen im öffentlichen Leben, über eine qualifizierte Ausbildung, partnerschaftliche Erziehung bis hin zum Ausbau qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze. Aber auch gesellschaftspolitische Anliegen wie die Themen Gewalt in der Familie, Kindesmissbrauch, Organisierte Kriminalität, Menschen- und Frauenhandel, Opferbetreuung nach Straftaten und Gewaltprävention stehen auf der Tagesordnung der DPoIG-Frauen.

In regelmäßigen Seminaren werden Kontakte zwischen Angestellten, Arbeiterinnen und Beamtinnen aus der gesamten Bundesrepublik geknüpft und Kolleginnen durch Sach- und Fachbeiträge für den täglichen Dienst gerüstet.

Kontakt:

Deutsche Polizeigewerkschaft

Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Fon 0 30-47 37 81 23; Fax 0 30-47 37 81 25

dpolg@dbb.de

www.dpolg.de

Deutsche Sportjugend im Deutschen Sportbund e.V.

Gründungsjahr: 1950 in Bayrisch Zell

Die dsj ist die größte Jugendorganisation in Deutschland und Europa. Sie vertritt als Dachorganisation des deutschen Jugendsports auf Bundes- und Europaebene die Interessen ihrer 79 Mitgliedsorganisationen und den ca. 9,5 Millionen Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen im Alter bis 27 Jahre, die in über 89 000 Jugendabteilungen der deutschen Sportvereine organisiert sind.

Mit ihren Mitgliedsorganisationen und deren Untergliederungen ist die dsj im gesamten Bundesgebiet flächendeckend vertreten.

Die dsj setzt sich für die Bedürfnisse und Anliegen aller sporttreibenden jungen Menschen ein. Sie wirkt jugend- und sportpolitisch, will zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beitragen, zu Verantwortungsbewusstsein, Mitgestaltungswillen und Demokratieverständnis ermutigen, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterstützen und nicht zuletzt das Sozialverhalten fördern um, gesellschaftliches Engagement anzuregen.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im Deutschen Sportbund e.V.
Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt am Main

Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen

Das Land Niedersachsen hat die Ausbildung von Leiterinnen und Leitern der Elternkurse „Starke Eltern – Starke Kinder“ des Deutschen Kinderschutzbundes über drei Jahre gefördert. Inzwischen sind über 500 Personen qualifiziert worden, die landesweit Elternkurse anbieten.

Die fachliche Basis der Elternkurse bilden Konzepte und Ansätze aus der Kommunikationstheorie (Watzlawik u.a.) und der Gesprächs- (Rogers) und Familientherapie (Gordon, Rönkä u.a.). Wert und Wirkung der Kurse hängt maßgeblich von einer die Eltern respektierenden und ressourcen-orientierten Haltung der Kursleitung ab.

Ziel ist die Vermittlung des Modells der „anleitenden Erziehung“. Eltern werden darin unterstützt, Erziehungsverantwortung zu übernehmen, durch

- Verbesserung der Kommunikation in der Familie (Inhalt und Form)
- Stärkung des Selbstvertrauens und der Selbstreflexion der Eltern (Selbstkenntnis und Identität)
- Stärkung in ihrer Funktion und Verantwortung als Erziehende (Erziehungsvorstellungen und klare Werte)
- Verbesserung der Kooperationsfähigkeit und Verhandlungskompetenz (Konfliktmanagement).

Zielgruppe der Elternkurse sind:

- Eltern mit Kindern jeden Alters und aus allen sozialen Gruppen
- Angebote orientiert an spezifischer Situation und Bedarf

Kontakt:

**Deutscher Kinderschutzbund,
Landesverband Niedersachsen**

Schwarzer Bär 8, 30449 Hannover
Fon 05 11/44 40 75; Fax 05 11/44 40 77
info@dksb-nds.de
www.dksb-nds.de

Deutsches Jugendinstitut (DJI) – Informationszentrum Kindesmisshandlung/ Kindesvernachlässigung

Das IKK

ist eine bundesweite, interdisziplinäre Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle zur Unterstützung der primären, sekundären und tertiären Prävention von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung. Als nationale wie internationale Schnittstelle von Forschung, Praxis und Politik fördert es die Transparenz und produktive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachbereichen.

Wir, das IKK-Team, erschließen vielfältige Informationen und bringen wichtige Praxiserfahrungen und Forschungsergebnisse in wechselseitige Verbindung. Mit dem Ziel einer bedarfsorientierten Weiterentwicklung der Präventionsarbeit zum Schutz der Kinder vor Gewalt geben wir Anstoß zu innovativen Handlungsansätzen, die auf umfassenden interdisziplinären Erkenntnissen beruhen. Wir unterstützen qualifizierte Praxisarbeit und regen praxisrelevante Forschungsansätze an.

Das Informationszentrum ist angesiedelt am **Deutschen Jugendinstitut e.V.** und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut (DJI)
Informationszentrum Kindesmisshandlung/
Kindesvernachlässigung
Nockherstraße 2, 81541 München
Fon 0 89-6 23 06-2 38
ikk@dji.de
www.dji.de/ikk

DGBM e.V. – Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage e.V.

DGBM e.V. Baby- und Kindermassage

„Berührung mit Respekt“ ® auch zur Prävention von :
Vernachlässigung, Gewalt in der Familie, Missbrauch, Kinderunfällen

Durch kompetente Eltern und kompetente Kinder:
Respektvolle Berührung, Baby/Kind um Erlaubnis fragen,
Achtsamkeit im Umgang mit dem Kind, Signale des Kindes
verstehen und respektieren lernen, „Nein“ vom Kind akzeptieren,
Massage nach den Bedürfnissen des Kindes, Angenehme Atmosphäre, Rituale

Zeit – Zuhören – Zärtlichkeit – Zuwendung
Zweisamkeit – Zurückziehen können

Diese Aspekte der Massage unterstützen den Aufbau einer sicheren Bindung, die das Selbstbewusstsein und gegenseitiges Vertrauen stärkt. Wenn angemessen auf die kindlichen Bedürfnisse eingegangen und prompt reagiert wird, befinden sich Eltern und Kinder häufiger im Gleichgewicht. Durch die Ausschüttung von Oxytocin, die bei der Berührung stattfindet, wird nachweislich die Fürsorglichkeit gefördert und die Belastbarkeit der Beteiligten erhöht. Es findet erste Kommunikation zwischen Eltern und Kind statt, die mit viel Verständnis, Einfühlungsvermögen und Sensibilität immer differenzierter entwickelt werden kann. Wenn das Kind respektvoll behandelt wird meldet es weniger Bedürfnisse, es entstehen weniger Missverständnisse, die Frustrationsschwelle wird seltener erreicht und das Kind lernt früh NEIN zu sagen. Das befähigt es zu einer Differenzierung von respektvoller Zuwendung und eigennütziger Berührung und kann somit Kinder vor Missbrauch schützen.

Weitere Informationen finden sie unter: www.dgbm.de

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage e.V.
Küfergasse 5, 77652 Offenburg
Fon. 07 81-9 70 28 22; Fax 07 81-9 70 28 24

Diakonisches Werk Rotenburg, Jugendmigrationsdienst

„Tu was“ Rotenburg (Wümme)

Aktion zur Gewaltprävention

Worum geht es? Förderung der Zivilcourage: Tu Was! Opferprävention durch Handlungswissen nach spielerischem Erproben.

Was ist das Besondere? Die Aktion = Erlebtes und Befürchtetes spielen mit erfahrenen Improvisations-Theaterpädagogen

Wer macht es? In Kooperation!

Polizei: Entwicklung und Durchführung Info-Teil,

Diakonisches Werk: Finanzen, Organisation,

Ev.-luth. Stadtkirche: Gemeindehaus

Stadt Rotenburg, Koordinator des Präventionsrates: Abstimmung mit Schulen

Schulen der Stadt und des Altkreises: Vor- und Nachbereitung

Für wen? Schüler und Schülerinnen der 8. Klassen und jünger von Haupt- und Förderschulen

Wann? Tagesveranstaltungen oder 3 Projektstage

Die Aktion – So geht es:

1. Arbeitseinheit in der Polizei-Inspektion zu Gewaltsituationen, der Bewertung von Gewalt und Handlungsmöglichkeiten, mit Besichtigung von Wache und Notruf 110.

2. Theaterpädagogische Aktion im Gemeindehaus zu Ängsten und Erfahrungen mit Gewalt-Situationen: Gewalt und Bedrohung auf dem Schulhof und in der Freizeit, Unsicherheiten und Unkenntnis, aber auch Alkohol und Gewalt in der Familie.

3. Den Abschluss bildet eine gemeinsame Feedback-Runde. Die Schüler haben Szenen ausgewählt und führen diese zu Beginn der Runde vor.

Kontakt:

Diakonisches Werk

Am Kirchhof 12, 27356 Rotenburg

Fon 0 42 61-25 23; Fax 0 42 61-37 86

JMDRotenburg@aol.com

DONNA VITA – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Wir verstehen unsere Arbeit als aktives Handeln gegen Gewalt. Donna Vita ist ein einmaliges Angebot. Seit Gründung sind wir einem pädagogisch-therapeutischen Ansatz verpflichtet, der stärkt, ressourcenorientiert arbeitet und zu einem selbst bestimmten Leben von Mädchen, Jungen, Frauen und Männern beiträgt. Wir verkaufen Bücher und Materialien, die wir mit Fachkompetenz und im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis zusammentragen.

Unser Ziel ist es, Wissen und Werte weiterzugeben, die es ermöglichen, Schwächere zu stärken, sie zu schützen und bei Übergriffen zu intervenieren. Vernetzung begreifen wir als Grundvoraussetzung für solche Ziele. Prävention, Intervention und Beratung bei (sexueller) Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen sind wesentliche Schwerpunkte. Das Spektrum wurde im Laufe der Jahre erweitert, folgen dabei dem Prinzip, Bücher und Materialien Qualitätsmaßstäben für die pädagogisch-therapeutische Praxis auszuwählen, die bestimmten Prinzipien standhalten, z.B. denen des Bundesverein zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V. Wir fungieren gleichzeitig als Informations- und Schaltstelle zwischen vielen, die in diesem Gebiet arbeiten, knüpfen Kontakte und stellen unser Wissen, unsere Logistik und unsere Verbindungen zur Verfügung für den Bundesverein zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V. Es ist dieser fließende Austausch, der Ihnen zu Gute kommt. Fördern Sie diesen Austausch. Rufen Sie uns an, fragen Sie uns. Kaufen Sie bei uns ein. Empfehlen Sie uns weiter. Wir stellen für Seminare oder Tagungen gerne größere Mengen von Katalogen zur Weitergabe zur Verfügung.

Kontakt:

DONNA VITA

Pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Sudermanstraße 5, 50670 Köln

Fon 02 21-1 39 62 09; Fax 04 31-1 39 63 48

mail@donnaivita.de

www.donnaivita.de

ECPAT Deutschland e.V., Freiburg

ECPAT Deutschland ist ein bundesweites Bündnis von 29 Organisationen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Es verfolgt das Ziel, Kinderprostitution, Kinderpornografie und Kinderhandel weltweit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, die Rechte von Kindern zu stärken und betroffene Kinder zu rehabilitieren. ECPAT Deutschland ist Teil eines internationalen ECPAT Netzwerks und arbeitet eng mit diesem und weiteren Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene zusammen.

Schwerpunkte der Arbeit von **ECPAT Deutschland** sind:

- der Dialog mit der Reisebranche: **ECPAT Deutschland** unterstützt die Reisebranche bei der Umsetzung des 2001 unterzeichneten Verhaltenskodex zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung, durch den sich die Reisebranche zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung verpflichtet hat.
- Die Verbesserung der internationalen Strafverfolgung von Tätern durch die Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und verstärkte Kooperation von Justiz, Politik, Polizei und Nichtregierungsorganisationen.
- Die Stärkung der Opfer bei der Strafverfolgung.
- Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland unabhängig von deren Nationalität.
- Die Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet.
- Eine wirksamere Vernetzung aller Organisationen und Institutionen, die sich gegen die sexuelle Gewalt an Kindern einsetzen.

Kontakt:

ECPAT Deutschland e.V.

Alfred-Döblin-Platz 1, 79100 Freiburg

Fon 07 61-45 68 71 48; Fax 07 61-45 68 71 49

info@ecpat.de

www.ecpat.de

EuLine

Die **EuLine** ist ein Zusammenschluss von erfahrenen Gewaltberatern, die an der Hotline Menschen beraten, die keine Gewalt mehr anwenden wollen. Männer, die Gewalt gegen ihre Frau, Partnerin oder auch gegen ihre Kinder ausüben, Frauen, die ihre Kinder schlagen, können lernen, ihre Probleme friedlich zu lösen. Wir bieten dafür ein professionelles und seit vielen Jahren erfolgreich angewandtes Know-how.

Wir wissen:

Es bedarf eines mutigen Schrittes, den Hörer in die Hand zu nehmen und Rat zu suchen, wenn man geschlagen hat. Mit der Täter-Hotline kommen wir den Tätern entgegen: Wir ermöglichen ihnen eine anonyme Kontaktaufnahme zu Spezialisten in Sachen Gewalt.

Gewalt ist ein Problem, nicht nur für das Opfer.

Kontakt:

EuLine

Paulinenallee 59, 22769 Hamburg

Fon 0 40-85 37 32 00; Fax 0 40-85 37 32 01

Lempert@euline.net

www.euline.net

EFUS – Europäisches Forum für Urbane Sicherheit: Ein Netz von Städten für eine sichere Demokratie

Was ist das EFUS?

Das EFUS ist eine regierungsunabhängige Organisation, die seit zwölf Jahren existiert und 300 europäische Städte, die sich über Sicherheitsthemen austauschen wollen, zusammenbringt. Die Dichte des Informationsaustausches hat den Städten ermöglicht in Partnerschaften zu arbeiten und Versammlungen abzuhalten, in denen sich die Vertreter der verschiedenen Institutionen treffen.

Was macht das EFUS?

Die Projekte, die das EFUS mit seinen Mitgliedern realisiert (z.B.: Drogenprävention, Jugendkriminalität, Sicherheitspartnerschaften) wurden vor allem von der Europäischen Kommission unterstützt und die Berichte sind für die Städte als auch für das europäische Netz für Kriminalprävention verwendbar.

Wofür?

Die analytischen Fähigkeiten des Forums im europäischen Kontext haben sich schon oft bewährt um Kriminalitätsprobleme in Europa zu identifizieren, um verschiedene Formen von Sicherheitspartnerschaften in Europa zu initiieren und in dem Bemühen eine Plattform von europäischen Städten zu gründen und zu verstärken. Dabei arbeitet das Forum eng mit europäischen Forschungskreisen, verschiedenen internationalen Organisationen (z.B. dem International Center for Crime Prevention) und europäischen Regierungen zusammen.

Kontakt:

EUROPEAN FORUM FOR URBAN SAFETY (EFUS)

Europäisches Forum für urbane Sicherheit

38, Rue Liancourt, 75014 Paris

Fon 0033 (0) 1.40.64.49.00; Fax 0033 (0) 1.40.64.49.10

www.urbansecurity.org

fesu@urbansecurity.org

Eylarduswerk Bad Bentheim

Keep Cool! Das Anti-Aggressivitätstraining (AAT) im Eylarduswerk – ein Beitrag zur Gewaltprävention

Das AAT im **Eylarduswerk** ist Teil des Konfrontations-Interventionsprogrammes (KIP) der Eylardusschule und wird seit mehreren Jahren bereichsübergreifend in Kooperation mit dem Therapeutischen Bereich des **Eylarduswerkes** durchgeführt. Das Ziel des Trainings mit den männlichen Jugendlichen besteht in erster Linie in der dauerhaften Abkehr von körperlicher Gewalt. Dies wird durch das Erlernen sinnvoller Verhaltensalternativen erreicht.

Die Teilnehmer kommen – und dies ist ihr gemeinsames Merkmal – in ihrer Eigenschaft als Täter in die Gruppe. Sie zeigen dissoziale Verhaltensweisen, die sich nicht selten in Form körperlicher Gewalt äussern. Das AAT soll sie zu einer dauerhaften Abkehr dieses problematischen Verhaltens bringen. Die Basis der Zusammenarbeit mit den Jungen besteht darin, dass sie unsere Problemdefinition teilen. Die Trainer wertschätzen die Jungen als Menschen und Individuen, lehnen ihre Gewalttaten aber kompromisslos ab.

Das Training ist im Wesentlichen ein Programm, hat aber auch prozessorientierte Anteile. Die Trainer arbeiten ständig an der Weiterentwicklung ihres Konzeptes. Diese permanente Bewegung ist erforderlich, da das AAT ursprünglich im Strafvollzug entwickelt und durchgeführt wurde und nun auf die Rahmenbedingungen der Jugendhilfe übertragen werden muß.

Kontakt:

Eylarduswerk Bad Bentheim

Teichkamp 34, 48455 Bad Bentheim

Fon 059 24-78 12 33; Fax 059 24-78 12 49

r.orth@eylarduswerk.de

www.eylarduswerk.de

Fachhochschule Köln – IMOS Sozial I Raum I Management

Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management

Der Forschungsschwerpunkt „Sozial • Raum • Management“ an der Fachhochschule Köln ist im Bereich des präventiven Sozialraummanagements aktiv. Durch wissenschaftliche und fachliche Projekte sowie Forschungsleistungen trägt die interdisziplinäre Forschungsgruppe u.a. zum Aufbau und zur Organisation von sozialen Frühwarnsystemen als präventive Maßnahme der Jugendhilfeplanung bei und arbeitet aktiv an Projekten zur präventiven städtebaulichen Stadt- und Wohnumfeldgestaltung. Im Blickpunkt seiner Arbeitsansätze stehen die Lebenswelten, Aktions- und Handlungsräume der Stadtteile und deren Bewohnerinnen und Bewohner. Die Forschungsgruppe beschäftigt sich zudem mit der Frage, wie durch Gestaltungs- und Steuerungsmaßnahmen in den Sozialräumen der Stadtteile und Wohnquartiere der soziale Zusammenhalt erhöht, die Selbsthilfepotenziale in der Bevölkerung geweckt, Elemente der Sicherheit integriert und das Netz der sozialen Dienstleistungen verbessert werden können. Der Forschungsschwerpunkt entwickelt fachliche Standards, Expertisen und Handlungsempfehlungen zu den genannten Themen. Darüber hinaus ist die Beratung von Kommunen, Wohnungsunternehmen und Akteuren der sozialen Arbeit im Hinblick auf Projektmanagement und Prozesssteuerung, soziale Stadterneuerung, Evaluation, Kriminalprävention und Sozial- und Jugendhilfeplanung wichtiger Bestandteil seiner Arbeit.

Weitere Informationen: www.sozial-raum-management.de

Kontakt:

Fachhochschule Köln

IMOS Sozial I Raum I Management

Mainzer Str. 5, 50678 Köln

Fon 02 21-82 75-36 34-39 36; Fax 02 21-82 75-39 84

herbert.schubert@dvz.fh-koeln.de

www.sozial-raum-management.de

Frauenhaus Hannover – Frauen helfen Frauen e.V.

Seit 1977 gibt es in Hannover unser selbstverwaltetes Frauenhaus. Das Frauenhaus ist als ein Projekt der neuen Frauenbewegung entstanden, konzipiert als Selbsthilfe von Frauen für Frauen. Unsere Aufgaben sind:

- Frauen und deren Kinder Zuflucht und Schutz vor der Gewalt ihrer Ehemänner, Partner, Familienangehörigen oder vor Menschenhandel zu bieten;
- Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, zu enttabuisieren und zu verurteilen;
- Benachteiligungen und Diskriminierungen in dieser Gesellschaft aufzuzeigen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu fördern.

Das heißt:

- wir gewähren jeder von Gewalt betroffenen Frau und deren Kindern Zuflucht, unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Aufenthaltsstatus, Religionszugehörigkeit oder sexueller Orientierung;
- wir stellen eine unbürokratische Aufnahme zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher;
- wir arbeiten parteilich für die Frauen und Kinder;
- wir gewährleisten die Anonymität der Frauen.

Weitere Schwerpunkte:

- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Gewalt gegen Frauen
- Präventionsarbeit
- Einmischung in gesellschaftspolitische Fragen
- Antirassistische Arbeit

Kontakt:

Frauenhaus Hannover

Frauen helfen Frauen e.V.

Postfach 2005, 30020 Hannover

Fon 0511- 664477; Fax 0511- 692538

Frauenhaus-Hannover@web.de

Fraueninformationszentrum Mannheim

Das **Fraueninformationszentrum (FIZ)** ist die Beratungsstelle des Mannheimer Frauenhauses e.V. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, gesellschaftliche Verhältnisse, die zu Gewalt gegen Frauen und Kinder führen, öffentlich zu thematisieren und Einfluss darauf zu nehmen, dass jegliche Gewaltformen gegen Frauen und Kinder nicht mehr akzeptiert werden.

Das FIZ

- bietet Hilfe und Beratung bei Trennung und Scheidung
- unterstützt Frauen durch regelmäßige Beratungsgespräche mit dem Ziel, ihre Lebenssituation langfristig zu stabilisieren
- zeigt misshandelten Frauen neue Lebenswege auf, um selbstständig und gewaltfrei leben zu können
- klärt Fragen bzgl. der Wohnungssuche und der Finanzierung des Lebensunterhalts nach Scheidung
- berät in Fragen beruflicher Perspektiven
- ermöglicht gemeinsamen Erfahrungsaustausch durch Gruppenangebote
- berät Frauen zu Fragen des Platzverweises bei häuslicher Gewalt und zum Gewaltschutzgesetz
- informiert und unterstützt Frauen, die von Stalking betroffen sind
- bietet Fachberatung für andere Institutionen an und informiert diese über spezifische Gewaltaspekte und Beziehungsstrukturen
- sensibilisiert durch Öffentlichkeitsarbeit

Die Beratungsstelle ist täglich erreichbar und zentral gelegen. Frauen werden ausschließlich von Mitarbeiterinnen beraten.

Kontakt:

Fraueninformationszentrum Mannheim
Eichendorffstraße 66–68, 68167 Mannheim
Fon 06 21-37 97 90; Fax 06 21-3 39 33 14
frauenzentrum@t-online.de

Frauen-Treffpunkt e.V.

Der **Frauen-Treffpunkt** ist eine Anlauf- und Beratungsstelle von Frauen für Frauen. Der Verein wurde 1982 gegründet und begann 1985 mit der praktischen Arbeit. Seitdem hat sich unser Angebot kontinuierlich erweitert.

Im **Frauen-Treffpunkt** beraten Fachfrauen aus verschiedenen psychosozialen Bereichen mit folgenden Therapiemethoden:

systemische Familientherapie, bioenergetische Körpertherapie, Tanztherapie, Traumatherapie und Gestalttherapie.

Wir bieten:

Einzelberatung (einmalig/fortlaufend) zu folgenden Themen: Körperliche und seelische Gewalt, Sexuelle Misshandlung in der Kindheit/Jugend, Ess-Störungen, Beziehungsprobleme, Trennung und Scheidung, Trauerbegleitung, Coming-out, und in Krisen.

Wir fördern individuelle Lebensplanung und setzen an persönlichen Bedürfnissen und Stärken an.

Desweiteren bieten wir:

Gruppenangebote, offene Angebote, Fortbildungsveranstaltungen u. Vorträge.

Unsere Grundsätze sind:

Parteilichkeit, Anonymität, Freiwilligkeit, Ganzheitlichkeit und Enttabuisierung

Kontakt:

Frauen-Treffpunkt e.V.

Jakobstraße 2, 30163 Hannover

Fon 05 11-33 21 41; Fax 05 11-33 21 43

frauen-treffpunkt.hannover@freenet.de

www.frauentreffpunkt-hannover.de

Freiburger Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Freiburger Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – (FRIG) in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Freiburg/Kriminalprävention

Ziel des Freiburger Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt als Modell eines kommunalen Gesamtprogramms gegen häusliche Gewalt ist es seit Januar 1998, durch abgestimmte Interventionsstrategien aller mit häuslicher Gewalt befasster Behörden und Einrichtungen auf kommunaler Ebene gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen, die wirkungsvoll häusliche Gewalt verhindern. Das Freiburger Interventionsprojekt ist Bestandteil der kommunalen Kriminalprävention, Träger ist das Frauen- und Kinderschutzhause Freiburg e.V. Die Polizeidirektion Freiburg trug zur engen Zusammenarbeit und einer abgestimmten Vorgehensweise aller beteiligten Institutionen und Behörden, insbesondere nach Einführung des Platzverweisverfahrens, bei.

- Präsentation des Freiburger Interventionsprojektes
- Ablaufschema Platzverweisverfahren/Interventionskette
- Visuelle Präsentation der Gewaltspirale und die psychische Situation betroffener Frauen
- pro-aktiver Ansatz der Frauen-Beratungsstelle bei h.G.
- Migrantinnen und häusliche Gewalt
- Stalking und häusliche Gewalt
- Vorstellung des Freiburger Antigewalttrainings (FAGT)
- Gefährderansprache – Möglichkeiten der polizeilichen Intervention

Kontakt:

**Freiburger Interventionsprojekt
gegen häusliche Gewalt – FRIG**

Wölfinstr. 4, 79104 Freiburg

Fon 07 61-8 97 35 20; Fax 07 61-8 97 35 19

gegen-haeusliche-gewalt@t-online.de

www.frig-freiburg.de

Gesundheitsamt Lübeck

Am Stand wird über ein gemeinsames INTERREG III a – Projekt (von der EU finanziert) zwischen dem Gesundheitsamt der Hansestadt Lübeck und der entsprechenden Stelle in Storstrøms Amt (Dänemark) informiert. Im Rahmen des Projektes „Gesundheit und Aktivität in Schulen“ werden Kurs-systeme zur Gesundheits- und Gewaltprävention in Hauptschulen durchgeführt mit den Schwerpunkten Ernährung/Bewegung/Entspannung. Durch ein verbessertes Gesundheitsbewusstsein werden u. a. Übergewicht und Haltungsschäden verringert bzw. vermieden und durch eine Ich-Stärkung die Stressbewältigungsmöglichkeiten verbessert sowie Aggressivität und Gewaltpotential verringert. Das evaluierte Projekt ist vernetzt, wird in einem Healthy-Setting-Ansatz durchgeführt und erreicht ohne Stigmatisierung eine Optimierung der Primär- und Sekundärprävention besonders bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Im Jahre 2004 erfolgte die Auszeichnung mit dem „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention“.

Kontakt:

Gesundheitsamt Lübeck

Sophienstr. 2–8, 23560 Lübeck

Fon 04 51-1 22 53 10; Fax 04 51-1 22 53 90

Susanne.bogenhardt@luebeck.de

www.gesundheitsamt.luebeck.de

Glen Mills Academie

Die Mitwirkenden der Glen Mills Academie können mittlerweile auf eine 10-jährige Erfahrung der Zusammenarbeit mit den Glen Mills Schools (USA) und dem diesem Programm zugrundeliegenden Soziologischen Modell zurückblicken. Im Laufe der Zeit sind intensive Kontakte auch zu den amerikanischen Fachorganisationen im Bereich der Jugend-(Kriminalrechts)-Pflege und zu verschiedenen Universitäten entstanden, die sich mit wirksamen Präventionsinterventionen beschäftigen. Schwerpunktthema des diesjährigen Informationsstandes wird deshalb ein auf dieser Zusammenarbeit basierender internationaler Überblick über wirksame Präventionsprogramme, u.a. „Blueprints“ (Elliott/University of Colorado) sein. Darüber hinaus werden Vernetzungen und wirksame Programminterventionen innerhalb von Gemeinwesen im Rahmen der restaurativen Justiz, speziell unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung des „Balanced Approach of Restorative Justice“ im US-Bundesstaat Pennsylvania angesprochen. Im Zusammenhang von Vernetzungen wird auch das Netzwerk der Kooperationspartner der Glen Mills Academie Deutschland e. V. im Rahmen der Durchführung der Schulprogramme des Vereins für deutsche Jugendliche angesprochen und vorgestellt: Seit einigen Jahren unterhält die Glen Mills Academie gut funktionierende Netzwerkverbindungen mit dem Landkreis Cuxhaven, dem Berufsbildungswerk Abensberg, Boys & Girls und last but not least mit den Glen Mills Schools (USA), der längsten Kooperationsverbindung. Insbesondere soll das Assessment Programm des BBW Abensberg anlässlich des Präventionstages vorgestellt werden.

Kontakt:

Glen Mills Academie Deutschland e.V.

Gerichtsstraße 1 a, 32312 Lübbecke

Fon 057 41-80 90 07; Fax 057 41-80 90 08

guder@glenmillsaca.de

www.glenmillsaca.de

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Vereinsdaten:

Gründung: 15.07.1996

Erster bürgerschaftlicher, gemeinnütziger Verein zur Kriminalitätsverhütung in Baden-Württemberg.

Mitglieder: 130 aus allen gesellschaftlichen Bereichen

Ausgaben für Präventionsprojekte seit Gründung in Höhe von ca. 240.000 € mit Schwerpunkt Jugendprävention.

Wesentliche Ziele des Vereins:

- Zusammenarbeit mit Personen, Vereinen, Institutionen. Initiierung und Unterstützung von Präventionsprojekten im Landkreis.
- Öffentlichkeitsarbeit
- Auszeichnung und Ehrung von Bürgern, die sich um die Sicherheit im Kreis verdient gemacht haben.
- Sammeln von Spenden zur Finanzierung umfassender Präventionsprojekte.

Projektdaten:

- Darstellung des Präventionsprojektes „Zukunftsinvestition Jugend“ mit 8 Einzelprojekten.
- Darstellung der sonstigen umfassenden Präventionsaktivitäten.

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis

Alter Postplatz 20

71332 Waiblingen

Fon 07 11/57 72-1 00; Fax 07 11/57 72-2 22

info@isl-rmk.de

www.isl-rmk.de

Interministerielle Arbeitsgruppe Kriminalprävention des Bundes (IMA), Bonn

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz, das auch den Informationsstand auf dem 10. DPT betreut, gegründet. In ihr erörtern Vertreter der Bundesressorts Fragen der Kriminalprävention und unterrichten sich wechselseitig über ihre kriminalpräventiven Aktivitäten.

Kontakt:

**Interministerielle Arbeitsgruppe
„Kriminalprävention“ des Bundes (IMA)**
c/o Bundesministerium der Justiz
Adenauerallee 99-103
53113 Bonn
Fon 02 28-58 92 17; Fax 02 28-58 82 62
kiermeier-be@bmj.bund.de
www.bmj.bund.de

Jugendamt der Stadt Dortmund

Präventionsarbeit mit Sprayern

Die Jugendgerichtshilfe Dortmund beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit straffällig gewordenen Sprayern.

In Absprache mit den unterschiedlichsten Institutionen wurde das Diversionsverfahren auf fast alle geständigen Täter ausgebaut. Dies bedeutet, dass das Strafverfahren eingestellt wird, wenn das Jugendamt „eine erzieherische Maßnahme“ durchgeführt hat. Diese besteht in der Regel in dem Versuch, zwischen Täter und dem Geschädigten zu vermitteln und eine für beide Seiten tragbare Regelung zu finden.

In den vergangenen Jahren sind mit fast allen großen Dortmunder Institutionen Vereinbarungen getroffen worden, die eine Schadenswiedergutmachung ermöglicht. Mit privaten Geschädigten werden im direkten Gespräch Modalitäten erarbeitet. Da die Jugendlichen immer wieder den Wunsch nach legalen Möglichkeiten artikulierten, entstanden viele Aktionen. Es wurden legale Mauern organisiert und das Besprühen von selbstgebauten Leinwänden wurde in mehreren Workshops durchgeführt. Ausgebaut wurden auch Informationsveranstaltungen in Schulen, die durch Plakate und Flyer unterstützt wurden.

Kontakt:

Jugendamt Dortmund

Ostwall 64, 44122 Dortmund

Fon 02 31/5 02 34 51; Fax 02 31/5 02 65 12

wpatra@stadtdo.de

Jugendhilfe Göttingen e.V.

Schnittstelle zwischen Drinnen und Draußen

Ziel der Vereinsarbeit ist die Förderung sozialpädagogischer Arbeit mit Jugendlichen, die aufgrund eigenen Verhaltens oder der Lebenssituationen, in der sie sich befinden, zu Rand- oder Problemgruppen zugeordnet werden. Im offenen Jugendvollzug Göttingen leistet der Verein erzieherische und berufsfördernde Hilfen durch personelle und materielle Unterstützung der Arbeit im Jugendvollzug. Durch den Aufbau vielfältiger Kontakte und der Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen und Trägern von Jugendhilfearbeit wird den jungen Inhaftierten die Eingliederung in die Gesellschaft erleichtert. Außerhalb des Jugendvollzugs stellt die gewalt- und kriminalpräventive Arbeit in Kooperation mit anderen Einrichtungen und Institutionen einen Arbeitsschwerpunkt dar. Der Verein ist u.a. Träger der Projekte „Kontakt“ – Streetwork in der Innenstadt – mit der „Blechtrommel“ als Anlaufstelle und TOUCH – Toleranz und Chancen im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung.

Die vernetzte und vernetzende Arbeit der Jugendhilfe Göttingen wird am Beispiel der aufsuchenden Arbeit des Projekts Kontakt – Streetwork in der Innenstadt aufgezeigt.

Kontakt:

Jugendhilfe Göttingen e.V.

Rosdorfer Weg 76, 37081 Göttingen

Fon 05 51-5 07 27 67; Fax 05 51-5 07 27 68

jh@jugendhilfe-goettingen.de

www.jugendhilfe-goettingen.de

Justizvollzugsanstalt Braunschweig

naikan – grundlage für ein selbstverantwortliches leben

naikan (innenschau) ist ein weg der selbsterkenntnis, der meditative und psychologische aspekte vereint. auf seinem weg nach innen hat der naikan-übende direkten kontakt nur zum naikan-leiter. dieser sucht ihn/sie während des kurses in regelmäßigen abständen auf und hört den erinnerungen ohne wertung oder beurteilung zu. strukturiert wird die naikan-übung durch drei fragen, die sich dem übenden in bezug auf nahe-stehende personen (z.b. mutter, vater, partner/in, kind) stellen:

1. was hat diese person für mich getan?
2. was habe ich für diese person getan?
3. welche schwierigkeiten habe ich dieser person bereitet?

ohne reflektierende gespräche oder gruppenprozesse lösen sich allmählich festgefügte bilder der vergangenheit auf und eine sanfte befreiung von blockaden beginnt. die naikan-übung ermöglicht eine meditative und emotionale erfahrung, durch deren intensität sich eine vertiefte wahrnehmung der eigenen lebensgeschichte und das erkennen der selbstverantwortung ergibt. voraussetzung für den naikan-weg ist der wunsch und die bereitschaft, freiwillig in stille und konzentration eine woche lang die eigene innere welt zu betrachten.

seit februar 2004 wird naikan erfolgreich in der justizvollzugsanstalt braunschweig durchgeführt; geplant ist, ab august 2005 in entsprechenden räumlichkeiten der angeschlossenen abteilung peine naikan-kurse für interessierte justizvollzugsanstalten anzubieten.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Braunschweig

Rennelbergstraße 10, 38114 Braunschweig

Fon 05 31-4 88 16 10 (Herr Geppert) – 4 88 16 00 (Zentrale)

Fax 05 31-57 21 15

winfried.geppert@jva-bs.niedersachsen.de

JVA Rosdorf – Offener Jugendvollzug Göttingen

In Niedersachsen gab es am 01.01.2005 41 verschiedene Einrichtungen des Justizvollzuges (17 Hauptanstalten mit 24 auswärtigen Abteilungen). Im Jahr 2004 befanden sich in den Anstalten 7 006 Gefangene, darunter 1 116 Untersuchungsgefangene. Von den Haftplätzen entfallen etwa 4/5 auf Anstalten und Abteilungen des geschlossenen Vollzuges und 1/5 der Plätze auf Einrichtungen des offenen Vollzuges. Diese und weitere Differenzierungen der Anstalten, z.B. nach Alter und Geschlecht der Gefangenen, sind zur Erfüllung der Vollzugsaufgaben notwendig, weil nur so den unterschiedlichen Sicherheits- und Behandlungsbedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Insbesondere Vollzugslockerungen und offener Vollzug sind notwendige Vorbereitungen auf die Zeit nach der Haft. Diese Maßnahmen erhöhen die Chancen, dass die Gefangenen nicht erneut straffällig werden und dienen somit der Sicherheit der Bevölkerung.

Der offene Jugendvollzug in Göttingen (125 Haftplätze) steht für die weitgehende Differenzierung im Vollzug. Beispiele aus Ausbildung und Freizeiterziehung zeigen die Praxis.

Ergebnisse aus der Evaluierung des Projekts BASIS – Entlassungsbegleitung im offenen Jugendvollzug – verdeutlichen, dass der gesetzlichen Auftrag und das Ziel „Legalbewährung“ frühzeitiges, präventives Handeln in Verbindung mit vernetzten Strukturen verlangt.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Rosdorf

Offener Jugendvollzug Göttingen

Rosdorfer Weg 76, 37081 Göttingen

Fon 05 51-50 72-7 67; Fax 05 51-50 72-7 68

Siegfried.Loeprick@jva-ros.niedersachsen.de

www.jva-rosdorf.de

kargah e.V./suana – Beratungsstelle für von Männergewalt betroffene Migrantinnen

kargah e.V./SUANA – Beratungsstelle für von Männergewalt betroffenen Migrantinnen

Männergewalt in der Familie ist ein Problem, mit dem viele Frauen – auch Migrantinnen – in Hannover konfrontiert sind. Frauen wehren sich dagegen überall in der Welt unabhängig von ihrem Bildungsstatus, als einzelne oder gemeinsam und organisiert. Sie lassen sich bei Frauen beraten, suchen Hilfe und bestärken sich gegenseitig.

SUANA ist eine Beratungsstelle von Migrantinnen für Migrantinnen. Die Mitarbeiterinnen von SUANA unterliegen der Schweigepflicht und unterstützen die betroffenen Frauen parteiisch. Wir haben einen feministischen und interkulturellen Arbeitsansatz und bemühen uns, alle Beratungen, wenn nötig, muttersprachig durchzuführen.

SUANA bietet Hilfe, Unterstützung und Information für von Männergewalt betroffene Migrantinnen durch:

- Einzelgespräche;
- Gruppenangebote;
- Informationen über ausländer- und asylrechtliche Fragen;
- Informationen bei sozial- und familienrechtlichen Fragen;
- Information über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten;
- Informationen über weitere Unterstützung, Ämter und Behörden.

Sprechzeiten: Mo–Fr 10–13 Uhr; Mo–Do. 14–16 Uhr

Multilinguale Angebote: Di. 10–13 Uhr (persisch/ türkisch/ vietnamesisch/ deutsch); Do. 10–13 Uhr (persisch/russisch/ deutsch); kurdisch, arabisch, englisch ... nach tel. Vereinbarung.

Kontakt:

SUANA, kargah e.V.

Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover

Fon 05 11-12 60 78-18; Fax 05 11-12 60 78-22

suana@karagh.de

www.kargah.de

KEV-BW für die Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsprävention Baden-Württemberg (KEV-BW) bei der LPD Tübingen

Die landesweite Verkehrsaufklärungsaktion GIB ACHT IM VERKEHR in Baden-Württemberg ist eine Aktionsgemeinschaft von insgesamt 10 Aktionspartnern (Innenministerium sowie Ministerium für Umwelt und Verkehr und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Polizei, ADAC, Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, Landesverkehrswacht, Fahrlehrerverband, Landessportverband sowie Unfallkasse Baden-Württemberg), die sich gemeinsam der Verkehrssicherheitsarbeit vom Kind bis zum Senior und vom Fußgänger bis zum Brummi-Fahrer widmet.

Ziel der Initiative ist es, die Unfallzahlen im Land weiter zu senken, die Verkehrssicherheit insgesamt zu erhöhen und das partnerschaftliche Verhalten im Straßenverkehr zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch die Erstellung landesweiter Medien, Finanzierung und Bereitstellung von Informationsständen zur Verkehrssicherheitsarbeit, Initiierung von Verkehrssicherheitsprojekten, die auf örtlicher Ebene umgesetzt werden, Prämierung erfolgreicher Verkehrspräventionsprojekte sowie durch die Förderung und Unterstützung der Arbeitskreise „Verkehrssicherheit“ in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs.

Als „Forum Verkehrsprävention“ agiert die Partnergemeinschaft inzwischen als echtes Kompetenzzentrum in Sachen Verkehrssicherheit.

Die Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsprävention Baden-Württemberg (KEV-BW) als landesweiter Dienstleister dieser Aktion und Ansprechpartner für alle Ebenen der Verkehrssicherheitsarbeit informiert zur Aktion GIB ACHT IM VERKEHR und stellt das komplette Medienangebot vor.

Kontakt:

KEV-BW für die Aktion GIB ACHT IM VERKEHR

Konrad-Adenauer-Straße 30, 72072 Tübingen

Fon 0 70 71/9 72-30 90; Fax 0 70 71/9 72-30 99

Kev-bw@gib-acht-im-verkehr.de

www.gib-acht-im-verkehr.de und www.kev-bw.de

Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover

Der **Kommunale Kriminalpräventionsrat Hannover**, ein Zusammenschluss von Behörden und Institutionen, die zur Verhinderung von Kriminalität und Gewalt beitragen können, präsentiert in Kooperation mit der Polizeidirektion Hannover folgende Präventionsthemen:

ExpertInnenkreis „Sicher mit Bus und Bahn“
„Kriminalprävention im Städtebau“
Präventionsprojekt „Streetmusical“
„Schule ohne Rassismus“
„Hannoversche Interventionsprojekt – HAIP“
Präventionsteams bei der Polizeidirektion
„PPS – Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit“

Mit Hilfe des Medienbusses wird eine hannoversche Schülergruppe unter Anleitung des Fachbereichs Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover den 10. Deutschen Präventionstag in Wort und Bild festhalten.

Kontakt:

Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover
Trammplatz 2, 30853 Hannover
Fon 05 11-1 68-4 01 67; Fax 05 11-1 68-4 62 42
kkp@hannover-stadt.de
www.KKP-Hannover.de

Kommunaler Präventionsrat Elze

Projekt „Jugendparlament“

Demokratie ist eine Erfindung der Menschen. Bei anderen Lebewesen in der Natur kommt sie nicht vor. Demokratie kann es dort nicht geben, weil sie Argumentation, also Sprache, voraussetzt, über die nur der Mensch verfügt; und die Idee eines „Vertrages“ die auch nur der Mensch zu bilden vermag. Darum muß Demokratie gelernt werden, -nicht aus Lehrbüchern, die Wissen vermitteln-, sondern an der demokratischen Wirklichkeit selbst.

Die Einstellungen ,auf die Demokratie und ihre Einrichtungen angewiesen sind, können, ja müssen die Bürger, vor allem die jungen, im täglichen Leben lernen. Dazu gehören: die Achtung vor der Überzeugung anderer, die Bereitschaft, sich dem Beschluß der Mehrheit zu fügen, die komplementäre Pflicht, seine eigene Meinung vorzubringen und für sie zu kämpfen.

In dem Bestreben, Kinder für Demokratie stark zu machen, gibt es viele Wege. Wesentlich ist dabei, zivilen Mut zu fördern. Zivilcourage ist keine reine Verhaltensweise, sondern eine Tugend, eine Gesinnung und Kraft, die darauf gerichtet ist, moralische Werte zu verwirklichen.

Dies alles haben wir uns hier in Elze in einem Projekt „Jugendparlament“ als gelebtes Miteinander ganz oben auf die Liste der Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen geschrieben.

Kontakt:

Kommunaler Präventionsrat Elze

Flutstr. 14, 31008 Elze

Fon 0 50 68-80 89;

Wlfried.Lavin@t-online.de

Konfliktschlichtung e.V. Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation in Oldenburg

„Mediation in Strafsachen“ und „Schulmediation“

Seit 1987 besteht der Verein Konfliktschlichtung in Oldenburg. Als freier Träger der Jugendhilfe öffentlich anerkannt, bieten die Mitarbeiter/innen als neutrale Instanz die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleich mit Jugendlichen und Erwachsenen an und helfen auch bei Schadensregulierungen. Täter-Opfer-Ausgleich ist Mediation in Strafsachen. Als unparteiische Vermittler in Konflikten jeglicher Natur vermittelt der Verein in einem außergerichtlichen Mediationsverfahren. Personen, die in strafbare Konfliktsituationen verwickelt werden, können sich beim Verein selber melden oder die Übertragung der Fälle erfolgt durch die Staatsanwaltschaft oder dem Gericht. Ziel der Arbeit ist es, Konfliktbeteiligten von Straftaten die Möglichkeit zu bieten, sich außergerichtlich einigen zu können. Neben den Tätigkeiten wie Täter-Opfer-Ausgleich nach Straftaten ist 1996 das präventive Schulmediationsprojekt „ProKIDS“ (Projekt Konfliktschlichtung in der Schule) entstanden. „ProKIDS“ beinhaltet zum einen „Teambildung- und Konflikttraining im Klassenverband“, Trainings zur „gewaltfreien Kommunikation“, Konfliktberatung, „Streitschlichter-ausbildung (Schüler/innen werden zu Vermittler/innen ausgebildet um in ihrer Schule Konflikte zu vermitteln) sowie Lehrer/innenseminare zur Implementierung der Streitschlichtung u. Schulmediation in der Schule. Außerdem veranstalten die Mitarbeiter/innen auf Anfrage Informationstage zu Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation. Darüber hinaus werden nach Bedarf ein bis mehrtägige Mediations-Workshops durchgeführt. Der Informationsstand gibt einen Überblick über die Institutionen, die in Niedersachsen den Täter-Opfer-Ausgleich durchführen.

Kontakt:

Konfliktschlichtung e.V.

Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation

Kaiserstr. 7, 26122 Oldenburg

Fon 04 41-2 72 93; Fax 04 41-3 50 32 27

info@konfliktschlichtung.de

www.konfliktschlichtung.de

Kontakt e.V. – Verein für Konflikt- schlichtung und –beratung, Alfeld

Täter-Opfer-Ausgleich im Gespräch

In unserem Gesprächsrundell finden Sie die Ruhe, die Zeit und kompetente Ansprechpartner, um über Täter-Opfer-Ausgleich ins Gespräch zu kommen.

Täter-Opfer-Ausgleich, kurz TOA genannt, ist Mittel der außergerichtlichen Lösung von Konflikten, die aus Straftaten entstanden sind. Eine unparteiische Vermittlungsperson begleitet diesen Prozess zwischen Beschuldigten und Geschädigten.

Unsere Thesen:

- **TOA** ist die Chance, selber den Mund aufzumachen
- **TOA** ist mehr als Friede, Freude, Eierkuchen
- **TOA** macht zwei Gewinner oder sogar mehr
- **TOA** ist Prävention vorm nächsten Mal

Und Ihre Meinung? Sie wollen mit uns diskutieren, haben Fragen oder wollen mehr wissen?

Wir laden Sie hiermit herzlich dazu ein !

Kommen Sie in unser Gesprächsrundell !

Kontakt:

Kontakt e.V.

Sedanstr. 14, 31061 Alfeld

Fon 051 81-2 30 20; Fax 051 81-82 92 48

info@kontakt-ev-alfeld.de

www.kontakt-ev-alfeld.de

Kreispolizeibehörde Unna

Interventionskonzept der **Kreispolizeibehörde Unna** zur Verhinderung von Anschlussdelikten, insb. Tötungsdelikten, nach Bedrohungen im sozialen Nahraum

Die **Kreispolizeibehörde Unna** hat seit 1994 nach einem entsprechenden Tötungsdelikt ein Interventionskonzept mit den Elementen Gefährdungsanalyse, Gefährderansprache, weitere täterorientierte Maßnahmen und, soweit erforderlich, Schutzmaßnahmen entwickelt. Das Konzept beinhaltet ferner die konsequente Anwendung aller strafprozessual und polizeirechtlich zulässigen Maßnahmen im Sinne der Zero – Tolerance – Strategie.

Erläuterungen zum Deeskalationsteam im Kreis Unna:

Eine wesentliche Aufgabe des Kommissariats Vorbeugung der **Kreispolizeibehörde Unna** ist die Gewaltprävention. Die Bekämpfung von Gewalt und Rassismus wird unter anderem in der Form durchgeführt, dass für Multiplikatoren Deeskalationstrainings angeboten werden, die zum Inhalt haben, Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbewältigung kennen zu lernen. Bei den Adressaten handelt es sich überwiegend um Lehrer, Sozialarbeiter, Übungsleiter und andere Personengruppen, die mit Kinder- und Jugendgruppen arbeiten. Wegen des großen Interesses an diesen Trainings wurde im Jahr 2000 ein Team gebildet, das sich aus den genannten Berufszweigen rekrutiert. Diese inzwischen 122 Mitglieder des Deeskalationsteams im Kreis Unna wurden intensiv durch das Kommissariat Vorbeugung ausgebildet und dazu befähigt, eigenständig mehrtägige Deeskalationstrainings durchzuführen.

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Unna

Kommissariat Unna

Am Bahnhof 12, 59174 Kamen

Fon 0 23 07-9 21 45 00; Fax 0 23 07-9 21 45 29

alfred.weber@unna.polizei.nrw.de

Kreispolizeibehörde Lippe

Ausstellung „Konflikte-erkennen-bearbeiten-lösen“, Ein Projekt der **Kreispolizeibehörde Lippe**, Kommissariat Vorbeugung, in Zusammenarbeit mit der Geschwister-Scholl-Gesamtschule Detmold. Ein Einstiegsprojekt zur konstruktiven Konfliktlösung in und an Schulen. Es werden Themen wie Klassenklima, Mobbing bis hin zur Gewalt bearbeitet. Das Projekt ist in modularer Form in enger Zusammenarbeit mit Pädagogen entstanden. Das Projekt wird in sogenannten Ausleih- und Arbeitskoffern angeboten, weiterhin kann es Interessenten auch als e-mail-Datei gesendet werden. Ein neuer Ansatz mit vielen Übungen und Erfolgskontrolle.

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Lippe

ZKB/Kommissariat Vorbeugung

Bielefelder Str. 90, 32758 Detmold

Fon 052 31-6 09 15 84; Fax 052 31-6 09 15 93

Michael.Toelke@lippe.polizei.nrw.de

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der autonomen Frauenhäuser, Hameln

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“

[Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 2 (2)]

Die LAG ist ein Zusammenschluss autonomer Frauenhäuser des Landes Niedersachsen.

Inhalte der Treffen der **LAG** sind u.a.:

- Erfahrungsaustausch
- Diskussion von aktuellen Themen, die die Arbeit betreffen
- Erarbeitung von gemeinsamen Stellungnahmen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ und von politischen Forderungen an das Land
- Organisation von Öffentlichkeitsaktionen auf Landesebene
- Fortbildung.

Das Büro der **LAG** wird befristet von einem Frauenhaus übernommen und gewährleistet die Vernetzung mit den bundesweiten Strukturen der autonomen Frauenhäuser und die Repräsentation und Ansprechbarkeit nach außen, z.B. gegenüber dem zuständigen Landesministerium. Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser, die in der **LAG** sind, arbeiten nach den Prinzipien: Parteilichkeit für Frauen und Kinder, Hilfe zur Selbsthilfe, Unabhängigkeit, Anonymität – Vertraulichkeit – Freiwilligkeit.

In den Frauenhäusern erhalten von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen und deren Kinder Schutz und Zuflucht. Die Mitarbeiterinnen bieten Krisenintervention und eine ressourcenorientierte und ganzheitliche Beratung und Begleitung der Frauen. Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit gehören ebenfalls zu ihrem Aufgabenbereich, um eine Sensibilisierung für das Thema Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum zu erreichen. Damit leisten sie einen Beitrag zur Prävention.

Kontakt:

**Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)
der autonomen Frauenhäuser**

Postfach 100318, 31753 Hameln

Fon 051 51-2 52 99; Fax 051 51-40 57 08

LAG-FH-Niedersachsen@web.de

Landesarbeitsgemeinschaft Nds. für Ambulante Sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V.

Der Infostand gibt einen Einblick in die kriminalpräventive Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) für Ambulante Sozialpädagogische Angebote in Niedersachsen. Einen besonderen Ausstellungsschwerpunkt bildet die Darstellung gewaltpräventiver Projekte und Konzepte, wie sie in der Betreuung von gefährdeten und straffällig gewordenen jungen Menschen entwickelt und von den, der LAG angehörenden Angebotsträgern an den verschiedenen Standorten umgesetzt werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsame übergreifende Anliegen der Träger von ambulanten sozialpädagogischen Angeboten zu vertreten und auf eine Verringerung stationärer Rechtsfolgen nach dem JGG zugunsten ambulanter hinzuwirken. Der LAG gehören aktuell 29 Einrichtungen und Projekte an, die ambulante Angebote für junge Straffällige als Alternative zu stationären Maßnahmen vorhalten.

Mit diesen spezialisierten Angeboten verbindet sich die Zielsetzung, die soziale Integration und individuelle Handlungskompetenz dieser jungen Menschen zu verbessern und mithin auf ein künftig straffreies Leben hinzuwirken.

Viele der überwiegend freien Träger können inzwischen auf eine über 20jährige Praxis in der Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden zurückblicken. Auf diesem Hintergrund bündeln sich in der LAG langjährige Erfahrungen in der (Gewalt-) Prävention und einer, für diese Arbeit notwendigen regionalen und landesweiten Vernetzung.

Kontakt:

**Landesarbeitsgemeinschaft Nds. für Ambulante Sozial-
pädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V**

Volgersweg 4, 30175 Hannover

Fon 053 31-99 63 12

(Ansprechpartnerin: Beate Ulrich/Jugendhilfe WF e.V.);

Fax 053 31-99 63 19

lag-nam-b.ulrich@freenet.de; www.lag-am-jgg.de

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

Frauen schließen sich zusammen

Der **Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.** ist ein Zusammenschluss von 59 Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Verbände und vertritt die Interessen von über 2,2 Millionen Frauen. Der Landesfrauenrat unterstützt den Informationsaustausch und fördert die Zusammenarbeit zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen und Ziele. Die Arbeit erfolgt überparteilich und überkonfessionell. Die Delegiertenversammlung nimmt regelmäßig Stellung zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen und verabschiedet konkrete Verbesserungsvorschläge und frauenpolitische Forderungen.

Wir geben Frauen Chancen

Frauenrechte sind Menschenrechte. Ziel der Arbeit ist eine Politik und Gesetzgebung zur Verwirklichung des in Artikel 3, Absatz 2 Grundgesetz verankerten Gleichheits-, Gleichstellungs- und Gleichberechtigungsgebotes. Jede Form der Gewalt gegen Frauen ist als Menschenrechtsverletzung zu ahnden und nicht durch die Berufung auf Tradition oder Religion zu rechtfertigen. Der Landesfrauenrat engagiert sich für einen effektiveren Zeuginnen- und Opferschutz im Zusammenhang mit Menschenhandel und setzt sich dafür ein, Konzepte zur Gewaltprävention gemeinsam mit Betroffenen und ExpertInnen zu entwickeln. Der Landesfrauenrat ist Mitglied im Landespräventionsrat Niedersachsen.

Weitere Informationen zu Terminen und Themen des Frauenrates bietet die Zeitung Frauen Impulse und die Internetseite www.landesfrauenrat-nds.de. Die Arbeit des Landesfrauenrates wird gefördert durch das Land Niedersachsen.

Kontakt:

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

Johannsenstr. 10, 30159 Hannover
Fon 05 11-32 10 31; Fax 05 11-32 10 21
mail@landesfrauenrat-nds.de
www.landesfrauenrat-nds.de

Landeshauptstadt Hannover – Geschäftsstelle des Migrationsausschusses

Der Migrationsausschuss ist ein Fachausschuss des Rates der Landeshauptstadt Hannover. Er befasst sich mit allen Belangen, die für Migrantinnen und Migranten von besonderer Bedeutung sind. Insbesondere werden Angelegenheiten aus den Bereichen Kinder und Jugend, Schule, Kultur, Soziales, Sport, Gesundheit und Wohnen behandelt.

Der Migrationsausschuss setzt sich aus Ratsmitgliedern und gewählten nichtdeutschen Migrantinnen und Migranten mit beratender Funktion zusammen. Die Migrantinnen und Migranten, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht über das allgemeine Wahlrecht verfügen, haben so die Möglichkeit, sehr direkt an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden.

Kontakt:

Landeshauptstadt Hannover

Geschäftsstelle des Migrationsausschusses

Trammplatz 2, 30159 Hannover

Fon 05 11-16 84 50 87; Fax 05 11-16 84 64 80

Renate.Dinse@Hannover-Stadt.de

Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ist eine Einrichtung des Senats von Berlin. Sie besteht aus Staatssekretär/innen der Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Sport (Vorsitz), Inneres, Justiz, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, der Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain – Kreuzberg und dem Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg sowie einem Beirat. Als das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin hat sie das Ziel, gemeinsam mit anderen Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern. Sie hat den Auftrag, auf die Gestaltung einer langfristigen und nachhaltigen Präventionsarbeit in Berlin hinzuwirken und befasst sich vor allem mit den Themen „Kinder- und Jugenddelinquenz“, „Schule und Gewaltprävention“, „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, „Jugendstrafrechtspflege“, „Gewalt in der Erziehung“, „Gewalt in der Familie“, „Rechtsextremismus“ und „kommunale Prävention“.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt unterstützt die kommunale Prävention in Berlin, entwickelt Maßnahmen und Konzepte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention, verleiht den Berliner Präventionspreis und richtet den Berliner Präventionstag aus, fördert gewalt- und kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte, informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention, beteiligt sich an der Datenbank PräviS, veranstaltet Workshops und Tagungen, gibt Arbeitsmaterialien, Wegweiser und Dokumentationen heraus, schafft neue Kooperationsnetze und fördert ressort- und institutionenübergreifendes Arbeiten und kooperiert mit den Präventionsgremien anderer Bundesländer sowie mit dem Deutschen Forum Kriminalprävention.

Kontakt:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Beuthstr. 6–8, 10117 Berlin

Fon 0 30-90 26 52 59; Fax 0 30-90 26 50 03

Stephan.Voss@senbjs.verwalt-berlin.de

www.berlin-gegen-gewalt.de

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg präsentiert sich mit einem neugestalteten Gemeinschaftsstand auf dem diesjährigen Präventionstag.

Im Mittelpunkt steht der Informationsaustausch sowie der Dialog mit dem Fachpublikum zu aktuellen Präventionsthemen – insbesondere zum diesjährigen Tagungsthema.

Wir laden Sie herzlich ein, in gemütlicher Lounge-Atmosphäre auf unserem roten Sofa zum Gespräch Platz zu nehmen.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Fon 07 11-54 01 24 22; Fax 07 11-54 01 34 55

Dezernat422@lka.bwl.de

Landeskriminalamt Bremen

Die Präventionsdienststelle des **Landeskriminalamtes Bremen** stellt auf dem 10. Deutschen Präventionstag die folgenden ausgewählten Projekte anhand von Postern vor.

„Kinder stark machen“

Das Projekt richtet sich an Kinder der 3. und 4. Grundschulklasse. Ziel ist es, die Selbstbehauptung der Kinder zu stärken, um sie vor sexuellen Übergriffen, auch innerhalb des familiären Nahbereiches, zu schützen. Anhand des Posters wird das Prinzip des Projektes sowie erste Zahlen vorgestellt.

„Aktionswoche Waffenfreies Bremen – Ein Zeichen gegen Gewalt“

Die Aktionswoche wurde 2003 im Rahmen der Amnestieregelung zum neuen Waffenrecht an 18 Bremer Polizeirevieren und 71 Bremer Schulen durchgeführt und ergab eine Sicherstellung von ca. 2000 Waffen, davon 423 Waffen allein an Bremer Schulen. Im Rahmen einer anschließenden Schülerbefragung wurde das Projekt evaluiert. Das Poster beschreibt das Projekt und zeigt die Ergebnisse der Schülerbefragung auf.

„Bremer Stalking-Projekt“

Das Bremer Stalking-Projekt ist bislang einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. Das Poster zeigt die Prinzipien des Modells sowie erste Erfahrungen mit der Interventionstrategie der Polizei Bremen in Fällen von Stalking auf.

Kontakt:

Landeskriminalamt Bremen

K 11 / Prävention

In der Vahr 76, 28329 Bremen

landeskriminalamt@Polizei.Bremen.de

Landeskriminalamt Niedersachsen – Projekt „Businesskeeper und Schulhof“

Das **Landeskriminalamt Niedersachsen** präsentiert auf diesem Stand zwei unterschiedliche Bereiche.

Zum einen wird der sogenannte „Businesskeeper“ vorgestellt, der ermöglicht, wirtschaftskriminelle Vorgänge unter Schutz der Identität zu melden. Durch die Bereitstellung der anonymen Meldeplattform bei einer Strafverfolgungsbehörde im Rahmen eines bundesweit einmaligen Projektes, verfolgt das Landeskriminalamt Niedersachsen das Ziel, couragiertes Handeln in der Gesellschaft zu fördern.

Des weiteren wird ein Projekt präsentiert, welches Aufklärung bezüglich der Gratisverteilung von Musik-CD an Schulen durch die rechte Szene geben soll.

Es werden die Gefahren rechtsextremistischer Musik und entsprechende Präventivmaßnahmen polizeilicher Behörden dargestellt.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Dezernat Prävention und Jugendsachen

Schützenstr. 25, 30161 Hannover

Fon 05 11-2 62 62 24 03; Fax 05 11-2 62 62 24 50

praevention@lka.polizei.niedersachsen.de

Landeskriminalamt Niedersachsen – „PaC – Prävention als Chance – Schul- bezogene Gewaltprävention im Verbund“

Das gemeinsam vom **Landeskriminalamt Niedersachsen** und Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover entwickelte Präventionsprogramm „PaC – Prävention als Chance – Schulbezogene Gewaltprävention im Verbund“ hat erprobte und etablierte Angebote verschiedener Anbieter für die Kernbereiche Soziale Kompetenzen, Intervention und Einzelfallhilfe inhaltlich und methodisch aufeinander abgestimmt. Es richtet sich mit einem Gesamtpaket aus Pflicht- und Wahlbausteinen an einen lokalen Verbund aus Kindertageseinrichtungen, Grund- und weiterführenden Schulen sowie an örtliche Träger der Jugendhilfe. Soziale Kompetenzen sollen gefördert und gestärkt werden, das Klassen- und Schulklima wird verbessert. Gleichzeitig werden Reduzierungen von Regelverletzungen sowie von Sachschäden und Verletzungen angestrebt und darüber hinaus die fortwährende Implementierung von Gewaltprävention an Schulen und Kindertageseinrichtungen erreicht. Das Programm, das zeitversetzt an drei niedersächsischen Standorten durchgeführt wird, wird durch ein unabhängiges Institut evaluiert.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Dezernat Prävention und Jugendsachen

Schützenstr. 25, 30161 Hannover

Fon 05 11-2 62 62 24 03; Fax 05 11-2 62 62 24 50

praevention@lka.polizei.niedersachsen.de

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Institutionen kann polizeiliche Kriminalprävention einen wertvollen Beitrag zur Verhinderung von Kriminalität leisten. Kinder und Jugendliche stellen dabei die primäre Zielgruppe dar, wenn es um die Vorbeugung von Gewalt- und Suchtverhalten geht. Die Polizei kann dazu ihren Beitrag leisten, indem sie einen Austausch initiiert, ihre Informationen zur Verfügung stellt und sich gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen über mögliche Maßnahmen austauscht. Durch diese gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise kann die Auseinandersetzung über jugendtypisches Fehlverhalten bis hin zur Jugendkriminalität differenziert und ursachenorientiert geführt werden. Mit der Initiative „easi – Erlebnis, Aktion, Spaß und Information®“ soll diesem Anliegen Rechnung getragen werden. „easi“ ist ein Angebot des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz an Kommunen, Institutionen und Organisationen des Landes. Es liefert mit seinen Maßnahmen einen Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention und kann individuell auf die Bedürfnisse innerhalb der Kommune abgestimmt werden. Insgesamt wird mit „easi“ eine intensive Zusammenarbeit mit Institutionen, Vereinen und den Fachleuten der Präventionsarbeit angestrebt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der aktiven Zusammenarbeit mit den verschiedensten Trägern von Kriminalprävention besondere Bedeutung zukommt und für den Erfolg der Maßnahmen des Projektes unverzichtbar ist. Um verlässliche Aussagen bezüglich der Wirkung von „easi“ zu erhalten, wurde im Jahr 2003 eine Evaluation des Konzeptes in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden auf dem 10. Deutschen Präventionstag vorgestellt.

Kontakt:

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Dezernat 45

Valenciaplatz 1–7/Postfach 2940

55118/für Postfach 55019 Mainz

Fon 061 31/65-28 45; Fax 061 31/65-28 45

lka.dez45@polizei.rlp.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

Die Ziele des Landespräventionsrates Niedersachsen:

Der LPR stärkt die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene.

Der LPR bietet eine Plattform für Informations- und Wissenstransfer.

Der LPR fördert das bürgerschaftliche Engagement für die Kriminalprävention.

Der LPR kooperiert mit Institutionen der Kriminalprävention auch außerhalb Niedersachsens.

Der LPR vermittelt Präventionskompetenz.

Der LPR fördert die Sicherung und Verbesserung von Qualität in der Kriminalprävention.

Der LPR koordiniert und unterstützt die Netzwerkbildung für Kriminalprävention.

Der LPR entwickelt Konzepte und beschreibt die Rahmenbedingungen für deren Umsetzung.

Der LPR trägt die Ziele, Inhalte und Methoden der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in der Öffentlichkeit.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 a, 30169 Hannover

Fon 05 11-1 20 52 54; Fax 05 11-1 20 52 72

info@lpr.niedersachsen.de

www.lpr.niedersachsen.de

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Der **Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen** (LPR NRW) ist eine unabhängige, keinerlei Weisungen unterworfenen Einrichtung des Landes zur Förderung gesamtgesellschaftlicher Prävention. Er leistet einen Beitrag zur rationalen Gestaltung der Kriminalpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen und berät Politik und Verwaltung. Auf dem Gebiet der Kriminalprävention nimmt er eine Service-, Informations- sowie Initiierungsfunktion wahr. Dazu gehören u. a. Informationsaustausch und -management auf Landesebene, Unterstützung und Beratung örtlicher Präventionsgremien, Anregung von Projekten und Modellvorhaben, Veröffentlichung von Ergebnissen und Erfolgen der Prävention, Förderung und Einbindung gesellschaftlicher Gruppen und Verbände, Förderung grenzüberschreitender Prävention sowie die Bildung einer Bindegliedfunktion zwischen den kommunalen Gremien und dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK).

Der Landespräventionsrat NRW gab im Juli 2004 einen Leitfaden „Kommunale Kriminalprävention“ zur Planung, Durchführung und Evaluation kriminalpräventiver Projekte heraus. Darüber hinaus beschäftigt sich das Gremium aktuell mit den Schwerpunktthemen Senioren sowie Jugend und Migration. Am 5.07.2005 richtet es sein 3. Kriminalpräventives Forum „Gesellschaftliche Integration – eine Illusion?“ in der Stadthalle im Congress-Center der Landeshauptstadt Düsseldorf (CCD) aus.

Kontakt:

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Völklinger Str. 24, 40221 Düsseldorf

Fon 02 11-9 39-87 01; Fax 02 21-9 39-87 05

susanne.meffert@lka.nrw.de

Landespräventionsrat Sicherheits- offensive Brandenburg

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR) wurde am 21. März 2000 gegründet.

Der LPR will durch sein Wirken zur Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention beitragen. Deshalb verknüpft und koordiniert er die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen sowie das Engagement der Bürger miteinander. Die Aufgaben des LPR sind u.a. die „Politikberatung“; die Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können; die Unterstützung der kommunalen Räte der Kriminalitätsverhütung; die Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen; die Erarbeitung und Veröffentlichung von Publikationen zur Kriminalprävention sowie die Erforschung von Kriminalitätsursachen. Der LPR wird durch den Vorstand nach außen vertreten. Dieser besteht aus dem Minister des Innern als Vorsitzendem, der Ministerin der Justiz, dem Minister für Bildung, Jugend und Sport und der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Das Plenum des LPR setzt sich derzeit aus 89 staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Einrichtungen, Organisationen, Vereinigungen und Verbänden zusammen. Im LPR wirken bei der Umsetzung der Aufgaben die Arbeitsgruppen „Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz, Jugendschutz“; „Drogenkriminalität“; „Kommunale Netzwerke“ und „Opferschutz/Opferhilfe“. Die Geschäftsstelle des LPR ist im Geschäftsbereich der Landesregierung beim Minister des Innern eingerichtet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg

Henning-von-Tresckow-Straße 9–13, 14467 Potsdam

Fon 03 31-8 66 24 89; Fax 03 31-8 66 28 60

lpr@mi.brandenburg.de

www.landespraeventionsrat.brandenburg.de

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Um die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln, gemeinsame Konzepte und Projekte zur Reduzierung von Kriminalitätsursachen zu entwickeln und auf kommunaler Ebene für diese Idee zu werben, wurde im Oktober 1990 in Schleswig-Holstein – erstmals in Deutschland – der Rat für Kriminalitätsverhütung (Landes-Rat) gegründet.

Mittlerweile gibt es in über 90 schleswig-holsteinischen Städten und Gemeinden kommunale kriminalpräventive Räte. Gemeinsam sollen Bedingungen geschaffen werden, in denen Anreize zur Kriminalitätsbegehung verringert, die Hemmschwelle, Mitmenschen Schaden zuzufügen, erhöht, das Rechtsbewusstsein und die Bereitschaft der Menschen für einander einzutreten, gestärkt werden. Eine wichtige Aufgabe des Landes-Rates ist darüber hinaus die Politikberatung, die sich auch in den kriminalpräventiven Konzepten widerspiegelt, die von Arbeitsgruppen des Landes-Rates konzipiert worden sind (siehe www.kriminalpraevention-sh.de)

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Fon 04 31-9 88 31 56; Fax 04 31-9 88 31 04

Rfk-sh@im.landsh.de

www.kriminalpraevention-sh.de

Landesrat für Kriminalitätsverhütung / IQSH des Landes Schleswig-Holstein

PIT (Prävention im Team) unterstützt Schulen bei der Prävention von Gewalt, Diebstahl und Sucht.

Ziele sind,

- die soziale Kompetenz der Jugendlichen zu erhöhen, besonders die Fähigkeiten zu konstruktiver Problemlösung,
- die durch Kinder und Jugendliche inner- und außerhalb der Schule begangenen Straftaten zu erringern,
- Lehrkräfte zu gewinnen, die Thematik „Jugendkriminalität“ fächerübergreifend zu behandeln,
- Die Sensibilität der Schülerinnen und Schüler für eigene Suchtgefährdung zu erhöhen,
- Das soziale Klima in der Klasse zu verbessern.

Das Projekt ist im Team erarbeitet, erprobt und seit 1997 in verschiedenen Schulen durchgeführt worden. Die Eltern sind stets eingebunden. Eingesetzte Professionen: Pädagogen, Polizeibeamte, Suchtberater und andere.

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein
IQSH des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Fon 04 31-9 88 31 56; Fax 04 31-9 88 31 04

Rfk-sh@im.landsh.de

www.kriminalpraeventionsh.de

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Der **Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)** wurde 1994 gegründet, um die staatlichen und nichtstaatlichen Aktivitäten im vorbeugenden Kampf gegen die Kriminalität landesweit zu koordinieren und zu vernetzen. Durch ihre aktive Mitwirkung in einem der Gremien des Landesrates bzw. ihre Teilnahme an kriminalpräventiven Projekten werden z.Z. mehr als 90 Behörden, Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Medien und Einzelpersonen als Mitglieder des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung gezählt.

Der LfK sieht seine Aufgaben vor allem darin,

- gesamtgesellschaftlichen Sachverstand und Initiativen zu bündeln,
- Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten (Politikberatung),
- den Aufbau und die Tätigkeit der kommunalen Präventionsräte zu unterstützen,
- lokale Präventionsprojekte zu fördern und
- die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Gremien des LfK sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat, z.Z. sieben Arbeitsgruppen sowie die Geschäftsstelle. Vorsitzender des LfK ist Innenminister Dr. Gottfried Timm. Zu den wichtigsten Arbeitsergebnissen des LfK zählten in den vergangenen sieben Jahren u.a. die Ausrichtung von drei Landespräventionstagen und sieben weiteren landesweiten bzw. länderübergreifenden Fachtagungen, die Veröffentlichung von 21 Ausgaben der Zeitschrift „impulse“ zu speziellen Themen der Kriminalitätsvorbeugung sowie die finanzielle Förderung von ca. 650 Präventionsprojekten vor Ort mit über 1,5 Mio. EUR.

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Karl-Marx-Straße 1, 19048 Schwerin
Fon 03 85-5 88-24 60; Fax 03 85-5 88-29 87
lfk@kriminalpraevention-mv.de
www.kriminalpraevention-mv.de

LandesSportBund Niedersachsen e.V. Sportjugend Niedersachsen

Der **LandesSportBund Niedersachsen** ist

- sportpolitischer Lobbyist
- Mitgestalter der Sportentwicklung
- Moderator und Dienstleister
- Träger des Olympiastützpunktes Niedersachsen
- Träger des Sportinternates am OSP
- Träger der Akademie des Sports
- Ausbildungsbetrieb

Der **LandesSportBund Niedersachsen** engagiert sich für

- sportinteressierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterschiedlicher Herkunft
- die Belange der ehrenamtlich Tätigen im Sport
- die Interessen der Sportvereine
- die nachhaltige Sport- und Sportstättenentwicklung
- den Erhalt der Leistungssportstrukturen
- die Soziale Offensive im Sport
- den Dialog mit Politik und Staat
- Partnerschaften mit anderen Verbänden
- den Dialog mit der Wirtschaft

Die Sportjugend Niedersachsen ist die Jugendorganisation im LandesSportBund. Sie besteht aus den Kindern und Jugendlichen der Mitgliedsvereine des LSB und den gewählten Jugendvertreter/innen. Sie gestaltet ihre Arbeit eigenverantwortlich. Sie ist zuständig für die Bereiche der gemeinsamen sportlichen und allgemeinen Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung.

Kontakt:

LandesSportBund Niedersachsen e.V.
Sportjugend Niedersachsen

Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10, 30169 Hannover

Fon 05 11-12 68-0; Fax 05 11-12 68-1 90

info@lsb-niedersachsen.de

www.lsb-niedersachsen.de

www.sportjugend-nds.de

Landkreis Osnabrück

Der Landkreis Osnabrück kann auf eine lange Erfahrung im Bereich der Präventionsarbeit zurückblicken. Bereits 1992 wurde dort in der Stadt Dissen ein Präventionsrat gegründet. Aufbauend auf die positiven Erfahrungen sind viele Gemeinden dem Beispiel gefolgt. Heute gibt es in allen Gemeinden des Landkreises Präventionsgremien. Die Steuerung erfolgt über eine Lenkungsgruppe unter der Leitung der Frauenbeauftragten des Landkreises, Frau Dr. von Garrel. Schwerpunktmäßig werden die Themenbereiche Kinder- und Jugendgewalt, häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt in der Familie und Internet und Seniorengewalt bearbeitet. Nachdem sich die Akteure in den ersten Jahren vorwiegend mit Prävention in der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt haben und dabei die erfolgreichen Projekte „go sports tour“, „mighty one eighty“ und „Osnabrück prevents“ in die einzelnen Orte gebracht haben, wurden in den letzten Jahren Präventionsthemen breiter aufgestellt. Seit 2004 haben wir den Bereich Sicherheit für Seniorenarbeit besonders intensiviert und möchten gerade aus dieser Arbeit auf dem Deutschen Präventionstag berichten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Theaterstücken und Video-/DVD-Filmen, die einfach in Veranstaltungen/Programme zur Seniorensicherheit einzubeziehen sind.

Didaktisch bewährt sich dieser Weg, weil ältere Mitbürger auf interessante, spannende und auch humorvolle Arbeit mit dem Thema vertraut gemacht werden, ohne Ängste oder Langeweile zu erzeugen. Neue Theater- bzw. Filmvorführungen sind dabei die vorbereitende fachliche Einführung für das Gespräch mit Präventionsfachleuten bei Veranstaltungen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontakt:

Landkreis Osnabrück

Referat für Frauenfragen

Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück

Fon 05 41-5 01 40 76; Fax 05 41-5 01 44 21

sievert@lkos.de

www.lkos.de

Malteser Hilfsdienst

Präsentation: „schulische Krisenintervention“, „Abenteuer Helfen“, „Ausbildungsberechtigung Erste Hilfe“

Unter dem vom **Malteser Hilfsdienst** 1994 geprägten Motto „Hände, die helfen, schlagen nicht“ nimmt dieser Stellung für Prävention gegen Gewalt. Er gibt damit seiner Bildungsarbeit eine eindeutig positive Zielrichtung, nämlich die des Helfens. Um es auf den Punkt zu bringen: das Pflaster wird als Vehikel genutzt, um Menschen mit dem Gedanken und der Praxis des Helfens überhaupt wieder vertraut zu machen (es gibt Menschen, die benötigen Hilfe beim Schuhe zubinden, in die Jacke zu kommen und/oder/und ...).

Diese Intention spiegelt sich wieder in seinen Lehrprogrammen „Abenteuer Helfen“ für Kindergartenkinder, Grundschule und für die weiterführenden Schulen. An vielen Schulen haben sich Schulsozial-, -sanitätsdienste gegründet, die von Lehrern betreut werden, die die Vermittlung des Helfens als ein natürliches Miteinander für wichtiger erachten als Lehrgänge, in denen die Vermittlung von „Stärke zeigen und Abwehrmechanismen“ im Vordergrund stehen.

Warum immer von Gewalt reden statt zielorientiert vom positiven – hier dem Helfen?

Kontakt:

Malteser Hilfsdienst

Anderterstraße 129c, 30559 Hannover
Fon 05 11-9 59 86-49; Fax 05 11-95 9 86-40
bernhard.glasow@maltanet.de
www.malteser-hannover.de

N.I.N.A. – Bundesverein zur Prävention von sexuellem Mißbrauch an Mädchen und Jungen e.V.

N.I.N.A.

Nationale Infoline, Netzwerk und Anlaufstelle zu sexueller Gewalt an Mädchen und Jungen

01805 – 1234 65

Die erste bundesweite Infoline bietet ratsuchenden oder betroffenen Eltern, Verwandten, PädagogInnen, MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Erwachsenen schnelle Hilfe und unbürokratische Informationen zum Thema sexueller Missbrauch.

Initiiert wurde N.I.N.A. vom Bundesverein zur Prävention von sexuellem Mißbrauch an Mädchen und Jungen e.V. Mit N.I.N.A. kann es gelingen, dass immer mehr Erwachsene die Not und die Situation der betroffenen Kinder wahrnehmen und erkennen. Eine wichtige Voraussetzung, um Kinder besser vor sexueller Gewalt schützen zu können. Egal, welche Frage Sie bewegt oder welchen Rat Sie benötigen. Rufen Sie N.I.N.A. an. N.I.N.A. hilft Ihnen weiter. Hier werden Sie beraten. Hier erhalten Sie Informationen – direkt, unbürokratisch und auf Wunsch auch anonym.

Kontakt:

N.I.N.A.

Feldstraße 76, 24105 Kiel

Fon 01805-12 34 65; Fax 04 31-8 88 80 45

mail@nina-info.de

www.nina-info.de

Netzwerk gegen Gewalt

Netzwerk gegen Gewalt – Gemeinsam handeln. Mehr erreichen.

Die Hessische Landesregierung hat im Dezember 2002 den Aufbau eines landesweiten **Netzwerks gegen Gewalt** beschlossen. Beteiligt an der Initiative sind das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, das Hessische Kultusministerium, das Hessische Sozialministerium und das Hessische Ministerium der Justiz. In enger Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat sollen alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisiert werden, um Gewalt noch wirkungsvoller entgegenzutreten. Hierzu ist es wichtig, dass Schulen, Staatliche Schulämter, Jugendämter, Staatsanwaltschaften und Polizei eng zusammenarbeiten. Kommen als Partner Kommunen, Sportvereine, Vereine, Elternverbände, Ausländerbeiräte und engagierte Menschen hinzu, wird das Phänomen „Gewalt“ bald „keine Schule mehr machen“.

Das **Netzwerk gegen Gewalt** leistet Unterstützung bei der Einrichtung von neuen Präventionsräten auf kommunaler Ebene, bietet Fachtagungen an, fördert Projekte, wie das Projekt „Prävention im Team“ (PiT Hessen), das zur Zeit modellhaft an weiterführenden Schulen in den Städten Offenbach und Frankfurt am Main, sowie im Kreis Offenbach erprobt wird. Im Februar 2005 hat das **Netzwerk gegen Gewalt** mit der hessenweiten Ausdehnung der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ begonnen. Diese Kampagne zur Stärkung der Zivilcourage wurde bereits 1997 durch den Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main in Kooperation mit der Polizei entwickelt. Derzeitiger inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit des Netzwerks gegen Gewalt ist das Thema „Jugend und Gewalt“.

Kontakt:

Netzwerk gegen Gewalt

Hölderlinstr. 5, 65187 Wiesbaden

Fon 0611-831660 und -1661; Fax 0611-831665

info@netzwerk-gegen-gewalt.de

www.netzwerk-gegen-gewalt.de

Nicht bei mir – Initiative für aktiven Einbruchschutz

Die Verbände der Sicherheitswirtschaft haben gemeinsam mit der Polizei im April 2004 eine herstellerneutrale Aufklärungskampagne zum Schutz von Bürgern und Gewerbetreibenden vor Einbruch, Brand- und Gasgefahren gestartet. Unter dem Motto „**Nicht bei mir** – Initiative für aktiven Einbruchschutz“ weisen die Initiatoren auf Sicherheitslücken in Haus, Wohnung und Büro hin. „Nicht bei mir“ informiert über wirksame Gegenmaßnahmen, zeigt Wege zur fachlichen Beratung auf und motiviert dazu, aktiv Gegenmaßnahmen zu treffen.

Mit der Aufforderung zu aktivem Einbruchschutz wollen die Initiatoren die objektive Sicherheitssituation und somit das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern. Auf diese Weise leistet die Initiative einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung. Erstmals ist es gelungen, Erfahrungen, Aktionen und Instrumente in einer verbands- und produktübergreifenden Initiative rund um den Einbruchschutz zu bündeln.

Die Initiative wird von dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) unterstützt und von folgenden Verbänden getragen:

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI), Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE), Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS), Fachverband Schloss- und Beschlagindustrie e.V. (FV S+B)

Mehr über die Initiative unter www.nicht-bei-mir.de

Kontakt:

Nicht bei mir – Initiative für aktiven Einbruchschutz
Vertr. durch eobiont GmbH

Immanuelkirchstr. 3-4, 10405 Berlin

Fon 0 30-44 02 01 30; Fax 0 30-44 02 01 50

redaktion@nicht-bei-mir.de

www.nicht-bei-mir.de

Niedersächsisches Kultusministerium – Projekt „Schule.konfliktfähig“

„Schule.konfliktfähig“ wurde im November 2003 vom Kultusminister des Landes Niedersachsen, Bernd Busemann, offiziell gestartet. Möglich wurde die Realisierung des Projekts durch die Zusammenarbeit der Landesschulbehörde Abteilung Braunschweig und dem Energiedienstleister Avacon AG aus Helmstedt.

Die Idee von „Schule.konfliktfähig“ ist es, an möglichst vielen Schulen Strategien zur Konfliktvermittlung zu etablieren. Lehrkräften wurde daher die Möglichkeit angeboten, sich zu so genannten Mediatoren ausbilden zu lassen. Zurück an ihrer Schule geben sie ihr Wissen an die Schüler weiter, die dann als Konfliktlotsen, also als eine Art professioneller Streitschlichter für ein weniger aggressives Klima sorgen sollen. Diese Konfliktlotsen lernen nicht „nur“, anderen bei der Konfliktbewältigung zu helfen, sondern erwerben darüber hinaus eine vielseitige Vertiefung ihrer generellen psycho-sozialen Fähigkeiten. Die Ausbildung der Lehrkräfte ist modulartig aufgebaut, in der ersten Phase geht es um die Ausbildung von Lehrkräften zu Konfliktvermittlern, dies übernehmen zertifizierte Mediatoren des Bundesverbandes Mediation. Im zweiten Baustein geht es um Sozialverhaltenstraining, die Einführung des Themas an der eigenen Schule und um die Ausbildung der Schülermediatoren, auch Konfliktlotsen genannt. Sie sollen bei Streitigkeiten ihrer Mitschüler vermittelnd eingreifen, mögliche Konfliktsituationen möglichst im Anfangsstadium schon auflösen, durch Gespräche der streitenden Parteien langfristig klären und unter Anleitung eine von allen akzeptierte Lösung finden.

Kontakt:

Niedersächsisches Kultusministerium

Postfach 161, 30001 Hannover

Fon 05 11-1 20-71 24; Fax 05 11-1 20-74 64

horst.roselieb@mk.niedersachsen.de

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen

Selbstdarstellung der NLS

Die **Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS)** ist als Dachorganisation die zentrale Fachstelle für Suchtprävention und Suchthilfe in Niedersachsen.

Das Netzwerk von Einrichtungen umfasst

- 77 ambulante Fachstellen für Sucht und Suchtprävention (einschließlich Nebenstellen: 121),
- 11 Fachkliniken für Alkohol- und Medikamentenabhängige,
- 21 Therapeutische Gemeinschaften für Drogenabhängige,
- 12 Langzeiteinrichtungen für chronisch Suchtkranke,
- 7 Adaptionseinrichtungen für Abhängige vor bzw. nach stationärer Therapie,
- sowie 695 Selbsthilfegruppen.

Diese Einrichtungen sorgen dafür, dass Menschen mit Suchtproblemen frühzeitig und persönlich eine angemessene Beratung und wirksame Hilfen erhalten. Ausgehend von ihrem Selbstverständnis und ihrer Geschichte sieht sich die NLS als Anwältin für Menschen mit Suchtproblemen.

Die NLS ist eine Fach-Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW). Sie unterhält eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle, die im Wesentlichen aus Mitteln des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (MS) finanziert wird. Dadurch ist es möglich, die Suchthilfe und Suchtprävention effektiv zu organisieren und auf Landesebene die Weiterentwicklung der Hilfen und Präventionsmaßnahmen im Dialog mit allen Sozialpartnern zu fördern.

Kontakt:

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen

Podbielskistr. 162, 30177 Hannover

Fon 05 11/62 62 66-0; Fax 05 11/62 62 66-22

info@nls-online.de

www.nls-online.de

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Das Präventions- und Integrationsprogramm PRINT

Das gemeinsame Programm vom **Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit** und vom Niedersächsischen Kultusministerium zielt auf eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sowie auf die Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher und den Abbau von Fremdenfeindlichkeit. Mit insgesamt 77 vom Land Niedersachsen geförderten Projekten ist ein landesweites Präventionsnetzwerk entstanden.

47 sogen. Grundbausteine übernehmen in ausgewählten Sozialräumen zentrale Koordinierungsfunktionen bei der Entwicklung lokaler Präventions- und Integrationskonzepte. Sie wirken als Knotenpunkte auf örtlicher Ebene, aus denen sich ein Netzwerk institutioneller Zusammenarbeit gebildet hat. An den projektbeteiligten Schulen finden unter Beteiligung von Vereinen, Verbänden, Jugendhilfe und Schule Nachmittagsangebote für Schülerinnen und Schüler statt.

30 sogen. Schwerpunktbausteine erarbeiten neue Handlungsansätze für gezielte Integrationsstrategien in Vereinen, beim Übergang von der Schule in den Beruf und zur gesellschaftlichen Teilhabe/Partizipation.

Eine zusätzliche, relevante Komponente bildet die Weiterbildung von Präventionsfachkräften in einem Tandemmodell. Je eine Lehrkraft und eine Fachkraft der Kinder- und Jugendhilfe werden gemeinsam qualifiziert. Mit diesen Kooperationsprojekten entsteht ein zusätzlicher Mehrwert, der die Jugendhilfe- und Schullandschaft mit über 600 Impulsen aktueller Themen bereichert.

Kontakt:

**Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Frauen, Familie und Gesundheit**

Postfach 1001, 30001 Hannover

Fon 05 11-1 20 29 55; Fax 05 11-1 20 99 29 55

reinhard.teuber@ms.niedersachsen.de

www.ms.niedersachsen.de

pad e.V.

Pad e.V. Eltern und Jugendliche gegen Drogenmißbrauch

Gegründet 1990 auf Initiative engagierter Eltern, Lehrer und Jugendlicher vereint der pad e.V. derzeit über 20 Projekte und Einrichtungen in drei Berliner Bezirken und im Land Brandenburg. Dabei entwickelte sich ein sinnvoll aufeinander abgestimmtes System primär- und sekundärpräventiver Betreuungs-, Beratungs- und Einzelfallhilfsangebote.

Zu den Hauptschwerpunkten zählen:

- Kontakt- und Beratungsangebote
- offene Kinder- und Jugendarbeit
- Angebote und Leistungen im Rahmen der §§27ff KJHG
- Ambulante Betreuungsangebote für junge Straffällige
- Elternarbeit
- Multiplikatorenarbeit; Fortbildung

Der pad e.V. ist beim 10. DPT vertreten durch das **Projekt Schadenswiedergutmachung/Opferfonds-Graffiti**.

Das seit 1996 erfolgreich praktizierende Projekt betreut jugendliche bzw. heranwachsende Ersttäter im Alter von 14 bis 21 Jahre aus dem urbanen Großraum Berlin und Brandenburg, die nachweislich Sachbeschädigungen in Form von Graffiti, Scratches, Edding und anderen Arten des Vandalismus im Bereich des öffentlichen Personalverkehrs sowie bei anderen Unternehmen begangen haben.

Das **sozialpädagogische Angebot** ermöglicht eine schnelle Reaktion auf delinquentes Verhalten von Jugendlichen, läuft außerhalb und unabhängig vom strafrechtlichen Verfahren und bearbeitet die zivilrechtlichen Forderungen der Geschädigten.

Kontakt:

pad e.V.

Ahrenshooper Str. 7, 13051 Berlin

Fon 0 30/9 20 00 25; Fax 0 30/9 24 52 19

gsw@padev.de

www.padev.de

Polizeidirektion Braunschweig

Polizeidirektion Braunschweig und Präventionsteam der Polizeiinspektion Goslar (PI Goslar)

Fitnesspakete für Schulen – Kraft gegen Gewalt

Netzwerkprävention mit **Polizei & Schule & WEISSER RING & BIPNI**

Das Phänomen „Gewalt in der Schule“ mit einem sozialpädagogisch begleiteten Maßnahmenbündel einzudämmen, dass ist Ziel der Projektgruppe „KRAFT GEGEN GEWALT“, in der Schulen, Polizei, Bildungsinstitut der Polizei Nds. (BIPNI) und der Weiße Ring vertreten sind. Aggressionen der Schüler sollen durch Sport abgebaut und das Zivilcourageverhalten verbessert werden. Die **Onlinebefragungsergebnisse** von Schülern, Eltern und Lehrer zur Gewalt werden vom BIPNI vorgestellt. In einer **Fotoausstellung** werden die „Fitnesspakete“ mit Bausteinen: Boxsäcke zum Aggressionsabbau, Videofilme gg. Gewalt, Konfliktschlichterausbildung, Vorträge der Polizei über Waffen, Gewalt und Zivilcourage, Fitbox-training im Fitnesscenter und Infos vom WEISSEN RING visualisiert. Unter dem Motto: „Wer boxt, prügelt nicht!“ durften Konfliktschlichter die Boxweltmeisterin Regina Halmich persönlich kennenlernen. Zusammen mit der Polizei und dem WEISSEN RING unterstützt die Sportlerin von Universum Box-Promotion die Bemühungen für eine gewaltfreie Schule und wirbt mit Plakaten für mehr Zivilcourage. Erste Untersuchungsergebnisse des BIPNI bestätigen, dass sporttreibende Schüler weniger Opfer von Gewalt werden und zugleich mehr Zivilcourage in der Schule zeigen. Mehr Infos unter www.fhnet.kgg.org

Kontakt:

Polizeidirektion Braunschweig

Friedrich-Voigtländer-Straße 41, 38104 Braunschweig
Fon 0 53 21-33 92 05 (Herr Koschig); Fax 0 53 21-33 91 40
Guenter.koschig@polizei.niedersachsen.de
www.polizei-goslar.de

Polizeidirektion Fürth

Die **Polizeidirektion Fürth** ist seit fast 10 Jahren mit Jugendkontaktbeamten im Streifendienst an Treffpunkten von auffälligen Jugendlichen im öffentlichen Raum präsent. Über die reine Kontaktarbeit hinaus, wird auf delinquente Gruppenprozesse frühzeitig reagiert und mit flexiblen Maßnahmen interveniert. Dabei arbeiten die polizeilichen Jugendbeamten vernetzt mit der kommunalen Jugendarbeit, dem Jugendamt, den Schulen und anderen Fachstellen zusammen. Im Laufe der Zeit wurde ein Interventionskonzept entwickelt und Standards für die lokale polizeiliche Kontaktarbeit festgelegt. Dieses konzeptionelle und methodische Vorgehen, beginnend mit einer fundierten Prognoseentscheidung bis letztlich hin zu einer lockeren Nachbetreuung der auffälligen Cliquen und „Gangs“, verleiht den eingesetzten Beamten Handlungssicherheit und könnte auch in anderen Bereichen umgesetzt werden.

Kontakt:

Polizeidirektion Fürth

Kapellenstr. 10, 90762 Fürth

Fon 09 11-75 90 52 24; Fax 09 11-75 90 52 24

michael.gengler@polizei.bayern.de

Polizeidirektion Hannover

In Anlehnung an das Schwerpunktthema des 10. DPT „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“ präsentieren die Beauftragten für Kriminalprävention der Polizeidirektion Hannover in Kooperation mit dem Kommunalen Kriminalpräventionsrat Hannover nachfolgende Präventionsthemen und bestehende Netzwerke:

- Das Präventionsangebot der Polizeidirektion Hannover
- Die MittlerInnen für ausländische MitbürgerInnen und Aus-siedler
- Das Netzwerk HAIP (Hannoversches Interventionsprogramm gg. Männergewalt in der Familie) unter Beteiligung:
 - PPS (Präventionsprogramm Polizei – Sozialarbeit)
 - Frauen-/ und Kinderschutzhaus
 - Bestärkungsstelle für von Gewalt betroffene Frauen
 - SUANA (Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Migran-tinnen)
 - Männerbüro Hannover e.V.
 - Waage e.V.
 - Kommunalen Sozialdienst der Stadt Hannover
- Die Institution „PPS – Präventionsprogramm Polizei – Sozialarbeit“
- Die Arbeitsgruppe „Kriminalprävention im Städtebau“
- Den ExpertInnenkreis „Sicher mit Bus und Bahn“
- Das Präventionsprojekt „Streetmusical“
- Das Präventionsprojekt „Schule ohne Rassismus“

Kontakt:

Polizeidirektion Hannover

Waterloostr. 9, 30169 Hannover

Fon 05 11-1 09-11 11; Fax 05 11-1 09-11 00

bfk@pd-hannover.polizei.niedersachsen.de

www.polizei.niedersachsen.de

Polizeidirektion Lüneburg

Gewaltprävention im schulischen Bereich

Im Rahmen dieses Informationsstandes beabsichtigen die PD Lüneburg und die Landesschulbehörde eine gemeinsame Präsentation von verschiedenen Konzepten, die der Gewaltprävention an Schulen dienen.

Der Schwerpunkt wird aus Sicht der PD Lüneburg auf der Darstellung der gemeinsamen Steuergruppe „Gewalt an Schulen (GewaS)“ liegen, die ein gestuftes Konzept für eine Veranstaltungsreihe zur Aus- und Fortbildung von Lehrern, Schulpsychologen und Polizeibeamten entwickelt hat.

Hintergrund ist der Gem. RdErl. des MK, MI und MJ vom 30.09.2003, der die zu intensivierende Zusammenarbeit von Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft fordert.

Beispielhaft für die Präventionsarbeit werden zwei praxisorientierte Beiträge vorgestellt. Einerseits wird das gemeinsame Projekt der Präventionspuppenbühne Lüneburg der **Polizeidirektion Lüneburg** und der Landesbereitschaftspolizei, andererseits seitens der Landesschulbehörde das Qualitätsmodell „Sozialkompetenz und Mediation“ in seiner konkreten Ausgestaltung an der Realschule Embsen präsentiert.

Darüber hinaus sind weitere Abteilungen der Landesschulbehörde mit Beispielen und Materialien aus der Präventionsarbeit vertreten.

Kontakt:

Polizeidirektion Lüneburg

Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg

Fon 041 31-29-11 10; Fax 0 41 31-29-11 75

praevention@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

www.polizei.niedersachsen.de/dst/pdlg/pd_lueneburg/

Polizeidirektion Nürnberg

Gemeinsamer Infostand der Polizeidirektion Nürnberg, des Allgemeinen Sozialdienstes und der Schule

Es werden die Erfordernisse und Ergebnisse der Kooperation zwischen Polizei, den städtischen sozialen Diensten und der Schule in Nürnberg präsentiert, wie sie in erster Linie im Rahmen des Modellprojektes Polizei – Jugendhilfe – Sozialarbeit – (Schule) erarbeitet wurden. Das Modellprojekt PJS begann 1998 mit einer Laufzeit von 5 Jahren seine Arbeit. Es wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen unterstützt.

Im Projektschwerpunkt „Kooperation“ wurden Standards und Verfahren entwickelt, die eine dauerhafte und personennunabhängige Kooperation zwischen der Polizei, dem Allgemeinen Sozialdienst, dem Jugendamt und den Schulen, sowie teilweise der Justiz gewährleisten.

Von den beteiligten Dienststellen werden diese Ergebnisse nun durch Beauftragte für die Kooperation gesichert und weiterentwickelt.

Im September 2001 wurde der Schwerpunkt „Häusliche Gewalt – Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes“ eingerichtet. Damit sollte die Intervention und Kooperation bei häuslicher Gewalt, modellhaft für andere Kommunen in Bayern, verbessert werden. Die Arbeitsergebnisse dieses Projektschwerpunktes sowie die des Arbeitskreises „Häusliche Gewalt“ und die Einführung der Schwerpunktsachbearbeiter „Gewalt im sozialen Nahraum“ bei der Polizeidirektion Nürnberg sind Inhalte der Präsentation.

Kontakt:

Polizeidirektion Nürnberg

Jakobsplatz 5, 90402 Nürnberg

Fon 09 11-2 11-23 73; Fax 09 11-2 11 33 35

pdn.pjs@web.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Das Programm **Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)** ist ein länderübergreifendes finanziertes und konzipiertes Vorbeugungsprogramm, dessen interne und externe Maßnahmen des Kommunikationsauftritts zwischen den Ländern und dem Bund abgestimmt sind.

Die Polizeiliche Kriminalprävention verfolgt seit 1965 das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit und durch die Konzipierung und Herausgabe von Medien (z.B. zu den Themen Gewalt, Eigentum, Diebstahl, Einbruch, Drogen) und Konzepten (z. B. Präventionspreis der Polizei), welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

Das ProPK ist gewissermaßen die Kommunikations- und Marketingabteilung der polizeilichen Kriminalprävention und übernimmt damit unter dem Aspekt der sich ständig weiterentwickelnden Informationsgesellschaft eine sehr wichtige Aufgabe. Durch die Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und Logistikunternehmen bei der Aufbereitung der Themen sowie der Gestaltung und Verteilung der Medien ist der Kommunikationsauftritt des ProPK von einer hohen Professionalität geprägt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.polizei-beratung.de

Kontakt:

**Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes**

Zentrale Geschäftsstelle

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Fon 07 11-54 01 20 62; Fax 07 11-2 26 80 00

zgs@polizei.propk.de

Polizeipräsidium Bielefeld

Das Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt von Männern in Beziehungen wurde 1999 im Sozial- und Kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld initiiert. Kommunale, polizeiliche, sozialarbeiterische und therapeutische Intervention in Fällen häuslicher Gewalt wurden optimiert, besser aufeinander abgestimmt und vernetzt.

Die Projektverantwortung liegt bei der Gleichstellungsstelle für Frauenfragen der Stadt Bielefeld und dem Kommissariat Vorbeugung der Polizei Bielefeld.

In 7 separaten Arbeitsgruppen wurden teilprojektspezifische Konzepte erarbeitet, die im Wesentlichen die einzelnen Phasen der staatlichen Intervention bei häuslicher Gewalt aufgreifen.

Beteiligt sind Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Dienststellen der Polizei, der städtischen Sozialarbeit, der Frauenhäuser, Frauenberatungsstelle, Frauennotruf, Männerberatung, Ausländerbehörde, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwältinnen, Plenum Bielefelder Frauenprojekte, Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe, Ärztekammer Westfalen-Lippe, Familienberatungsstellen und viele andere. Vorgestellt werden die jeweiligen Arbeitsgruppen und ein Täterkonzept.

Ansprechpartner: KHK Jürgen Lambrecht 05 21-5 45 35 67

Kontakt:

Polizeipräsidium Bielefeld

Kommissariat Vorbeugung

Lerchenstraße 2, 33607 Bielefeld

Fon 05 21-5 45 35 50; Fax 05 21-5 45 35 58

heike.luetgert@bielefeld.polizei.nrw.de

www.polizei-bielefeld.de

Polizeipräsidium Bonn

Gewaltprävention – Bonner Konzepte

Schulprogramm

An Bonner Schulen wird erfolgreich ein Schulprogramm umgesetzt, um Kinder und Jugendliche für jugendtypische Situationen notwendige Handlungskompetenzen zu geben. Es ist abgestuft auf die Jahrgangsstufen 5–12. Thematisiert werden der Jugendschutz, die Gewalt- und Suchtprävention. Die Schulen sind zur pädagogischen Vor- und Nachbereitung angehalten. Das Angebot ist eingebettet in ein Schulkonzept, zu der auch die Elternarbeit gehört.

Selbstbehauptungskurse für Frauen und Mädchen

Frauen und Mädchen sind aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit oft in einer Opferrolle. Viele Straftaten geschehen nach Mustern und könnten bei Verhaltensänderung vermieden werden. Die Kurse werden seit 1993 durchgeführt und 2003 evaluiert. Sie bauen auf der Prämisse auf, dass Hauptmotivation des Täters die Erniedrigung und Demütigung der Frau ist. Diese Problematik wird in den Kursen aufgegriffen, um Frauen und Mädchen Handlungskompetenz zur Bewältigung von Angriffen zu vermitteln.

Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt

Mit der Ausstellung „Eva hat das Leiden satt“ wurde in Bonn zur Einführung des Gewaltschutzgesetzes die Öffentlichkeit für das Thema „Häusliche Gewalt“ sensibilisiert. In Arbeitskreisen sind Polizei und Institutionen aktiv, die mehrere Projekte zu dieser Thematik entwickelten: mehrsprachige Broschüren und Flyer, Plakataktion in ÖPNV, Umsonstpost- und Notfallkarten.

Kontakt:

Polizeipräsidium Bonn

Kommissariat Vorbeugung

Bornheimer Str. 25, 53111 Bonn

Fon 02 28/15 48 60; Fax: 02 28/15 12 30

KVorbeugung-Bonn@t-online.de

Polizeipräsidium Osthessen

1. Projektbezeichnung: SMOG (Schule machen ohne Gewalt)

2. Projektbeginn: 1999 als ein Projekt der Polizei, des Jugendamtes u. des Staatlichen Schulamtes im Vogelsbergkreis, seit Januar 2002 ganz wesentlich getragen und weiterentwickelt durch den Verein SMOG e.V.

3. Projektziele: Vermittlung von Strategien an Schüler. Eltern und Erzieher zur Vermeidung von gewaltgeneigten Konflikten im Rahmen eines funktionierenden regionalen Netzwerkes. Gewährleistung einer frühzeitigen und abgestimmten Intervention bei strafrechtlich relevanten Gewalthandlungen. Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen durch Gewinnung von bekannten Persönlichkeiten aus dem Bereich der Politik und des Sports.

4. Projektelemente

Informationsveranstaltungen für Eltern und Lehrerkollegien; Moderation von pädagogischen Tagen zum Thema „Gewalt- und Suchtprävention; Seminare für Kinder und Jugendliche (z.B.: Schüler-Streitschlichter-Projekte, Antikonflikttraining „Cool sein – cool bleiben“, Verhaltenstraining für Grundschüler „Nicht mit mir“, Buslotsenausbildung, Gewaltpräventionsprojekt „faustlos“ der Universität Heidelberg); Schaltung einer „SMOGline“ (Telefondirektverbindung zu ausgebildeten Jugendsachbearbeitern der Polizei) für Schüler, Lehrer und Eltern; Intensive Öffentlichkeitsarbeit; Ressortübergreifende fallbezogene Intervention unter Beteiligung der Betroffenen, Eltern, Lehrer, Schulpsychologen, des Jugendamts, der Jugendgerichtshilfe und der Polizei.

Kontakt:

Polizeipräsidium Osthessen

Severingstr. 1–7, 36041 Fulda

Fon 06 61-1 05-20 20

Kontakt@smogline.de

www.smogline.de

Polizeipräsidium Potsdam Schutzbereich Teltow-Fläming

POK Lehnhardt vom Polizei Schutzbereich Teltow-Fläming stellt sein Anti-Gewalt-Projekt „Klasse ohne Gewalt“ bzw. „Strafgesetzbuch einer 5 Klasse“ vor. In diesem Projekt haben SchülerInnen ihre Regeln aber auch Strafen für ihre Klasse, um das Zusammenleben in ihrer Klasse zu verbessern, erarbeitet. Kerstin Schneider, JOB e.V, Fachbereichsleiterin Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit stellt ihr Wut- Projekt Klasse 4–6 vor, in dem es um den Umgang mit diesem Gefühl geht, sowie das Handbuch „Gemeinsam Lernen – Prozess zur sozialen Kompetenz mit und im System“. Das Handbuch wurde für Schulen der Jahrgangsstufen 7–10 entwickelt. Kerstin Schneider und Olaf Lehnhardt arbeiten seit mehreren Jahren auf diesem Gebiet zusammen.

Kontakt:

**Polizeipräsidium Potsdam Schutzbereich Teltow-Fläming
JOB e.V.**

Grabenstr. 23, 14943 Luckenwalde

Fon 0 33 71-40 44 20; Fax 0 33 71-40 43 29

kerstin.schneider@job-ev.de

Präventionsrat Bremerhaven

Das Zivilcourageprojekt „Wir machen mit! Mut gegen Gewalt“ wurde 1999 im Präventionsrat der Stadt Bremerhaven als Idee entwickelt und über ein primär städtebaulich ausgerichtetes Programm mit EU-Förderung im Stadtteil Geestemünde in Form von Einzelprojekten realisiert. Das zeitlich und inhaltlich bis 2006 geplante und größtenteils bereits umgesetzte 3-Phasen-Modell sah und sieht vor, neben der Schaffung von Medien (Phase 1), der Verbesserung der Vernetzung im Stadtteil (Phase 2) und der Ausweitung der Aktion auf die gesamte Stadt (Phase 3), eine Evaluation jeder Phase von externer Stelle vornehmen zu lassen. Die Einzelprojekte der jeweiligen Aktionsphasen wurden u.a. von Schulen, dem regionalen Polizeirevier, dem Jugendamt und vielen Geschäftsleuten selbständig ausgedacht und umgesetzt. Voraussetzung war lediglich, dass das jeweilige Projekt den Zielen bzw. Vorgaben des Konzeptes und den Regularien der Europäischen Union entsprachen.

Im Jahr 2004 wurde die Arbeit mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention durch die Stiftung „Deutsches Forum Kriminalprävention“ Münster ausgezeichnet.

Auf unserem Infostand treffen Sie Projektverantwortliche, die Ihnen konkrete Hinweise zur Nutzung von Förderprogrammen der EU, zu den Erfahrungen mit der Konzepterstellung und -umsetzung sowie zu Formen und Ergebnissen einer Evaluation kommunaler Kriminalprävention geben können.

Kontakt:

Präventionsrat

Hinrich-Schmalfeldt-Straße, 27578 Bremerhaven

Fon 04 71-9 53 11 00; Fax 04 71-9 53 11 09

j.seedorf@polizei.bremerhaven.de

Präventionsrat der Stadt Burgdorf

Zusammenarbeit im Stadtteil als Voraussetzung einer gelingenden präventiven Sozialarbeit am Beispiel der Südstadt in Burgdorf

„Sozialraumorientierung“ und „Vernetzung“ sind Begriffe, die häufig im sozialen Kontext bemüht werden und daher Vielen bereits sehr abgenutzt erscheinen.

Dennoch wollen wir am Beispiel der Südstadt in Burgdorf aufzeigen, wie erfolgreich kleinräumig organisierte und verzahnte Stadtteilarbeit durch den organisierten und kontinuierlichen Einsatz vieler ehrenamtlich- und professionell Tätiger sein kann. Dass eine solche Zusammenarbeit insbesondere in sog. sozialen Brennpunkten notwendig ist, steht für uns außer Frage.

Der **Präventionsrat der Stadt Burgdorf** ist mittlerweile fest integrierter Bestandteil dieser Arbeit und beteiligt sich aktiv an der Unterstützung, Initiierung und Steuerung neuer Projekte, die gemeinsam als wichtig erachtet werden.

Wie ein lebendiges soziales Miteinander trotz vielfältiger Problemstellungen aussehen kann, wollen wir auf unserem Stand dokumentieren.

Seien Sie also herzlich willkommen, unseren Stand Nr. 45 zu besuchen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Wolfgang Müller

Vorsitzender des Präventionsrates der Stadt Burgdorf

Kontakt:

Präventionsrat der Stadt Burgdorf

Immenser Str. 34 a, 31303 Burgdorf

Fon 051 36-75 38; Fax 051 41-20 67 92

praeventionsrat@burgdorf.de

www.praeventionsrat-burgdorf.de

Präventionsrat der Stadt Göttingen

Göttingen ist neben Hildesheim einer der beiden Standorte, an denen die im März 2000 vorgelegten Vorschläge der Kommission „Jugend“ des LPR modellhaft erprobt wurden. In sechs Handlungsfeldern wurde versucht, Grundlagen für eine gezielte Präventionsarbeit zur Verhinderung bzw. Verringerung abweichenden und kriminellen Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

In folgenden sechs Projekten wurden die Vorschläge der Kommission Jugend umgesetzt:

- Grundlagen einer gemeinsamen Datenerfassungssystematik zwischen Stadt und Polizei.
- Aufbau eines interdisziplinären Arbeitskreises „Jugend“ in der Göttinger Innenstadt.
- Bildung einer Arbeitsgruppe mit den lokalen Medien und den Pressestellen von Stadt, Polizei und Staatsanwaltschaft zur Erarbeitung von Richtlinien hinsichtlich des medialen Umgangs mit dem Thema Jugendkriminalität.
- Fundraising und Sponsoring für lokale Präventionsprojekte.
- Begleitung von delinquenten Jugendlichen während und nach der Haft (BASIS).
- Regionalmodell Göttingen zur Gewaltprävention an Schulen.

Die Erfahrungen und Ergebnisse aus der Durchführung der o.g. Projekte im Rahmen des Modellstandortes sind mittlerweile in einem Abschlussbericht zusammengefasst und werden am Infostand des Präventionsrates der Stadt Göttingen dargestellt.

Kontakt:

Präventionsrat der Stadt Göttingen

Hiroshimaplatz 1–4, 37073 Göttingen

Fon 05 51/4 00-29 01; Fax 05 11/4 00-33 45

c.wittenstein@goettingen.de

Präventionsrat Hildesheim

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Präventionsrates Hildesheim liegt in der Ausbildung von Mediatoren und Streitschlichtern. Nach diversen durchgeführten und geförderten „Einzelprojekten“ wurde im Herbst 2002 das Hildesheimer Netzwerk „Sozial kompetente Schule – Konstruktive Konfliktlösung durch Mediation“ gegründet. Beteiligt sind an diesem Netzwerk der Förderverein des Präventionsrates Hildesheim, die Regionale Lehrerfortbildung, die AG Wert(e)volle Schule, die Schulpsychologie, die Volkshochschule Hildesheim sowie die sechs beteiligten Schulen unterschiedlicher Schulformen; weitere zwei Schulen kommen im April 2005 hinzu. Inhalt des Projekts sind neben der Ausbildung zum Schulmediator/ zum Konfliktlotsen, Supervision, Projektberatung und Coaching durch die Volkshochschule Hildesheim. Alle Projektbeteiligten sind miteinander vertragliche Verpflichtungen eingegangen. Für die teilnehmenden Schulen war u.a. ein Gesamtkonferenzbeschluss Voraussetzung für eine Teilnahme. Bislang haben an dem Projekt 35 Lehrkräfte und mehr als 200 Schülerinnen/Schüler teilgenommen. Das Projekt ist evaluiert. Im Jahr 2004 wurde erstmals in Hildesheim ein Streitschlichtertag mit über 90 TeilnehmerInnen durchgeführt. Weitere Informationen erhalten Sie von Projektbeteiligten am Stand oder auf unserer Homepage.

Seit Gründung des Präventionsrates Hildesheim im Jahr 1998 wurden von den sechs Arbeitsgruppen mehr als 30 Projekte initiiert, konzipiert, durchgeführt und unterstützt. Mitglieder des Präventionsrates informieren über diese Projekte Diverse Videoaufnahmen, Power Point Präsentationen und Flyer stehen zur Verfügung.

Kontakt:

Präventionsrat Hildesheim

Markt 2, 31134 Hildesheim

Fon 051 21-30 13 99; Fax 051 21-30 15 58

p.schoeps@stadt-hildesheim.de

www.praeventionsrat-hildesheim.de

Präventionsrat Linden-Limmer

Der **Präventionsrat Linden-Limmer** wurde am 28. Januar 1998 auf Beschluss des Bezirksrates Linden-Limmer offiziell gegründet.

Der Präventionsrat will zuhören, beraten, unterstützen und aktivieren. Ihm gehören an: VertreterInnen der Bezirksratsfraktionen, VertreterInnen der örtlichen Kirchengemeinden, der Polizei, des Forums für Kinder- und Jugendarbeit, der Schulen, Geschäftsleute und Vereine. Die Mitglieder des Präventionsrates arbeiten ehrenamtlich. Die Sitzungen finden einmal monatlich statt und sind öffentlich.

Schwerpunkte der Arbeit sind:

- Befragungen der Bevölkerung Linden-Limmers (Wohnumfeld, Sicherheit)
- Podiumsveranstaltungen (z.B. Sicherheit von Senioren)
- Schirmherrschaften für Stadtteilstädte, Benefizveranstaltungen (z.B. für Jugendeinrichtungen)
- Auseinandersetzung mit aktuellen Themen wie z.B. Vermüllung, Drogen, Brennpunkte im Stadtbezirk, Einsparungen und deren Auswirkungen im Kinder- und Jugendbereich
- Präsentation auf dem Deutschen und dem Niedersächsischen Präventionstag
- Unterstützung und Kooperation mit dem Gewaltpräventionsprojekt GERNIE an der Integrierten Gesamtschule Hannover Linden. GERNIE, d.h.: Sozialtraining (5.Jhrg.), Erlebnispädagogik (6 Jhrg.), Selbstbehauptungskurse (7. Jhrg), Anti-Mobbing Training (8.Jhrg.), Streitschlichter Ausbildung (8. Jhrg.).

Kontakt:

Präventionsrat Linden-Limmer

Stärkestraße 21, 30451 Hannover

Fon 0511-4581309

info@praeventionsrat-linden-limmer.de

www.praeventionsrat-linden-limmer.de

Präventionsrat Oldenburg (PRO)

Der **Präventionsrat Oldenburg (PRO)** ist ein Zusammenschluss von über 35 Unternehmen, Institutionen, Organisationen, Verbänden und Vereinen der Stadt Oldenburg, die sich gemeinsam dem präventiven Gedanken und Handeln verschrieben haben. In 8 Arbeitskreisen zu unterschiedlichen Themenbereichen werden Ideen entwickelt und umgesetzt.

Zurzeit gibt es Projekte zu Themen wie: Preis für Zivilcourage, Mediationsausbildung für Lehrerinnen und Lehrer an Oldenburger Schulen, Frischer Anstrich für Oldenburg – gegen illegale Graffiti, die Ausstellung zur „Lebenswelt von Astrid Lindgren und Kinderrechte heute“, die Oldenburger Präventionstage, Sicherheitsberater für Senioren, Jugendsportpass, Hausaufgabenhilfe u.a.

Gerne informieren wir Sie über unsere Arbeit im Präventionsrat und im Förderverein

Kontakt:

Präventionsrat Oldenburg

Bergstraße 25, 26105 Oldenburg

Fon 04 41/2 35-36 11; Fax 04 41/2 35-36 12

goehler.m@stadt-oldenburg.de

www.praeventionsrat-oldenburg.de

Präventionsverein Komm.pakt e.V.

Jugendkriminalität und -delinquenz sind gesamtgesellschaftliche Phänomene und bedürfen eines gesamtgesellschaftlichen Umgangs mit dieser Thematik. Der Göttinger Präventionsverein bietet die Möglichkeit, viele gesellschaftliche Kräfte überparteilich zu bündeln, um von den Erfahrungen und Kompetenzen der jeweils anderen zu profitieren. Ziel ist es, die Zusammenarbeit aller mit Prävention befasster Institutionen und gesellschaftlicher Gruppierungen zu fördern und zu entwickeln. Dazu zählen neben Stadtverwaltung, Polizei, Justiz, Verbänden und anderen Behörden, die Schulen, Hochschulen, freie Träger der Sozialarbeit, karitative und konfessionelle Organisationen, Vereine sowie Unternehmen und Einrichtungen aus Wirtschaft, Handel und Handwerk. Durch das Aufkommen von Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern sollen Präventionsprojekte insbesondere in der Jugend- und Jugendhilfearbeit gefördert werden.

Komm.pakt e.V. stellt gemeinsam mit dem Präventionsrat der Stadt Göttingen und weiteren regionalen Partnern Projekte aus dem Modellstandort Prävention Göttingen vor.

Kontakt:

Präventionsverein Komm.pakt e.V.

Untere Karspühle 4, 37073 Göttingen

Fon 05 51-7 07 94 19; Fax 05 51-7 07 94 18

info@komm-pakt.org

www.komm-pakt.org

PrävIS – Das Informationssystem der Prävention im Netz

Das **Präventionsinformationssystem PrävIS** wurde in enger Zusammenarbeit von den Landespräventionsgremien und/oder Landeskriminalämtern der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen sowie dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) mit der Zielsetzung entwickelt,

- einen Überblick über die vorhandene Präventionslandschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen,
- den Akteuren der gesamtgesellschaftlichen Prävention eine Plattform zur Vernetzung zu bieten,
- Wissenstransfer zu unterstützen,
- Qualität, Effektivität und Effizienz von Prävention zu fördern,
- eine Komplettlösung zu ihrer Administration und Organisation zu bieten und
- den Präventionsgedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Das von der Firma up_d@te Informationsverarbeitung in Hannover programmierte System umfasst dezentrale Erfassungsmodule, Vollversionen und eine Internetdatenbank, die unter Qualitätsgesichtspunkten ausgewählte Daten aller mit PrävIS arbeitenden Gremien und Institutionen im Internet komfortabel recherchierbar zur Verfügung stellt. Die Internetdatenbank kann über die Homepages der beteiligten Gremien und Institutionen oder unter www.praevis.de aufgerufen werden.

Kontakt:

PrävIS

Dahlmannstraße 5–7, 53113 Bonn

02 28-2 80 44-0; 02 28-2 80 44-21

dfk@kriminalpraevention.de

www.kriminalpraevention.de

Ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ (Niedersachsen) – Koordinationsprojekt beim Landes- präventionsrat

Durch das Gewaltschutzgesetz werden misshandelte Frauen besser vor häuslicher Gewalt geschützt. Als flankierende Maßnahme hat das Land Niedersachsen 2001 einen „Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich“ verabschiedet. In ihm sind vielfältige Maßnahmen zur polizeilichen Krisenintervention, zur Strafverfolgung der Täter und zum Opferschutz, zum zivilrechtlichen Schutz von Frauen, zur Unterstützung der betroffenen Frauen und zur Prävention aufeinander abgestimmt worden. Ein wichtiges Ziel des Landesaktionsplans ist die Förderung der Zusammenarbeit von Polizei, Sozialarbeit und Justiz sowie der Kooperation aller Organisationen und Einrichtungen, die Unterstützungsangebote für betroffene Frauen und ihre Kinder bereithalten bzw. Täterarbeit anbieten.

Die Umsetzung dieses Ziels erfolgte durch die Einrichtung des Koordinationsprojektes „Häusliche Gewalt“ beim Landespräventionsrat. Das Koordinationsprojekt soll einen effektiven Beitrag zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Niedersachsen leisten. Hauptziel ist es, die Interventions- und Präventionsarbeit der kommunalen Gremien und Netzwerke gegen häusliche Gewalt zu entwickeln und zu optimieren.

Kontakt:

**Ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“
(Niedersachsen)**

Koordinationsprojekt beim Landespräventionsrat

Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover

Fon 05 11-1 20 52 53; Fax 05 11-1 20 52 72

info@lpr.niedersachsen.de

www.lpr.niedersachsen.de

Seilgarten Hannover

Der **Seilgarten Hannover** ist ein trägerübergreifendes Projekt der Jugendarbeit. In der Kooperation bündeln sich Kompetenzen der Jugendhilfe, der offenen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit und der Bildungsarbeit. Der Seilgarten besteht aus hohen und niedrigen Elementen, an denen unterschiedliche Kletter-, Bewegungs-, Spiel und Lernprogramme angeboten werden. Schwerpunkt bilden mehrstündige soziale Trainingsprogramme für Jugendgruppen und Schulklassen, die sich an Konzepten der „bewegungs- und erlebnisorientierten Jugendarbeit“ und an Modellen des sozialen und erfahrungsbezogenen Lernens orientieren. Die Trainingsprogramme werden eingesetzt in den Bereichen Kommunikation, Kooperation, Gruppenfindung, Bewegungsförderung, Sozialkompetenz und Präventionsarbeit. Der Seilgarten wird von der OUTDOORINITIATIVE Hannover betrieben, einem Zusammenschluss des „Vereins für Erlebnispädagogik und Jugendsozialarbeit e.V.“ und dem Jugendverband der SJD-Die FALKEN. Weitere Kooperationspartner der Jugendarbeit unterstützen das Projekt mit ausgebildeten TrainerInnen. Der FB Jugend und Familie der Stadt Hannover stellt neben Personal auch finanzielle und koordinierende Ressourcen zur Verfügung. Der Seilgarten Hannover ist Mitglied der ERCA, dem europäischen Dachverband der Seilgartenbetreiber.

Mehr unter www.seilgarten-hannover.de

Kontakt:

Mobiler Seilgarten-Hannover

Projektleitung: Outdoorinitiative Hannover

Geschäftsstelle:

Walderseestr. 100, 30177 Hannover

Fon: 05 11-6 96 60 03; Fax: 05 11-39 10 47

info@seilgarten-hannover.de

www.seilgarten-hannover.de

www.outdoor-initiative.de

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

Auf Beschluss von Bundestag und Bundesregierung wurde das **Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung** 1992 als überregionale Beratungsstelle eingerichtet. Die Ziele des TOA-Servicebüros sind darauf ausgerichtet, einen Beitrag zu leisten, „Wiedergutmachung“ als anerkannte Alternative zur traditionellen Strafrechtspraxis zu etablieren und die vermehrte, fachgerechte Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs zu erreichen. Daraus haben sich die Arbeitsschwerpunkte Qualitätssicherung, Information und Qualifikation entwickelt:

I Qualitätssicherung

- Beratung der TOA-Praxis
- Kooperation mit Forschung, Politik und Justiz
- Mitarbeit und Mitgliedschaft in internationalen Gremien
- Organisation von landes- und bundesweiten Fachtagungen u.a.

II Information

- Vorträge
- Fachzeitschrift
- Publikationen
- Website
- Tagungspräsentationen u.a.

III Qualifikation

- 1-jähriger berufsbegleitender Lehrgang zum Konfliktberater/Konfliktberaterin im Arbeitsfeld Täter-Opfer-Ausgleich
- Seminare (national und international)
- Fortbildungsveranstaltungen für verschiedene Arbeitsfelder (z.B. Justizpraxis, Schule etc.) u.a.

Kontakt:

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

Aachener Str. 1064, 50858 Köln

Fon 02 21-94 86 51 22; Fax 02 21-94 86 51 23

gd@toa-servicebuero.de

www.toa-servicebuero.de

Siemens Business Services GmbH & Co. OHG

Optimale Sicherheit für Ihre IT

Mehr und mehr Geschäftsprozesse sind heute in hohem Maße von einer funktionierenden IT abhängig. Mit der Anbindung von Geschäftsprozessen an das Internet steigen die Anforderungen an die Sicherheit von IT-Systemen. Bereits geringe Störungen können entscheidende Auswirkungen auf den IT-Betrieb Ihres Unternehmens haben.

Die Sicherheit in einem Unternehmen nachhaltig zu erhöhen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Eine einzelne technische Maßnahme reicht in der Regel nicht aus, um ein organisatorisches Problem zu lösen.

IT-Security, die Sicherheit Ihrer Systeme mit den Daten und ihren Anwendungen ist unter mehreren Aspekten zu betrachten:

Verfügbarkeit – Integrität – Authentizität – Vertraulichkeit

Sind diese nicht gewährleistet, erleidet ein Unternehmen neben einem massiven finanziellen Schaden in der Regel auch einen Imageverlust. Wir wollen Sie davor bewahren. Siemens Business Services ist Ihr kompetenter Partner in allen Fragen der IT-Security. Unsere langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung stellen wir in den Dienst unserer Kunden. Wir beraten Sie umfassend und hersteller-unabhängig.

Unsere Security Services im Überblick

Information Security Consulting – Secure Network – Secure Application – Business Availability Services – Secure Workplace – Smart Card & PKI – Managed Security Services – Physical Security – Maintenance

Kontakt:

Siemens Business Services GmbH & Co. OHG

Heinz-Nixdorf-Ring 1, 33106 Paderborn

Fon 052 51-82 88 27; Fax 052 51-82 54 93

marcus.diemer@siemens.com

www.siemens.com/sbs

Sign-Projekt/agentur prevent

www.sign-project.de

Sign – ein Präventionsprogramm setzt Zeichen

Das **Sign-Projekt** erreicht an 117 ausgewählten Schulstandorten ca. 50 000 SchülerInnen und 1 900 LehrerInnen und ist somit das größte nachhaltig arbeitende Sucht- und Gewaltpräventionsprojekt in Niedersachsen. Sign arbeitet schulformübergreifend ab Klasse 5 und begleitet die SchülerInnen bis zur 10. Klasse. Konzeptentwicklung und Fortschreibung, Organisation und gesamte Logistik dieses umfangreichen Projektes liegen in der Hand der agentur prevent aus Oldenburg. Das Sign-Projekt wird ermöglicht durch die Unterstützung von EWE AG und begleitet durch den Kultusminister des Landes Niedersachsen und die Landesschulbehörde. Ziel des Projektes ist die Vermittlung alternativer Handlungsmöglichkeiten zu Sucht und Gewalt und die Persönlichkeitsstärkung von Mädchen und Jungen. Nach entsprechenden Fortbildungen erfolgt die praktische Umsetzung in den Schulen in aufeinander aufbauenden Bausteinen. Mit dem Internetportal www.sign-project.de bietet das Sign-Projekt eine Informations- und Kommunikationsplattform für Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte rund um das Thema Sucht- und Gewaltprävention. Zu den thematischen Bausteinschwerpunkten werden jeweils Unterrichtsmaterialien, Projektstage, Workshops, Elternabende u.a. angeboten. Der neu gestaltete Internetauftritt bietet nun auch eine Suchmaschine und damit die Möglichkeit, maßgeschneiderte Informationspakete individuell zusammenzustellen. Willkommen unter: www.sign-project.de

Kontakt:

Sign-Projekt

c/o agentur prevent

Langenweg 18, 26125 Oldenburg

Fon 04 41-3 50 12 50; Fax 04 41-3 50 13 25

welcome@prevent-kom.de

www.sign-project.de

s'putnike <jungeKultur> im CJD Nienburg

Präsentation der interkulturellen, präventiven Jugendarbeit des Jugendmigrationsdienstes des CJD Nienburg, von **s'putnike <jungeKultur>** mit ihren Musicalproduktionen „on the road“ und „Go Go to Amerika“ zum Thema Integration von ZuwanderInnen mit u.a. folgenden Zielen:

- Abbau von Fremdenfeindlichkeit
- Erhöhung der Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung
- Stärkung der Identität und des Selbstbewusstseins der ZuwanderInnen
- Verbesserung des in der Öffentlichkeit vorherrschenden Image der MigrantInnen
- Vermittlung einer umfassenden inter-kulturellen künstlerisch-musischen Ausbildung an die Jugendlichen

Junge AussiedlerInnen, im Ausland geborene und einheimische Jugendliche veröffentlichen Momente ihrer Geschichte, ihrer gesellschaftliche Situation und Zukunftsvisionen mit professionellen Mitwirkenden vor einem bundesweiten Publikum. Die Musicals verbinden wichtige gesellschaftspolitische Aspekte mit Jugendkultur in einer zeitgenössischen künstlerischen Form.

Beide Musicals werden von Fachleuten und KritikerInnen als Highlights zeitgenössischer Jugendkultur und als z.Z. wohl lebendigste und spannendste Beiträge zur Integration von MigrantInnen gelobt.

Präsentation des entimon-Projektes „Kein Fingerbreit der Fremdenfeindlichkeit“, eine nachhaltige und ergebnisorientierte Auseinandersetzung für SchülerInnen von BVJ-Klassen mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit in Form jugend(inter)kultureller Bildung.

Kontakt:

s'putnike <jungeKultur> im CJD Nienburg
Von-Philipsborn-Str. 2, 31582 Nienburg/Weser
Fon 050 21-91 02 57; Fax 050 21-91 02 59
sputnike@t-online.de
www.sputnike.de

Staatliches Schulamt Weilburg, Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Die Koordinierungsstelle „Gewaltprävention und Verantwortungsübernahme“ stellt neue Medien, Unterrichtsmaterialien und Konzepte zur Gewaltprävention vor.

Der Baukasten „Schule ohne Gewalt“ beinhaltet zahlreiche Materialien und Medienpakete zu den folgenden Themen:

- „Eltern und Lehrer ins Boot holen – ein Konzept zur Entwicklung des Schulklimas“ (Medienpaket).
- „Families and schools together (FAST)“ – ein Programm zur Integration „nicht erreichbarer Eltern“ (Medienpaket).
- „Dem Respekt und der Verantwortung auf der Spur – eine Entdeckungsreise ins dänische Schulsystem“ (Medienpaket).
- Fortbildungsprogramm: „Respektvoll“, das zusammen mit „Faustlos“ ein wichtiges Fortbildungskonzept für Lehrer und Eltern zur Verbesserung der Zusammenarbeit bietet.
- E – Learning Konzepte: Lernspiel „Mobbing“ und Lernspiel „Vom Konflikt über das Gespräch zur Vereinbarung“.

Außerdem:

- zahlreiche weitere Anregungen zum Thema „Gewaltprävention“.
- Für Interessenten wird die Arbeit unserer Stiftung „Verantwortung statt Gewalt e.V.“ vorgestellt.

Kontakt:

Staatliches Schulamt

Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Frankfurter Straße 20–22, 35781 Weilburg

Fon 0 64 71-32 82 32; Fax 0 64 41-32 82 70

h.balser@wlb.ssa.hessen.de

www.verantwortung.de, www.partners-in-education.com

Staatsanwaltschaft Gera

Jugendstation Gera

In der Jugendstation arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe seit September 2000 unter einem Dach zusammen, um die Verfolgung und Ahndung von Straftaten, die durch Jugendliche und Heranwachsende in Gera begangen worden sind, zu effektivieren. Auf vier Ausstellungstafeln wird der Aufbau und der Arbeitsablauf erläutert und dargestellt. Grafiken verdeutlichen die kürzere Bearbeitungsdauer der Strafverfahren und den wachsenden Anteil von Diversionsverfahren gegenüber den übrigen Jugenddezzernaten der Staatsanwaltschaft Gera.“

Kontakt:

Staatsanwaltschaft Gera

Hainstr. 21, 07545 Gera

Fon 03 65-8 21 33 09, Fax 03 65-8 21 33 01

t.villwock@sta-g.thueringen.de

Stadt Ludwigshafen – Rat für Kriminalitätsverhütung

Der Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen wurde 1994 unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit gegründet und ist das erste Gremium dieser Art in Rheinland-Pfalz. Unter dem Motto „Gemeinsames Handeln Vieler“ arbeiten Vertreter/innen aus Kommune, Polizei und allen gesellschaftlich relevanten Gruppen in themenspezifischen Arbeitskreisen und Projektarbeitsgruppen zusammen.

Der „Ludwigshafener Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen“ ist Teil des Rates für Kriminalitätsverhütung und präsentiert seine 15jährige erfolgreiche Netzwerkarbeit.

Kontakt:

Stadt Ludwigshafen am Rhein

Rat für Kriminalitätsverhütung

Europaplatz 1, 67059 Ludwigshafen

Fon 06 21-5 04-27 07, Fax 06 21-5 04-37 85

Angelika.Stock@Ludwigshafen.de

Stadt Schleswig – Kriminalpräventiver Rat

Plan haben

Unser Patenschaftsprojekt richtet sich an Kinder und Jugendliche von 11–18 Jahren, die Unterstützung benötigen, oder nicht der sogenannten Norm entsprechen. Die Betroffenen wenden sich direkt an uns, oder sie werden aus ihrem Umfeld, wie Lehrer, Nachbarn usw. vermittelt.

Die Jugendlichen entschließen sich freiwillig zu diesem Projekt. Die Schwierigkeiten reichen von auffälligem Verhalten in der Schule über Perspektivlosigkeit in der Freizeit bis hin zu Drogenproblemen oder Aggressionen. Manchmal finden die Jugendlichen auch zu Hause einfach nur keine Ruhe oder ihre Eltern haben keine Zeit für sie. Nach einer dreimonatigen Probephase wird ein Ehrenvertrag geschlossen. Beide Seiten verpflichten sich, offen und ehrlich miteinander umzugehen und Verabredungen einzuhalten. Gültig ist er zunächst für ein Jahr, danach wird entschieden, ob eine weitere Betreuung gewünscht wird. In dem Projekt nimmt der Pate, die Patin eine beratende Rolle für das Kind oder den Jugendlichen ein. Sie bauen eine vertrauensvolle Beziehung zu den Jugendlichen auf und finden möglichst innerhalb dieses Jahres gemeinsame Wege, die dem Jugendlichen Alternativen zu seinem jetzigen Leben anbieten, z.B. durch Sport- und Freizeitangebote, Hilfe bei der Berufsorientierung, Nachhilfe. Die Intensität ist von Fall zu Fall verschieden. Vier- bis sechsmal im Jahr treffen sich die Paten verbindlich, bei denen sie beraten werden. Es nicht wichtig, dass der Pate eine besondere Ausbildung dafür hat.

Dieses Projekt finanziert sich aus Spenden und Sponsoring.

Kontakt:

Stadt Schleswig

Kriminalpräventiver Rat

Rathausmarkt 1, 24837 Schleswig

Fon 0 46 21-8 141 50, Fax 0 46 21-81 42 29

gleichstellung@schleswig.de

www.schleswig.de

Stadt Sulingen

Eine Stadt macht Prävention

„Sulingen schaut hin“

Der Präventionsrat der Stadt Sulingen hat in Kooperation mit dem Sulinger Polizeikommissariat ein Projekt zum Thema „Stärkung der Zivilcourage“ ins Leben gerufen, bei dem Bürgerinnen und Bürger zu mehr Zivilcourage animiert und aufgefordert werden sollen, sich aktiv an Präventionsarbeit zu beteiligen.

Unter dem Motto „Sulingen schaut hin“ werden seit kurzem Zivilcouragekurse angeboten, in denen Verhaltenshinweise für Konfliktsituationen vermittelt werden.

Auf dem Stand sind umfassende Informationen zum Werdegang des Projekts erhältlich.

Kontakt:

Stadt Sulingen

Galtener Str. 12, 27232 Sulingen

Fon 0 42 71-88 75; Fax 0 42 71-88 33

birgit.dullin@sulingen.de

www.sulingen.de

Stark ohne Gewalt

Stark ohne Gewalt dient der Gewaltprävention bei Jugendlichen zwischen 12–25 Jahren und möchte sie für Gewaltverzicht, Mitmenschlichkeit und Völkerverständigung gewinnen. Es geht primär darum, für positive Werte und Grundhaltungen zu sensibilisieren, sie bewusst zu machen und zu fördern. Fragen zum Selbstwertgefühl, zum Umgang mit Frustration, zum wachsenden Konfliktpotenzial als Folge des Zusammenlebens verschiedener Kulturen werden thematisiert und altersgemäß behandelt. Rund um das Musical „Streetlight“ der internationalen Band GEN ROSSO werden Aktionen und Wettbewerbe angeboten.

- 1) Schulforen mit Schülern und Lehrern
- 2) Musikwettbewerbe für Bands
- 3) Präventionsfachtagungen für Multiplikatoren
- 4) Botschafterseminare für Jugendliche

Die Verbindung zu einem großen Gesamtprojekt mit der Möglichkeit der Begegnung aller Beteiligten schafft ein Gefühl von Gemeinschaft und Verbundenheit. Das macht Mut, danach auch alleine „gegen den Strom“ zu schwimmen oder eigene Initiativen zu starten. Beispiel:

http://www.bayern-evangelisch.de/welt/best-practice/beispiele/stark_ohne_gewalt.php

Stark ohne Gewalt ist ein Projekt der Fokolar-Bewegung mit Unterstützung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Deutschen Rockmusikstiftung Hannover, der Faustlos GmbH, dem Bund der Katholischen Jugend Bayern (BDKJ, dem Bündnis für Kinder gegen Gewalt, der World Conference of Religions for Peace (WCRP) und vielen anderen.

Kontakt:

Stark ohne Gewalt

Pattenser Feldweg 17, 30966 Hemmingen

Fon 051 01-46 10; Fax 051 01-28 93

Mathiaskaps@gmx.de

www.starkohnegewalt.de

STEP 21 gGmbH – Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung

Im Dialog mit und unter Jugendlichen will **STEP 21** demokratische Grundwerte fördern. Toleranz, Zivilcourage und Verantwortung brauchen Räume, in denen sie gedeihen können. Engagement braucht Unterstützung. Wir bieten jungen Menschen ab 13 Jahren daher ein Forum für ungewöhnliche Ideen und Hilfestellung für ihre Projekte. Bislang hat **STEP 21** bundesweit ca. 50 Projekte und Aktionen durchgeführt.

STEP 21 macht konkrete Angebote, die um Themen wie Toleranz, Verantwortung und Zivilcourage kreisen. Dabei wird das Engagement von Jugendlichen angeregt und öffentlich gemacht. Das pädagogische Konzept von **STEP 21** setzt dabei an der Schnittstelle von politischer Bildung und Medien (-pädagogik) an. Unsere Angebote orientieren sich an der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen und greifen Themen und Fragen aus dem Alltag von Jugendlichen auf. Alle Angebote weisen zudem einen projektorientierten Charakter auf. Sie sind stets so konzipiert, dass Jugendliche sich nicht nur intellektuell, sondern auch handelnd mit den jeweiligen Themen auseinandersetzen und damit ihr Denken und Handeln bewusster reflektieren. Eine der tragenden Säulen unserer Arbeit ist die STEP 21-Box [Zukunft : Identität], ein interaktives Medienpaket, das der Arbeit mit Jugendlichen in und außerhalb der Schulen dient. Dazu stehen speziell für die Box entwickelte vielseitige Unterrichtsmaterialien sowie Radio-, Musik- und Comic-Software auf mehreren CD-Roms, Comic-Hefte, eine Audio-CD, Filme und Soaps (auch in aufbereiteten Unterrichtssequenzen) auf DVD, ein Talkshow-Tool sowie klassische Arbeitsblätter zur Verfügung.

Kontakt:

STEP 21 gGmbH –

Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung

Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg

Fon 0 40-37 85 96-19; Fax 0 40-37 85 96-13

step21@step21.de

www.step21.de

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) wurde im Jahre 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Die Stiftung will durch Vernetzung und Kooperation, Bündelung von Präventionsaktivitäten, Wissenstransfer sowie Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit die Kriminalprävention nachhaltig stärken und im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes bundesweit staatliche und gesellschaftliche Kräfte in gemeinsamer Verantwortung zusammenführen.

Die Arbeit des DFK ist darauf ausgerichtet, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Dazu gilt es, die Möglichkeiten der Prävention in breitem Umfang zu nutzen und die Kriminalprävention in allen Aspekten zu fördern. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Dahlmannstraße 5–7, 53113 Bonn

Fon 02 28/28 04 40; Fax 02 28/2 80 44 21

dfk@kriminalpraevention.de

www.kriminalpraevention.de

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) Arbeitskreis Städte für Sicherheit

Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“ im Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK)

Der Arbeitskreis, in dem Präventionsverantwortliche der Städte Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Koblenz, Lübeck, Ludwigshafen und Stuttgart unter Moderation des DFK-Vorstandsmitglieds und Beigeordneten der Landeshauptstadt Düsseldorf, Werner Leonhardt, vernetzt sind, wurde im September 2001 gegründet.

Zielsetzung ist der ständige Informationsaustausch über aktuelle Kriminalitätsentwicklungen, das Sicherheitsgefühl beeinflussende Trends und aktuelle Präventionsansätze. Es gilt aus den Präventionsprojekten anderer zu lernen und deren Erfahrungen zu nutzen, Ressourcen wirtschaftlich einzusetzen, gemeinsame Probleme zu analysieren, Lösungen zu entwickeln und diese zügig und mit möglichst hoher Erfolgsgarantie umzusetzen. Toleranz und Gewaltlosigkeit sind Werte, die nachhaltig zu fördern sind. Diesem grundlegenden Verständnis von Kriminalprävention haben sich die Partner im Netzwerk besonders verpflichtet. Auf der Grundlage der jeweiligen Erfahrungen in den Städten sind Empfehlungen und Impulse für ein kommunales Präventionsmanagement erarbeitet worden, die aktuell in Form einer Handreichung oder über die DFK-Homepage zur Verfügung stehen. Das DFK bietet die Plattform für den Informationsaustausch und ist, um den Anschluss an die europäische Ebene sicherzustellen, zudem dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (EFUS/FESU) mit Sitz in Paris beigetreten.

Kontakt:

**Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
Arbeitskreis Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit**

Dahlmannstr. 5–7, 53113 Bonn

Fon 02 28-2 80 44 11; Fax 02 28-2 80 44 23

dfk@kriminalpraevention.de

www.kriminalpraevention.de

Stiftung „Eine Chance für Kinder“

Im Jahr 2001 wurde die **Stiftung „Eine Chance für Kinder“** Träger des von der niedersächsischen Landesregierung und von der Klosterkammer geförderten Projektes **„Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter“**.

Im Januar 2002 begann die praktische Projektarbeit in Niedersachsen mit dem Einsatz von 11 Familienhebammen in Osnabrück, Braunschweig und Leer. Seit 2005 arbeitet auch in Hannover eine Familienhebamme im Auftrag der Stiftung. Inzwischen sind landesweit 14 Familienhebammen tätig.

Die Familienhebammen unterstützen und begleiten schwangere Frauen, sehr junge Mütter (Teenagermütter) und Mütter mit Kleinkindern in Krisensituationen bis zu einem Jahr nach der Geburt des Kindes. In jedem Fall so lange, bis sich die Lebenssituation von Mutter und Kind nachhaltig stabilisiert hat.

Die Mütter lernen dadurch ihre Kinder anzunehmen, gesund zu ernähren und soziale Hilfsangebote zu nutzen. Dadurch wird verhindert, dass es durch Überforderung der Mütter zu Vernachlässigung, Verwahrlosung oder gar zu Misshandlung der Kinder kommt.

In den Jahren 2002, 2003 und 2004 wurden insgesamt 450 Schwangere und Mütter mit Säuglingen in Krisensituationen durch die Familienhebammen betreut.

Kontakt:

Stiftung „Eine Chance für Kinder“

Rühmkorffstr. 1, 30163 Hannover

Fon 05 11-27 91 43-0; Fax 05 11-27 91 43-22

info@eine-chance-fuer-kinder.de

www.eine-chance-fuer-kinder.de

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Nachdem bisher fast ausschließlich private Organisationen – z.B. die bundesweite Organisation WEISSER RING – sich um den Schutz von Opfern von Straftaten gekümmert haben, geht Niedersachsen seit Ende des Jahres 2001 einen neuen Weg. **Regionale Opferhilfebüros** an jedem Sitz eines Landgerichts (in Aurich, Braunschweig, Bückeburg, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Verden) organisieren nunmehr im staatlichen Auftrag mit hauptamtlichen sozialpädagogischen Fachkräften die notwendige respektvolle Unterstützung und Hilfe von Opfern. Zentraler Partner ist dabei der WEISSE RING e.V.

Die Hilfeleistung (Beratung, Begleitung, Vermittlung von Hilfen oder Traumatherapien sowie finanzielle Unterstützung) erfolgt in enger Zusammenarbeit mit anderen freien Trägern der Opferhilfe sowie mit Hilfe von Polizei, Sozialbehörden, Jugendämtern, Rechtsanwälten und Therapeuten.

Träger der Opferhilfebüros ist die **Stiftung Opferhilfe Niedersachsen**, die im September 2001 als gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts von der Niedersächsischen Landesregierung eingerichtet wurde. Vorstand der Stiftung ist das Niedersächsische Justizministerium, die Geschäftsführung wird von der Generalstaatsanwaltschaft Celle wahrgenommen. Die Arbeit der Stiftung wird im Wesentlichen durch Bußgeldzuweisungen finanziert, sie kann auch durch Spenden und Zustiftungen unterstützt werden.

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Generalstaatsanwaltschaft Celle

Schlossplatz 2, 29221 Celle

Fon 051 41-20 64 39; Fax 051 41-20 65 34

Rolf.Naujok@gsta-ce.niedersachsen.de

www.opferhilfe.niedersachsen.de

STOP – Stuttgarter Ordnungspartner- schaft gegen häusliche Gewalt

Unterschiedliche Interventionsbereiche aus dem polizeilich-juristischen und dem psychosozialen Bereich arbeiten an einer wirkungsvollen Prävention und Intervention häuslicher Gewalt. Diese wird durch eine effiziente Koordinierung und Steuerung der Interventionsbereiche und Optimierung der Schnittstellenarbeit nachhaltig erreicht. Als besonderes Handlungsfeld hat sich 2004 grundsätzlich der Kinderschutz und Opferschutz im Besonderen von Migrantinnen herauskristallisiert. Das Kinderschutzzentrum Stuttgart wurde deshalb 2004 in die Interventionskette aufgenommen. Unterschiedliche Träger kooperieren hierbei in den Bereichen Einzelberatungen und Therapie. Als ein Ergebnis der jährlichen STOP-Fachtagungen wurde 2004 eine Broschüre zum Thema Migration entwickelt, die das STOP-Verfahren knapp und leicht verständlich erklärt und Kontaktadressen zu Hilfseinrichtungen in 9 verschiedenen Sprachen enthält. Zielsetzung 2005 im Rahmen von STOP: Den sozialen Nahraum im Bereich Migrantinnen zu erreichen. Weitere Schwerpunkte: Täter- und Täterinnenarbeit.

Neben der Gleichstellungsstelle präsentieren folgende Interventionsbereiche beim 10. Deutschen Präventionstag ihre Arbeit im Rahmen von STOP:

- Fraueninterventionsstelle (Fachberatung von Frauen)
- Interventionsstelle der Sozialberatung Stuttgart (Arbeit mit gewalttätigen Männern und Frauen sowie muttersprachliche Beratung von türkischen Männern)
- Krisen- und Notfalldienst (Erstberatungsstelle nachts und am Wochenende)
- Kinderschutzzentrum

Kontakt:

Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern, Landeshauptstadt Stuttgart
Eberhardstrasse 61, 70173 Stuttgart
poststelle.chancengleichheit@stuttgart.de

theaterpädagogische werkstatt Lagerhalle gGmbH, Osnabrück

Interaktiv, tabulos, dogmenfrei

Wer wir sind, was wir tun: **„theaterpädagogische werkstatt Lagerhalle gGmbH“, Osnabrück**

„Frei aufzuwachsen“, sagt A.S. Neill, der Visionär von Summerhill, „ist das Beste, das einem Kind passieren kann.“ So denken wir auch.

Und weil wir so denken, entwickeln und realisieren wir Präventionsprogramme, seit 1994. Hauptsächlich für Kinder und Jugendliche. Unsere Themenschwerpunkte: Sexualmissbrauch, Gewalt, Sucht, Kriminalität. Wir gehen in Schulen, in Kindergärten, in Betreuungseinrichtungen, in Heime. Bundesweit. Derzeit beschäftigen wir rund 100 Mitarbeiter. Weit über eine Million Menschen haben unsere Programme gesehen: „Mein Körper gehört mir!“, unseren Klassiker gegen sexuellen Missbrauch bei Kindern – und seine Adaptionen für Lernbehinderte und Hörgeschädigte. Oder „Natürlich bin ich stark!“, unseren Klassiker gegen das Suchtverhalten bei Kindern und Jugendlichen. Neu ist „Ich werde es sagen“, eine Bühnenfassung des gleichnamigen autobiografischen Romans von Kristian Ditlev Jensen – ein aufklärerisches Psychogramm über Pädophilie. Neu auch „Große Klappe – stumme Schreie“, ein Modul des Anti-Gewalt-Projekts „Große Klappe ...“ (www.grosse-klappe.com), entstanden in Zusammenarbeit mit der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen. Neu ist auch „Räuber sind keine Kavaliere – und Diebe auch nichts weiter“, ein Stück, das Senioren gegen Kriminalität stärkt.

Freiheit? Ein kostbares Gut.

Kontakt:

**theaterpädagogische werkstatt Lagerhalle gGmbH,
Osnabrück**

Lange Straße 15/17, 49080 Osnabrück

Fon 05 41-6 00 26 71; Fax 05 41-6 00 26 74

tpw@osnanet.de

www.theatherpaed-werkstatt.de

Triple P Deutschland PAG Institut für Psychologie AG

Triple P – ein evidenzbasierter Mehrebenenansatz zur universellen Prävention und Behandlung von Verhaltens- und emotionalen Problemen bei Kindern und Jugendlichen

Triple P (Positive Parenting Program) ist ein wissenschaftlich fundiertes, präventives Erziehungsprogramm, das Eltern – unter Berücksichtigung ihrer Stärken und Ressourcen – positive Erziehungskompetenzen vermittelt. Es wurde in Australien von Prof. Dr. Matthew Sanders et al. an der Universität von Queensland entwickelt. Ziel des Programms ist es, Eltern Wege aufzuzeigen, die positive Eltern-Kind-Beziehung zu stärken, eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu fördern, sie dabei zu unterstützen, die altersspezifischen Anforderungen zu meistern sowie auf kindliches Verhalten konstruktiv und nicht verletzend zu reagieren. **Triple P** umfasst auf fünf verschiedenen Interventionsstufen Angebote mit steigender Intensität der Unterstützung, so dass den elterlichen Bedürfnissen individuell entsprochen werden kann. Die Angebote reichen von allgemeinen Informationen über Beratungen und Gruppen- und Einzeltrainings für Eltern bis hin zu intensiver Familientherapie. So wird eine kostengünstige und effektive Prävention ermöglicht.

Triple P gibt es für Eltern von Kindern und für Eltern von Teenagern. Die Wirksamkeit wurde in zahlreichen deutschen und internationalen Studien nachgewiesen.

Hilfreich ist **Triple P** für all diejenigen, die Eltern im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit beraten, z.B. Ärzte, Erzieher, Psychologen.

Kontakt:

Triple P Deutschland

PAG Institut für Psychologie AG

Nordstr. 22, 48149 Münster

Fon 02 51-51 89 41; Fax 02 51-20 07 92 00

info@triplep.de

www.triplep.de

Universität Lüneburg – Präventionsprojekt NetzwerG

Weiterbildung zur Präventionsfachkraft im Schnittpunkt von Schule und Jugendhilfe durch **NetzwerG**

NetzwerG ist ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt des Fachbereichs Sozialwesen der Universität Lüneburg. Im Rahmen des Präventions- und Integrationsprogramms (PRINT) des Landes Niedersachsen ist **NetzwerG** mit der Weiterbildung von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften zu Präventionsfachkräften beauftragt.

Je eine Fachkraft aus Schule und Jugendhilfe, die an der Verbesserung der Kooperation beider Bereiche interessiert sind, melden sich im regionalen Tandem zur Weiterbildung an. In einem 150-stündigen Kurs, der acht zweitägige Seminare sowie eine Abschlussveranstaltung umfasst, wird den Teilnehmenden ein breites inhaltliches Spektrum von Themen dargeboten. Neben der Vermittlung von Kenntnissen bilden das Training von Methoden und die praktische Umsetzung einen Schwerpunkt des Weiterbildungskonzepts.

Jedes Tandem entwickelt im Laufe des Kurses ein Projekt und führt dieses vor Ort durch. Das Projekt wird dokumentiert und auf der Abschlussveranstaltung präsentiert. Die Weiterbildung schließt mit einem Zertifikat ab.

NetzwerG begann den ersten Kurs Mitte 2000. Bis Ende 2006 sollen ca. 300 Präventionsfachkräfte ausgebildet werden. Die Kosten für die gesamte Weiterbildung trägt das Land Niedersachsen.

Kontakt:

Universität Lüneburg

Präventionsprojekt NetzwerG

Rotenbleicher Weg 67, 21335 Lüneburg

Fon 0 41 31-67 78 42; Fax 0 41 31-67 79 55

NetzwerG@uni-lueneburg.de

www.netzwerG-web.de

Verein für Straffälligenhilfe Görlitz e.V.

Das Projekt „Sozialer Trainingskurs für gewaltbereite Männer im sozialen Nahraum“ wird in Kooperation zwischen dem Verein Opferhilfe Sachsen e.V. und dem Verein für Straffälligenhilfe Görlitz e.V. durchgeführt. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit zwischen den beiden Vereinen und der Staatsanwaltschaft Görlitz entwickelt. Als Vorbild dienten bereits bestehende Täterprojekte, insbesondere das Hannoverische Interventionsprojekt. Dieses Konzept wurde auf die Gegebenheiten einer ländlich-kleinstädtischen Region (Landgerichtsbezirk Görlitz) zugeschnitten.

Das Projekt wird seit 2003 durchgeführt und widmet sich sowohl der Täterarbeit (auch zum präventiven Opferschutz), als auch der Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt. Der Trainingskurs richtet sich an Männer, die gegenüber ihrer Partnerin oder einer anderen Person aus ihrem näheren Umfeld gewalttätig waren oder noch sind. Der Zugang kann über eine Auflage der Staatsanwaltschaft bzw. des Gerichtes, sowie freiwillig erfolgen. Kennzeichnend ist eine enge Verknüpfung zwischen dem Vermitteln vom Themen, der Gruppenarbeit und den Hausaufgaben jedes Teilnehmers.

Die Partnerinnen werden über die Kursteilnahme und Kursziele informiert. Ebenfalls werden ihnen auf freiwilliger Basis Beratung und Unterstützung durch die Opferhilfe Sachsen angeboten.

Kontakt:

Verein für Straffälligenhilfe Görlitz e.V.

Hotherstr. 31, 02826 Görlitz

Fon 0 35 81-3 118 27; Fax 0 35 81-40 03 47

straffaelligenhilfe-goerlitz@t-online.de

www.straffaelligenhilfe-goerlitz.de

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Klasse2000 – Gesundheitsförderung und Suchtvorbeugung in der Grundschule

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung und Suchtvorbeugung im Grundschulalter. Im Schuljahr 2004/05 beteiligen sich bundesweit über 180 000 Kinder aus 7 700 Klassen daran.

Klasse2000 wirkt frühzeitig und kontinuierlich: Es begleitet Kinder von der ersten bis zur vierten Klasse und setzt dabei auf die Zusammenarbeit von Lehrkräften, externen Gesundheitsförderern und Eltern. Das Programm stärkt das Selbstwertgefühl der Kinder, ihre sozialen Kompetenzen und ihre positive Einstellung zur Gesundheit. So werden sie dabei unterstützt, ihr Leben ohne Suchtmittel und Gewalt zu meistern.

Themen von **Klasse2000** sind z.B.: den Körper kennen lernen (Atmung, Verdauung, Herz-Kreislauf-Funktion, Wirbelsäule), Ernährung, Bewegung und Entspannung, Gefühle erkennen, Konflikte lösen, Kooperation in der Klasse, Nein-Sagen in Gruppendruck-Situationen.

Das Programm wird auf der Basis einer ständigen Prozess-evaluation und neuer wissenschaftlicher Ergebnisse laufend überarbeitet und aktualisiert.

Finanziert wird **Klasse2000** über Spenden, meist in Form von Patenschaften für einzelne Klassen. Der Patenschaftsbetrag liegt bei 260 € pro Klasse und Schuljahr.

Mitmachen können alle ersten Klassen, deren Schule eine Vereinbarung über die Durchführung des Programms unterschreibt und bei denen die Finanzierung gesichert ist.

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Bienweg 14, 90425 Nürnberg

Fon 0911-8912100; Fax 0911-8912130

info@klasse2000.de

www.klasse2000.de

Verein zu Förderung der Sozialarbeit an Schulen in Brandenburg e.V.

Praxisbeispiele aus Cottbus

Im Rahmen des Arbeitsfeldes Schulsozialarbeit gibt es vielfältige präventive Ansätze.

Konkrete Projekte an einer Cottbuser Gesamtschule und Förderschule werden präsentiert. Zum Beispiel:

Zirkus macht Schule – Schule macht Zirkus

und andere Wichtig- und Nichtigkeiten

„Zirkus statt Gewalt vom neugierigen Üben zum stadtteiloffenen Projekt“. Der enge Kontakt zum Kinder – und Jugendzirkus „Harlekids e.V.“ aus Brieske unterstützte unser Anliegen. Die Schulsozialarbeiterin K. Fischer hatte eine Idee – und machte etwas daraus. Sie weckte Interesse bei Schülern, Lehrern und Erwachsenen sich wöchentlich einmal zu treffen, zu üben und mitzureißen.

Suchtprävention in Form eines Plakatworkshops

– Plakate selbst fotografiert

– Den richtigen Slogan finden

– Ich war dabei! Mein Plakat könnt ihr sehen!

„Lebst du noch ..., oder trinkst du schon?“

Lassen Sie sich am Stand überraschen, welche Ideen im Alltag umgesetzt wurden.

Kontakt:

**Verein zur Förderung der Sozialarbeit
an Schulen in Brandenburg e.V.**

Bahnhofstraße 11, 03046 Cottbus

Fon 03 55-3 22 38; Fax 03 55-3 22 38

hagenblumensath@web.de

www.ratzfatz-sachsendorf.de

WAAGE-Hannover e.V. – Verein für Konflikt-schlichtung und Wiedergutmachung

Die **WAAGE Hannover e.V.** ist eine gemeinnützige Einrichtung und bietet Personen, die miteinander in Konflikt geraten sind, eine Konfliktberatung und außergerichtliche Schlichtung/Vermittlung an.

Die Vermittler sprechen zunächst jeweils getrennt mit beiden Seiten. Anschließend kommt es zu einem gemeinsamen Gespräch, wenn die Beteiligten es wünschen. Die Betroffenen besprechen dann im Beisein des Vermittlers den Konflikt, dessen Ursachen und Folgen sowie die Möglichkeiten einer Einigung. Die Vermittler sind unparteiisch und garantieren einen fairen Ablauf des Gesprächs.

Die **WAAGE** führt seit 13 Jahren Täter-Opfer-Ausgleich für erwachsene Straftäter und deren Opfer durch. Täter-Opfer-Ausgleich ist der Versuch, die negativen Folgen einer Straftat zu verringern und die Wiedergutmachung der entstandenen Schäden zu ermöglichen. Die Vermittlung ist für die Beteiligten freiwillig. Über die Form der Wiedergutmachung entscheiden sie selbst. Ist eine Strafanzeige erstattet worden, prüfen die Staatsanwaltschaft und das Gericht, ob es zum Versuch einer außergerichtlichen Vermittlung kommen soll. Eine Vermittlung ist nur möglich, wenn beide Seiten dazu bereit sind. Bei Konflikten können die Dienstleistungen der **WAAGE** auch unmittelbar in Anspruch genommen werden. Die **WAAGE** bietet einen neutralen Rahmen, in dem die Konfliktparteien ohne besondere Formalitäten zu einer einvernehmlichen Lösung des Konflikts gelangen können.

Der Infostand wird gemeinsam mit der Stadt Hannover gestaltet. Dort wird der Täter-Opfer-Ausgleich für jugendliche und heranwachsende Straftäter und deren Opfer angeboten. Hier gilt der gleiche fachliche Standard.

Kontakt:

**WAAGE-Hannover e.V. – Verein für
Konflikt-schlichtung und Wiedergutmachung**

Lärchenstraße 3, 30161 Hannover

Fon 05 11-3 88 35 58; Fax 05 11-3 48 25 86

WAAGE-Hannover@t-online.de

www.waage-hannover.de

WEISSER RING e.V.

Vorbeugung ist der beste Opferschutz

Effektive Kriminalitätsprävention ist wichtiges Satzungsziel des **WEISSEN RINGS**

Der **WEISSE RING** tritt seit fast 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen und Hinterbliebenen ein. Als gemeinnütziger Verein macht er sich auch öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark.

Jahr für Jahr werden mehr als 700 000 Menschen in Deutschland Opfer von Straftaten gegen die persönliche Freiheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gegen das Leben und von Rohheitsdelikten. Die Täter erfahren durch die Medien und den öffentlichen Prozess eine ungeahnte Popularität. Die Opfer aber werden von der Öffentlichkeit vergessen und übersehen.

Doch neben der eigentlichen Opferbetreuung hat der gemeinnützige Verein auch die Kriminalitätsprävention als Satzungsziel. Hier bekämpfen die Opferschützer unter dem Leitsatz „Vorbeugung ist der beste Opferschutz“ die Kriminalität an ihren Wurzeln. Mit den Aktionen „Kraft gegen Gewalt“ sowie „Mediate“ versucht der **WEISSE RING** auf die Entwicklung im Bereich Jugendkriminalität einzugehen und Jugendliche für mehr Zivilcourage stark zu machen. Durch rund 400 Außenstellen sorgt der gemeinnützige Verein in Zusammenarbeit mit der Polizei auch für die Verbreitung von Broschüren, Faltblättern und weiteren Materialien, die den Vorbeugungsgedanken unterstützen.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Georgswall 3

30159 Hannover

Fon 05 11-79 99 97; Fax 05 11-75 55 56

lbnisa@weisser-ring.de

Westfälische Provinzial – Schadensverhütung

Stark im MiteinanderN – für mehr Sicherheit an Schulen

Die Schule und der Weg dorthin sollten sichere Orte sein, doch selbstverständlich ist das schon lange nicht mehr. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über neue spektakuläre und gewalttätige Handlungen von Kindern und Jugendlichen berichtet wird. Schulvandalismus, Erpressung, Bedrohung, körperliche Gewalt, aber auch Mobbing und soziale Ausgrenzung sind immer mehr an der Tagesordnung. Mit dem Kooperationsprojekt „Stark im MiteinanderN“ lernen Schüler/Innen Handlungsalternativen kennen, um mit Konflikten anders umzugehen. Kinder und Jugendliche werden mit ihren Ängsten, ihrer Wut und all ihren Gefühlen im Schulalltag ernst genommen. Sie erlernen neue Wege, um eine auf Rücksichtnahme und Teamgeist basierende konstruktive Konfliktkultur zu praktizieren. Schule anders erleben – lautet daher der Anspruch des Projekts Stark im MiteinanderN, das partnerschaftlich von der Westfälischen Provinzial, dem Jugendrotkreuz Westfalen-Lippe (JRK), dem Arbeitskreis soziale Bildung und Beratung (asb) und der Schulpsychologischen Beratungsstelle der Stadt Münster entwickelt wurde. Es bietet mit vier verschiedenen Bausteinen Lösungsansätze zur Förderung einer konstruktiven Konfliktkultur für mehr Sicherheit an westfälischen Schulen. Pädagogische Leitfäden zur Durchführung von Gesprächskreisen, ein ideenreicher Erlebnisparcours, theaterpädagogische Methoden und viele Tipps und Anregungen für eigene Projekte und den Unterricht gehören zu dem Angebot für Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 16 Jahren. Stark im MiteinanderN wurde im vergangenen Jahr ausgezeichnet mit dem „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention“. Am Stand Nr. 30 stehen die Projektpartner für Fachgespräche gern zur Verfügung.

Kontakt:

Westfälische Provinzial, Hauptabteilung Schadenverhütung
Provinzial-Allee 1, 48159 Münster
Fon 02 51-2 19 30 77; Fax 02 51-2 19 41 68
rtornau@provinzial-online.de
www.miteinandern.de; www.provinzial-online.de

Eventbühne

Bühnenprogramm

Montag, 6. Juni

Bühne im Ausstellungsbereich der Halle 15/16

| Zeiten | Titel | Seite |
|--------|---|-------|
| 12.50 | Jazztanz-Aufführung Förderschule Großheide | 306 |
| 13.00 | Eröffnung der Ausstellung durch den Niedersächsischen Minister für Inneres und Sport, Uwe Schünemann | |
| 13.15 | „Jugend(frei)“ – Streetmusical Ein Pilotprojekt zur Gewaltprä- vention des Jugendzentrums Posthornstraße der Landeshaupt- stadt Hannover | 307 |
| 13.45 | „Lust am Leben“ Improvisationstheater zum Thema Sucht – RequiSIT-Selbsthilfegruppe im Taunus e.V. | 308 |
| 15.00 | „Räuber sind keine Kavaliere und Diebe auch nichts weiter“ Ein Stück für Seniorinnen und Senioren von Jens Pallas in der Inszenierung von Anna Pallas, theaterpädagogische werkstatt Lagerhalle gGmbH Osnabrück | 309 |
| 16.15 | „Das kann mir nicht passieren!“ Ein Stück für Seniorinnen und Senioren der Laientheatergruppe „DIE KRIMIS“ unter der Leitung des Polizeipräsidiums Wuppertal | 310 |

Bühnenprogramm

Dienstag, 7. Juni

Bühne im Ausstellungsbereich der Halle 15/16

| Zeiten | Titel | Seite |
|--------|---|-------|
| 10.00 | „Soziale Kompetenzen“ – Gruppentraining Gruppe Perspektive der Bewährungshilfe in Hessen | 311 |
| 11.00 | Selbstbehauptung/Konflikttraining I-GSK – Institut für Gewaltprävention, Selbstbehauptung und Konflikttraining sowie eine Grundschulklasse (4. Schuljahr) | 312 |
| 13.00 | Preisverleihung „Bahn-Azubis – gegen Hass und Gewalt“ Es werden die besten Projekte der Bahn-Azubis prämiert | 313 |

Jazztanz-Aufführung – Förderschule Großheide

Die Tanz-AG trifft sich einmal wöchentlich am Nachmittag und besteht aus 8–12 Mädchen und Jungen, die Freude daran haben, mit Schülern einer anderen Schulform gemeinsam zu tanzen und u.a. kleinere pantomimische Sequenzen zu entwickeln. Die Teilnehmer besuchen das Schulzentrum Großheide und die Förderschule in Großheide.

Beide Schulen starteten das Projekt (PRINT: Prävention und Integration) für die Dauer von sechs Jahren, das gemeinsam mit einem Dipl. Sozialpädagogen (Präventionsfachkraft) seit vier Jahren erfolgreich gestaltet wird.

Das Besondere ist die Kooperation der beiden Schulen in den Bereichen Integration und Gewaltprävention. Vormittags und auch nachmittags können die Schüler beider Schulen z.B. an verschiedenen Ag's teilnehmen. U.a. geht es dabei um die Beteiligung der Schüler am gemeinsamen Schulleben in Form regelmäßig stattfindender Schülerkonferenzen, um die Ausbildung von Streitschlichtern, etc.

Kontakt:

Förderschule Großheide

Poppenweg 50, 26532 Großheide

Fon 0 49 36-51 50 70; Fax 0 49 36-9 19 07 19

„Jugend(frei)“ – Streetmusical

Ein Pilotprojekt zur Gewaltprävention
des Jugendzentrums Posthornstraße
der Landeshauptstadt Hannover

Fast 50 Jugendliche aus Linden-Süd erarbeiteten ein Musical mit dem Namen „Jugend(frei)!“. Ein Pilotprojekt zur Gewaltprävention, bestehend aus 7 Workshops von denen ein Workshop die Tanzgruppe war. Daraus entwickelte sich eine inzwischen eigenständige Tanzgruppe, hier vertreten durch: Dilan Atar, Berivan Aslan und Alev Günay.

Die jungen Frauen erarbeiten ihre Choreographien eigenständig zu ihren Liedern. Kreativ setzen sie „Alltags – Gefühle“, die mit den Themen Liebe, Gewalt oder Drogen verbunden sind, tänzerisch um.

Kontakt:

Landeshauptstadt Hannover

Jugendzentrum Posthornstraße

Posthornstraße 8, 30449 Hannover

Fon 05 11-44 06 85; Fax 05 11-2 15 80 38

Jz.posthornstrasse@htp-tel.de

„Lust am Leben“

Improvisationstheater zum Thema Sucht – RequiSiT-Selbsthilfe im Taunus e.V.

Präsentation des SiT-Projektes „RequiSiT“, das Improvisationstheater mit anschließenden kompetenten Gesprächsrunden zum Thema Sucht kombiniert. Auf der Bühne werden keine Drogenthemen gespielt, da das Theater u.a. als Medium für die anschließende Auseinandersetzung mit dem Thema Sucht und Beschaffungskriminalität dient. Das Improvisationstheater macht Spaß – es werden die Themen der Zuschauer/innen mit viel Witz und Spontaneität auf der Bühne umgesetzt.

Wir werden an diesem Tag ein paar Theaterszenen spielen und unsere Sucht- präventionsarbeit insgesamt vorstellen.

Kontakt:

SiT e.V (Selbsthilfe im Taunus)

Feldstraße 1, D-65719 Hofheim

Fon 0 61 92-20 60-2 11, -552; Fax 0 61 92-20 60-2 35

info@requi-sit.de

www.sit-taunus.de

„Räuber sind keine Kavaliere und Diebe auch nichts weiter“ –

Ein Stück für Seniorinnen und Senioren der
theaterpädagogischen werkstatt Lagerhalle
gGmbH, Osnabrück

Ein Theaterstück für Seniorinnen und Senioren in Zusammen-
arbeit mit der Polizeiinspektion Osnabrück. Mit Humor werden
durch theatralische Mittel Betrugsdelikte aus den Bereichen
„Enkeltrick, Kaffeefahrten, Gewinnbenachrichtigung, Nigeria-
Connection und Telefonbetrug“ behandelt. Dabei sollen
anhand von erinnelter Alltagssituationen, Informationen gege-
ben werden, über Gefahren, die den Senioren widerfahren
können und Erklärungen, wie sie eine Möglichkeit haben, sich
davor zu schützen.

Ein Stück von Jens Pallas in der Inszenierung von Anna Pal-
las. Gefördert von PräVOS, Landkreis Osnabrück, sowie der
Lottostiftung.

Kontakt:

**theaterpädagogische werkstatt
Lagerhalle gGmbH, Osnabrück**

Lange Straße 15/17, 49080 Osnabrück

Fon 05 41-6 00 26 71; Fax 05 41-6 00 26 74

tpw@osnanet.de

„Das kann mir nicht passieren!“

Seniorenstück der Laientheatergruppe
„Die KRIMIS“ unter der Leitung des
Polizeipräsidiums Wuppertal

Diese Aussage hört man immer wieder, wenn man Bürgerinnen und Bürger mit Sachverhalten aus den Bereichen Trickdiebstahl, Trickbetrugbetrug, Taschendiebstahl oder mit Schilderungen von Verkehrsunfällen konfrontiert.

Die Realität zeigt leider ein anderes Bild: Häufig nutzen Tricktäter oder Taschendiebe Situationen und Örtlichkeiten, in denen man sich scheinbar sicher fühlt. Die Arglosigkeit und Gutmütigkeit vornehmlich von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wird von Straftätern skrupellos ausgenutzt.

DIE KRIMIS sind eine Laientheatergruppe von zur Zeit 14 Personen, aller Alters- und Berufsgruppen, die es sich zur Aufgabe und zum Hobby gemacht haben, Kriminalitätsfälle aus dem Alltag, aber auch Szenen aus dem Straßenverkehr schauspielerisch darzustellen.

Bei den Aufführungen soll neben der reinen Wissensvermittlung auch die Gefühlsebene der Menschen erreicht werden, um so eine Verhaltensveränderung herbeizuführen.

Der Inhalt der Aufführung unter dem Motto,
„Das kann mir nicht passieren“,

setzt sich aus unterschiedlichen Themenfeldern zusammen:

- Abonnementbetrug an der Wohnungstür
- Trickdiebstahl
- Trickbetrug/Enkeltrick
- Fehleinschätzung des fließenden Verkehrs/nicht angepasste Kleidung
- Wachsamkeit Nachbar/Nachbarschaftshilfe

Kontakt:

**Polizeipräsidium Wuppertal, Kommissariat Vorbeugung,
Laientheatergruppe „Die KRIMIS“**

Friedrich- Engels- Allee 228, D-42285 Wuppertal

Fon 02 02-2 84 77 01; Fax 02 02-2 84 77 08

pp@wtal.de

www.pp.wtal.de

Gruppentraining „Soziale Kompetenzen“ – Gruppe Perspektive der Bewährungshilfe in Hessen

Das verhaltensorientierte Trainingsprogramm ist für Probanden der Bewährungshilfe entwickelt worden. Es besteht aus einzelnen Bausteinen und kann auch in anderen Bereichen der sozialen Arbeit angewandt werden.

Kontakt:
Bewährungshilfe Hessen
Dienststelle Darmstadt
Gruppe Perspektive
Frau Ute Amann
Steubenplatz 9–11, D-64293 Darmstadt
Fon 06151-125708
UteAman@t-online.de

Selbstbehauptung und Konflikttraining des I-GSK

Institut für Gewaltprävention, Selbstbehauptung
und Konflikttraining

Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse nehmen Angst und machen Mut. Sie leisten wirksame Prävention vor Gewalt und sexueller Gewalt. Die allgemeinen Ziele der Seminare sind:

β Empathisches handlungs- und bewegungsorientiertes Trainings- und Seminarprogramm mit Wechseln von knappen Theorieanteilen, praktischen Handlungs- und Trainingssequenzen und Reflexionseinheiten.

- Opferrollen verlassen können (möglichst ohne in Täterrollen zu fallen)
- Handlungsalternativen außerhalb traditioneller Geschlechterrollen erfahren
- Eigene Ängste annehmen können
- Nonverbale und verbale, konfrontative und deeskalierende Selbstbehauptungstechniken, z.B. klare und deutliche Kommunikation
- Durch frühzeitiges Wahrnehmen Grenzverletzungen erkennen und Grenzen setzen können
- Entwickeln von Strategien und Handlungsmöglichkeiten bei Gewalt- bzw. Mobbingsituationen im Alltag

Bei den Sechs- bis 10jährigen ist das kognitive Lernen in der Regel noch nicht so ausgeprägt wie bei älteren Minderjährigen oder Erwachsenen. Das Konzept der Trainingsinhalte muss daher altersgerecht angepasst werden.

Das I-GSK legt großen Wert darauf, dass Lehrkräfte respektive Eltern aktiv an den Seminaren teilnehmen, damit ein nachhaltiger Effekt erreicht werden kann.

Kontakt:

**Institut für Gewaltprävention,
Selbstbehauptung und Konflikttraining (I-GSK)**

Mettenhof 2, D-49451 Holdorf

Fon 054 94-98 09 42; Fax 054 94-9 14 97 50

info@i-gsk.de

www.i-gsk.de

Preisverleihung „Bahn-Azubis – gegen Hass und Gewalt“

Unsere Bahn-Azubis: engagiert und kreativ!

Alle Bahn-Azubis im ersten Ausbildungsjahr nehmen am Wettbewerb „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ teil und entwickeln Projekte, die sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Diskriminierung richten. Jedes Jahr werden die besten Projekte auf einer Großveranstaltung ausgezeichnet und präsentiert.

Zahlen

- Jährlicher Wettbewerb seit 2000
- bisher über 6000 am Wettbewerb teilnehmende Auszubildende
- Insgesamt 450 eingereichte Projekte

Kontakt:

Deutsche Bahn AG

Herr Hans-Joachim Borck

Potsdamer Platz 2, 10785 Berlin

Hans-Joachim.Borck@bahn.de

www.bahn.de

BPJMAktuell. ISSN 1611-3608

Amtliches Mitteilungsblatt der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM).

Vierteljährlich informiert Sie **BPJMAktuell** schnell, pünktlich und zuverlässig über Entscheidungen der Bundesprüfstelle, über wichtige Gerichtsentscheidungen zum Jugendmedienschutz und über Fachliteratur. Sie finden darin außerdem Aufsätze, Dokumentationen, Nachrichten u.a.m.



Daneben enthält jede Ausgabe die Indizierungslisten zu: Videofilmen, Computerspielen, Büchern, Broschüren, Comics, Schallplatten, Laser-Disks sowie die Listen der bundesweiten Beschlagnahmen nach §§ 130a, 131, 184 III (seit 1. April 2004 §§ 184a und 184b), 185, 187 StGB. Für alle, die sich mit dem Thema Jugendmedienschutz befassen und/oder z.B. als Medienvertreiber für die Beachtung der Jugendschutzbestimmungen Sorge zu tragen haben, ist **BPJMAktuell** ein unentbehrliches Arbeitsmittel.

Weitere Infos und Bezugshinweise unter:

www.bundespruefstelle.de

Infomobile

| | Seite |
|---|-------|
| PolizeiMobil der Polizei Bonn | 316 |
| Beratungsmobil der hessischen Polizei | 317 |
| Medienbus der Landeshauptstadt Hannover | 318 |
| „Suchtmobil“ | 319 |
| üstra-Beratungsbuss | 320 |

PolizeiMobil der Polizei in Bonn

Das Polizeipräsidium Bonn verfügt seit Mai 2005 über ein „**PolizeiMobil**“. Dabei handelt es sich um einen ehemaligen Linienbus. Es wird im täglichen Dienst zu verschiedenen polizeilichen Einsatzmöglichkeiten eingesetzt:

- Aufklärungs- und Beratungsaktionen gemeinsam mit dem Kommissariat Vorbeugung als kriminalpolizeiliche Beratungsstelle vor Ort
- Tagtägliche Präsenz der Polizei an verschiedenen Orten und nach festen Fahrplan
- Entgegennahme von Anzeigen, Hinweisen, Beschwerden/Anliegen und Steuerung an die zuständigen Stellen
- Ausgangspunkt für Fußstreifen, ggf. gemeinsam mit kommunalen Ordnungsbehörden
- Aktionen an erkannten Brennpunkten anlässlich polizeilicher Einsatzkonzeptionen
- Unterstützung von Einsätzen zur Bekämpfung der Hauptunfallursachen Alkohol/ Drogen und präventiven Aktionen oder bei LKW-Kontrollen
- Zusammenarbeit mit Ordnungspartnern vor Ort (Kommunen, Verkehrsbetriebe)
- Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungen zur Nachwuchsgewinnung
- Presseanlaufstelle in besonderen Lagen
- Befehlsstelle in Sofortlagen

Kontakt:

Polizeipräsidium Bonn

Kommissariat Vorbeugung

Bornheimer Str. 25, 53111 Bonn

Fon 02 28/15 48 60; Fax: 02 28/15 12 30

KVorbeugung-Bonn@t-online.de

Beratungsmobil der hessischen Polizei

Am Montag, dem 12.07.2004, übergab der Hessische Minister des Innern und für Sport, Herr Volker Bouffier, anlässlich des Landesaktionstages „ Stopp dem Einbruchdiebstahl – Nachbarschaftshilfe“, dem Präsidenten des Hessischen Landeskriminalamtes, Herrn Peter Raisch, im Rahmen einer Feierstunde in Wetzlar einen für die mobile Präventionsarbeit ausgebauten Omnibus.

Anlässlich dieser Übergabe betonten Herr Staatsminister Bouffier und alle Redner die herausragende Stellung der polizeilichen Vorbeugungsarbeit, insbesondere im Bereich des Wohnungseinbruches mit seinen oft verheerenden auch psychischen Folgen für die Geschädigten.

Durch dieses Fahrzeug wird eine Lücke in der Präventionsarbeit geschlossen und das Serviceangebot der Polizei erweitert.

Hessisches Landeskriminalamt
Hölderlinstr. 5, 65187 Wiesbaden
Fon 06 11-83 16 09; Fax 06 11-83 16 05
Beratungsstelle.hlka@polizei.hessen.de
www.polizei.hessen.de

Medienbus der Landeshauptstadt Hannover

Projekt Medienbus

Der Medienbus kommt in Medienprojekten zum Einsatz, in denen der Umgang mit modernen Medien mit Spaß gelernt werden kann und verschiedene Medienprodukte erstellt werden können. Die verschiedenen Zielgruppen sollen eine Qualifikation in medientechnischen Anwendungen und deren Einsatzmöglichkeiten erfahren und ihre Schlüsselqualifikationen wie Team-, Koordinations-, Kommunikations- und Verhandlungsfähigkeit erweitern.

Dieser konzeptionelle Ansatz nutzt die Anreize, die Medien bieten, sich mit der Umwelt lebendig auseinander zu setzen, sie zu dokumentieren und zu kommentieren. Die verschiedenen Medien sind Instrumente, mit dem Ideen und Inhalte von Kindern, Jugendlichen bzw. Erwachsenen aufbereitet und transportiert werden können. Dabei werden Foto, Film, Ton, Printmedien, Website-Gestaltung etc. kombiniert (multimedial) eingesetzt.

Der Medienbus hat durch seine Erscheinung und seine technischen Möglichkeiten, Vor-Ort mit Medien zu arbeiten, „Highlight-Charakter“.

Kontakt:

Landeshauptstadt Hannover

Annette Spremberg

Trammplatz 2, 30853 Hannover

Fon 05 11-1 68-4 01 67; Fax 05 11-1 68-4 50 42

kkp@hannover-stadt.de

www.KKP-hannover.de

„Suchtmobil“

Neben Seminaren für Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 12 ist der Verein Suchtmobil e. V. mit seinem Sucht-Info-Mobil als erstes Projekt dieser Art in Deutschen Fußballstadien aktiv. Die mobile Anlaufstelle bietet insbesondere Fußballfans die Möglichkeit, sich über Suchtstoffe aus erster Hand zu informieren. Das Projekt wird unterstützt durch die Landeshauptstadt Hannover, KKH-die kaufmännische, Hannover 96 und Daimler Chrysler.

Kontakt:

Verein Suchtmobil e.V.

Wolfgang Kiehl

Birkenweg 20, 21357 Wittorf

Fon 0 41 33-22 21 12; Fax 0 41 33-22 21 13

kiehl@suchtmobil.de

www.suchtmobil.de

üstra

Die üstra gibt allgemeine Informationen zu den Themen:

- Fahrplanauskünfte
- Linienfahrwege
- Ticket
- MobilCards
- Abos

Zu den Präventionstagen gibt es darüber hinaus Informationen zu sicherheitsrelevanten Themen:

- Einsatz von Notrufsäulen
- Sicherheitspersonal
- Hilfe von Fahrerinnen und Fahrern
- Sprechstellen in den silbernen Stadtbahnen
- Notbremse
- Unterwegsausstieg
- Sicher weiter nach Hause: Der Taxi-Service
- RufTaxi/AnrufSammelTaxi
- FrauenNachtTaxi

Weitere Infos unter: www.gvh.de

Kontakt:
Tel. 0 18 03-1 94 49
info@gvh.de

Sonderausstellungen

| | Seite |
|--|-------|
| „Die Lebenswelt von Astrid Lindgren“ – Eine Ausstellung nicht nur für Kinder | 322 |
| „Das schönste Klassenzimmer der Welt“ – Ein Klassenzimmer, das nach Feng Shui Prinzipien gestaltet ist | 324 |
| „Eva hat das Leiden satt“ – Eine Ausstellung zum Thema häusliche Gewalt | 326 |
| „Eine alltägliche Bedrohung“ – aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa | 327 |
| „Integration von Muslimen in Nieder- sachsen – Problemfelder und Perspektiven“ | 328 |
| „Echt Klasse“ –Interaktive Grundschul- ausstellung zur Prävention von sexuellem Missbrauch | 329 |
| Ausstellung „Straffälligenhilfe“ | 330 |

Die Lebenswelt von Astrid Lindgren – Eine Ausstellung nicht nur für Kinder



Anlässlich des 10. Deutschen Präventionstages steht die Sonderausstellung „Die Lebenswelt von Astrid Lindgren – Eine Ausstellung nicht nur für Kinder“ unter der Schirmherrschaft der Niedersächsischen Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann. Im Rahmen einer ersten Führung für Schülerinnen und

Schüler aus der Region Hannover wird die Justizministerin die Ausstellung am 6. Juni 2005 in der Halle 15 auf dem Hannoverischen Messegelände eröffnen.

Seit dem 90. Geburtstag von Astrid Lindgren gibt es diese Ausstellung. Am 14. November 1997 wurde sie zum ersten Mal in Oldenburg gezeigt. Über 100 000 Besucher haben sich diese Schau über die berühmteste Kinder- und Jugendbuchschreiberin der Welt in vielen Städten Deutschlands (Köln, Stuttgart, Berlin, Magdeburg, München, Osnabrück, Göttingen, Westerland/Sylt) angesehen.



Am 28. Januar 2002 schief Astrid Lindgren im Alter von 94 Jahren in ihrer Stockholmer Wohnung ruhig und sanft ein. Diese Ausstellung möchte ihr Leben und Werk, das weit über ihren Tod hinausgehen wird, bewahren und pflegen.

Mit rund siebzig Bilder-, Kinder- und Jugendbüchern, die in 85 Sprachen übersetzt und in einer Auflage von weltweit 130 Millionen Exemplaren verlegt worden sind, wurde Astrid Lindgren, am 14. November 1907 im schwedischen Småland geboren, zur wohl bedeutendsten Kinder- und Jugendbuchautorin unserer Zeit. Für ihr Gesamtwerk wurde sie mit einer Vielzahl von Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, dem Alternativen Nobelpreis, dem Internationalen Jugendbuchpreis – der Hans-Christian-Andersen-Medaille –, der Großen Goldmedaille der Schwedischen Akademie, dem Schwedischen Staatspreis für Literatur und am 6. November 2002 mit dem Internationalen Buchpreis – Corine – posthum für ihr Lebenswerk.

Die Ausstellung befindet sich im Privatbesitz und gehört dem Oldenburger Matthias Blum. Er hat Astrid Lindgren im April 1998 persönlich kennen gelernt. Zuletzt wurde die Ausstellung im Mai 2005 in Kooperation mit dem Präventionsrat Oldenburg und dem Landespräventionsrat Niedersachsen im Amtsgericht Oldenburg gezeigt. Ziel war es, das Bewusstsein unserer Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen für gewaltfreie Konfliktlösungen zu schärfen. 15 000 Besucher machten diese Veranstaltung zu einem großen Erfolg. Ein umfangreiches Rahmenprogramm aus Lesungen, Aktionen und Vorträgen lud Kinder und Erwachsene gleichermaßen ein, sich mit dem Thema Kinderrechte auseinanderzusetzen.

Das schönste Klassenzimmer der Welt

Was haben wir für Eltern? Was haben wir für Kinder? Was haben wir für Lehrer? Was haben wir für Schulen? Was lernen unsere Kinder? Wollen wir damit zufrieden sein? Können wir etwas verbessern?

Viele Schulgebäude sind verwahrlost, auch wenn Politiker, Lehrer, Eltern und Schüler immer wieder mit Geld und Aktivitäten versuchen, das Lernumfeld zu verbessern. Trotzdem verpufft diese positive Unterstützung aller immer wieder. Mit Feng Shui gibt es eine zweckbezogene Klassenraum- bzw. Schulgestaltung. Besonders ausgesuchte Farben und Accessoires unterstützen hierbei ganz gezielt die Konzentration der Kinder über die Beruhigung der Klassen- und Schulräume.

In der Grundschule Rethen in der Region Hannover ist über ein Jahr lang gemeinsam mit einem Berater von feng shui hannover und der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung ein Projekt durchgeführt worden, um die Wirkung von Feng Shui unter Beweis zu stellen.

Die Lehrkraft hat entsprechend ihres Elements und dem der Schüler ihren Klassenraum farblich umgestaltet. Sie hat rote Gardinen aufgehängt und einen großen roten Teppich in die Mitte des Klassenzimmers gelegt. Nach den Regeln des Feng Shui wurden zusätzlich einige nicht sehr aufwendige Accessoires so wie Symbole und geometrische Figuren installiert. Zudem hat sie eine wunderschöne Kristallkugel aufgehängt, in der sich das Sonnenlicht bricht. Scharfe Ecken und Kanten wurden so gestaltet, dass sie optisch nicht mehr wahrnehmbar sind, Rumpelcken sind verschwunden, Regale wurden harmonisiert. Die Lehrkraft hat gemeinsam mit den Eltern ca. 40 Stunden benötigt, um das Klassenzimmer nach Feng Shui umzugestalten. Hierbei wurde das Gefühl verstärkt, dass Eltern sich um das Wohlbefinden ihrer Kinder in der Schule kümmern. So konnten die Kinder erkennen, dass ihren Eltern sehr viel daran liegt, dass sie sich in ihrem Klassenraum wohlfühlen. Für die Eltern war es nicht schwer, sich an die Umgestaltung des Klassenraums heranzuwagen, weil sie das Ordnungsprinzip nach Feng Shui hierzu nutzen konnten.

Alle Beteiligten waren gespannt, ob Feng Shui funktioniert. Würden die Kinder konzentrierter lernen und arbeiten? Würde die Kräfte zehrende Unruhe aufgehoben? Würden sich die Lernleistungen verbessern?

Heute, nach einem Jahr der Erprobung des Feng Shui Ordnungsprinzips, kann man feststellen, dass sich die Kinder besser konzentrieren. Sie kommen lieber in die Schule, in ihre Klasse. Die Lernziele wurden durch ruhigeres und entspannteres Arbeiten eher erreicht.

Um eine solche Atmosphäre nachzuempfinden, haben Sie die Möglichkeit auf dem Deutschen Präventionstag ein Klassenzimmer das nach Feng Shui Prinzipien gestaltet ist, zu erfahren. Das Kultusministerium lädt Sie ein, sich hier auf dem Deutschen Präventionstag in einem so gestalteten Klassenzimmer über die Wirkungsweise und Hintergründe von Feng Shui zu informieren. Der Feng Shui Berater ist anwesend und steht Ihnen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Montag, den 6.6.2005

13.30 – 14.00 Uhr

15.00 – 15.30 Uhr

16.30 – 17.00 Uhr

Dienstag, den 7.6.2005

10.30 – 11.00 Uhr

12.00 – 13.00 Uhr

14.00 – 14.30 Uhr

Kontakt:

Horst Roselieb

Niedersächsisches Kultusministerium

Schiffgraben, 12, 30159 Hannover

Referat 23

Fon 05 11-1 20-71 24, Fax 05 11-1 20-74 64

horst.roselieb@mk.niedersachsen.de

Ausstellung „Eva hat das Leiden satt“

Die Ausstellung „Eva hat das Leiden satt“ zur Einführung des Gewaltschutzgesetzes entstand als Kooperationsprojekt der Polizei Bonn, des Arbeitskreises „Frauen gegen Gewalt“ mit dem Frauenmuseum Bonn. Die Zusammenarbeit einer männlich dominierten Polizeibehörde mit einer solchen Institution wie dem ersten Frauenmuseum in Deutschland, ist ein Novum.

Diese Kombination von Kunst und staatlicher Exekutive macht eben auch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt deutlich.

Die Ausstellung setzt sich künstlerisch und dokumentarisch mit dem Thema der häuslichen Gewalt auseinander und umfasst Informationen und korrespondierende Werke aktueller Kunst.

Der größte Teil der Künstlerinnen hat selbst Erfahrungen in Bezug auf Gewalt im Privatbereich gemacht. Dennoch beleuchtet die Kunst dieser Ausstellung die Thematik allgemein. Im Kontrast zu den Informationstafeln, Statistik und Grafiken bewegt sich die Kunst auf einer ganz anderen Wahrnehmungsebene.

Das Gewaltschutzgesetz ermöglicht eine neue Sichtweise im gesamtgesellschaftlichen Kontext, dass Opfer familiärer Gewalt nicht ausschließlich als Opfer dargestellt werden. Ohne die Härten im Alltag von viel zu vielen Frauen zu bagatellisieren, soll die Ausstellung letztlich ermutigen und zu selbstbestimmtem Handeln anregen.

Kontakt:

FrauenMuseum Bonn

Im Krausfeld 10, 53111 Bonn

Fon. 02 28-69 13 44, Fax 02 28-69 61 64

E-Mail: frauenmuseum@bonn-online.com

www.frauenmuseum.de

Eine alltägliche Bedrohung – aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa

Lange Zeit schien es, dass der Antisemitismus in unserer Gesellschaft auf dem Rückzug sei und nur in wenigen Fällen bei der Verarbeitung mit der NS-Vergangenheit in den Vordergrund rückt. In den letzten Jahren gibt es allerdings eine Rückkehr von antisemitischen Ressentiments und alten Vorurteilen aus neuen Quellen.

Eine Möglichkeit sich mit Antisemitismus und Judenfeindschaft in der Schule und in der Jugendarbeit auseinanderzusetzen, bietet die Ausstellung „Eine alltägliche Bedrohung – aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa“ der Amadeu -Antonio-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. Auf zehn Schautafeln wird der alte und neue Antisemitismus in seinen verschiedenen Gesichtern gezeigt und dokumentiert:

- Was ist Antisemitismus ? – alter und neuer Antisemitismus und seine Funktion
- 2000 Jahre Antisemitismus – die Geschichte des Antisemitismus und seiner Bilder
- Antisemitismus – eine Normalität?
- Antisemitismus in der DDR und Ostdeutschland
- Antisemitismus und Nahostkonflikt
- Islamistischer Antisemitismus
- Antisemitismus in Europa
- Was tun gegen Antisemitismus?

Zur Prävention im Bildungsbereich kann die Ausstellung von Schulen und Jugendeinrichtungen ausgeliehen werden. Begleitveranstaltungen durch Vorträge und Medienangebote sind möglich.

Kontakt:

Landesschulbehörde Abteilung Hannover

Horst Lahmann

horst.lahmann@lschb-h.niedersachsen.de

Für Demokratie Courage zeigen! Dirk Assel

www.courage-niedersachsen.de

„Integration von Muslimen in Niedersachsen – Problemfelder und Perspektiven“

Eine Wanderausstellung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport

Die Wanderausstellung „Integration von Muslimen in Niedersachsen - Problemfelder und Perspektiven“ stellt einen Beitrag zur aktuell in verschiedenen Facetten geführten gesellschaftlichen Diskussion – Stichwort „Kopftuch“ – um den Islam dar. Sie wurde am 09. Februar 2004 wurde von Herrn Innenminister Schönemann im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover eröffnet. Nach ihrer Vorstellung wurde die Ausstellung bislang in 15 Städten Niedersachsens gezeigt.

Die 30 Tafeln umfassende Ausstellung beleuchtet das Thema der Integration von Musliminnen und Muslimen in unsere Gesellschaft aus der Sicht der Ausländerbeauftragten der Landesregierung, des Sports, aber auch der des Verfassungsschutzes und der Polizei. Der Landespräventionsrat war an der Vorbereitung der Ausstellung beteiligt und ist mit zwei eigenen Tafeln vertreten. Neben der Vermittlung von Grundinformationen zum Thema „Islam“ zeigt die Ausstellung Ansätze für eine erfolgreiche Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft. Aufgezeigt werden aber auch Gefahren und Fehlentwicklungen, die zum Entstehen von Parallelgesellschaften führen können.

Die Ausstellung ist so konzipiert, dass sie weitgehend selbst-erklärend ist, so dass sie einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens an verschiedenen öffentlich zugänglichen Orten präsentiert werden kann. Sie eignet sich für den Besuch durch Schulklassen und andere Gruppen, aber auch zur Präsentation bei integrationspolitischen Anlässen.

Die Wanderausstellung kann von interessierten Institutionen und Organisationen beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport gebucht werden unter Tel. 05 11-1 20-45 45 oder per e-mail (Ursula.Ganselweit@mi-niedersachsen.de).

„Echt Klasse“ – Die erste interaktive Grundschulausstellung zur Prävention von sexuellem Missbrauch

„Echt Klasse“ ist die erste interaktive Grundschulausstellung zur Prävention von sexuellem Missbrauch. Die Begleitforschung hat belegt, dass der Name Konzept ist: Lehrer- und Elternschaft sind sehr angetan, die Fachleute begeistert und was das Beste ist, die SchülerInnen haben nicht nur Spaß an den Spielstationen zum Starksein, sondern sie lernen auch Missbrauch zu erkennen und sich Hilfe zuholen. Neben der Vorstellung der Forschungsergebnisse geht es um die Vermittlung praktischer Erfahrungen rund um das Präventionskonzept Ja zum Nein in Schulen.

Kontakt:

Ursula Schele

PETZE: Präventionsbüro des Landes Schleswig-Holstein

Feldstr. 76, 24105 Kiel

Fon 0431/91185; Fax 0431/91925

petze-kiel@t-online.de

www.petze-kiel.de

Ausstellung „Straffälligenhilfe“

Kriminalität, Straftaten und Täter sind häufig Schlagzeilen in den Medien, werden spektakulär und überhöht dargestellt. Was aus den Tätern wird, wie dafür gesorgt wird, dass diese Menschen nicht erneut straffällig und Bürger nicht zu Opfern werden, gelangt meist nicht in die Öffentlichkeit. Solche präventiven Maßnahmen der Benachteiligten- und Straffälligenhilfe erfolgen im Hintergrund und werden öffentlich wenig wahrgenommen. Um das „graue Maus Dasein“ dieser Angebote zu durchbrechen, werden Probleme dieser Klientel und Projekte der Straffälligenhilfe vorgestellt. Diese Ausstellung zeigt Menschen und ihre Situation in Haft, wie umfangreich die Aufgaben einer Beratungsstelle für Straffällige sind, welche Hilfen ausländische Straffällige benötigen, wie mit gewaltbereiten Männern gearbeitet wird, was die Gruppentrainerausbildung anbietet, welche Hürden nach der Haft zu nehmen und welche Hilfen im Wohnkontext erforderlich sind, was eine Wohnungssuchende erlebt, welche Rechenkünste ein Betreuer beherrschen muss, warum die Akte eines Schwarzfahrer so viele Seiten hat, wie Arbeit statt Strafe funktioniert, in welchem Spannungsfeld sich Sozialpädagogen bewegen, welche Angebote für Beschäftigung, Bildung und Freizeit sinnvoll sind, wie ein Bürger ehrenamtlicher Vollzugshelfer wird und was im Hintergrund der Projektarbeit abläuft. „Harry“, ein Durchschnittsklient, gewährt Einblick in sein Leben, seine Probleme und wie ihm geholfen wurde. Indem anschaulich darüber informiert wird, was in der Straffälligenhilfe getan wird, Bürger vor Straftaten zu schützen, tritt der präventive Aspekt unmittelbar hervor.

Kontakt:

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Brunnenstraße 28, 10119 Berlin

Fon 030-44 36 24 30; Fax 030-44 36 24 99

freiehilfe.berlin@snaflu.de

www.freiehilfe-berlin.de



© Jörg Pilawa / www.joergpilawa.com

Jedes 5. Kind in Deutschland ist Opfer von Gewalt. Kinder werden vernachlässigt, geschlagen, missbraucht. Damit muss Schluss sein. Zeigen Sie wie Jörg Pilawa Flagge und engagieren Sie sich mit uns für eine gewaltfreie Zukunft in einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.buendnis-fuer-kinder.de



Filmforum

Montag, 6. Juni

Saal Dresden

| Zeiten | Titel | Seite |
|------------------|--|-------|
| 13.00 – 14.00 | „Weggesperrt“ - Wenn Papi im Gefängnis sitzt Dokumentarfilm von Chiara Sambuchi | 336 |
| 14.00 – 16.00 | „Das Problem ist meine Frau“ Ein Film von Calle Overweg | 337 |
| 16.00 – 17.00 | Blutschande – Auswirkungen eines Verbrechens IGC & MELINA Inzestkinder Stuttgart e.V. | 338 |
| 17.00 – 18.00 | Drei Kurzfilme zum Thema „Hebammenprojekt“ Stiftung „Eine Chance für Kinder“ | 339 |

Filmforum

Dienstag, 7. Juni

Saal Berlin

| Zeiten | Titel | Seite |
|------------------|--|-------|
| 09.00 – 10.00 | „Wer klaut ist out“ Der Landrat als Kreispolizeibehörde Detmold | 340 |
| 10.00 – 11.00 | Filmprojekt „Ohnmacht“ – ein Film für mehr Zivilcourage Polizeirevier Fellbach | 341 |
| 12.00 – 13.00 | „Das Problem ist meine Frau“ Ein Film von Calle Overweg | 342 |
| 13.00 – 15.00 | Gewaltreflexion mit jugendlichen Strafgefangenen Reinhard Nolle – Universität Kassel | 343 |

**„Weggesperrt“ –
Wenn Papi im Gefängnis sitzt**

Regie: Chiara Sambuchi

Der Film „Weggesperrt“ wird in Zusammenarbeit mit dem MDR zur Zeit gedreht. Die Dokumentation begleitet eine Familie, in der der Vater wegen Versicherungsbetruges im Gefängnis sitzt. Er und seine Familie werden während und nach der Haft filmisch begleitet. Besonders für die Kinder ist die Situation in dem kleinen sächsischen Ort mit starker sozialer Kontrolle belastend.

Kontakt:

| | |
|------------------|-------------------------|
| Chiara Sambuchi | sambuchi@lavafilm.com |
| Christoph Pasour | production@lavafilm.com |
| Sandy Erhardt | erhardt@lavafilm.com |

LAVAFILM GmbH

Auguststr. 34, 10119 Berlin

Fon.: 0 30-24 03 34 70; Fax: 0 30-24 03 34 71

„Das Problem ist meine Frau“

Ein Film von Calle Overweg

Ausgezeichnet als bester Dokumentarfilm 2003

In seinem 50-minütigen Dokumentarfilm geht Calle Overweg der Frage des oft verdrängten Themas nach häuslicher Gewalt bei Männern gegen ihre Frauen nach. Er untersucht anhand von inszenierten Versuchsanordnungen mit wirklichen Therapeuten und Schauspielern die Strukturen und Mechanismen dieser Gewalt. Dabei nutzt Overweg bewusst die Ausnahme-situation der Akteure vor der laufenden Kamera aus und kommt zu überraschenden Ergebnissen: „Es müssen tatsächlich wir Männer sein, die ihre männlichen Rollenbilder positiv weiterentwickeln und leben sollten.“ „In diesem Film ist alles echt falsch“ urteilte die Jury und zitierte damit das Motto der Filmwoche. „Calle Overwegs Methode stammt vom Theater und die Wirkung ist doch unmittelbar und echt. (...) Weil er seine Technik des Inszenierens offen legt, führt er die Zuschauer nicht in die Irre, sondern näher ans Wahrhaftige. Er erweitert damit die Möglichkeiten des Dokumentarischen und wird dem Motto dieser Duisburger Filmwoche in besonderer Weise gerecht.“ Der 1962 geborene Calle Overweg hat bereits den Film „Tumber Narr, Heiliger Tor“ mit 3sat produziert. Der Filmemacher studierte von 1989 bis 1995 an der DFFB und in Moskau. Calle Overweg lebt zurzeit in Berlin.

Kontakt:

Beratungsforum Oelemann

Bruchloh 12, 22589-Hamburg

Tel.: 040-55260993

E-Mail: mail@oelemann.de

www.oelemann.de

„Blutschande – Auswirkungen eines Verbrechens“

Die Filmdokumentation „Blutschande-Auswirkungen eines Verbrechens“ wurde im Jahre 2000 im Auftrag des SWR produziert. Erzählt wird die Geschichte der Autorin Ulrike M. Dierkes, die 1957 als Vater-Tochter-Inzestkind in einem kleinen westfälischen Dorf geboren wird, weil ihr Vater, ein angesehener Graphikdesigner seine älteste Tochter ab deren 7. Lebensjahr sexuell missbraucht hatte bis sie im Alter von 13 Jahren schwanger wurde und Ulrike zur Welt brachte.

Der Film der Filmemacherin Gabriele Jenk begleitet Ulrike an die Stätten ihrer Kindheit und zeigt auf bedrückende Weise die Beteiligung der umgebenden Gesellschaft durch Wissen und Schweigen.

Trotz der entsetzlichen Geschichte gelang es aber, durch schöne Bilder und vor allem in ermutigender Weise aufzuzeigen, welchen Ausweg die Autorin für sich persönlich wählte. Der Film zeigt sie als Vorsitzende des von ihr gegründeten Vereines für Inzestkinder und wie sie sich unermüdlich für deren Rechte einsetzt.

Der Film wurde nach seiner Ausstrahlung für den Grimme-Preis vorgeschlagen und mehrfach wiederholt. Die Autorin und Vorsitzende Ulrike M. Dierkes wird anwesend sein und steht anschließend gerne zu Fragen bereit.

Kontakt:

IGC & M.E.L.I.N.A Inzestkinder e.V.

Paul-Lincke-Straße 28, 70195 Stuttgart

Fon 07 11-3 58 05 71; Fax 07 11-3 58 05 72

IGCundMelina.eV@t-online.de

www.melinaev.de

Drei Filme zum Projekt Familienhebammen

Gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

- Der unhörbare Schrei um Hilfe. Das unspektakuläre Schicksal von vernachlässigten Kindern. (15 Minuten)
- Eine Chance für Kinder. Die Arbeit von Familienhebammen. (11 Minuten)
- Familienhebammen im Einsatz. Eine Hilfe vor Vernachlässigung. (8 Minuten)

Kontakt:

Stiftung „Eine Chance für Kinder“

Frau Windorfer

Rühmkorffstr. 1, 30161 Hannover

Tel.: 05 11-27 91 43 12

„Wer klaut ist out“

Der Film zeigt den Ablauf einer Jugendgerichtsverhandlung am Beispiel eines gemeinschaftlich begangenen Ladendiebstahls. In eingeblendeten Szenen wird die Tatentstehung und -handlung deutlich. Er ist geeignet, als Diskussionsgrundlage und Einstieg in das Thema „Ladendiebstahl“ in der 6. bis 8. Klasse eingesetzt zu werden. Der Film ist Teil des Gemeinschaftsprojekts „Wer klaut ist out“. Ziel des Projektes, an dem Lemgoer Schulen mit Sekundärstufe 2, Polizei, Einzelhandel, Vereinen und anderen Institutionen beteiligt waren, führte zur Minimierung von Ladendiebstählen, die von Jugendlichen begangen wurden. Neben verschiedensten Verantwortungsträgern wurden Schülerinnen und Schüler mit in die Projektentwicklung und Projektarbeit eingebunden. Die entwickelten Maßnahmen waren darauf ausgerichtet, die Anonymität zwischen Einzelhändler und jugendlichen Kunden zu beseitigen, Vorbilder zu schaffen, Angstkonditionen zu erhärten und die Fähigkeit von Steuerung und Kontrolle des eigenen Konsumverhaltens zu erlernen. Durch schulübergreifende Zusammenarbeit, kam es zu Kooperationen mit dem Berufskolleg des Kreises Lippe, insbesondere dem Bereich der Mediengestaltung sowie der Fachhochschule Lippe und Höxter, Fachbereich Mediendesign. Da der Wunsch der Schulen um Teilnahme an Jugendgerichtsverfahren auf Grund der gesetzlich vorgeschriebenen Nichtöffentlichkeit der Jugendgerichte nicht nachgekommen werden konnte, entstand die Idee diesen Film herzustellen. Die Idee wurde von den Schülerinnen und Schülern aus der Projektgruppe aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit Studenten der Fachhochschule Lippe und Höxter umgesetzt.

Die Studenten wurden für ihre ehrenamtliche Arbeit mit dem Jahrespreis des Fördervereins der Fachhochschule Lippe und Höxter ausgezeichnet.

Kontakt:

Der Landrat als Kreispolizeibehörde Lippe

Bielefelder Straße 90, 32758 Detmold

Fon 052 31-6 09-0; Fax 052 31-6 09-11 90

poststelle@lippe.pozizei.nrw.de

Filmprojekt „Ohnmacht“ – ein Film für mehr Zivilcourage

Die Stadt und das Polizeirevier Fellbach (Baden-Württemberg) haben kürzlich das Präventionsprojekt „OhnMacht“ – ein Film für mehr Zivilcourage abgeschlossen. Wir haben einen 23 min Film mit 3 verschiedenen Sequenzen (Körperverletzung, Belästigung und Sachbeschädigung) gedreht. Diese Szenen wurden an öffentlichen Plätzen in Fellbach gedreht. Studenten der Filmakademie Baden-Württemberg haben mit 5 verdeckten Kameras die Szenen und die Reaktionen von Passanten gefilmt. Nach Auflösung der Szenen wurden dann noch Interviews mit Passanten geführt, die ebenfalls auf dem Film zu sehen sind.

Andere umherstehende Passanten wurden mittels standardisiertem Fragebogen zu ihrem Verhalten befragt. Die „Täter“ waren Schüler der Albert-Schweitzer-Hauptschule in Fellbach-Schmiden. Die Opfer wurden von professionellen Schauspielerinnen gespielt.

Ziel des Filmes war es realitätsnah zu zeigen, dass solche Szenen nicht nur in einer Großstadt, sondern im Prinzip überall vorkommen können. Wir wollen damit persönliche Betroffenheit erzeugen; die Leute ermutigen/couragiert einzuschreiten und wertvolle Tipps für Zeugen solcher Gewalttaten geben. Unsere Absicht war der Bevölkerung zu vermitteln, dass jeder in die Opfersituation kommen kann und dann auch dankbar wäre, wenn ihm andere Passanten zur Seite stehen würden.

Die DVD samt Begleitheft und Flyer kann am Infostand (Nr. 43) der Initiative Sicherer Landkreis gegen eine Schutzgebühr von 7 € erworben werden.

Kontakt:

Polizeirevier Fellbach

Cannstatter Str. 16, 70734 Fellbach

Fon 07 11-57 72-0; Fax 07 11-57 72-2 22

Prev-fellbach@pdwn.bwl.de

„Das Problem ist meine Frau“

Ein Film von Calle Overweg

Ausgezeichnet als bester Dokumentarfilm 2003

In seinem 50-minütigen Dokumentarfilm geht Calle Overweg der Frage des oft verdrängten Themas nach häuslicher Gewalt bei Männern gegen ihre Frauen nach. Er untersucht anhand von inszenierten Versuchsanordnungen mit wirklichen Therapeuten und Schauspielern die Strukturen und Mechanismen dieser Gewalt. Dabei nutzt Overweg bewusst die Ausnahme-situation der Akteure vor der laufenden Kamera aus und kommt zu überraschenden Ergebnissen: „Es müssen tatsächlich wir Männer sein, die ihre männlichen Rollenbilder positiv weiterentwickeln und leben sollten.“ „In diesem Film ist alles echt falsch“ urteilte die Jury und zitierte damit das Motto der Filmwoche. „Calle Overwegs Methode stammt vom Theater und die Wirkung ist doch unmittelbar und echt. (...) Weil er seine Technik des Inszenierens offen legt, führt er die Zuschauer nicht in die Irre, sondern näher ans Wahrhaftige. Er erweitert damit die Möglichkeiten des Dokumentarischen und wird dem Motto dieser Duisburger Filmwoche in besonderer Weise gerecht.“ Der 1962 geborene Calle Overweg hat bereits den Film „Tumber Narr, Heiliger Tor“ mit 3sat produziert. Der Filmemacher studierte von 1989 bis 1995 an der DFFB und in Moskau. Calle Overweg lebt zurzeit in Berlin.

Kontakt:

EULINE

Joachim Lempert

Paulinenallee 59, 22769 Hamburg

Fon: 0 40-85 37 32 00; Fax: 0 40-85 37 32 01

E-Mail: Mail@InstitutLempert.de

www.euline.net

Gewaltreflexion mit jugendlichen Strafgefangenen

Neue Methoden der „(Re)Sozialisierung“ zur Einstellungs- und Verhaltensänderung mit Spielfilmarbeit.

Mit 3 Gruppen von je 10 jugendlichen Strafgefangenen (19–24 J.; 3–9,5 J. Haftzeit) werden seit 4 Jahren in der JVA Wiesbaden alle 4-5 Wochen Workshops in prozessorient. Spielfilmarbeit durchgeführt. Jede Gruppe arbeitet 6-8 Workshops, um neue soziale, emotionale und empathische Erfahrungen zu machen, um Grenzen, Regeln und Erfolg zu erleben ohne kriminell zu sein. In dieser Zeit entstehen von/mit ihnen Spielfilme basierend auf ihren **selbsterlebten**, selbst geschriebenen Geschichten zu vorgegebenen **Themen**: Gewalt, Drogen, Mitgefühl, Stolz, Toleranz etc.

Die Taten: Mord, Raub, Drogen, Körperverletzung.

Ziel der Arbeit ist eine Veränderung der persönlichen Einstellungen, der eigenen Wertehaltung und des Sozialverhaltens. Die Gefangenen arbeiten durchgehend 8 Tage/10 Std. tägl. unter Zeitdruck in einem intensiven Teamprozess in Diskussionen und spielen ihre Rollen vor der Kamera. Sie müssen Erfolg haben. Am Schluß werden sie vor 150 Mitgefangenen den fertigen Film vorführen und diskutieren. Bislang sind 17 Spielfilme entstanden. 2002 und 2004 sind von den Gefangenen zwei Bücher mit ihren Geschichten geschrieben worden, Titel: „Wir sagen aus Band I“, „Wir ... aus. Band II“. kassel university press www.upress.uni-kassel.de

Bilanz: Von 29 Teilnehmern sind heute noch 13 in Haft, 16 sind aus der Haft entlassen worden. Der letzte vor 6 Monaten. Bis heute ist ein Täter rückfällig geworden und sitzt wegen Überfall wieder in Haft. Normal ist eine Rückfallquote von 85%.

Kontakt:

Dr. Reinhard Nolle

Universität Kassel

Medienpädagogik

Arnold Bode Str. 10, 34109 Kassel

Fon: 05 61-80 42 90 1

E-Mail: nolle@uni-kassel.de

DPT-Kinder- und Jugenduniversität 2005

6. und 7. Juni 2005, Hannover
mit freundlicher Unterstützung
der Klosterkammer Hannover

Die Eröffnung der DPT-Kinderuniversität 2005 findet zu Beginn der ersten Vorlesung am Montag, dem 6. Juni 2005 um 9.00 Uhr mit einem kurzen gemeinsamen Grußwort von Herrn Minister Stratmann und Frau Präsidentin der Klosterkammer Hannover, Maier-Knapp-Herbst, statt.



Lutz Stratmann
Nieders. Minister für
Wissenschaft und Kultur



Sigrid Maier-Knapp-Herbst
Präsidentin der
Klosterkammer Hannover

Kinder- und Jugenduniversität

Montag, 6. Juni

Saal 2

| Zeiten | Titel | Seite |
|-----------------|---|-------|
| 09.00– 10.00 | „Ab ins Gefängnis!“ Was ist das für ein Ort? Professor Dr. Werner Greve Universität Hildesheim | 348 |
| 11.00– 12.00 | Gewalt und Aggression in der Forschung – Wie man Verhalten beobachtet, das nicht gesehen werden soll Professor Dr. Thomas Bliesener Universität Kiel | 350 |

Kinder- und Jugenduniversität

Dienstag, 7. Juni

Saal 2

| Zeiten | Titel | Seite |
|-----------------|--|-------|
| 09.00– 10.00 | „Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen?“ – Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun? Professor Dr. Dieter Rössner Philipp-Universität Marburg Professor Dr. Britta Bannenberg Universität Bielefeld | 352 |
| 12.00– 13.00 | Medienverwahrlosung als Ursache von Schulversagen und Jugendgewalt? Professor Dr. Christian Pfeiffer Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V. | 354 |



Prof. Dr. Werner Greve
Universität Hildesheim

Jahrgang 1959, Dipl.-Psych. (1985), Promotion (1989), M.A. Philos. (1992), Habilitation (1998); 1985–1993 Universität Trier, 1994–2003 Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (von 2001–2003 als Direktor), seit 2001 Professor für Psychologie an der Universität Hildesheim. Arbeitsgebiete: Entwicklungspsychologie der Lebensspanne, Rechts- und Kriminalpsychologie, Opferforschung, Theoretische Psychologie.

Ausgewählte Publikationen zum Thema:

Greve, W. (2001). Imprisonment of juveniles and adolescents: Deficits and demands for developmental research. *Applied Developmental Science*, 5, 21–36.

Greve, W. (2002). Forschungsthema Strafvollzug. Aussichten für wissenschaftliche Zugänge zu einer verschlossenen Institution. *Kriminalpädagogische Praxis*, 30, 25–31.

Greve, W. (2003). „Strafe muss sein!“ – ethisches und empirisches Für und Wider. In K. Rothermund (Hrsg.), *Gute Gründe* (S. 56–72). Stuttgart: Kohlhammer.

Greve, W. & Enzmann, D. (2001). Etikettierungen im Jugendstrafvollzug? Wider einige Gewißheiten des Labeling-Ansatzes. In M. Bereswill & W. Greve (Hrsg.), *Forschungsthema Strafvollzug* (S. 207–250). Baden-Baden: Nomos.

Greve, W. & Enzmann, D. (2003). Self-esteem maintenance among incarcerated young males. *International Journal of Behavioral Development*, 27, 12–20.

Greve, W. & Hosser, D. (1996). Straftat als Entwicklungskrise. Die Bedeutung einer Gefängnisstrafe im Leben Jugendlicher: Konturen einer Forschungsfrage. In C. Pfeiffer & W. Greve (Hrsg.), *Forschungsthema Kriminalität* (S. 215–246). Baden-Baden: Nomos.

Greve, W. & Hosser, D. (2002). Gefängnis als Entwicklungsintervention? Individuelle und soziale Folgen einer Haftstrafe im Jugendalter. *Report Psychologie*, 27, 490–503.

„Ab ins Gefängnis!“ Was ist das für ein Ort?

Schlechte Menschen sperrt man ins Gefängnis, zur Strafe für etwas Böses, was sie getan haben. Was aber passiert dort mit ihnen? Wie sieht es dort aus? Wer ist im Gefängnis außer den Gefangenen?

Niemand geht freiwillig ins Gefängnis – wer eingesperrt ist, wird alles daran setzen, so schnell wie möglich wieder herauszukommen. Gefängnisse müssen also sicher sein, auch deswegen, weil einige der Gefangenen wahrscheinlich gefährliche Menschen sind. Wie sicher sind aber Gefängnisse? Stimmt es eigentlich, dass Ausbrüche oft vorkommen? Und wenn: wie viele von ihnen sind gefährlich?

Andererseits: die allermeisten Gefangenen erhalten eine zeitlich befristete Strafe. Spätestens nach einigen Jahren werden nahezu alle auch bei regulärer Verbüßung ihrer Strafe entlassen – Jugendliche praktisch ausnahmslos. Das wirft eine ganz andere Art von Fragen auf: Wie kommt man aus dem Gefängnis wieder heraus? Hat die Zeit, die ein Gefangener im Gefängnis verbringt, einen Einfluss auf sein späteres Handeln, seine soziale Kompetenz. Kann Gefängnis vielleicht sogar schaden? Und ist es nicht aus dieser Sicht sehr sinnvoll, Freiheit schrittweise zu erproben, wenn doch eine Entlassung ohnehin bevorsteht?

Die Vorlesung wird versuchen, einige dieser und weiterer Fragen zu stellen und zu beantworten. Das Ziel wird es dabei nicht zuletzt sein, auch neue Fragen aufzuwerfen, Fragen, die sich viele Kinder (und Erwachsene) vielleicht nicht stellen. Das Thema „Gefängnis“ ist ein schwieriges Thema, aber kein bedrohliches, es ist ein wichtiges Thema, aber keines, das mit Vorurteilen und einseitigen Positionen behandelt werden darf. Wissenschaft kann hier zu einer angemessenen Differenzierung einen wichtigen Beitrag leisten.



Prof. Dr. Thomas Bliesener
Universität Kiel

Thomas Bliesener, geb. 1958 in Gütersloh, Studium der Psychologie, Mathematik und Soziologie an der Universität Bielefeld, 1985 Diplom in Psychologie, 1988 promoviert zum Dr. phil. 1985–1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bielefelder Sonderforschungsbereich 227 „Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter“. 1989 Wechsel an das Institut für Psychologie der Universität Erlangen-Nürnberg. 1994 Habilitation in Erlangen. Seit 2000 Professor für Pädagogische Psychologie und Entwicklungspsychologie am Institut für Psychologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Forschungsthemen und -schwerpunkte:

- die Entwicklung von abweichendem Sozialverhalten, Aggression, Gewalt und Kriminalität;
- die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unter widrigen Lebensumständen (so genannte Resilienz);
- Prävention und Intervention von Störungen des Sozialverhaltens in Familie, Kindergarten, Schule sowie Einrichtungen der Jugendpflege und der Resozialisierung;
- Evaluation pädagogisch-psychologischer Maßnahmen in verschiedenen Kontexten (z.B. Familie, Schule, Erwachsenenbildung, Strafvollzug).

Derzeit u.a. Sprecher der Fachgruppe Rechtspsychologie in der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Mitglied des Executive Committee der European Association of Psychology and Law.

Gewalt und Aggression in der Forschung – Wie man Verhalten beobachtet, das nicht gesehen werden soll

Kratzen, schlagen, treten, drohen, anschreien, beleidigen sind nur einige Formen aggressiven Verhaltens. Jeder hat schon mal solch ein Verhalten gezeigt und jeder weiß, es ist nicht erwünscht.

Aggressives und gewalttätiges Verhalten ist auch ein wichtiges Thema für die psychologische Forschung. Hier wird unter anderem gefragt: Warum sind manche Menschen aggressiver als andere? Warum reagieren manche Menschen in bestimmten Situationen aggressiv? Wie kann man gegen Aggression und Gewalt vorgehen? Kann man aggressive Menschen weniger aggressiv machen?

Um diese und andere Fragen zu beantworten, muss man jedoch aggressives Verhalten entdecken, beobachten und analysieren. Da Menschen, die sich beobachtet fühlen – besonders wenn die Beobachter Psychologen sind, sich anders (u.a. weniger aggressiv) verhalten, ist die Beobachtung aggressiven Verhaltens aber nicht ganz einfach.

In dem Vortrag werden einige Verfahren und Untersuchungstechniken der wissenschaftlichen Psychologie an Beispielen vorgestellt und erläutert, die es erlauben, aggressives Verhalten im Versuchslabor, auf der Straße, auf dem Schulhof oder anderswo zu analysieren. Dies auch dann, wenn die beobachteten Personen wissen, dass sie Teilnehmer an einer wissenschaftlichen Untersuchung sind.

Professor Dr. Dieter Rössner

Philipp-Universität Marburg

Professor Dr. Britta Bannenberg

Universität Bielefeld



Prof. Dr. Dieter Rössner, geb. 1945, Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, fast 10-jährige Tätigkeit im baden-württembergischen Justizdienst als Richter, Staatsanwalt und Referent im Justizministerium. Seit 1985 Professur am Institut für Sozialpädagogik an der Universität Lüneburg, danach Professur für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Göttingen, Halle und seit 1997 in Marburg. Mitglied der Arbeitsgruppe Alternativ-Entwurf deutscher, schweizerischer und österreichischer Strafrechtslehrer. Vorsitzender des Landespräventionsrates in Hessen. Forschungsgebiete: Täter-Opfer-Ausgleich und opferbezogene Strafrechtspflege, Gewaltforschung, Vergleichsuntersuchungen zur Persönlichkeit von Straftätern. Empirisch orientierte Kriminalprävention und Wirkungsforschung, (Düsseldorfer Gutachten, Vorurteils kriminalität), Sportstrafrecht.



Prof. Dr. Britta Bannenberg, geb. 1964; Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen; 1989 1. jur. Staatsexamen; Promotion in Göttingen; 1993 Dissertation zum Thema Täter-Opfer-Ausgleich: Wiedergutmachung in der Strafrechtspraxis; 1994 in Hessen 2. jur. Staatsexamen; 1995-2001 wissenschaftliche Assistentin bei Prof. Dr. Rössner an der Martin-Luther-Universität Halle/Saale und an der Philipps-Universität Marburg; Habilitation im Dezember 2001. Forschungsschwerpunkte neben Korruption: Täter-Opfer-Ausgleich, Gewaltkriminalität, Kriminalprävention. Seit April 2002 Professorin für Kriminologie, Strafverfahrensrecht und Strafrecht an der Universität Bielefeld.

„Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen?“ – Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun?

Was Kriminalität ist, bestimmt im Wesentlichen das Strafgesetzbuch (StGB): Man muss ein verbotenes Verhalten begehen, um bestraft zu werden. Geldstrafen sind sehr häufig, Freiheitsstrafen eher selten. Kinder werden nicht bestraft, Jugendliche ab 14 Jahren unter bestimmten Umständen nach dem Jugendstrafrecht und Erwachsene ab 21 Jahren nach dem Erwachsenenstrafrecht. Bei Jugendlichen gibt es Arbeitsauflagen, Trainingskurse und vielleicht auch einmal einen Segeltörn nach Griechenland. Ist das Strafe? Was soll Strafe? Warum muss man sich an Gesetze halten? Fahren nicht alle mal schwarz und klauen etwas? Sind wir alle kriminell oder gibt es Unterschiede? Was unterscheidet einen Mörder vom Jugendlichen, der Graffiti an Mauern sprüht? Ist ein Mensch böse, wenn er eine Straftat begeht? Was sind eigentlich Straftaten? Worin liegt das Gemeinsame von Gewalt und einer Raserei mit dem Auto? Was kann man dafür, wenn man Eltern hat, die einen misshandeln und man dann am Ende selbst seine Mitschüler verprügelt? Ist Rauchen strafbar? Darf ein Kind Alkohol trinken? Was können wir gegen Gewalt und kriminelle Entwicklungen tun? Warum wir Opfern beistehen müssen. Wie wir Kriminalität verhindern können und was uns das nützt. All dies soll in unserer Vorlesung für alle interessierten Kinder angesprochen werden. Wir freuen uns auf euren Besuch und eure Fragen!



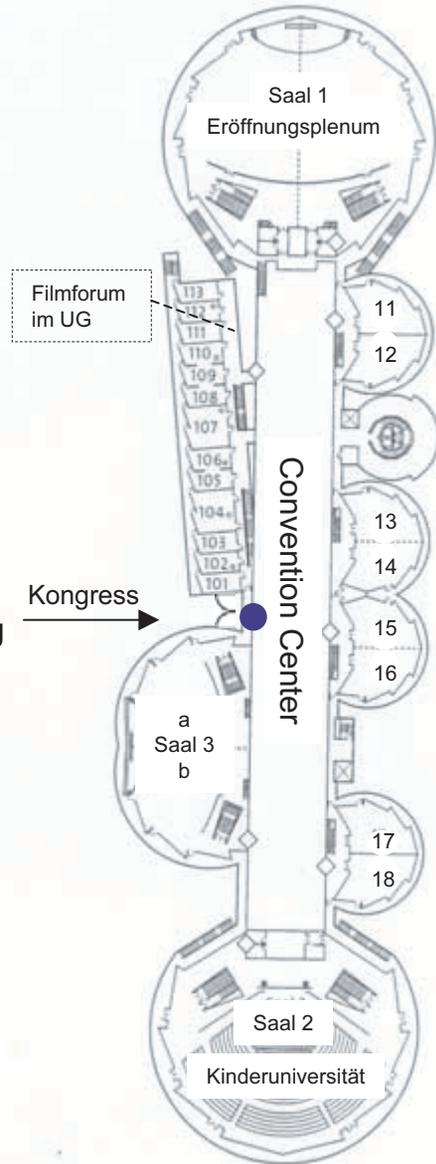
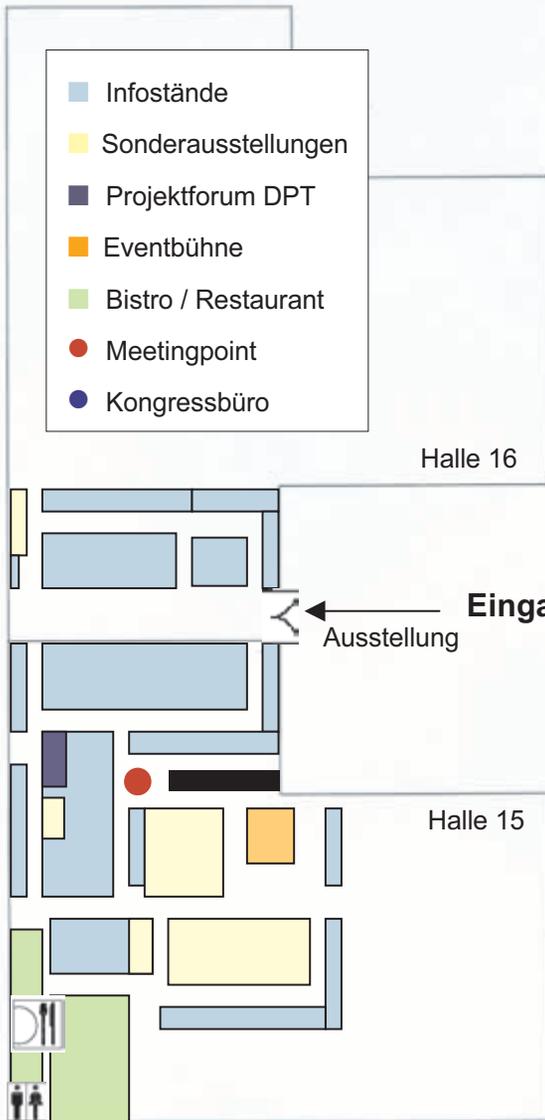
**Professor Dr. Christian
Pfeiffer**

**Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen (KFN) e.V.**

Geboren 1944 in Frankfurt/Oder; nach Schule und Bundeswehr (Leutn. d. Res.) Studium der Rechtswissenschaften und Kriminologie an der Universität München und der London School of Economics and Political Science, Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes; Wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Schüler-Springorum (Universität München), während dieser Zeit Gründer und 1. Vorsitzender des Vereins BRÜCKE e.V. München, dessen Modellversuch zur Erprobung ambulanter Maßnahmen nach dem JGG bundesweit große Ausstrahlungswirkung entfaltet; Heisenberg Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1988 Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.; 1987 bis 2000 Universitätsprofessor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover; 1986 bis 1997 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.; 1997 bis 2000 Gründer und 1. Vorsitzender der Bürgerstiftung Hannover, nach deren Vorbild inzwischen bundesweit mehr als 80 weitere Bürgerstiftungen gegründet wurden; Dezember 2000 bis März 2003 niedersächsischer Justizminister; seitdem wieder Direktor des KFN.

Medienverwahrlosung als Ursache von Schulversagen und Jugendgewalt?

Anfang 2005 hat das KFN in sechs Bundesländern insgesamt 23.000 Kinder und Jugendliche zu ihrem täglichen Medienkonsum befragt. Weitere Schwerpunkte der Untersuchung waren sonstige Freizeitaktivitäten der Schülerinnen und Schüler, ihre schulischen Leistungen und ihre Gewalterfahrungen als Opfer und Täter. Der Vortrag stellt erste Befunde des Forschungsprojektes vor und geht dabei insbesondere auf die Frage ein, ob die wachsenden Leistungsunterschiede von männlichen und weiblichen Jugendlichen die Folge davon sind, dass Jungen weit mehr Zeit mit Gewalt orientierten Computerspielen und Fernsehfilmen verbringen als Mädchen und welche Konsequenzen daraus für sie erwachsen.





Partner des Deutschen Präventionstages

Gastgebende Veranstaltungspartner



Ständige Veranstaltungspartner



gefördert durch



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Weitere Kooperationspartner



DEUTSCHER FAMILIENGERICHTSTAG



Deutsche Messe AG Hannover



Internationale Kooperationspartner



ICPC – Centre international pour la prévention de la criminalité Montreal

Medienpartner



Sponsoren



Wir danken der Sparkasse Hannover für ihre Spende